

# *Transit*

EUROPÄISCHE REVUE

## **Leszek Kolakowski zum 80. Geburtstag**

<b>Krzysztof Michalski</b>	Die Zerbrechlichkeit des Ganzen
<b>Leszek Kolakowski</b>	Was ist Sozialismus? (1957)
<b>Tony Judt</b>	Goodbye, Marx?
<b>John Gray</b>	Vom Kommunismus zum Neokonservatismus
<b>Marci Shore</b>	Die Juden und der Kommunismus in Osteuropa

## **In memoriam Anna Politkowskaja**

Anna Politkowskaja, Mainat Abdulajewa, Marie Mendras, Jean-François Bouthors, Anna Schor-Tschudnowskaja, Martin Malek, Nina Khrushcheva

<b>Yulia Vishnevetskaya</b>	Tschetschenien 2007. Photographien
-----------------------------	------------------------------------

<b>Joschka Fischer</b>	Europa und der Nahe Osten
<b>Martin Hala</b>	China: Von der Wandzeitung zum Blog

**Transit** wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main.

**Herausgeber:** Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

**Redaktion:** Klaus Nellen (Wien)

**Redaktionsassistentz:** Doris Urbanek.

**Redaktionskomitee:** Jan Blonski (Krakau), Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Claus Leggewie (Gießen), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Josef Wais (Wien, Photographie)

**Beirat:** Lord Dahrendorf (London), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York)

**Redaktionsanschrift:** Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30  
E-mail: [transit@iwm.at](mailto:transit@iwm.at) / Web site: [www.iwm.at](http://www.iwm.at)

**Verlagsanschrift:** Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, E-mail: [verlag@neuekritik.de](mailto:verlag@neuekritik.de)

Das vorliegende Heft erscheint mit freundlicher Unterstützung durch das Bundeskanzleramt, Republik Österreich. Wir danken auch der Kunstsektion des Bundeskanzleramts, die den photographischen Beitrag in diesem Heft gefördert hat.



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0628-5

Transit ist Partner von *Eurozine – the netmagazine* ([www.eurozine.com](http://www.eurozine.com)), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet, sowie von *La République des Idées* ([www.repid.com](http://www.repid.com)). Transit is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the International Bibliography of the Social Sciences.

Textnachweis: Der Beitrag von John Gray erschien zuerst in *The American Interest*, vol. 3, nr. 2, Summer 2006; der von Tony Judt im *New York Review of Books*, vol. 53, nr. 14, September 21, 2006.

© 2008 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen *Transit* / IWM.

## Transit 34 (Winter 2007/2008)

<i>Editorial</i>	3
Leszek Kolakowski zum 80. Geburtstag	
Krzysztof Michalski <i>Die Zerbrechlichkeit des Ganzen</i>	5
Leszek Kolakowski <i>Was ist Sozialismus?</i> (1957)	20
Tony Judt <i>Dem allen Lebewohl?</i> Kolakowskis <i>Hauptströmungen des Marxismus</i> heute gelesen	24
John Gray <i>Vom Kommunismus zum Neokonservatismus</i> Zur Aktualität von Kolakowskis <i>Hauptströmungen</i>	44
Marci Shore <i>Familiendrama</i> Die Juden und der Kommunismus in Osteuropa	52
In memoriam Anna Politkowskaja	
Anna Politkowskaja <i>Was habe ich Niederträchtige denn getan?</i>	72
Mainat Abdulajewa <i>Der Preis der Wahrheit</i>	77
Marie Mendras <i>Anna oder die Anprangerung der Gewalt</i>	87

Jean-François Bouthors <i>Vom Sinn, den Annas Leben hatte</i>	96
Anna Schor-Tschudnowskaja <i>Anna Politkowskaja: Berichterstattung über das unfassbare Böse</i> Eine Frage des Stils	102
Martin Malek <i>Auf schwarzen Listen</i> Putins Russland, Anna Politkowskaja und ihr <i>Russisches Tagebuch</i>	118
Nina Khrushcheva <i>Das Jahr der Angst</i> Russland nach Politkowskaja	131
Yulia Vishnevetskaya <i>Tschetschenien 2007. Photographien</i>	
Joschka Fischer <i>Europa und der Nahe Osten</i>	133
Martin Hala <i>Von der Wandzeitung zum Blog</i> Meinungs- und Gedankenfreiheit in China heute	150
<i>Zu den Autorinnen und Autoren</i>	170

## *Editorial*

Im Oktober 2007 wurde Leszek Kolakowski achtzig Jahre alt. Er begann seine akademische Karriere in den fünfziger Jahren als orthodoxer Marxist. In der Tauwetterperiode nach 1956 wurde der Philosoph, der 1959 an die Universität Warschau berufen wurde, zum Verfechter einer Reform des Kommunismus, bis er 1966 aus der Partei ausgeschlossen wurde, 1968 seinen Lehrstuhl verlor und in den Westen emigrierte. Seit 1970 ist er Fellow am All Souls College in Oxford.

Während Krzysztof Michalski versucht, dem zentralen Motiv in Kolakowskis Denken auf die Spur zu kommen, unterziehen Tony Judt und John Gray dessen Magnum Opus, die in den 1970er Jahren verfassten *Hauptströmungen des Marxismus*, einer Neulektüre. Kolakowskis ideengeschichtliche Rekonstruktion des Marxismus erweist sich als durchaus aktuell angesichts der heutigen Wiedergänger des Utopismus, sei es in Gestalt der Globalisierungsgegner, sei es, wie Gray überraschend diagnostiziert, in Gestalt des neokonservativen Projekts der Verbreitung der Demokratie mittels militärischer Gewalt. An ein besonders tragisches Kapitel der »chronischen Pathologie des Utopismus« (Gray) erinnert Marci Shore in ihrem Beitrag über die Rolle der Juden im osteuropäischen Kommunismus.

Mit der Idee des Sozialismus hat Kolakowski sich schon früh beschäftigt. In seinem 1957 geschriebenen und von der Zensur unterdrückten ironischen Pamphlet »Was ist Sozialismus?« hält er dem kommunistischen Regime einen Spiegel vor. Fast fünf Jahrzehnte nach diesem – hier wiederabgedruckten – Meisterstück politischer Satire zieht Kolakowski in seinem Essay »Was vom Sozialismus bleibt«<sup>1</sup> noch einmal Bilanz:

Angesichts weltweit wachsender Ungleichheit scheint der Sozialismus heute wieder an moralischer Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Dass sich der Marxismus in so gut wie allem geirrt hat, schreibt Kolakowski, macht noch lange nicht die sozialistische Tradition obsolet. Und dass die sozialistischen Ideale missbraucht wurden, diskreditiert sie nicht schon. Schließlich haben sich sozialistische Werte mit liberalen verbunden und wurden

im Rahmen demokratischer Marktwirtschaft verwirklicht. Sozialistische Bewegungen veränderten die politische Landschaft unserer Gesellschaften und inspirierten Reformen, aus denen der heute so selbstverständlich gewordene Wohlfahrtsstaat hervorgegangen ist. »Zwar ist die sozialistische Idee als Projekt für eine ›alternative Gesellschaft‹ tot.«, schreibt Kolakowski weiter, »Aber als Ausdruck der Solidarität mit den Unterdrückten und sozial Benachteiligten, als ein Motiv gegen den Sozialdarwinismus, als ein Licht, das uns daran erinnert, dass es etwas jenseits von Konkurrenzkampf und Gier gibt, aus all diesen Gründen ist der Sozialismus – das Ideal, nicht das System – immer noch von Nutzen.«

2001 verbrachte die russische Journalistin Anna Politkowskaja im Rahmen eines Milena Jesenská-Fellowships drei Monate am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien und arbeitete an ihrem Buch über den zweiten Tschetschenienkrieg (deutsch 2003 erschienen unter dem Titel *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg*). Sie wurde schon damals massiv bedroht. Als wir sie zu einem Treffen der Jesenská-Alumni im September 2006 einluden, antwortete sie nicht. Am 7. Oktober wurde sie in Moskau ermordet.

Die in Zusammenarbeit mit Anna Schor-Tschudnowskaja und Martin Malek für dieses Heft zusammengestellte Hommage versammelt Beiträge der beiden Genannten sowie von Mainat Abdulajewa, Marie Mendras, Jean-François Bouthors und Nina Khrushcheva. Yulia Vishnevetskaya ist 2007 durch tschetschenische Bergdörfer gereist und hat von dort Bilder mitgebracht.

Das Heft schließt mit der 2006 von Joschka Fischer gehaltenen Jan Patocka-Gedächtnisvorlesung, in der er eindringlich die Verantwortung Europas angesichts der Krise im Nahen Osten beschwört, und einem Beitrag von Martin Hala über Internet und Meinungsfreiheit in China.

Wien, im Dezember 2007

Anmerkung

1 »What Is Left of Socialism«, in: *My Correct Views on Everything*, South Bend, Indiana, 2005.

*Krzysztof Michalski*

## DIE ZERBRECHLICHKEIT DES GANZEN

Zum achtzigsten Geburtstag von Leszek Kolakowski

Er ist zweifelsohne eine Ausnahmerecheinung. Noch keine dreißig und schon ein bedeutender Wissenschaftler, ein Spezialist für religiöse, philosophische und politische Ideengeschichte, der im Laufe der Zeit von den renommiertesten Institutionen der westlichen Welt mit allen erdenklichen Ehrentiteln, Auszeichnungen und Preisen bedacht werden sollte. Ein polnischer Philosoph, dessen Name auch dem größten Ignoranten an der verschlafenen Universität in der tiefsten Provinz ein Begriff ist. Seine Bücher über Spinoza (*Individuum und Unendlichkeit*), über das konfessionslose Christentum des 17. Jahrhunderts (*Religiöses Bewusstsein und kirchliche Bindung*), über den Marxismus (*Die Hauptströmungen des Marxismus*), über Augustinus und Pascal (*Gott schuldet uns nichts*) sind genau wie seine philosophischen Traktate wie *Die Gegenwärtigkeit des Mythos* oder *Horror metaphysicus* Klassiker, nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa und in Amerika. Und wie oft haben die Worte dieses Leszek Kolakowski uns, den Polen, geholfen, uns in politisch oder moralisch schwierigen Situationen zurechtzufinden! Viele seiner Essays – *Der Priester und der Narr*, *Ethik ohne Kodex* oder *Thesen über Hoffnung und Hoffnungslosigkeit* – setzten Meilensteine, Wegmarken für die polnische Intelligenz. Sie sind es bis heute. Kolakowskis Denken ist in das Bewusstsein Nachkriegspolens eingeschrieben.

Die Anfänge waren wenig verheißungsvoll. Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre stritt der Mittzwanziger Kolakowski mit Wort und Schrift und ganzem Einsatz für die Kommunisten, die damals Polen eroberten, und geißelte die »vertierte, verkommene Bourgeoisie« und ihre vermeintlichen ideologischen Fürsprecher. Seine Attacken waren vor allem gegen die »katholische Philosophie« in Polen und im Ausland gerichtet, mithin gegen die, wie er meinte, pseudorationalen Versuche einer ideologischen Rechtfertigung der politisch und gesellschaftlich oppressiven Institution Kirche. Religion, schrieb er, sei nichts weiter als Ob-

skurantismus, Ausdruck der Unreife und geistigen Schwäche der »eingeschüchterten Massen«, sie konserviere diese Unreife und Schwäche im Interesse derer, die einen Nutzen daraus ziehen. Die »kirchliche Ideologie« sei das »Werkzeug der kapitalistischen Basis im Stadium der Fäulnis«. Der Marxismus, so erklärte er, bringe dies ans Licht: der Marxismus, der »der Menschheit die soziale Befreiung bringt« sowie »den Sieg von Verstand und Wissenschaft über Aberglaube und Lüge« (aus *Skizzen zur katholischen Philosophie*, 1955).

»Stellen Sie sich einen Kleriker vor, der diese Texte liest!«, ruft viele Jahre danach Jozef Tischner – der Seelsorger und Philosoph, der später ebenfalls eine Orientierungsfigur für die Polen werden sollte – diese Zeit ins Gedächtnis zurück. Er erlebte damals als junger Priester am eigenen Leibe die rücksichtslose Verfolgung der Kirche, die brutalen Versuche, die Menschen auch gegen ihren Willen dazu zu bringen, im Einklang mit »Vernunft und Wissenschaft« zu leben.

Kolakowskis Motive waren ethischer, nicht doktrinärer Natur: »Wenn wir Kommunisten werden und über 18 sind«, schrieb er 1956 über diese Jahre in seinem schönen, schon nicht mehr zum Druck zugelassenen Essay *Der Tod der Götter*, »mit unerschütterlichem Vertrauen in die eigene Weisheit und einer Handvoll unreflektierter und überschätzter Erfahrungen aus der Hölle des Krieges, dann denken wir kaum je daran, dass wir den Kommunismus brauchen, um die Produktionsverhältnisse und das Niveau der Produktivkräfte aufeinander abzustimmen. Selten kommt uns in den Sinn, dass im Polen des Jahres 1945 das außergewöhnlich hohe technische Niveau unbedingt und unmittelbar die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfordert, da andernfalls die Krisen der Überproduktion wie eine Gewitterwolke über uns hängen. Kurz – wir sind keine guten Marxisten. Der Sozialismus ist für uns (...) tatsächlich (...) nur der Mythos von einer besseren Welt, die vage Sehnsucht nach einem menschlichen Leben, die Negation von Verbrechen und Erniedrigung, die wir zur Genüge gesehen haben, das Reich von Gleichheit und Freiheit, die Botschaft von der großen Erneuerung«. Wir haben es zu tun mit einem »Ziel, das alles rechtfertigt (...), einer gemeinsamen Welt ohne Schranken und Grenzen«.

Dieses Ziel, das alles rechtfertigt, so dachte Kolakowski damals, folgt dem Maß der Vernunft, das ans Leben anzulegen sei, wie es ist. Wenn etwas übersteht, nicht hineinpasst, ist das Leben passend zu machen, gleich wie.

Priester wie Tischner fanden seinerzeit einen anderen Zugang zur menschlichen Wirklichkeit: »Ich hatte es in erster Linie mit unreifen Menschen zu tun«, so Tischner, »die nach Antworten suchten, welche sie nicht überforderten«, mit Menschen, die »trinken, fluchen, ab und zu ihre Frau verprügeln oder von ihr verprügelt werden.« Auch mit kommunistischen Apparatschiks, mit Peinigern, die nach der Arbeit sowohl die Obrigkeit als auch ihre Opfer verdammt. Tischner akzeptierte sie so, wie sie waren, mit all ihrem üblen Tun – was nicht bedeutet, dass er dieses Tun akzeptierte –, um ihnen zu helfen, ihnen zu helfen, »sich selbst zu überwinden«.

Auch Tischner und seinesgleichen sahen die Gegensätze, die Verbrechen und Schwächen in ihrer Gesellschaft. Aber wie weit entfernt vom Kolakowski jener Zeit war ihre Reaktion darauf! Menschliche Verbrechen und Schwächen sah Tischner in der Perspektive einer Gemeinschaft, die schon jetzt, heute, Wirklichkeit ist. Es ist die Gemeinschaft der Nächstenliebe, und sie ist kein Ideal, das man auf Biegen und Brechen, koste es was es wolle, erreichen muss.

Gleichwohl hatte auch der junge Kolakowski mit seiner Kritik in vielen Punkten recht. Wie viele Versuche christlicher Philosophien waren damals noch scholastischen Begriffen verhaftet, deren stets hilfloser, bisweilen sogar komischer »Rationalismus« nur wenig mit der Erfahrung einer wissenschaftsgesättigten Gegenwart gemein hatte. Kolakowskis Sarkasmus hat diesen scheinbaren Rationalismus gnadenlos bloßgestellt. Auch die Kritik an der gesellschaftlichen Funktion der Kirche entbehrte nicht einer gewissen Grundlage. Zu dem relativen Erfolg des Marxismus in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts könnte mit beigetragen haben, dass die Kirche, ständig auf der Suche nach ihrem Platz in der Welt, die gesellschaftliche Frage vernachlässigt hat, dass sie es an Distanz zu den Mächtigen und Besitzenden mangeln ließ.

Wer sich mit dem Marxismus auseinandersetzen wollte – das hat Tischner ebenso erkannt wie Karol Wojtyła – musste auch einsehen, in welchen Punkten dessen Agitatoren recht hatten.

Bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre brachte die Präzisierung seines philosophischen Standpunktes Kolakowski in Konflikt mit der von der Regierungspartei sanktionierten marxistischen Lehre und zunehmend auch mit der Partei selbst. Es waren die gegen die Philosophen der Kirche ins Feld geführten moralischen und intellektuellen Gründe,

welche Kolakowski nun auch in Opposition zu den Philosophen der Partei brachten. Kolakowski erklärte seinen Standpunkt damals als »bedingungslosen Rationalismus«. »Die Hauptalternative«, schrieb er 1959, »den Konflikt zwischen Rationalismus und Irrationalismus umfasst, (...) wird von uns durch die Tatsache bestimmt, dass man überhaupt das Absolute in gleich welcher Form akzeptiert oder ablehnt. (...) der Verfasser dieser Worte hält sich für einen Rationalisten«. Dieser Rationalismus, so argumentiert Kolakowski, bedeutet die unbedingte Akzeptanz der bedingungslosen Verantwortung des Menschen für sich selbst, den »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit«. Der Rationalist weiß, dass alles Absolute nur Illusion ist, dass der Mensch ganz sich selbst überlassen ist. Wenn »Gott« eine nicht hinterfragbare Instanz ist, der man seine Verantwortung übertragen kann, gibt es für den Rationalisten keinen Gott (»wer die göttliche Existenz (...) anerkennt, (...) demonstriert sein eigenes Gebrechen«). Dies trifft nicht nur auf Gott (in diesem Sinne) zu, sondern auf jede derartige angeblich unerschütterliche, also absolute Instanz und damit auch auf die Partei, die angeblich immer recht hat (so kann es nicht verwundern, dass der Text, aus dem hier zitiert wird – *Der Rationalismus als Ideologie* –, damals nicht erscheinen konnte).

Eine Welt ohne Absolutes ist eine unheilbar vielfältige Welt. Wird kein letzter Bezugspunkt gesetzt, der, zumindest potentiell, unser Denken und Handeln in eine eindeutige Ordnung bringt, muss die Möglichkeit verschiedener Ordnungen eingeräumt werden. Die Wahl zwischen ihnen kann dann keine Wissensfrage mehr sein, sie muss, zumindest bis zu einem gewissen Grad, schlicht eine Wahl sein. Eine Option für ganz bestimmte Werte. In der Konsequenz ist auch der »Rationalismus« solch eine Wahl, eine Option: »Der Rationalismus ist (...) keine These, sondern eine Haltung«, schreibt Kolakowski. Also können auch andere Haltungen, andere Wahlmöglichkeiten legitim sein; wer anders wählt als wir, kann nicht schon deshalb intellektuell disqualifiziert werden: »Es gibt Werte«, schreibt Kolakowski in *Lob der Inkonsequenz* (1958), einem seiner klassischen Texte, »die sich gegenseitig ausschließen und darum doch nicht aufhören, Werte zu sein.« Die Opposition zum Rationalismus ist damit nicht mehr nur Ignoranz, Aberglaube oder Unsinn, sie kann auch eine andere, gleichberechtigte Option sein (eben als Wahl von Werten, eine andere Legitimierung ist nicht möglich).

Die Wissenschaft und was aus ihr folgt, ist kein hinreichendes Argument mehr in der Debatte des Rationalismus mit seinen Gegnern, ist nicht mehr Grundlage des Rationalismus, um den es Kolakowski geht. Wenn Kolakowski den Leser von seinem Standpunkt zu überzeugen versucht, möchte er keine Bildungslücken stopfen, er erwartet eine Wahl. Eine Wahl, vor die uns der intellektuell nicht zu lösende Konflikt (wo denn sollte man eine Lösungsinstanz suchen?) zweier Haltungen stellt, deren eine ohne die andere nicht möglich ist: der Konflikt zwischen der »Suche nach dem Absoluten« und der »Flucht davor«, zwischen »Irrationalismus, Konservatismus und Rationalismus«. Zwischen Narr und Priester. In diesem Konflikt schlägt sich Kolakowski auf die Seite des Narren: »Wir treten für die Philosophie des Narren ein«, schreibt er in *Der Priester und der Narr* (1959), einem seiner schönsten und bekanntesten Essays, »also für die Haltung der negativen Wachsamkeit gegenüber jedem Absoluten – und dies nicht aufgrund eines Ergebnisses nach Prüfung der Argumente, denn die wichtigsten Entscheidungen sind Wertungen. Wir treten ein für außerintellektuelle Werte, wie sie in jener Haltung zum Ausdruck kommen, deren Gefahren und deren Absurditäten wir durchaus bewusst sind. Es geht uns um die Vision einer Welt, in der die am schwersten zu vereinbarenden Elemente menschlichen Handelns miteinander verbunden sind, kurz, es geht uns um Güte ohne Nachsicht, Mut ohne Fanatismus, Intelligenz ohne Verzweiflung und Hoffnung ohne Verblendung. Alle anderen Früchte des philosophischen Denkens sind unwichtig.«

Narr und Priester sind in diesem Sinne nicht zwei gesellschaftliche Rollen, nicht zwei reale Figuren; sie sind nicht auf den kritischen Intellektuellen und den Kirchenmann gemünzt. Die Szene der Konfrontation von Narr und Priester ist in erster Linie die Selbsterkenntnis jedes einzelnen Akteurs des gesellschaftlichen Lebens. Die Philosophie des Narren, der radikale Rationalismus, ist vor allem das stete Bestreben, den eigenen Konservatismus zu überwinden: Es geht ihr um die Überwindung der natürlichen und damit unablässigen Versuchung zur Selbstverdinglichung, um die Überwindung des Hangs, sich als Element einer Struktur, als Rädchen eines Systems, als Teilchen einer Institution, als Bestandteil eines bestehenden, festen Ganzen, einer Ordnung zu verstehen. Der Narr in jedem von uns ist das Bestreben, sich von all dem freizumachen, das Streben nach Freiheit.

Vor dem politischen Hintergrund jener Zeit, inmitten der Bestrebungen, die Gesellschaft nach 1956 aus der Umklammerung der Stalinischen Institutionen zu befreien, war die Entscheidung für die Philosophie des Narren gleichzeitig eine bestimmte politische Wahl: ein Votum für die Entstalinisierung, für eine maximale Liberalisierung des öffentlichen Lebens. Kolakowski wurde zu einem Anführer der gegen die Regierenden gerichteten Revolte vom Oktober 1956. Das öffentliche Zerwürfnis mit der Partei, das darauf folgte, sollte nie friedlich beigelegt werden.

Die Verbindung politischen und moralischen Engagements mit philosophischer Reflexion erwies sich nun als mehr denn eine zufällige Anhäufung unterschiedlicher Talente in einem jungen, außergewöhnlichen Mann (Kolakowski wird gerade dreißig). Die Antworten auf die »wichtigsten, schmerzhaftesten und gefährlichsten Fragen« sind, so Kolakowski in seiner 1958 erschienenen berühmten Abhandlung über Spinoza, eine Frage der Entscheidung und das Ergebnis eines Engagements, sie sind in der (als theoretische Reflexion verstandenen) Philosophie nicht zu finden. Sie zu suchen gilt es »im menschlichen Leben, das weder falsch ist noch wahr, sondern, schlicht und einfach, ist.« Die Philosophie – das Streben nach Selbsterkenntnis dieses Lebens – kann diese Antworten höchstens »besser oder schlechter, freier oder weniger frei, angst- oder hoffnungsvoller« ausfallen lassen. Unsere Lebensentscheidungen sind die Quellen der Philosophie, der Motor ihrer Entwicklung und dabei auch das einzige Maß für ihre Ergebnisse.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Antworten auf die wichtigsten Fragen relativ zu den individuellen Bedürfnissen des Einzelnen sind, unterstreicht Kolakowski. In der Tat, »das Wirkliche ist, was die Menschen wirklich brauchen«, schreibt er später, 1982, in *Falls es keinen Gott gibt* – es existiert aber eine Wirklichkeit, die allen Menschen gemein ist, ein fixer gemeinsamer Nenner biologischer und sozialer Bedürfnisse, den man die »Natur des Menschen« nennen könnte. Dieser gemeinsame Nenner macht es möglich, die gesamte »Gattung« in den Blick zu nehmen (*Die Persönlichkeit im sakralen und ökologischen Gesellschaftsbild*, 1965) und aus dieser Perspektive unterschiedliche Werte und unterschiedliche Formen von Engagement zu vergleichen und als besser oder schlechter für den Menschen, und nicht nur für Müller oder Meier, einzuschätzen. Damit ist auch eine »objektive« (d.h. auf die Gattung Mensch bezogene) Begründung von Werten möglich.

Wie setzt sich diese »Natur des Menschen« zusammen? Wie können wir sie in Erfahrung bringen? In seinen Texten aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre glaubt Kolakowski nicht mehr, dass es um Fragen des Typs »Bei welcher Temperatur siedet Wasser?« geht. Es besteht, so meint er nun, keine Kontinuität zwischen Fragen, die direkt oder indirekt mit der an den Postulaten der Wissenschaft ausgerichteten Erfahrung in Beziehung stehen, und Fragen nach dem »Sinn« und »Unsinn«, nach »Wahrheit« und »Lüge«, nach »dem Guten« und »dem Bösen«, Fragen, die eine Ordnung, eine Hierarchie in unsere Bewertung der Welt bringen. Eine wissenschaftliche Beschreibung der Gattung *homo sapiens* kann uns auf die Frage nach der »Natur des Menschen« keine Antwort geben, die uns eine Wahl zwischen Werten ermöglichen würde. Antworten auf die Fragen nach dem »Sinn«, der »Wahrheit« oder dem »Guten« lassen sich nicht nach denselben Regeln begründen wie wissenschaftliche oder davon abgeleitete Aussagen; ihre Begründung, schreibt Kolakowski in seinem 1966/67 entstandenen philosophischen Glaubensbekenntnis *Die Gegenwärtigkeit des Mythos*, ist mythisch, nicht rational.

Was ist nun ein Mythos? Bei der Reflexion über Glauben und Leben stoßen wir, so Kolakowski, auf Begriffe wie eben »Wahrheit«, »Sinn« oder »das Gute«, die einerseits überhaupt nicht zu all den anderen Begriffen passen, andererseits aber unser Denken und Handeln in einer Weise steuern, dass sie uns unabdingbar erscheinen. Diese Begriffe sind das Symptom eines Bedürfnisses, das sich nicht auf andere Bedürfnisse zurückführen lässt, eines Bedürfnisses, das wir nicht unabhängig von seinen Symptomen beschreiben können. Nach Kolakowski handelt es sich um das Bedürfnis, »sich auf unbedingte Realitäten zu beziehen«. Obwohl wir mitunter die Worte »Wahrheit«, »Sinn« oder »das Gute« in relativer Bedeutung benutzen, obwohl manche unserer Werte zweifellos relativ sind – sprechen wir doch von »meiner Wahrheit«, von der »Sinnhaftigkeit« einer Sache in Bezug auf ein ganz bestimmtes Ziel oder davon, dass etwas »gut für jemanden« ist –, kommen wir, so argumentiert Kolakowski, nicht ohne eine nicht-relative Bedeutung dieser Worte aus, ohne objektive Wahrheit, ohne Sinn unabhängig von unserem Tun oder Wollen, ohne ein absolutes Gutes – kurz, ohne Werte, die einfach nur Werte sind, die gelten, gleich, was mit uns geschieht.

Dieses Bedürfnis, das Bedürfnis nach dem Mythos, ist nach Kolakowski Ausdruck unserer Ablehnung einer nur vom Zufall beherrschten Welt,

unseres Unwillens, die prinzipielle Unbeständigkeit des menschlichen Schicksals zu akzeptieren, unserer Zurückweisung einer grenzenlosen Freiheit.

Somit gibt uns der Mythos – also Begriffe, die auf Bedingungen verweisen, die im Leben selbst nicht zu finden sind – einen Halt in der Welt, er macht die Welt zum Zuhause. Dagegen eignet er sich nicht zur Erklärung dessen, was in der Welt geschieht. Die Qualifizierung unseres Wissens als »wahr« oder »falsch« ist also eine mythische Operation (weil sie es in eine unbedingte Wirklichkeit überträgt und es so zu einem Wissen über etwas macht). Der Mythos selbst kann aber nicht »wahr« oder »falsch« sein. »Hier handelt es sich nicht darum, dass ein Urteil einer Situation zugeordnet wird, die es beschreibt, vielmehr wird ein Bedürfnis einem Bereich zugeordnet, der es befriedigt«, schreibt Kolakowski. Die Interpretation des Mythos, also eines Weltbildes als eines sinnhaften Ganzen, in dem der Mensch seinen Platz finden kann, die Interpretation des so verstandenen Mythos als Wissen stellt nach Kolakowski dessen Degenerierung dar.

Der Mythos ist aber nicht Wissen, er ist Hoffnung. Hoffnung, in der »die Erfahrung der Gebrechlichkeit und des Mangels sowie die Zuversicht in ihre Heilbarkeit enthalten (sind).«

Ist ein Leben ohne Mythos möglich, ist eine um den Mythos bereinigte Erfahrung möglich? Vielleicht, meint Kolakowski. Wie könnten nun die Kriterien einer derartigen Operation aussehen? Wir können natürlich beschließen, dass, für das Leben wie für das Wissen, akzeptabel nur ist, was den Nützlichkeitskriterien der Wissenschaft genügt, die wir kennen, und dass jeder anscheinend nicht utilitäre Sinn sich entweder auf einen utilitären zurückführen lässt oder überhaupt kein Sinn ist (dann würden »Wahrheit« oder »das Gute« entweder Auskunft über den Nutzen von etwas geben oder sie wären bedeutungslos). Eine solche Entscheidung lässt sich aber eben nur als eine Wahl begründen, als Option für ganz bestimmte Werte (denn mit der Behauptung, so sei es eben, würden wir den nicht utilitären Sinn des Wortes Wahrheit annehmen, den wir gerade abgelehnt haben). Und weiter: »Wenn die gereinigte Erfahrung mit dem Mythos zusammenstößt, erhebt sich ein Wert gegen einen anderen Wert, nicht aber die Vernunft gegen den Aberglauben.«

Die um den Mythos bereinigte menschliche Erfahrung würde nach Kolakowski jedoch auch solche Bedeutungen verlieren, ohne die menschliche Kultur nur schwer vorstellbar wäre. Ist Kultur denkbar ohne Traditionen,

die doch keine Sammlung von Informationen über »soziale oder psychische Fakten« sind, »sondern eben als Informationen darüber (ererbte werden), was einen Wert darstellt«, also darüber, was gut und schlecht, was geboten und was verboten ist? Ohne die Suche nach Wahrheit, ganz gleich, ob wir diese Suche Philosophie nennen oder (dann nicht rein pragmatisch verstandene) Wissenschaft? Ohne die Annahme der Freiheit, der eigenen wie der der anderen, einer Freiheit, die sich doch nicht auf wissenschaftlich beschreibbare Erfahrung reduzieren lässt? Schließlich ohne die nichtpragmatische und nichtproduktive Gemeinschaft mit anderen Menschen, die doch nur unter Personen möglich ist, also unter Menschen, die ihre Freiheit wechselseitig anerkennen und so zu uneigennütziger Freundschaft, zu Liebe und Aufopferung fähig sind? »Die Mythen, die uns lehren, was einen Wert schlechthin darstelle, sind unverzichtbar, wenn die menschliche Gesellschaft existieren soll.«

Mythen sind eine Reaktion auf Unzulänglichkeit, Mangel, Instabilität und Zufälligkeit; auf die Schwäche, die Zerbrechlichkeit der menschlichen *condition humaine*. Eine andere Reaktion darauf kann das Vergessen sein. Die Kultur der Neuzeit bietet uns, so Kolakowski, eine ganze Palette von Möglichkeiten an, unsere prinzipielle Schwäche zu vergessen, sie eröffnet uns zahlreiche Fluchtwege. Die Schwäche schmerzt, sie findet ihren Ausdruck im Entsetzen angesichts einer fremden, gleichgültigen Welt, im Erleben des Widerstandes, auf den wir unter Menschen und Dingen stoßen und der nicht überwunden werden kann – daher die Suche nach Betäubungsmitteln. Sofern unsere Kultur solche Mittel liefert, ist sie, so Kolakowski, eine Kultur der Flucht vor dem Leiden, eine »Kultur der Analgetika«. Auch die Mythen, zumindest manche, haben diese Funktion. Jene Mythen nämlich, die die Gewissheit verheißen, dass das Leiden ein Ende haben wird, irgendwann, irgendwo. Mythen, die die Beseitigung der Missklänge zwischen Mensch und Welt versprechen, Mythen, die den Tag voraussagen, an dem sie überflüssig sein werden. Mythen von der grenzenlosen Macht des Menschen. Mythen, die den Tausch Hoffnung gegen Wissen anbieten. Man könnte sie »prometheisch« nennen. Ein solcher prometheischer Mythos, so Kolakowski in einem seiner wissenschaftlich und intellektuell wohl brilliantesten Werke, in *Die Hauptströmungen des Marxismus* (1976-1979), verbirgt sich beispielsweise im philosophisch-politischen Projekt von Marx: »Das bezeichnende Ergebnis des Marxschen Prometheismus«, schreibt Kolakowski dort, »(...) ist die faktische Ab-

wesenheit der menschlichen Körperlichkeit in seinem Weltbild.« Dabei ist unser Körper, so möchte ich ergänzen, Ausdruck unserer unheilbaren Anfälligkeit für Schmerz und Leiden, mithin für unsere unbehebbar Beschränkung, den unüberwindbaren Widerstand, den die Welt uns entgegensetzt, den die Dinge und die anderen Menschen leisten. »Marx glaubt nicht an die fundamentale Endlichkeit und Begrenztheit des Menschen, nicht an die prinzipiellen Grenzen seiner Schaffenskraft. Das Böse und das Leid erscheinen bei ihm als die Hebel der künftigen Emanzipation, sie besitzen keinen eigenen Sinn, sind keine notwendigen Bestandteile des Lebens, gehen völlig darin auf, gesellschaftliche Fakten zu sein« (was bedeutet, dass sie nicht naturgegeben sind und eliminiert werden können).

Hoffnung kann aber genauso wenig zu Wissen werden, wie sich Blei in Gold verwandeln lässt. Derartige Versprechen gehören in das Reich der Alchemie, nicht der Chemie, der Scharlatanerie, nicht der Wissenschaft. Die Mythen lassen unser Leben zur Sinnsuche werden, zur Suche nach einem Zuhause. Damit bringen sie unser Verlorensein, unsere Unzulänglichkeit ans Licht, ohne eine Garantie, einen wissenschaftlichen, logischen, intellektuellen Grund liefern zu können, dass dieser Zustand nur vorübergehend ist, dass er irgendwann aufhören wird. Sie können die Zerbrechlichkeit der menschlichen Existenz nicht eliminieren, sie fördern sie im Gegenteil erst zutage. Somit muss der Sinn, den uns der Mythos anbietet, stets unsicher und unvollendet bleiben, das Zuhause, das wir mit seiner Hilfe gefunden haben, stets auf wackligen, zerbrechlichen Fundamenten stehen. Der Mensch ist nicht nur Geist, sondern immer auch körperliches Wesen. Wir sind also unrettbar zum Leiden verurteilt, können uns nicht davor schützen. Etwas später, 1982, schreibt Kolakowski, dass es »gleichsam ontologische (...) Quellen des Leidens gibt«, sie entspringen im Akt des Existierens selbst, bringen das Faktum des Lebens mit hervor. Auch in diesem Sinn ist das menschliche Leben »zerbrechlich«: empfindlich, anfällig, kränkelnd.

Der Mythos verbindet das menschliche Leben mit Bedingungen, die von diesem Leben unabhängig sind; allerdings wird diese Verbindung unserem Wissen immer entschlüpfen. Dank des Mythos können wir in einer gehörten Stimme, einer erblickten Gestalt eine menschliche Person erkennen, der Mythos ermöglicht die zwischenmenschliche Kommunikation. Worte vermögen ihn aber nicht zu verbalisieren, Sätze ihn nicht auszudrücken. Der Mythos ist somit ein Streben nach einer Aneignung der Welt,

das nie gänzlich erfolgreich sein kann. Die Welt wird immer bis zu einem gewissen Grade fremd bleiben, wie auch die anderen Menschen, sofern sie frei sind, immer anders sein werden als wir selbst, ebenfalls fremd. Daher rührt auch die Vielfalt der Mythen, die Unmöglichkeit, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen – sie rührt von der Vielfalt des ihnen zugrunde liegenden Bestandes an Werten und von den möglichen Konflikten zwischen ihnen. Denn wo es keinen gemeinsamen Nenner gibt, kein gemeinsames Maß, wie könnte da der Konflikt ausgeschlossen oder auch nur im Vorhinein abgefangen werden? Dies ist jedoch nicht schlimm, tröstet uns Kolakowski, es schadet nicht. »Im Gegenteil: Der Ort des Antriebs der Kultur ist stets der Konflikt zwischen Werten, von denen ein jeder versucht, auf Kosten des anderen Ausschließlichkeit zu erobern und zugleich gezwungen wird, seine Aspirationen einzuschränken. Mit anderen Worten, die Kultur lebt stets aus dem Wunsch nach endgültiger Synthese ihrer zerstrittenen Bestandteile und aus der organischen Unfähigkeit, sich diese Synthese zu sichern. Der Vollzug der Synthese wäre ebenso der Tod der Kultur wie der Verzicht auf den Willen zur Synthese. Die Ungewissheit über die Absichten und die Zerbrechlichkeit der Errungenschaften erweisen sich als Bedingungen für das schöpferische Fortbestehen der Kultur. Das Schicksal der Kultur ist eine dank ihrer Labilität herrliche Epopöe.«

Demnach ist ein rein theoretisches Wissen über einen Mythos nicht möglich, über einen Mythos kann man nicht Bescheid wissen wie über die Eigenschaften des Dreiecks. Die Aneignung des Mythos setzt ein moralisches Engagement voraus, nämlich meine Aussage zugunsten von etwas, das ich als unbedingt gut erachte, gegenüber etwas anderem, schlechten. Die mythischen Inhalte unserer Erfahrung, ohne die nach Kolakowski unsere Menschlichkeit, Kultur im menschlichen Sinne, unmöglich wäre, entstammen einer Sensibilität, die sich nicht in eine Moraltheorie übersetzen lässt, einer Sensibilität, die immer meine eigene ist, einer moralischen Verpflichtung, die ich, soll sie sinnvoll sein, als die eigene anerkennen muss.

Woher aber kennen wir den Unterschied zwischen Gut und Böse, wenn wir ihn nicht erfahren können, wie wir erfahren, dass es regnet oder dass zwei plus zwei vier ist? Woher kommt unsere moralische Sensibilität? Die moralischen Verpflichtungen erkennen wir eben, so Kolakowski, nicht mittels theoretischer Affirmation, sondern durch das Schuldgefühl,

wenn wir gegen sie verstoßen. Im Schuldgefühl äußert sich die Existenz eines Verbots, das wesentlich ist für die Ordnung der Welt und unabhängig von mir selbst, die Existenz des Tabus. Keine faktische Abhängigkeit, keine Angst vor Strafe, kein Kalkulieren kann die Schuld rationalisieren, das Gefühl erklären. Die Fakten erscheinen nun in einem anderen Licht, erfahren ein Übermaß an Bedeutung, das sich nicht auf andere Fakten zurückführen lässt. »Die moralische Unterscheidung von Gut und Böse«, schreibt Kolakowski in *Falls es keinen Gott gibt*, »verdanken wir unserer Teilhabe an Tabus. In der Erfahrung taucht der Unterschied im Gefolge jener Handlungen auf, mit denen wir ein Tabu verletzen und dadurch Unordnung in die Welt bringen. Mit anderen Worten: Eigentlich erkennen wir, was gut ist, indem wir erkennen, was böse ist, und wir erkennen das Böse dadurch, dass wir es tun.«

Das Tabu ist eine Grenze, die nicht überschritten werden darf, ein Verbot, das sich nicht weiter erklären lässt, eine »heilige« Grenze. Die Grenze zwischen *sacrum* und *profanum*. Eine Grenze, die wir ständig überschreiten, eine Auflage, die wir nicht erfüllen können. Somit öffnet uns das *sacrum*, die Religion, die Augen für die unheilbare Schwäche, die Zerbrechlichkeit der *condition humaine*, die gegen den prometheischen Mythos von der Allmacht des Menschen steht: »Du sprichst« – zitiert Kolakowski die Johannes-Apokalypse in seiner Studie zum Jansenismus *Gott schuldet uns nichts* – »Du sprichst: Ich bin reich und (...) brauche nichts! und weißt nicht, dass du elend und jämmerlich bist, arm, blind und bloß.« (Offb 3,17)

Somit ist der Hüter des Mythos und also der Kustos der Grundlagen unserer Kultur nicht die Philosophie und auch nicht die Metaphysik. Die Geschichte der Metaphysik, so schreibt Kolakowski in einem weiteren philosophischen Glaubensbekenntnis *Horror metaphysicus* (1988), ist eine lange Reihe chronisch wirkungsloser Versuche, die mythische Wirklichkeit in der Sprache der Theorie auszudrücken. Die Hüterin des Mythos ist vielmehr die Religion, sofern Religion »nicht eine Menge von Aussagesätzen (ist), (sondern) der Bereich der Anbetung, in dem Verstehen, Wissen, das Gefühl der Teilhabe an der letzten Realität (...) und das moralische Engagement als ein einziger Akt erscheinen.«

Wir müssen also den »einfachen, nicht unbedingt hochgebildeten Priester(n)« (*Die Moderne auf der Anklagebank*, 1989) recht geben, die seit Jahrhunderten in ihren Sonntagspredigten wieder und wieder darauf

hinweisen, dass der Mensch erst in Beziehung zu Gott zum Menschen wird. Diese Beziehung ist wie eine Krankheit, die den Menschen schwach und damit sensibel für Gutes und Böses macht (die Krankheit, schreibt Kolakowski nach Pascal, ist der natürliche Zustand des Christen). Aber wir wollen nicht vergessen, dass diese Prediger uns keine Doktrin verkünden, dass sie keine Mathematiklehrer sind, nicht Sprecher eines Zentralkomitees. Ihre Worte, auch das Wort »Gott«, sind losgelöst vom moralischen Leben des Menschen leer. Keine Theorie, keine intellektuelle Anstrengung lässt uns »Gott« unabhängig von der Funktion verstehen, die ihm für die Beziehungen der Menschen untereinander zukommt. »Gott ist wahrhaftig nichts: und so Er etwas ist: So ist Ers nur in mir, wie Er mich Ihm erkist«, zitiert Kolakowski ein Epigramm von Angelus Silesius.

Das Wort »Gott« nimmt erst für den Menschen Bedeutung an, der sich seiner Schwäche, seiner Grenzen bewusst ist. »Der Herr ist nahe bei denen, die zerbrochenen Herzens sind« (Ps 34,19). Und nur sofern er schwach, beschränkt, zerbrechlich, sofern er »zerbrochenen Herzens« ist, kann der Mensch, so Kolakowskis Gedanke, ein moralisches Wesen sein.

Religion so verstanden ist eine Herzenssache, sie lebt von Moralentscheidungen, die ja meine eigenen sein müssen und sich somit nicht vorab kalkulieren lassen. Und doch, so Kolakowski, hat auch die Institutionalisierung der Religion und daran anschließend der Versuch, sie in Begriffe und Regeln zu fassen, seine Berechtigung: »Da, wie ich zu zeigen versucht habe, Religion (...) eine Lebensweise (ist ...), und da Menschen sich durch ihre tatsächliche Einführung in den gemeinschaftlichen Kultus diese Lebensweise aneignen, erscheint es als etwas Selbstverständliches, dass die religiöse Wahrheit in der Kontinuität der kollektiven Erfahrung bewahrt und weitergegeben wird.« Die Kirche erscheint aus diesem Blickwinkel als ständige Erinnerung an die menschlichen Grenzen, als institutionalisierte Repräsentation der unabänderlichen menschlichen Schwäche und des Bedürfnisses nach Unterstützung, des Bedürfnisses nach Mythen. Damit lebt die Kirche im Spannungsfeld zwischen institutionellen Erfordernissen und der Erwartung göttlicher Hilfe, zwischen kirchlicher Bindung und religiösem Bewusstsein, zwischen der Funktion als Hüterin moralischer Grundsätze im gesellschaftlichen Leben und dem Bewusstsein, dass sich diese Grundsätze in keinem Kodex niederlegen lassen, dass ihre zerbrechliche, unsichere, ständig bedrohte Wirklichkeit nur in meiner Begegnung mit den anderen Menschen lebt – in jeder Begegnung, in der sich meine

Menschlichkeit entscheidet und in der Gott lebt oder stirbt.

Diese Ansichten scheinen von den Attacken der 1950er Jahre auf die Kirche und ihre Philosophen oder auch nur vom bedingungslosen Rationalismus der 1960er Jahre weit entfernt zu sein. Sicher, Kolakowski hätte, wie er selbst sagt, manches lieber gar nicht geschrieben, manches auch anders formuliert. Und doch eröffnet sich beim Blick hinter die scheinbar widersprüchlichen Thesen (für den Rationalismus und dagegen, gegen das Absolute und dafür, gegen Religion und Kirche und dafür), so denke ich, eine verblüffende begriffliche Konsequenz, die die Mehrheit dieser Texte, begonnen mit den ganz frühen, zu einem Ganzen verbindet. Die Ablehnung des Absoluten bedeutete für den jungen Kolakowski die Entscheidung für die Freiheit und schließlich die Forderung nach der Akzeptanz der irreduziblen Vielfalt der Welt und der irreduziblen Vielfalt der Perspektiven, aus denen die Welt betrachtet werden kann. Die Verwerfung des Absoluten führte Kolakowski zu den moralischen Quellen unseres Weltverständnisses, zu der unabdingbaren Notwendigkeit persönlichen Engagements, der Notwendigkeit, Stellung zu beziehen, und schließlich zu der Weigerung, die eigene Verantwortung an irgendeine angeblich übergeordnete Instanz abzutreten. Das Absolute ist ein gefährlicher Betrug, hätte der Autor von *Kultur und Fetische* sagen können, wenn es ein garantiertes Wissen anbietet, das unser Leben irgendwann seiner Instabilität, seiner Unsicherheit, seines Risikos beraubt – seiner Zerbrechlichkeit. So denkt auch der Autor von *Gott schuldet uns nichts*.

Das Absolute ist nicht Gegenstand des Wissens und kann es nicht sein. Ein so verstandenes Absolutes lehnt Kolakowski heute genauso ab, wie er es seit dem Beginn seines intellektuellen Weges abgelehnt hat. Das Absolute, dessen Notwendigkeit er in seinen letzten Büchern anerkennt, ist die Prämisse unseres moralischen Lebens, das unmöglich wäre ohne die Annahme, dass seine Quelle jenseits unserer Kontrolle liegt. Kolakowski meint, dass das Absolute nur in einem Akt des Vertrauens zugänglich ist, dessen Adressat sich nicht in Worte fassen lässt, einem Akt des Vertrauens, den wir gewohnt sind, »Glauben« zu nennen. Das so verstandene Absolute schließt die Freiheit nicht aus, im Gegenteil, es füllt die Freiheit überhaupt erst mit Inhalt. Doch auch das Vertrauen, der Glaube, in dem es sich äußert, kommt nicht aus ohne Begriffe, ohne Kodifizierungsversuche, wengleich all diese Versuche von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Daher stehen das Absolute und die Freiheit in einem dauernden

Spannungsverhältnis, in einem Konflikt, der nicht ausgeräumt werden kann und der, so meint Kolakowski, die *condition humaine* konstituiert.

Wenn wir uns das bewusst machen (und die Philosophie ist dazu da, uns dabei zu helfen, ja, nur dazu ist sie da), dann erkennen wir, so würde ich das zentrale Motiv in Kolakowskis Denken auf den Punkt bringen, unsere Zerbrechlichkeit. Unsere Unzulänglichkeit und Schwäche und unsere Sensibilität und Verletzlichkeit. Wir verstehen, anders ausgedrückt, dass nur der »jämmerliche« Mensch, nur der Mensch »mit zerbrochenem Herzen« zu unterscheiden vermag zwischen Gut und Böse, Wahrheit und Lüge, dass nur er der Würde seiner Mitmenschen gerecht werden kann.

Dies eben ist die Entscheidung für »Güte ohne Nachsicht, Mut ohne Fanatismus (...) und Hoffnung ohne Verblendung.«

*Aus dem Polnischen von Thomas Weiler*

Zitiert wurde aus folgenden deutschsprachigen Ausgaben Kolakowskis:

*Lob der Inkonsequenz* (aus dem Polnischen von Wanda Bronska-Pampuch), in: L.K., *Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein*, München 1960, S. 238-249.

*Der Rationalismus als Ideologie* (aus dem Polnischen von Peter Lachmann), in: L.K., *Traktat über die Sterblichkeit der Vernunft. Philosophische Essays*, München 1967, S. 206-267.

*Die Gegenwärtigkeit des Mythos* (aus dem Polnischen von Peter Lachmann), München 1973.

*Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall* (aus dem Polnischen von Eberhard Kozłowski), München 1981 (Bd. I).

*Der Priester und der Narr* (aus dem Polnischen von Wanda Bronska-Pampuch), in L.K., *Narr und Priester*, Frankfurt/Main 1987, S. 9-44.

*Horror metaphysicus. Das Sein und das Nichts* (aus dem Englischen von Friedrich GRIESE), München 1989.

*Die Moderne auf der Anklagebank* (aus dem Englischen von Klaus Nellen), in: L.K., *Die Moderne auf der Anklagebank*, Zürich 1991, S. 46-69.

*Falls es keinen Gott gibt* (aus dem Englischen von Friedrich GRIESE), Freiburg 1992.

In einigen Zitaten waren kleinere Korrekturen der publizierten deutschen Übersetzungen erforderlich.

*Leszek Kolakowski*  
 WAS IST SOZIALISMUS? (1957)<sup>1</sup>

Wir wollen euch sagen, was Sozialismus ist. Aber zuvor müssen wir euch erklären, was Sozialismus nicht ist. Wohlan denn.

Sozialismus ist nicht:

Eine Gesellschaft, in der ein Mensch, der kein Verbrechen begangen hat, zu Hause sitzt und auf die Polizei wartet.

Eine Gesellschaft, in der einer ins Unglück gerät, weil er sagt, was er denkt, während ein anderer glücklich ist, weil er nicht sagt, was in seinem Hirn vorgeht.

Eine Gesellschaft, in der einer bequemer lebt, weil er überhaupt nicht denkt.

Eine Gesellschaft, in der einer unglücklich ist, weil er dem jüdischen Glauben angehört, während der andere sich glücklich preist, kein Jude zu sein.

Ein Staat, dessen Soldaten flinker in der Besetzung des Territoriums anderer Völker sind.

Ein Staat, in dem es der besser hat, der lauter als andere die Führer des Landes preist.

Ein Staat, in dem einer ohne Prozess verurteilt werden kann.

Eine Gesellschaft, in der sich die Führer selbst zu ihren Funktionen ernennen.

Eine Gesellschaft, in der zehn Menschen ein einziges Zimmer zum Wohnen haben.

Eine Gesellschaft, in der es Analphabeten und Pockenepidemien gibt.

Ein Staat, der keine Reisen ins Ausland gestattet.

Ein Staat, der mehr Spione als Krankenschwestern und mehr Menschen im Gefängnis als in den Spitälern hat.

Ein Staat, in dem die Zahl der Funktionäre rascher wächst als die Zahl der Arbeiter.

- Ein Staat, in dem man zum Lügen gezwungen ist.
- Ein Staat, in dem einem nichts übrigbleibt als zu stehlen.
- Ein Staat, der Kolonien besitzt.
- Ein Staat, dessen Nachbarn die Geografie verfluchen.
- Ein Staat, der ausgezeichnete Raketenflugzeuge und miserable Schuhe produziert.
- Ein Staat, in dem der Feigling besser gedeiht als der aufrechte Mensch.
- Ein Staat, in dem bei fast allen Prozessen der Verteidiger mit dem Staatsanwalt übereinstimmt.
- Ein Staat, der Preise an Pseudodichter verleiht und vom Malen mehr zu wissen behauptet als der Maler.
- Eine Nation, die andere Nationen unterdrückt.
- Eine Nation, die von einer anderen Nation unterdrückt wird.
- Ein Staat, der verlangt, dass alle seine Bürger dieselben Ansichten über Philosophie, auswärtige Politik, Volkswirtschaft, Literatur und Sittlichkeit haben.
- Ein Staat, dessen Regierung die Rechte seiner Bürger anordnet, aber dessen Bürger nicht die Rechte der Regierung zu bestimmen haben.
- Ein Staat, in dem man verantwortlich ist für seine Väter und Vorväter.
- Ein Staat, in dem ein kleiner Teil eine vierzigmal höhere Bezahlung erhält als der gesamte Rest des Volkes.
- Jede Form von Regierung, welche von der Mehrheit des Volkes abgelehnt wird.
- Ein Staat, dessen Regierung nichts für wichtiger hält als ihre Macht.
- Ein Staat, der sich mit Verbrechen belädt und dann daraus eine Ideologie macht.
- Ein Staat, der es gern hätte, dass sein Außenminister die politische Meinung der gesamten Menschheit diktiert.
- Ein Staat, dem es schwerfällt, zwischen Befreiung und Versklavung zu unterscheiden.
- Ein Staat, der nicht zu unterscheiden vermag zwischen sozialer Revolution und gewaltsamem Überfall.
- Ein Staat, der nicht daran glaubt, dass die Menschen unter dem Sozialismus glücklicher sein sollen als unter jedem anderen System.
- Eine Gesellschaft, die voll ist von Melancholie.
- Ein Staat, der immer schon den Willen des Volkes kennt, bevor er das Volk danach gefragt hat.

- Ein Staat, der sein Volk straflos misshandeln kann.
- Ein Staat, in dem die Philosophen und Schriftsteller immer das gleiche sagen wie die Minister und Generale, aber immer erst nach diesen.
- Ein Staat, in dem man die Ergebnisse von Parlamentswahlen immer schon voraussagen kann.
- Ein Staat, in dem es Sklavenarbeit gibt.
- Ein Staat, in dem ganze Völkerschaften ohne eigenes Verlangen in ganz andere Gegenden verschoben werden.
- Ein Staat, in dem die Arbeiter auf die Regierung keinerlei Einfluss haben.
- Ein Staat, dessen Bürgern es nicht erlaubt ist, die großen Werke der internationalen zeitgenössischen Literatur zu lesen, die großen Werke der zeitgenössischen Malerei zu sehen und die großen Werke der modernen Musik zu hören.
- Ein Staat, in dem man lange leiden muss, ehe man einen Arzt bekommt.
- Ein Staat, in dem viele Nichtwisser als Gelehrte gepriesen werden.
- Ein Staat, dem es nichts ausmacht, gehasst zu werden, wenn er nur gleichzeitig auch gefürchtet wird.
- Ein Staat, in dem es immer wieder geschieht, dass man am nächsten Tag widerlegen muss, was man am Tag zuvor behauptet hat und dabei immer glauben muss, es sei ein und dasselbe.
- Ein Staat, der es nicht gern hat, dass seine Bürger die Zeitungen von vorgestern und vorgestern lesen.
- Nun, Freunde, dies war der erste Teil. Aber jetzt hört genau zu, jetzt wollen wir euch sagen, was Sozialismus ist: Sozialismus ist eine gute Sache.

#### Anmerkung der Redaktion

- 1 Das Manifest »Czym jest socjalizm?« schrieb Kolakowski 1956 für die Zeitschrift *Po prostu*, es fiel aber der Zensur zum Opfer. Das New Yorker Magazin *The New Leader*, das zahlreiche Texte aus dem russischen und osteuropäischen Untergrund für den Westen zugänglich machte, publizierte am 18. Februar 1957 eine englische Übersetzung unter dem Titel »What is Socialism?«. Auf ihrer Grundlage wurde im selben Jahr in den Zeitschriften *Ost-Probleme* (Nr. 18, 21. Juni 1957, S. 623 f.) und *Die neue Gesellschaft* (Jg. 4, Juli/August 1957, Heft 4, S. 299 f.) eine deutsche Übersetzung veröffentlicht, die wir hier wiederabdrucken.

Die *Ost-Probleme* kommentieren: »Die Zeitschrift (*The New Leader*) schickte diesem Aufsatz folgende Anmerkung voraus: ›Anbei ein schlagendes Beispiel für die intellektuelle Gärung, die heute ganz Polen erfüllt. Leszek Kolakowski ist ein junger Philosoph, der den Aufsatz für die Studentenzeitung *Po prostu* schrieb. Die Veröffentlichung wurde (angeblich von Gomulka selbst) untersagt, weil die anti-

sowjetische Tendenz allzu augenfällig war. Der Aufsatz zirkulierte daraufhin auf privatem Weg in den Gruppen der kommunistischen Jugend, bis er schließlich am Nachrichtenbrett der Jungdemokraten angeschlagen wurde. Die Leitung der Universität ließ den Anschlag entfernen und löste die Jungdemokratische Gruppe auf. Inzwischen ist aber der Aufsatz auch ins Ausland gedrungen.«

*Tony Judt*

DEM ALLEN LEBEWohl?

Kolakowskis *Hauptströmungen des Marxismus* heute gelesen

I

Leszek Kolakowski ist ein Philosoph aus Polen. Doch diese Charakterisierung scheint nicht ganz treffend – oder hinreichend. Wie bei Czeslaw Milosz und anderen vor ihm war Kolakowskis intellektueller und politischer Werdegang durch seine Opposition zu bestimmten, tief verwurzelten Zügen der traditionellen polnischen Kultur geprägt: Klerikalismus, Chauvinismus, Antisemitismus. 1968 zur Ausreise gezwungen, konnte Kolakowski weder in seine Heimat zurückkehren noch dort seine Werke publizieren: Zwischen 1968 und 1981 stand sein Name auf dem polnischen Index verbotener Autoren, und ein Großteil der Arbeiten, für die er heute am besten bekannt ist, schrieb und veröffentlichte er im Ausland.

Das Exil verbrachte Kolakowski überwiegend in England, wo er seit 1970 Fellow am All Souls College in Oxford ist. Aber Großbritannien ist, wie er in einem Gespräch sagte, eine Insel, und Oxford ist eine Insel in England, und All Souls (ein College ohne Studenten) ist eine Insel in Oxford, und Dr. Leszek Kolakowski ist eine Insel in All Souls, eine »vierfache Insel«.<sup>1</sup> Tatsächlich bot das britische Kulturleben intellektuellen Emigranten aus Russland und Mitteleuropa einst einen Platz – man denke nur an Ludwig Wittgenstein, Arthur Koestler oder Isaiah Berlin. Doch ein ehemals marxistischer katholischer Philosoph aus Polen ist noch exotischer, und trotz seines internationalen Ansehens ist er in seinem Adoptivland kaum bekannt, und wenn, dann erstaunlich unterschätzt.

Anderswo ist Kolakowski indes berühmt. Wie viele mitteleuropäische Gelehrte seiner Generation ist er mehrsprachig – fühlt sich im Russischen, Französischen und Deutschen ebenso zu Hause wie im Polnischen und Englischen – und wurde besonders in Italien, Deutschland und Frankreich mit Ehrungen und Preisen überhäuft. In den Vereinigten Staaten, wo Kolakowski viele Jahre am Committee on Social Thought der Universität von Chicago lehrte, wurden seinen Leistungen großzügige Würdigungen

zuteil, deren Höhepunkt 2003 die Verleihung des ersten John W. Kluge-Preises der Library of Congress war – ein Preis, der für ein Lebenswerk in jenen Wissenschaften (besonders den Geisteswissenschaften) verliehen wird, für die es keinen Nobelpreis gibt. Aber Kolakowski, der mehr als einmal erklärte, sich am meisten in Paris zu Hause zu fühlen, ist keinen Deut mehr Amerikaner als Engländer. Am treffendsten beschreibt man ihn vielleicht als den letzten illustren Bürger der Gelehrtenrepublik des 20. Jahrhunderts.

In den meisten seiner Wahlheimaten kennt man Leszek Kolakowski vor allem für seine bemerkenswerte dreibändige Geschichte des Marxismus, *Die Hauptströmungen des Marxismus* (und mancherorts nur als solchen). 1976 auf Polnisch (in Paris) erschienen, kam das Werk ein Jahr später in Deutschland und zwei Jahre später in England heraus und wurde in den USA mittlerweile als einbändige Ausgabe neu aufgelegt.<sup>2</sup> Ohne Zweifel verdient dieses Werk höchste Wertschätzung, ist es doch ein Monument der modernen humanistischen Gelehrsamkeit. Freilich entbehrt die Prominenz des Werkes unter Kolakowskis Schriften nicht einer gewissen Ironie, ist sein Autor doch alles andere als ein »Marxologe«. Er ist ein Philosoph, ein Philosophiehistoriker und ein katholischer Denker. Er verbrachte Jahre mit dem Studium frühchristlicher Sekten und Häresien und hat sich einen Großteil des letzten Vierteljahrhunderts der Geschichte der europäischen Religion und Philosophie und dem gewidmet, was man am besten philosophisch-theologische Spekulation nennen könnte.<sup>3</sup>

Kolakowskis »marxistische« Phase, angefangen mit seiner Prominenz im Nachkriegspolen als anspruchsvollster marxistischer Philosoph seiner Generation bis zu seinem Weggang 1968, war tatsächlich recht kurz, und ein Großteil dieser Zeit war er bereits Dissident. Schon 1954, im Alter von 27, beschuldigte man ihn, »von der marxistisch-leninistischen Lehre abzuweichen«. 1966 hielt er zum zehnten Jahrestag der Arbeiterproteste in Posen (»Polnischer Oktober«) eine berühmt kritische Vorlesung an der Warschauer Universität und wurde vom Parteivorsitzenden Wladyslaw Gomulka offiziell als »Hauptideologe der sogenannten revisionistischen Bewegung« getadelt. Als man Kolakowski seines Lehrstuhls enthob, geschah dies mit der Begründung, er bilde »die Ansichten der Jugend in einer Weise, die der offiziellen Tendenz des Landes zuwider« laufe. Im Westen angekommen, war er (zur Verwirrung manch eines Bewunderers, wie wir noch sehen werden) kein Marxist mehr, und nachdem er

das wichtigste Buch über den Marxismus des letzten halben Jahrhunderts geschrieben hatte, brachte Kolakowski ein paar Jahre später nur noch ein »nachlassendes Interesse an dem Thema« auf, wie es ein polnischer Forscher vornehm ausdrückt.<sup>4</sup>

Dieser Werdegang hilft, die besonderen Züge der *Hauptströmungen* zu erklären. Der erste Band, *Die Gründer* (dt. *Entstehung*), ist konventionell als Ideengeschichte angelegt: von den christlichen Ursprüngen der Dialektik und dem Projekt der vollkommenen Erlösung in der deutschen romantischen Philosophie und seinen Auswirkungen auf den jungen Marx bis hin zu den reifen Schriften von Marx und seinem Kollegen Friedrich Engels. Der zweite Band trägt im Original den aufschlussreichen (und, wie ich glaube, keineswegs ironischen) Titel *Das goldene Zeitalter*.<sup>5</sup> Er beschreibt die Geschichte von der Zweiten Internationale, die 1889 ins Leben gerufen wurde, bis zur Russischen Revolution von 1917. Auch hier beschäftigt sich Kolakowski vor allem mit Ideen und Debatten, die auf hochgeistigem Niveau von einer bemerkenswerten Generation radikaler europäischer Denker geführt wurden.

Die führenden Marxisten der Zeit – Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Eduard Bernstein, Jean Jaurès und Wladimir Iljitsch Lenin – kommen alle zu ihrem Recht, jeder erhält ein Kapitel, das mit Sorgfalt und Klarheit ihre Hauptargumente und ihren Platz in der Geschichte zusammenfasst. Von noch größerem Interesse, weil sie gewöhnlich in solchen Gesamtdarstellungen keinen so hervorragenden Platz einnehmen, sind indes die Kapitel über den italienischen Philosophen Antonio Labriola, die Polen Ludwik Krzywicki, Kazimierz Kelles-Krauz und Stanislaw Brzozowski sowie die »Austromarxisten« Max Adler, Otto Bauer und Rudolf Hilferding. Dass vergleichsweise viele Polen in Kolakowskis Darstellung des Marxismus auftreten, ist zweifellos zum Teil der Lokalperspektive des Autors geschuldet und ein Ausgleich für frühere Vernachlässigung. Aber wie die Austromarxisten (denen eines der längsten Kapitel des Bandes zuteil wird) vergegenwärtigen sie den geistigen Reichtum des *Fin de Siècle* Mitteleuropas, der vergessen und schließlich aus dem lange von Deutschen und Russen beherrschten Narrativ des Marxismus getilgt wurde.<sup>6</sup>

Der dritte Band der *Hauptströmungen* – der behandelt, was wohl viele Leser unter »Marxismus« verstehen, das heißt die Geschichte des Sowjetkommunismus und das Denken westlicher Marxisten seit 1917 – ist

unumwunden mit *Zerfall* betitelt. Etwas weniger als die Hälfte dieses Teils ist dem Sowjetmarxismus von Stalin bis Trotzki gewidmet, der Rest behandelt ausgewählte Theoretiker anderer Länder. Einige von ihnen, besonders Antonio Gramsci und Georg Lukács, sind für Ideengeschichtler des 20. Jahrhunderts von anhaltendem Interesse, andere, wie Ernst Bloch und Karl Korsch (Lukács' deutscher Zeitgenosse), haben einen eher antiquarischen Reiz. Wieder andere, besonders Lucien Goldmann und Herbert Marcuse, erscheinen heute noch uninteressanter als Mitte der 70er Jahre, als Kolakowski sie auf ein paar Seiten abfertigte.

Das Werk schließt mit einem »Überblick über die Wandlungen des Marxismus in den letzten Jahren«, ein Essay über die Entwicklungen im Marxismus seit Stalins Tod, in dem Kolakowski kurz seine eigene »revisionistische« Vergangenheit berührt, bevor er in fast durchgängig verächtlichem Ton die vergänglichen Moden der Zeit verzeichnet, von der höheren Dummheit von Sartres *Kritik der dialektischen Vernunft* und ihren »überflüssigen Neologismen« bis hin zu Mao Zedongs »bäuerlichem Marxismus« und seinen unverantwortlichen westlichen Bewunderern. Die Leser dieses Teils werden im Vorwort zum dritten Band vorgewarnt, wo der Autor einräumt, dass sich das letzte Kapitel zu einem eigenen Band hätte erweitern lassen, jedoch hinzufügt: »doch ich bin mir (...) nicht sicher, ob das Thema einer derart eingehenden Darstellung wert ist.« Es verdient hier vielleicht Erwähnung, dass die ersten beiden Bände der *Hauptströmungen* in Frankreich 1987 erschienen, der dritte und letzte Band von Kolakowskis Meisterwerk jedoch dort bis heute nicht veröffentlicht ist.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, hier die erstaunliche Bandbreite von Kolakowskis Geschichte der marxistischen Doktrin zu vermitteln. Seine Darstellung wird wohl kaum jemals von einem Nachfolger überboten werden: Wer wird je wieder genug wissen – oder genug Interesse aufbringen –, um dieses Feld so detailreich und mit solch analytischer Gewandtheit erneut beackern zu können? *Die Hauptströmungen des Marxismus* ist keine Geschichte des Sozialismus; ihr Autor zollt politischen Kontexten oder gesellschaftlichen Institutionen nur flüchtige Aufmerksamkeit. Es ist eine unverstellte Ideengeschichte, eine Art Bildungsroman vom Aufstieg und Fall einer einst mächtigen Familie von Theorien und Theoretikern, erzählt im skeptischen und geläuterten Alter von einem ihrer letzten überlebenden Sprösslinge.

Kolakowskis These, die er auf 1200 Seiten ausbreitet, ist geradlinig und unzweideutig. Der Marxismus sollte seiner Meinung nach ernst genommen werden: nicht wegen seiner Aussagen über den Klassenkampf (die manchmal wahr, aber nie etwas Neues waren), noch wegen seiner Verheißung des unabwendbaren Zusammenbruchs des Kapitalismus und eines proletarisch geführten Übergangs zum Sozialismus (die als Vorhersage völlig scheiterte), sondern weil der Marxismus eine einzigartige – und wahrhaft originelle – Mischung aus prometheischer romantischer Illusion und kompromisslosem historischen Determinismus lieferte.

Die Anziehungskraft eines so verstandenen Marxismus ist offensichtlich. Er bot eine Erklärung, wie die Welt *funktioniert*: die ökonomische Analyse des Kapitalismus und der Klassenverhältnisse. Er schlug eine Art und Weise vor, wie die Welt funktionieren *solle* – eine Ethik menschlicher Beziehungen, wie sie die idealistischen Spekulationen des jungen Marx nahelegen (und Georg Lukács' Marx-Interpretation, mit der Kolakowski, so sehr er auch Lukács' kompromittierten Lebensweg verachtet, weitgehend übereinstimmt)<sup>7</sup>. Und schließlich verkündete der Marxismus, gestützt auf eine Reihe von Behauptungen über historische Notwendigkeit, welche Marxens russische Anhänger aus seinen (und Engels') Schriften ableiteten, unwiderlegbare Gründe für den Glauben, dass die Welt in der Zukunft entsprechend funktionieren *werde*. Diese Kombination aus ökonomischer Beschreibung, moralischem Gebot und politischer Voraussage erwies sich als ungeheuer verführerisch – und zweckdienlich. Marx lohnt, wie Kolakowski bemerkt, immer noch die Lektüre – wenn auch nur, um die schiere Vielseitigkeit seiner Theorien zu verstehen, wenn andere sie beschwören, um damit die daraus entsprungenen politischen Systeme zu rechtfertigen.<sup>8</sup>

Zur Verbindung von Marxismus und Kommunismus – die drei Generationen westlicher Marxisten tapfer herunterzuspielen suchten, um Marx vor seiner »Verzerrung« durch Stalin (und Lenin) zu »retten« – findet Kolakowski deutliche Worte. Man kann Karl Marx, einen deutschen Autor, der im viktorianischen London lebte,<sup>9</sup> wohl kaum in irgendeiner gedanklich nachvollziehbaren Weise für die russische oder chinesische Geschichte des 20. Jahrhunderts verantwortlich machen. Daher haben die jahrzehntelangen Bemühungen marxistischer Puristen, die wahren Absichten des Gründervaters zu ermitteln, und herauszufinden, was Marx und Engels über die künftigen Sünden gedacht hätten, die in ihrem Na-

men begangen werden sollten, etwas Überflüssiges und Zweckloses. Allerdings illustriert der ständig wiederholte Appell, zur Wahrheit der heiligen Schriften zurückzukehren, die sektiererische Dimension des Marxismus, der Kolakowski besondere Beachtung schenkt.

Dennoch ist der Marxismus als Doktrin nicht von der Geschichte der politischen Bewegungen und Systeme zu trennen, die aus ihm hervorgingen. Es gibt tatsächlich einen deterministischen Kern im Denken von Marx und Engels: ihre Behauptung, dass die Dinge »in letzter Analyse« so sind, wie sie sein müssen, aus Gründen, über die Menschen keine Gewalt haben. Dieses Beharren entsprang Marx' Wunsch, den alten Hegel »vom Kopf auf die Füße zu stellen« und die Deutung der Geschichte mit unbestreitbaren materiellen Ursachen (Klassenkampf, Gesetze kapitalistischer Entwicklung) zu unterfüttern. Es war diese bequeme epistemologische Stützmauer, an die Plechanow, Lenin und ihre Erben das ganze Gebäude der historischen »Notwendigkeit« und die es begleitende Vollstreckungsmaschinerie lehnen konnten.

Darüber hinaus steht Marxens jugendliche Eingebung, das Proletariat habe aufgrund seiner besonderen Rolle als ausgebeuteter Klasse – deren eigene Befreiung die Befreiung der ganzen Menschheit signalisieren wird – eine privilegierte Einsicht in die letzten Zwecke der Geschichte, in enger Beziehung zum kommunistischen Resultat, und zwar dank der Unterordnung der proletarischen Interessen unter eine diktatorische Partei, die behauptet, diese Interessen zu verkörpern. Wie stark die logischen Ketten sind, welche die Marxsche Analyse an die kommunistische Tyrannei binden, lässt sich an den vielen Beobachtern und Kritikern beurteilen – von Michail Bakunin bis hin zu Rosa Luxemburg –, die den kommunistischen Totalitarismus vorausahnten und vor ihm warnten, lange bevor Lenin auch nur in die Nähe des Finnischen Bahnhofs in St. Petersburg kam, um seinen Siegeszug anzutreten. Natürlich hätte sich der Marxismus in andere Richtungen entwickeln oder auch im Nirgendwo enden können. Aber die »leninistische Version des Marxismus war, wenn gleich nicht die einzig mögliche, ziemlich plausibel«. <sup>10</sup>

Natürlich beabsichtigten oder ahnten weder Marx noch die ihm nachfolgenden Theoretiker, dass eine Doktrin, die den Sturz des Kapitalismus durch ein Industrieproletariat predigte, in einer rückständigen und weitgehend bäuerlichen Gesellschaft wirkmächtig werden würde. Doch für Kolakowski unterstreicht dieses Paradox nur die Macht des Marxismus

als Glaubenssystem: Wenn Lenin und seine Anhänger nicht auf der unausweichlichen Notwendigkeit ihres eigenen Erfolges bestanden (und ihn damit nachträglich theoretisch gerechtfertigt) hätten, wären ihre voluntaristischen Anstrengungen niemals geglückt. Ebenso wenig hätten sie einen so überzeugenden Prototyp für Millionen außenstehender Bewunderer abgegeben. Einen opportunistischen Putsch, den die deutsche Regierung erleichterte, indem sie Lenin in einem versiegelten Zug nach Russland schaffte, in eine »unausweichliche« Revolution zu verwandeln, das erforderte nicht einfach taktisches Genie, sondern eine umfassende Übung in ideologischem Glauben. Kolakowski hat sicher recht: Der politische Marxismus war allem voran eine säkulare Religion.

Die *Hauptströmungen* sind nicht die einzige herausragende Darstellung des Marxismus, wohl aber die bei weitem ehrgeizigste.<sup>11</sup> Was sie außerdem auszeichnet, ist Kolakowskis polnische Perspektive. Das erklärt wohl die Betonung, die seine Deutung auf den Marxismus als Eschatologie legt – »eine moderne Variante der apokalyptischen Erwartungen, die sich durch die gesamte europäische Geschichte ziehen«. Und sie ermächtigt ihn zu einer kompromisslos moralischen, ja religiösen Lesart der Geschichte des 20. Jahrhunderts. »Der Teufel ist Teil unserer Erfahrung. Unsere Generation hat genug von ihm gesehen, um die Botschaft bitterernst zu nehmen. Das Böse, behaupte ich, ist nicht kontingent, es ist nicht die Abwesenheit oder Entstellung oder Untergrabung der Tugend (oder was immer einem als ihr Gegenteil in den Sinn kommt), sondern eine hartnäckige, keiner Erlösung zugängliche Tatsache.«<sup>12</sup>

Kein westlicher Beobachter des Marxismus, wie kritisch auch immer, hat je so gesprochen.

Kolakowski schreibt auch als jemand, der nicht nur im Marxismus, sondern unter dem Kommunismus gelebt hat. Er war Zeuge der Metamorphose des Marxismus von einer intellektuellen Theorie in eine politische Lebensform. In solcher Weise von innen beobachtet und erfahren, ist der Marxismus bald nur noch schwer vom Kommunismus zu unterscheiden – der schließlich nicht nur sein wichtigstes praktisches Ergebnis, sondern sein einziges war. Und der tägliche Einsatz marxistischer Kategorien zu dem vulgären Zweck, die Freiheit zu unterdrücken – wofür sie von den Kommunisten an der Macht vor allem eingespannt wurden – lenkt mit der Zeit vom Reiz der Theorie selbst ab.

Diese zynische Anwendung der Dialektik zwecks Verdrehung der Geister und Tortur der Leiber entging den westlichen Marxismusexegeten für gewöhnlich, die sich lieber in die Kontemplation vergangener Ideale oder künftiger Aussichten versenkten und von unbequemen Nachrichten aus der sowjetischen Gegenwart, besonders wenn sie von Opfern oder Zeugen stammten, unbewegt blieben.<sup>13</sup> Seine Begegnungen mit solchen Leuten erklären zweifellos Kolakowskis beißende Verachtung für einen Großteil des »westlichen« Marxismus und seiner progressiven Gefolgsleute. »Einer der Gründe für die Popularität des Marxismus unter gebildeten Menschen war die Tatsache, dass er in seiner einfachen Form sehr eingängig war; selbst (*sic*) Sartre bemerkte, dass Marxisten faul sind (... Der Marxismus war) ein Instrument, das es ermöglichte, die gesamte Geschichte und Ökonomie zu bewältigen, ohne weder das eine noch das andere studiert zu haben.«<sup>14</sup>

Es war eben eine solche Begegnung, die den Anlass zu dem boshaften Titelessay der unlängst erschienenen Aufsatzsammlung *My Correct Views on Everything* gab.<sup>15</sup> 1973 veröffentlichte der britische Historiker Edward Palmer Thompson in *The Socialist Register* einen offenen Brief an Leszek Kolakowski. Darin nahm er den ehemaligen Marxisten dafür ins Gebet, seine westlichen Bewunderer durch die Abwendung vom revisionistischen Kommunismus seiner Jugend im Stich gelassen zu haben. Der offene Brief zeigt Thompson auf dem Gipfel seiner Selbstgefälligkeit und Provinzialität: Er ist geschwätzig (der Brief zählt hundert Druckseiten), herablassend und bigott. In einem aufgeblasenen, demagogischen Ton wedelt Thompson mit dem rhetorischen Zeigefinger vor der Nase des exilierten Kolakowski und tadelt ihn – mit einem Auge zu seinem andächtigen fortschrittlichen Publikum schielend – der Abtrünnigkeit. »Wir beide waren 1956 Stimmen des kommunistischen Revisionismus (...) Wir gingen beide von einer Frontalkritik des Stalinismus zu einer Haltung des marxistischen Revisionismus über (...) Es gab eine Zeit, als Sie und die Sache, für die Sie eintraten, in unseren innigsten Gedanken gegenwärtig waren.«

Wie können Sie es wagen, suggerierte Thompson aus der behaglichen Sicherheit der englischen Provinz, uns zu verraten, indem Sie mit Ihren unpassenden Erfahrungen im kommunistischen Polen unseren Blick auf unser gemeinsames marxistisches Ideal verdunkeln?

Kolakowskis Erwiderung, »My Correct Views on Everything«, ist vielleicht die bestbeschriebene intellektuelle Demontage in der Geschichte

politischer Debatten: Niemand wird nach der Lektüre Edward Palmer Thompson jemals wieder ernst nehmen. Der Essay erläutert (und illustriert symptomatisch) den gewaltigen moralischen Graben, der sich durch die Geschichte und Erfahrung des Kommunismus zwischen »östlichen« und »westlichen« Intellektuellen aufgetan hatte und bis heute besteht. Kolakowski seziert gnadenlos Thompsons angestrenzte, eigennützige Bemühungen, den Sozialismus vor den Mängeln des Marxismus, den Marxismus vor dem Versagen des Kommunismus und den Kommunismus vor seinen eigenen Verbrechen zu retten – alles im Namen eines Ideals, das vorgeblich in der »materialistischen« Realität wurzelt, dessen Glaubwürdigkeit aber davon abhängt, nicht mit der Erfahrung der wirklichen Welt oder menschlicher Unzulänglichkeit in Berührung zu kommen. »Sie sagen«, schreibt Kolakowski an Thompson, »dass es hervorragende Ergebnisse bringe, in den Begriffen eines ›Systems‹ zu denken. Ich bin ganz sicher, dass es sich so verhält – nicht nur hervorragende, sondern wunderbare; es löst schlicht alle Probleme der Menschheit auf einen Schlag.«

Alle Probleme der Menschheit auf einen Schlag lösen; nach einer alles umfassenden Theorie streben, die gleichzeitig die Gegenwart erklären und die Zukunft garantieren kann; zur Krücke intellektueller oder historischer »Systeme« Zuflucht nehmen, um die irritierende Komplexität und Widersprüchlichkeit der realen Erfahrung zu umschiffen; den »reinen« Samen einer Idee oder eines Ideals aus der verfaulten Frucht retten: Solche Abkürzungen sind von zeitlosem Reiz und gewiss nicht das Monopol von Marxisten (oder der Linken). Es ist nur zu naheliegend, zumindest die marxistische Variante solch menschlicher Torheit zu verabschieden: Zwischen den geläuterten Einsichten ehemaliger Kommunisten wie Kolakowski und der selbstgerechten Borniertheit »westlicher« Marxisten wie Thompson, ganz zu schweigen vom Urteil der Geschichte selbst, könnte es so scheinen, als habe sich das Thema von selbst erledigt.

## II

Vielleicht. Aber bevor wir die merkwürdige Geschichte vom Aufstieg und Fall des Marxismus einer rasch entschwindenden und bedeutungslos gewordenen Vergangenheit übereignen, täten wir gut daran, uns zu erinnern, mit welcher bemerkenswerter Anziehungskraft der Marxismus die Vorstellungswelt des 20. Jahrhunderts in seinen Bann schlug. Karl Marx mag ein gescheiterter Prophet gewesen sein, die meisten seiner erfolg-

reichen Jünger eine Clique von Tyrannen, aber das marxistische Denken und das sozialistische Projekt nahmen einige der besten Köpfe des letzten Jahrhunderts in beispielloser Weise gefangen. Selbst in jenen Ländern, die der kommunistischen Herrschaft zum Opfer fallen sollten, ist die Geistes- und Kulturgeschichte der Epoche untrennbar mit der magnetischen Anziehungskraft marxistischer Ideen und ihrer revolutionären Verheißung verknüpft. Zur einen oder anderen Zeit hätten die meisten interessanten Denker des 20. Jahrhunderts ohne Zögern in Maurice Merleau-Pontys Loblied eingestimmt, der Marxismus sei in einem bestimmten Sinne »nicht irgendeine Geschichtsphilosophie, sondern *die* Geschichtsphilosophie, und auf sie zu verzichten heißt die geschichtliche Vernunft zu Grabe zu tragen. Was bleibt, sind Träumereien oder Abenteuer«. <sup>16</sup>

Der Marxismus ist folglich untrennbar mit der Geistesgeschichte der modernen Welt verflochten. Ihn zu ignorieren oder abzutun hieße, die jüngste Vergangenheit mutwillig zu missdeuten. Exkommunisten und ehemalige Marxisten – François Furet, Sidney Hook, Arthur Koestler, Leszek Kolakowski, Wolfgang Leonhardt, Jorge Semprun, Victor Serge, Ignazio Silone, Boris Souvarine, Manès Sperber, Alexander Wat und Dutzende andere – haben einige der besten Darstellungen des geistigen und politischen Lebens des 20. Jahrhunderts verfasst. Selbst ein lebenslanger Antikommunist wie Raymond Aron schämte sich nicht, sein ungebrochenes Interesse an der »säkularen Religion« des Marxismus zuzugeben (bis hin zu dem Eingeständnis, dass sein obsessiver Kampf gegen ihn einem übertragenen Antiklerikalismus gleichkomme). Und es ist bezeichnend, dass es sich ein Liberaler wie Aron besonders zugute hielt, in Marx und dem Marxismus besser belesen zu sein als viele der selbsternannten »Marxisten« unter seinen Zeitgenossen. <sup>17</sup>

Wie das Beispiel des unbändig unabhängigen Aron nahelegt, geht die Anziehungskraft des Marxismus weit über die vom antiken Rom bis zum zeitgenössischen Washington vertraute Geschichte von Schreiberlingen und Schmeichlern hinaus, die sich von Despoten angezogen fühlen. Es gibt drei Gründe, warum der Marxismus so lange währte und einen solchen Magnetismus auf die Besten und Klügsten ausübte. Erstens ist der Marxismus eine sehr große Idee. Ihre schiere epistemologische Dreistigkeit – ihre prometheische Beflissenheit, *alles* zu verstehen und zu erklären – spricht jene an, die im Ideengeschäft sind, so wie sie aus demselben

Grund Marx selbst anzog. Darüber hinaus hat man, sobald man eine Partei an die Stelle des Proletariats setzt, die verspricht, in seinem Namen zu denken, einen (im Sinne Gramscis) kollektiven »organischen Intellektuellen« geschaffen, der nicht nur danach strebt, für die revolutionäre Klasse zu sprechen, sondern auch die alte herrschende Klasse zu ersetzen. In einem solchen Universum sind Ideen nicht einfach Instrumente, vielmehr üben sie eine Art institutionelle Kontrolle aus. Sie werden zu dem Zweck eingesetzt, die Wirklichkeit entlang sanktionierter Leitlinien neu zu schreiben. Ideen sind, mit Kolakowskis Worten, das »Atemsystem« des Kommunismus (was ihn im Übrigen von anderen, ihm sonst ähnlichen Tyranneien faschistischen Ursprungs unterscheidet, die kein vergleichbares Bedürfnis nach intelligent klingenden dogmatischen Fiktionen haben). Unter solchen Umständen sind Intellektuelle – kommunistische Intellektuelle – nicht länger darauf beschränkt, der Macht die Wahrheit zu sagen. Sie *haben* Macht – oder sind zumindest, wie es eine ungarische Darstellung dieses Prozesses ausdrückt, auf dem Weg zur Macht. Das ist eine berauschende Vorstellung.<sup>18</sup>

Die zweite Quelle der vom Marxismus ausgehenden Anziehungskraft ist, dass Marx und seine kommunistische Nachkommenschaft keine historische Verirrung waren, kein entwicklungsgeschichtlicher Irrtum Klios. Das marxistische Projekt war, wie der ältere sozialistische Traum, den es ersetzte und absorbierte, ein Strang in der großen Fortschrittserzählung unserer Zeit: Er teilt mit dem klassischen Liberalismus, seinem antithetischen historischen Zwillingsbruder, die optimistische, rationalistische Sicht dieser Erzählung auf die moderne Gesellschaft und ihre Möglichkeiten. Die charakteristische Wendung des Marxismus – die Versicherung, dass die künftige gute Gesellschaft das klassenlose postkapitalistische Produkt von Wirtschaftsprozessen und sozialer Erhebung sein würde – war bereits 1920 kaum noch glaubwürdig. Aber soziale Bewegungen, die Marx' ursprünglichem analytischen Anstoß entsprungen waren, führen noch viele Jahrzehnte fort, zu reden und sich zu verhalten, als ob sie noch immer an das Umgestaltungsprojekt glaubten.

So gab die deutsche Sozialdemokratie, um ein Beispiel zu nennen, schon lange vor dem Ersten Weltkrieg die »Revolution« auf, aber erst 1959, auf dem Godesberger Parteitag, befreite sie sich offiziell von der Hypothek der marxistischen Theorie, die auf ihrer Sprache und ihren erklärten Zielen lastete. In den Jahren dazwischen und tatsächlich noch einige Zeit danach

fuhren deutsche Sozialdemokraten – wie britische Labour-Mitglieder, italienische Sozialisten und viele andere – fort, vom Klassenkonflikt, dem Kampf gegen den Kapitalismus usw. zu sprechen und zu schreiben – als würden sie ungeachtet ihrer milden und reformerischen alltäglichen Praxis noch immer der großen romantischen Erzählung des Marxismus nach-eifern. Erst unlängst noch, im Mai 1981, sprachen angesehenere Politiker der französischen Sozialisten – die sich selbst nicht als »Marxisten«, geschweige denn als »Kommunisten« bezeichnet hätten – nach der Wahl von François Mitterrand aufgeregt von einer revolutionären Zeitenwende (*»grand soir«*) und dem kommenden Übergang zum Sozialismus, als befänden sie sich noch im Jahr 1936 oder 1848.

Kurz, der Marxismus war die »Tiefenstruktur« eines Großteils progressiver Politik. Die marxistische Sprache, oder eine Sprache, die parasitär marxistische Kategorien vereinnahmte, gab vielen Arten des modernen politischen Protests Form und untergründigen Zusammenhalt, von der Sozialdemokratie bis hin zum radikalen Feminismus. In diesem Sinne hatte Merleau-Ponty Recht: Der Verlust des Marxismus als ein Weg der kritischen Bezugnahme auf die Gegenwart hat wirklich eine Lücke hinterlassen. Mit dem Marxismus sind nicht nur unvermögende kommunistische Regime und ihre enttäuschten ausländischen Apologeten verschwunden, sondern auch das ganze Schema von Annahmen, Kategorien und Erklärungen, das in den letzten 150 Jahren entstanden war und dessen Verkörperung wir schließlich als »die Linke« bezeichneten. Alle, die in den letzten zwanzig Jahren die Verwirrung der politischen Linken in Nordamerika und Europa beobachtet und sich gefragt haben »Aber wofür steht sie denn nun? Was will sie denn?«, werden diesen Punkt zu würdigen wissen.

Doch es gibt noch einen dritten Grund für die Attraktivität des Marxismus, und jene, die sich in den letzten Jahren eilig auf seinen Kadaver gestürzt und das »Ende der Geschichte« oder den endgültigen Sieg von Frieden, Demokratie und freiem Markt ausgerufen haben, täten vielleicht besser daran, ihn zu erwägen. Wenn Generationen intelligenter Männer und Frauen guten Glaubens bereit waren, ihr Schicksal mit dem kommunistischen Projekt zu verbinden, so nicht nur deshalb, weil sie durch eine verführerische Mär von Revolution und Erlösung in ideologische Benommenheit verfallen waren. Sie taten es, weil sie unwiderstehlich von der zugrunde liegenden moralischen Botschaft angezogen wurden: von der

Macht einer Idee und einer Bewegung, die sich kompromisslos auf die Fahnen geschrieben hatte, die Armen und Ausgebeuteten dieser Erde zu vertreten und ihre Interessen zu verteidigen. Von Anfang bis Ende war das stärkste Anliegen des Marxismus, was einer von Marx' Biografen »den moralischen Ernst von Marx' Überzeugung« nennt, »dass das Schicksal unserer Welt als ganzer mit den Lebensbedingungen ihrer ärmsten und am meisten benachteiligten Bewohner verknüpft ist«.<sup>19</sup>

Der Marxismus war, wie der polnische Historiker Andrzej Walicki – einer seiner schärferen Gegner – offen einräumt, die einflussreichste »Reaktion auf die vielfältigen Mängel kapitalistischer Gesellschaften und der liberalen Tradition«. Wenn der Marxismus im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in Ungnade fiel, so in hohem Maße deshalb, weil die schlimmsten Übel des Kapitalismus schließlich überwunden schienen. Die liberale Tradition hatte – dank ihres unerwarteten Erfolgs bei der Anpassung an die Herausforderung von Wirtschaftskrisen und Krieg, und weil sie den westlichen Demokratien die stabilisierenden Institutionen des New Deal und des Wohlfahrtsstaates bescherte – deutlich sichtbar über ihre antidemokratischen Kritiker von links und rechts gleichermaßen triumphiert. Eine politische Doktrin, die einst die Krisen und Ungerechtigkeiten einer anderen Zeit perfekt zu erklären und auszunutzen verstand, erschien nun abseitig.

Heute jedoch ändert sich die Lage abermals. Was Marxens Zeitgenossen im 19. Jahrhundert die »soziale Frage« nannten – wie man das gewaltige Missverhältnis von Reichtum und Armut und die beschämende Ungleichheit bei der Gesundheitsversorgung, bei Bildung und Chancen angehen und überwinden kann – mag im Westen beantwortet sein (obwohl sich die Schere zwischen Arm und Reich, die sich einst stetig zu schließen schien, seit einigen Jahren z. B. in Großbritannien und den USA wieder öffnet). Aber auf die internationale Tagesordnung ist die soziale Frage mit Macht zurückgekehrt. Was den wohlhabenden Nutznießern als weltweites Wirtschaftswachstum und als Öffnung nationaler und internationaler Märkte für Investitionen und Handel erscheint, wird von Millionen anderen in zunehmendem Maße mit Groll als Umverteilung des globalen Reichtums zum Wohle einer Handvoll Großunternehmen und Kapitaleignern wahrgenommen.

In den letzten Jahren haben angesehene Kritiker die radikale Sprache des 19. Jahrhunderts entstaubt und sie mit beunruhigendem Erfolg

auf die gesellschaftlichen Beziehungen des 21. Jahrhunderts angewandt. Man muss kaum Marxist sein, um zu erkennen, dass wieder eine »industrielle Reservearmee«, wie Marx und andere es nannten, aufgetaucht ist, nicht in den Seitengassen europäischer Industriestädte, sondern weltweit. Dieses globale Reservoir billiger Arbeitskräfte erlaubt die Androhung von Outsourcing, Standortverlagerung oder Desinvestition<sup>20</sup> und hilft so, die Lohnkosten zu drücken, die Gewinne zu steigern und das Wachstum zu fördern – genau wie es im industriellen Europa des 19. Jahrhunderts geschah, bis sich schließlich die Arbeiter in Gewerkschaften und Massenparteien organisierten und mächtig genug wurden, die Anhebung der Löhne, steuerliche Umverteilung und eine entscheidende Verlagerung der politischen Machtbalance durchzusetzen – und dadurch die revolutionären Voraussagen ihrer eigenen Führer über den Haufen warfen.

Kurz, die Welt scheint in einen neuen Zyklus einzutreten, einen, mit dem unsere Vorfahren aus dem 19. Jahrhundert vertraut waren, mit dem wir im Westen aber keine jüngere Erfahrung haben. Angesichts wachsender Ungleichheit in der Verteilung des Wohlstands und einer Zuspitzung der Kämpfe um Handelsbedingungen, Beschäftigungsstandorte und die Verfügung über knappe natürliche Ressourcen werden wir in den kommenden Jahren noch mehr von Ungleichheit, Ungerechtigkeit, unfairen Bedingungen und Ausbeutung hören – daheim, aber besonders im Ausland. Und während wir den Kommunismus aus den Augen verlieren (in Osteuropa muss man bereits 35 Jahre alt sein, um ein kommunistisches Regime noch als Erwachsener erlebt zu haben), wird daher wohl die moralische Anziehungskraft der einen oder anderen aufpolierten Version des Marxismus wachsen.

Das mag verrückt klingen, doch bedenke man, dass zum Beispiel für Intellektuelle und radikale Politiker in Lateinamerika oder im Mittleren Osten die Attraktivität des Marxismus nie wirklich verblasst ist; als plausible Erklärung der lokalen Erfahrungen behält er an solchen Orten viel von seiner Anziehungskraft, genau wie für Globalisierungsgegner überall. Letztere sehen in den Spannungen und Mängeln der heutigen internationalen kapitalistischen Wirtschaft genau jene Ungerechtigkeiten und Chancen, die Beobachter der ersten wirtschaftlichen »Globalisierung« in den 1890er Jahren dazu führte, die Marxsche Kritik am Kapitalismus auf neue Theorien des »Imperialismus« anzuwenden.

Und da niemand sonst irgendeine sonderlich überzeugende Strategie

zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten des modernen Kapitalismus anzubieten hat, bleibt das Feld abermals jenen überlassen, die mit der simpelsten Geschichte aufwarten und die zornigsten Rezepte anbieten. Man erinnere sich nur an Heines prophetische Bemerkung über Marx und seine Freunde Mitte des 19. Jahrhunderts, in den Hochjahren viktorianischen Wachstums und Wohlstands: »Diese Doktoren der Revolution und ihre mitleidlos entschlossenen Jünger sind die einzigen Männer in Deutschland, in denen Leben steckt, und sie sind es, wie ich befürchte, denen die Zukunft gehört.«<sup>21</sup>

Ich weiß nicht, ob die Zukunft radikaler Politik einer neuen Generation von Marxisten gehören wird, die von den Verbrechen und dem Scheitern ihrer kommunistischen Vorgänger ungerührt ist (oder vielleicht nichts davon weiß). Ich hoffe nicht, aber ich würde nicht dagegen wetten. Jacques Attali, einst politischer Berater von Präsident Mitterrand, veröffentlichte 2005 ein dickes, hastig niedergeschriebenes Buch über Karl Marx.<sup>22</sup> Darin argumentiert er, dass der Fall der Sowjetunion Marx von seinen Erben und uns dazu befreit habe, in ihm den tiefblickenden Propheten des Kapitalismus zu erkennen, der die zeitgenössischen Dilemmata vorausgesehen hat, besonders die durch ungehemmten Wettbewerb verursachten globalen Ungerechtigkeiten. Attalis Buch verkauft sich gut. Seine Thesen werden weithin diskutiert, in Frankreich, aber auch in Großbritannien (wo die Hörer einer Radioumfrage der BBC 2005 Karl Marx zum »größten Philosophen aller Zeiten« kürten)<sup>23</sup>.

Natürlich könnte man Attali erwidern, was Kolakowski Thompsons analoger Behauptung entgegenhielt, die guten Ideen des Kommunismus ließen sich vor seiner peinlichen Aktualität retten: »Seit vielen Jahren erwarte ich nichts mehr von dem Versuch, die kommunistische Idee nachzubessern, zu erneuern, zu reinigen oder zu korrigieren. Ach, arme Idee. Ich wusste es, Edward. Dieser Schädel wird nie wieder lächeln.«

Aber Jacques Attali ist, anders als Edward Thompson und der kürzlich wiederaufgetauchte Antonio Negri, ein Mann mit einer empfindlichen, fein auf die Wandlungen des Zeitgeistes ausgerichteten politischen Antenne. Wenn er glaubt, dass der Schädel wieder lächeln, dass den todgeweihten, systemverliebten Erklärungen der Linken tatsächlich eine Wiederbelebung bevorstehen könnte – und sei es nur als Kontrapunkt zu der irritierend überspannten Zuversicht rechter Marktverfechter von heute –, dann hat er

womöglich nicht ganz unrecht. Ganz gewiss steht er nicht allein.

In den frühen Jahren dieses neuen Jahrhunderts sehen wir uns somit zwei entgegengesetzten und doch seltsam ähnlichen Fantasien gegen-über. Die erste Fantasie ist den Amerikanern am vertrautesten, aber in jedem Industrieland im Angebot: das selbstgefällige, beschwichtigende Beharren von Kommentatoren, Politikern und Experten, dass der heutige politische Konsens – in Ermangelung einer klaren Alternative – jede wohlgelenkte moderne Demokratie auszeichne und sich unendlich fortschreiben werde; dass jene, die dagegen sind, entweder schlecht informiert oder übelwollend und in jedem Fall zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. Die zweite Fantasie ist der Glaube, dass der Marxismus eine geistige und politische Zukunft habe, nicht nur trotz, sondern wegen des Zusammenbruchs des Kommunismus. Bislang nur an der internationalen »Peripherie« und den Rändern der akademischen Welt zu finden, ist dieser neue Glaube an den Marxismus – zumindest als analytisches Werkzeug, wenn nicht als politische Voraussage – heute wieder, weitgehend aus Mangel an Konkurrenz, die gemeinsame Währung internationaler Protestbewegungen.

Die Ähnlichkeit besteht natürlich in dem beiden Fantasien eigenen Versagen, aus der Vergangenheit zu lernen – und einer symbiotischen wechselseitigen Abhängigkeit, da es die Kurzsichtigkeit der ersteren ist, die der letzteren eine falsche Glaubwürdigkeit verleiht. Jene, die den Triumph des Marktes und den Rückzug des Staates bejubeln und gerne mit uns die von keinen Regulierungen gebremste Reichweite wirtschaftlicher Initiative in der heutigen »flachen«, d. h. hierarchiearmen Welt feiern würden, haben vergessen, was das letzte Mal passiert ist, als wir diesen Weg einschlugen. Auf sie wartet ein böser Schock (wenn auch, falls man aus der Vergangenheit zuverlässig Schlüsse ziehen kann, wahrscheinlich auf Kosten anderer). Was jene angeht, die davon träumen, das marxistische Band – durch digitales »Remastering« von ärgerlichen kommunistischen Kratzern befreit – wieder abzuspielen, so wären sie gut beraten, besser früher als später zu fragen, was denn allumfassende »Systeme« an sich haben, dass sie unweigerlich zu allumfassender Herrschaft führen. Dazu kann man Leszek Kolakowski, wie gesehen, mit großem Gewinn lesen. Doch die Geschichte weiß, dass nichts so mächtig ist wie eine Fantasie, deren Zeit gekommen ist.

*Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos*

## Anmerkungen

- 1 Gespräch zwischen Leszek Kolakowski und Danny Postel, »On Exile, Philosophy & Tottering Insecurely on the Edge of an Unknown Abyss«, in: *Daedalus*, Sommer 2005, S. 82.
- 2 Leszek Kolakowski, *Głowne Nurty Marksizmu*, Paris 1976; deutsch: *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall*, München 1977-1979, 2., überarb. Aufl. 1981. Die englische Erstausgabe kam 1978 in Oxford heraus; die hier besprochene Neuauflage erschien 2005 in New York mit einem neuen Nach- und Vorwort des Autors unter dem Titel: *Main Currents of Marxism: The Founders, The Golden Age, The Breakdown*.
- 3 Vgl. z.B. L.K., *Chrétiens sans église. La conscience religieuse et le lien confessionnel au XVIIe siècle*, Paris 1969; ders., *God Owes Us Nothing. A Brief Remark on Pascal's Religion and on the Spirit of Jansenism*, Chicago 1995; sowie die Aufsatzsammlung *My Correct Views on Everything*, South Bend, Indiana, 2005, besonders das Gespräch mit George Urban, »The Devil in History«, und den Essay »Concern with God in an Apparently Godless Era«, auf Dt. erschienen in: Hans Rössner (Hg.), *Der nahe und der ferne Gott. Nichttheologische Texte zur Gottesfrage im 20. Jahrhundert*, Vorwort, Berlin 1981.
- 4 Andrzej Walicki, *Marxism and the Leap to the Kingdom of Freedom: The Rise and Fall of the Communist Utopia*, Stanford 1995, S. VII. Über seine Reise von der zuversichtlichen Orthodoxie zur skeptischen Opposition hat Kolakowski nur dies zu sagen: »Es stimmt, ich war beinahe (wenn auch nicht gänzlich) allwissend, als ich 20 war, aber die Leute werden, wie Sie wissen, mit zunehmendem Alter dümmer. Mit 28 war ich weit weniger allwissend, und noch weniger heute.« (»My Correct Views on Everything. A Rejoinder to E.P. Thompson«, ursprünglich abgedruckt in *The Socialist Register*, 1974; nachgedruckt in *My Correct Views on Everything*, a.a.O., S. 19.)
- 5 In der deutschen Übersetzung sind die drei Bände mit *Entstehung, Entwicklung, Zerfall* untertitelt. (A.d.Ü.)
- 6 Mit seinem Buch *Nationalism, Marxism and Modern Central Europe: A Biography of Kazimierz Kelles-Krauz, 1872-1905*, Cambridge, Mass., 1997, hat der Historiker Timothy Snyder zumindest Kelles-Krauz dem Vergessen entrissen.
- 7 An anderer Stelle schreibt Kolakowski über Lukács – der in Béla Kuns ungarischer Räterepublik von 1919 kurze Zeit als Kulturkommissar wirkte und später auf Stalins Geheiß jedem interessanten Wort abschwor, das er jemals niedergeschrieben hatte –, er sei ein »ziemlich ungewöhnliches Beispiel eines hervorragenden Intellektuellen« gewesen, »der bis an sein Lebensende (...) seinen Geist in den Dienst der Partei gestellt hat, aber sein Werk liefert uns keinen Denimpuls mehr, es hat sich, selbst in Ungarn, überlebt«. Vgl. »Der Kommunismus als Kulturformation«, in: Gesine Schwan (Hg.), *Leszek Kolakowski. Narr und Priester. Ein philosophisches Lesebuch*, S. 187-209, Frankfurt/Main 1995.
- 8 Vgl. »What Is Left of Socialism«, zuerst erschienen unter dem Titel »Po co nam pojecie sprawiedliwosci społecznej?« in: *Gazeta Wyborcza*, 6.-8. Mai 1995; wiederabgedruckt in *My Correct Views on Everything*, a.a.O.
- 9 Die *Hauptströmungen* verorten Marx fest in der deutschen Philosophie, die seine geistige Landschaft beherrschte. Der Sozialtheoretiker Marx wird kurz abgefer-

tigt. Was seinen Beitrag zur Ökonomie betrifft – ob die Arbeitswerttheorie oder der vorhergesagte tendenzielle Fall der Profitrate im fortgeschrittenen Kapitalismus –, schenkt Kolakowski ihm wenig Beachtung: Wenn man bedenkt, dass Marx selbst über die Ergebnisse seiner ökonomischen Untersuchungen unglücklich war (einer der Gründe, warum *Das Kapital* unvollendet blieb), sollte man dies vielleicht gnädig betrachten: Die Vorhersagekraft der marxischen Wirtschaftstheorie wird seit langem selbst von der Linken in Abrede gestellt, zumindest seit Joseph A. Schumpeters *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946. Zwanzig Jahre später meinte Paul Samuelson herablassend, Karl Marx sei bestenfalls »ein zweitrangiger Post-Ricardianer«.

Selbst in den Augen einiger seiner eigenen Anhänger machte die Geschichte die Marxsche Ökonomielehre binnen weniger Jahre nach ihrem Erscheinen obsolet. In *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* (zuerst erschienen 1899) demonstrierte Engels' Freund Eduard Bernstein entschieden die Voraussage, dass die Widersprüche des kapitalistischen Wettbewerbs zu schlechteren Bedingungen für die Arbeiter führen und eine Krise heraufbeschwören müssten, die sich nur mit einer Revolution lösen ließe. Die beste Darstellung dieses Themas ist immer noch Carl E. Schorskes *Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie 1905–1917*, Cambridge, Mass., 1955, die 1981 auch auf Deutsch erschien (Berlin).

- 10 Kolakowski, »The Devil in History«, in: *Encounter*, Januar 1981; wiederabgedruckt in *My Correct Views on Everything*, a.a.O., S. 125.
- 11 Die beste einbändige Studie des Marxismus, brillant verdichtet und doch Politik und Sozialgeschichte ebenso wie Persönlichkeiten und Ideen umfassend, bleibt George Lichtheims *Marxism. A Historical and Critical Study*, die 1961 in London erschien. Über Marx selbst bleiben für mich zwei sehr unterschiedliche Biografien aus den 70er Jahren die besten zeitgenössischen Darstellungen: David McLellan, *Karl Marx. Leben und Werk*, München 1974, und Jerrold Seigel, *Marx's Fate. The Shape of a Life*, Princeton 1978. Ihre Lektüre sollte aber durch Isaiah Berlins bemerkenswerten Essay *Karl Marx. Sein Leben und sein Werk* ergänzt werden, der 1939 auf English erschien und 1968 ins Deutsche übersetzt wurde.
- 12 »The Devil in History«, in: *My Correct Views On Everything*, a.a.O., S. 133. Kurz darauf betont Kolakowski im selben Gespräch nochmals die eschatologische Struktur des politischen Messianismus: der Abstieg in die Hölle, der absolute Bruch mit den vergangenen Sünden, die Ankunft einer Neuen Zeit. Aber in der Abwesenheit Gottes sind solche Unternehmungen zur Inkohärenz verurteilt; ein Glaube, der sich für Wissen ausgibt, trägt nicht.
- 13 Das Thema der Unzuverlässigkeit solcher Zeugen zieht sich durch die Stalinismusapologien westlicher Progressiver. Auf ganz ähnliche Weise taten amerikanische Sowjetologen gewöhnlich die Belege oder Zeugenaussagen von Flüchtlingen oder Emigranten aus dem Ostblock ab – zu viel persönliche Erfahrung, so war man sich weithin einig, kann die Perspektive verzerren und die objektive Analyse hemmen.
- 14 »What is Left of Socialism?« (s. Anm. 8). Polnische Landsleute und andere »Ostler« teilten weithin Kolakowskis Hohn über die konformistischen westlichen Progressiven. 1976 erinnerte sich der Dichter Antoni Slonimski, wie Jean-Paul Sartre

- zwanzig Jahre zuvor die Schriftsteller des Sowjetblocks ermutigt hatte, den sozialistischen Realismus nicht aufzugeben, um das »sozialistische Lager« gegenüber den Amerikanern nicht zu schwächen: »Freiheit für ihn, jede Beschränkung für uns!« Vgl. »L'Ordre règne à Varsovie«, in: *Kultura*, 3 (1976), S. 26f., zitiert nach Marci Shore, *Caviar and Ashes: A Warsaw Generation's Life and Death in Marxism, 1918–1968*, Yale UP 2006, S. 362.
- 15 S. Anm. 3.
- 16 Maurice Merleau-Ponty, *Humanisme et terreur. Essais sur le problème communiste*, Paris 1947. Das Zitat entstammt der deutschen Ausgabe von 1966, *Humanismus und Terror*, Frankfurt/Main, S. 198. Für eine exemplarische Darstellung der Gründergeneration kommunistischer Intellektueller in Polen (eine unerhört begabte Gruppe von um 1900 geborenen Künstlern und Schriftstellern, die letzten, die in den alten, vielsprachigen Reichen erzogen und die ersten, die in einem unabhängigen Polen erwachsen wurden) vgl. Marci Shores kürzlich erschienenen Band *Caviar and Ashes*, eine gelehrte Elegie auf eine untergegangene Welt (s. Anm. 14).
- 17 Vgl. Raymond Aron, »Un philosophe libéral dans l'histoire« (1973), in: *Essais sur la condition juive contemporaine*, Paris 1989, S. 222. Vgl. auch ders., *D'une sainte famille à l'autre. Essais sur les marxismes imaginaires*, Paris 1969; dt. *Die heiligen Familien des Marxismus*, Hamburg 1970, S. 8: »In diesem Sinne habe ich niemals Philosophie und Politik, Denken und Engagement getrennt wie meine Jugendfreunde, sondern ich habe der Untersuchung der ökonomischen und sozialen Mechanismen mehr Zeit gewidmet als sie. In diesem Sinne glaube ich, den Gedankengängen Marx' treuer zu sein als sie.« Ein ganzes Vierteljahrhundert nach seinem Tod wurden Arons Vorlesungen über Marx am Collège de France von seinen ehemaligen Studenten und Kollegen zusammengetragen und unter dem vielsagenden Titel *Le marxisme de Marx* veröffentlicht (Paris 2002).
- 18 Vgl. György Konrád und Ivan Szelényi, *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt/Main 1978. Waclaw Machajski, ein polnischer Anarchist des frühen 20. Jahrhunderts, ahnte mit seiner Kritik der stillschweigenden Privilegien, welche die marxistische Sozialdemokratie der Intelligenzija gewährte, genau diesen Aspekt des Marxismus voraus. Vgl. Marshal Shatz, Jan Waclaw Machajski, *A Radical Critic of the Russian Intelligentsia and Socialism*, University of Pittsburgh Press 1989. Kolakowski behandelt Machajski kurz in *Die Hauptströmungen*, Bd. II, S. 198, Bd. III, S. 182 und in »The Myth of Human Self-Identity«, in: *The Socialist Idea. A Reappraisal*, hg. von Leszek Kolakowski und Stuart Hampshire, London 1974, wiederabgedruckt in *My Correct Views on Everything*, a.a.O.
- 19 Seigel, *Marx's Fate*, S. X.
- 20 Kluge Vertreter der Globalisierung wie Jagdish Bhagwati beharren darauf, dass freier Handel und internationaler Wettbewerb die Arbeitslöhne in den Industriestaaten nicht direkt vermindert haben. Aber es ist die Drohung von Outsourcing (Ausgliederung von Teilen der Produktion und von Dienstleistungen), Verlust des Arbeitsplatzes oder Standortverlagerung, die die Forderungen nach Lohnerhöhung dämpft, nicht die Tatsache des Wettbewerbs als solche – und sie hat die gleiche Wirkung in Ländern mit »rheinischem Kapitalismus« und hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad wie Deutschland und stärker wettbewerbsorientierten Gesellschaften wie den USA. Aber selbst Bhagwati räumt ein, dass die Reallöh-

ne in den Industrieländern stetig gesunken sind, wenn die Globalisierung nach dieser optimistischen Darstellung auch zumindest geholfen habe, diesen Prozess etwas abzubremsen. (Jagdish Bhagwati, *In Defense of Globalization*, Oxford 2004, S. 123f.) Vgl. auch die Bemerkung von Paul Donovan, Ökonom beim Schweizer Bankkonzern UBS, in der *Financial Times* vom 5. Juni 2006: »Das Arbeitskräfteangebot auf dem US-Markt könnte sich verknappen, aber weltweit gibt es noch ausreichend Arbeitskräfte, und dies könnte die Forderungen der heimischen Arbeitskräfte deckeln.«

- 21 »Ces docteurs en révolution et leurs disciples impitoyablement déterminés sont les seuls hommes en Allemagne qui aient vie, et c'est à eux, je le crains, qu'appartient l'avenir«, zitiert nach Dolf Sternberger, *Heinrich Heine und die Abschaffung der Sünde*, Hamburg 1972, S. 50.
- 22 Jacques Attali, *Karl Marx ou l'esprit du monde. Biographie*, Paris 2005.
- 23 Marx erhielt 28 Prozent aller Stimmen, mehr als Sokrates, Platon, Aristoteles, Thomas von Aquin und Kant zusammen. David Hume belegte mit 13 Prozent den zweiten Platz.

*John Gray*

## VOM KOMMUNISMUS ZUM NEOKONSERVATISMUS

Zur Aktualität von Kolakowskis *Hauptströmungen*

Es ist wohlbekannt, dass sich Karl Marx selbst nicht als utopischen Denker verstand. Tatsächlich bedachte er jene, die er als utopische Sozialisten betrachtete, mit dem schärfsten Spott und machte sich über ihr naives Vertrauen in die Macht ethischer Ideale lustig. Da er anscheinend überzeugt war, dass sich der Kommunismus nach dem Sturz des Kapitalismus schon von selbst einstellen werde, lehnte er jeden Versuch ab, den Entwurf einer künftigen Gesellschaft auszuarbeiten.

Angesichts der Geschichte der von ihm ins Leben gerufenen Bewegung mag diese Überzeugung merkwürdig erscheinen, aber sie fußte auf einer im 19. Jahrhundert weit verbreiteten Geschichtsauffassung. Marx war kein rigider historischer Determinist, doch zweifelte er nie daran, dass er die Geschichte auf seiner Seite hatte – das heißt Geschichte als ein Entwicklungsprozess, der nur in einem Endpunkt münden kann. Wie viele seiner Zeitgenossen glaubte Marx an die Heraufkunft einer universalen Zivilisation, welche die ganze Menschheit in einem einzigen wirtschaftlichen und politischen System vereinen würde. Sofern der Fortschritt der Menschheit nicht ins Stocken gerät oder sie in die Barbarei zurückfällt – Möglichkeiten, die Marx zwar nicht ausschloss, über die er sich aber kaum Gedanken machte –, war die Ankunft dieses universalen Systems gewiss. Einmal errichtet, würden Unterdrückung und Ausbeutung, Krieg und Armut der Vergangenheit angehören. Nach seiner Ansicht war das kein Utopismus; es war Wissenschaft.

So heftig er es leugnete, war Marxens Zukunftsvision natürlich durch und durch utopisch. Die kommunistische Gesellschaft, die ihm vorschwebte, sollte ohne Markt und Staat auskommen – ohne jene beiden Hauptinstitutionen also, durch welche das menschliche Handeln in modernen Gesellschaften koordiniert wird –, aber er nannte nichts, was sie ersetzen konnte. Privateigentum und Familie würden verschwinden, es würde keine Religion mehr geben, der Nationalismus würde absterben.

All diese Institutionen und Praktiken würden aufhören zu existieren, und die menschliche Gesellschaft würde – das zentrale Merkmal allen utopischen Denkens – einen Zustand der Harmonie erreichen, der durch keine größeren Konflikte mehr gestört würde. Um diesen Zustand zu erreichen, wäre eine grundlegende Umwälzung notwendig, die revolutionäre Gewalt in großem Ausmaß erfordern würde; doch sobald die neue Gesellschaft einmal etabliert wäre, würde ewiger Friede herrschen.

Marxens Utopismus war offensichtlich, lange bevor die bolschewistische Machtergreifung in Russland die Unmöglichkeit des Kommunismus praktisch unter Beweis stellte. Viele bedeutende Denker des 19. Jahrhunderts wiesen darauf hin, wie zutiefst unplausibel Marx' Glaube war, die Abschaffung der ökonomischen Klassen würde die soziale Ungleichheit beseitigen und die Notwendigkeit staatlicher Ordnung überflüssig machen. Max Weber, Emile Durkheim und Vilfredo Pareto erkannten einhellig im marxischen Kommunismus einen utopischen Traum. Ihre schwerwiegenden Einwände hielten Lenin indes nicht von dem Versuch ab, ihn in die Tat umzusetzen, mit den radikal dystopischen Konsequenzen, die wir alle kennen.

Man hält utopisches Denken gewöhnlich für ein Charakteristikum radikal linker Bewegungen und nimmt daher an, dass es seit dem Zusammenbruch des Kommunismus weitgehend verschwunden sei. Liest man heute wieder Leszek Kolakowskis wegweisendes Werk *Hauptströmungen des Marxismus* – englisch 1978 in drei Bänden erschienen und kürzlich in einer prachtvollen einbändigen Ausgabe mit neuem Vor- und Nachwort neu aufgelegt –, ist man jedoch geneigt, diese Annahme zu überdenken.<sup>1</sup> Der Utopismus ist mit dem Kommunismus nicht untergegangen. Er hat eine neue Heimat gefunden: die neokonservative Rechte. Wie Marx sehen die neokonservativen Denker, die im späten 20. Jahrhundert in den Vordergrund traten, die Geschichte als progressive Bewegung, die in einem gattungsweiten ökonomischen und politischen System gipfelt. Sie sind überzeugt, dass eine universale Kultur dazu bestimmt sei – oder besser, dazu bestimmt werden könne –, die verschiedenen Kulturen und Regierungsformen der Vergangenheit zu ersetzen. Aber sie glauben (wieder wie Marx), dass diese Transformation nur durch revolutionäre Umwälzungen eintreten könne, die wahrscheinlich in großem Ausmaß Gewalt einschließen.

Natürlich ist das universale System, das sich nach Vorstellung der Neokonservativen herausbildet, nicht der Kommunismus, sondern eine idealisierte Version des »demokratischen Kapitalismus« Amerikas. Doch wie der Kommunismus setzt ein solches universales System eine in der Geschichte beispiellose Verwandlung der menschlichen Gesellschaft voraus. Wie Marx und seine kommunistischen Anhänger im 20. Jahrhundert sind die Neokonservativen an ein Projekt gekettet, von dem man im Voraus wissen kann, dass es unerreichbar ist. Die neokonservative Vision einer Welt des universalen »demokratischen Kapitalismus« ist ein nicht zu verwirklichendes Projekt, das im Irak bereits zum Desaster geführt hat und schwere Störungen des internationalen Systems verursachen könnte, sollte sie weiter verfolgt werden.

Indem er die Ursprünge und die chronische Pathologie des Utopismus aufdeckt, hilft uns Kolakowski zu verstehen, wie der Virus des Utopismus, der so viele Denker der Linken infizierte, auf der neokonservativen Rechten wiedergekehrt ist. Geschrieben vom größten lebenden Ideengeschichtler, von einem Gelehrten, der über einen unübertroffenen Überblick über die gesamte Entwicklung des westlichen Denkens verfügt, besteht eine der Stärken der *Hauptströmungen* darin, den Marxismus nicht nur als Sozialtheorie zu untersuchen, sondern auch, ja vor allem, als Episode in der Geschichte der westlichen Religion. Was immer Marx sonst noch gewesen sein mag, er war ein großer Denker, der Elemente der klassischen politischen Ökonomie und der deutschen Philosophie zu einem beeindruckenden Gedankengebäude vereinte, das viele der Hoffnungen der europäischen Aufklärung verkörperte. Wie Kolakowski jedoch demonstriert, waren die Hauptquellen des marxischen Denkens Theologie und Mystik, nicht Soziologie oder Ökonomie. Die meisten von uns sind mit der Tatsache vertraut, dass Marx' Denken durch die hegelsche Sicht der Geschichte als fortschreitende Verwirklichung des menschlichen Wesens geprägt war. Weniger bekannt ist, wie viel Hegel der deutschen und europäischen Tradition der neuplatonischen Mystik verdankte. Wie Kolakowski zeigt, leitet sich Hegels Geschichtsdeutung von deutschen Mystikern wie Meister Eckhart, Jakob Böhme und Angelus Silesius ab und hat ihre letzten Ursprünge in der Philosophie des griechisch-römischen Platonikers Plotin und des mittelalterlichen christlichen Neuplatonikers Johannes Scotus Eriugena. Marxens Sicht der Geschichte als progressive Selbstverwirklichung der Menschheit ist eine säkulare Übertragung der

mystischen Theorien dieser christlichen Platoniker, die Welt und Zeit als Mittel des Geistes zur Selbsterkenntnis begriffen, vermischt mit ethischen Elementen der jüdisch-christlichen Tradition.

Dass Marx ein militant säkularer Denker war, dessen Thesen in einer pseudowissenschaftlichen Begrifflichkeit präsentiert wurden, hat die Tatsache verstellt, dass seine Geschichtsauffassung eine säkulare Soteriologie ist – eine Theorie der menschlichen Erlösung, die sich aus einer Mischung aus Platonismus und Christentum herleitet. Marx trug viel zu unserem Verständnis der Geschichte und der Soziologie des Wissens bei, und er erhellte Aspekte der Funktionsweise des Kapitalismus, doch nicht als Historiker oder Ökonom nahm Marx Einfluss auf die Geschichte. Marx verwandelte die mystischen Spekulationen des Platonismus und die eschatologischen Mythen des Christentums in ein utopisches Projekt universaler Emanzipation, und es ist seine Vision menschlicher Erlösung durch Politik, die seinem Denken eine solch weit reichende – und enorm destruktive – Anziehungskraft verlieh. Im neuen Vorwort der englischen Neuauflage der *Hauptströmungen* schreibt Kolakowski, dass Marx' Philosophie

einige praktische Konsequenzen nach sich zog, die unbeschreibliches Leid und Elend über die Menschheit bringen sollten: Privateigentum und Markt sollten abgeschafft und durch universale, alles umfassende Planung ersetzt werden – ein völlig unmögliches Projekt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bemerkten namentlich Anarchisten, dass die solchermaßen verstandene marxistische Doktrin eine gute Blaupause für die Umformung der menschlichen Gesellschaft in ein gigantisches Konzentrationslager war. Natürlich lag dies nicht in Marxens Absicht, aber es war die unausweichliche Auswirkung der wohlwollenden gloriosen und endgültigen Utopie, die er ersann.

Hier wiederholt Kolakowski ein Argument, das er in der Einleitung zum ersten Band der dreiteiligen Erstausgabe benutzte, wo er den Marxismus als »eine Idee« beschreibt, »die mit dem prometheischen Humanismus begann und mit den Ungeheuerlichkeiten der stalinistischen Tyrannei endete«. Ich teile Kolakowskis Ansicht, dass der Kommunismus des 20. Jahrhunderts keine Verzerrung der marxschen Vision war, sondern eine ernsthafte Anstrengung zu ihrer Verwirklichung, und ihre dystopischen Züge waren die Folge der Fehler in der marxschen Theorie, nicht etwa ihrer mangelhaften Anwendung. Das Ergebnis jeder ernsthaften Bemühung, ein utopisches Projekt zu verwirklichen, ist sehr häufig das Gegenteil des Erstrebten. Dies galt auch für Marxens Konzeption des Kommunismus

als Herrschaft universaler Freiheit, die in der Praxis zu totalitären Diktaturen führte. Ein paralleler Prozess ist beim neokonservativen Projekt universaler Demokratie am Werk, das im Nahen Osten den Aufstieg eines Typus von Volkstheokratie begünstigt hat. Was könnte diese seltsame Entwicklung erklären?

Im Vorwort der Erstfassung schreibt Kolakowski bescheiden, es sei seine Absicht gewesen, ein »Lehrbuch« zu schreiben, und diese Aufgabe erfüllt sein Werk brillant. Fast jeder Denker und jede Bewegung von irgendeiner Bedeutung in der Geschichte des Marxismus wird eingehend erörtert und sein oder ihr Platz in der marxistischen Denktradition kritisch bewertet. Karl Kautsky und Rosa Luxemburg, Georges Sorel und Ernst Bloch, Plechanow und der vorbolschewistische russische Marxismus, Lenin und Trotzki, Marcuse und die Frankfurter Schule, verschiedene polnische und österreichische Marxisten und ein Heer von nichtmarxistischen Denkern wie Proudhon und Stirner werden in einem weitgespannten synoptischen Überblick zusammengefasst, der dieses Buch für jeden unverzichtbar macht, der die Geschichte dieser nun anscheinend ausgestorbenen geistigen und politischen Tradition nachvollziehen möchte. Der erste der drei Bände untersucht die Ursprünge des marxischen Denkens, seine frühen Schriften über die menschliche Entfremdung und die in seinem reifen Denken entwickelten Ideen zum Kapitalismus und zur Geschichte. Der zweite Band behandelt das, was Kolakowski das Goldene Zeitalter des Marxismus nennt – die Phase vom orthodoxen Marxismus Karl Kautskys in Deutschland bis zur Herausbildung des Leninismus in Russland. Der letzte Band analysiert den Zusammenbruch und die Auflösung des Marxismus als intellektuelles System, eine Entwicklung, die für Kolakowski mit dem Erscheinen des Stalinismus eintritt. Kolakowskis Darstellung durchzieht der Schlüsselgedanke – und darauf beharrt er meiner Meinung nach zu Recht –, dass der Stalinismus zwar in einigen Punkten vom marxischen und auch vom leninschen Denken abwich, die totalitären Konsequenzen von Marx' Denken in der Praxis jedoch von Anfang an in ihm angelegt waren.

Als Enzyklopädie sind die *Hauptströmungen des Marxismus* unschätzbar, aber das Werk ist weit mehr als das: Es ist eine vernichtende Kritik am Marxismus und seinen geistigen Sprösslingen – utopische Projekte, die auf schrankenlose Freiheit zielten und stattdessen beispiellose Unter-

drückung hervorbrachten. Kolakowski bemerkt, dass anarchistische Denker wie Bakunin, aber auch viele andere die totalitäre Logik der marxischen Kommunismuskonzeption erkannten. Ebenso wie die Begründer der europäischen Sozialtheorie begriffen klarsichtige Liberale, dass das Ergebnis des marxischen Projekts in der Praxis eine Wiederholung des französischen Terrors in größerem Maßstab sein würde. Bertrand Russell vertrat diese Auffassung in seinem 1920 erschienenen bemerkenswerten, aber zu wenig beachteten Buch *Die Praxis und Theorie des Bolschewismus* (das ihm den zeitweiligen Ausschluss aus der europäischen Intelligenzija eintrug).<sup>2</sup> Darin sagte Russell vorher, dass die Folgen der leninschen Anwendung der marxischen Theorien in Russland Krieg, Hunger und Diktatur sein würden. Der Grund dafür war nicht die russische Rückständigkeit, wie spätere Generationen links orientierter Gelehrter unermüdlich argumentierten, sondern der radikal utopische Charakter der marxischen Vision des Kommunismus. Die Entwicklung in Russland und die Bilanz kommunistischer Regime in vielen anderen Teilen der Welt erhärteten Russells vorausschauende Analyse. Als so unterschiedliche Länder wie Ungarn und Kuba, China und die Tschechoslowakei, Polen und Korea kommunistischer Herrschaft anheimfielen, waren die Auswirkungen bemerkenswert ähnlich. Wirtschaftliches Chaos und Verwüstung der Umwelt, politische Repression und geistige Stagnation folgten dem Kommunismus, wo immer er errichtet wurde.

Im Epilog der ersten Ausgabe der *Hauptströmungen* schrieb Kolakowski: »Der Marxismus war die größte Fantasie unseres Jahrhunderts. Er war der Traum von einer vollkommen geeinten Gesellschaft, in der sich alle menschlichen Bestrebungen erfüllen und alle Werte miteinander versöhnen würden.« Es mag so scheinen, als sei diese Fantasie mit dem Zusammenbruch des Kommunismus untergegangen, aber dem ist nicht so. In seinem neuen Nachwort zur Neuausgabe bemerkt Kolakowski, dass Aspekte der marxischen Kapitalismuskritik in globalisierungsfeindlichen Bewegungen wiederaufgetaucht seien. Dass es solche Echos gibt, lässt sich nicht bestreiten, aber es scheint mir, dass die wichtigste Verkörperung des im marxischen Denken zum Ausdruck kommenden utopischen Impulses im 21. Jahrhundert nicht das Sammelsurium antikapitalistischer Bewegungen ist. Sie können Gipfeltreffen stören und zuweilen begrenzte politische Ziele erreichen, nicht aber den Lauf der Weltpolitik ändern. Der wichtigste zeitgenössische Ausdruck des utopischen Impulses in der Poli-

tik ist das neokonservative Projekt, mithilfe amerikanischer Militärmacht die liberale Demokratie in andere Teile der Welt zu exportieren. Wenn der Einfluss von Marx irgendwo weiterhin spürbar ist, so hier.

Um utopisch zu sein, muss ein politisches Projekt nicht per se unmöglich sein. Die liberale Demokratie ist keine unrealisierbare Fantasie – schließlich existiert sie in verschiedenen Formen in vielen Ländern. Die Schweizer Demokratie unterscheidet sich stark von der britischen, die britische funktioniert ganz anders als die amerikanische oder französische; gleichwohl sind diese und viele andere Beispiele Spielarten der liberalen Demokratie. Nicht die Verbreitung der Demokratie als solcher ist ein utopisches Projekt, sondern der Versuch, von außen eine freiheitliche Demokratie unter Bedingungen zu erzwingen, unter denen sie offensichtlich nicht realisierbar ist und rasch zu etwas anderem mutieren dürfte (zum Beispiel zu der islamistischen Volkstheokratie, die sich in weiten Teilen des Iraks herausbildet).

Tatsache ist, dass Demokratie nicht universal praktikabel ist und vielleicht nie sein wird. Sie ist letztendlich nicht einmal überall wünschenswert; im Blick auf menschliche Freiheit und die Vermeidung von Krieg kann ihr Preis selbst dort, wo sie nicht ganz unrealisierbar ist, zu hoch sein. Tatsächlich können Versuche, Demokratie zu erzwingen, in breitem Aufruhr münden, der zu noch größerer Unterdrückung der Freiheit führt als unter den vorangehenden autoritären Regimen. Wenn sich eine wie immer geartete Demokratie in Ländern ausbreitet, die bis dato von diktatorischen Regimen beherrscht wurden, führt dies auch häufig zur Fragmentierung des Staates. In der postkommunistischen Welt haben sich Spielarten der Demokratie, häufig auf friedlichem Wege, weithin ausgebreitet, aber manchmal erst nach Krieg und »ethnischer Säuberung«, wie auf dem Balkan.

Wenn sich die Demokratie im Nahen Osten ausbreitet, wird dieser Prozess wahrscheinlich der Entwicklung auf dem Balkan ähneln, allerdings mit einem entscheidenden Unterschied. Demokratien, die nach lange andauerndem Religions- und Bürgerkrieg entstehen, werden in den meisten Fällen keine Spielarten der freiheitlichen Demokratien sein, wie unvollkommen auch immer. Sie werden illiberale Demokratien der Art sein, wie Rousseau sie sich vorgestellt hat – hochgradig autoritäre Regime, die auf dem Volkswillen gründen, neu errichtet in einem Kontext, in dem die beherrschende politische Kraft jene des radikalen Islams ist.

Wie Marx und seine Anhänger vertreten die Neokonservativen heute eine teleologische Geschichtsdeutung, gekennzeichnet durch die Konvergenz hin zu einer einzigen Regierungsform. Während des letzten Jahrhunderts erntete diese Vision den Spott der Geschichte, und der Kommunismus endete im Zusammenbruch. Sein Fall war nicht das Ende der Geschichte, sondern nur die Wiederaufnahme der klassischen ethnischen, religiösen und geopolitischen Konflikte, die in der Vergangenheit die Geschichte geprägt hatten. In seinem Buch *Scheitert Amerika?* kritisierte Francis Fukuyama eindringlich die leninistischen Aspekte der neokonservativen Außenpolitik, die beschleunigen will, was der Autor immer noch als eine in den meisten Ländern herrschende langfristige Tendenz zur Demokratie sieht. Ich bezweifle die Existenz einer solchen Tendenz, aber selbst wenn es sie gäbe, würde sie nicht die Ausbreitung der liberalen Demokratie nach westlichem Modell bedeuten. Vielmehr würde eine solche weltweite Verbreitung von Demokratie in Wechselwirkung mit stark divergierenden Kulturen und unterschiedlichsten historischen Bedingungen viele Arten von Regierungsformen hervorbringen, illiberale ebenso wie liberale. In weiten Teilen des Nahen Ostens besteht die wahre Wahl zwischen islamistischer Demokratie und säkularem Autoritarismus.

Ach, Kolakowski ist heute so aktuell wie eh und je, aber auf eine Weise, die damals, 1976, weder er noch seine Leser erwarteten. Die Gefahren des Utopismus, die er so lebhaft erläutert, drohen nicht nur totalitären Regimen wie jenen, die im 20. Jahrhundert im kommunistischen Block existierten. Heute verfolgt der größte liberale Staat ein ähnlich utopisches Projekt, unter dessen verheerenden Auswirkungen noch Generationen leiden werden. Wem wird Kolakowskis Werk heute, drei Jahrzehnte später, die Augen öffnen für die neuen Gefahren?

*Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos*

#### Anmerkungen

- 1 Leszek Kolakowski, *Main Currents of Marxism. The Founders, The Golden Age, The Breakdown*, New York 2005; die Erstausgabe erschien 1978 in Oxford. Deutsch: *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall*, München 1977-1979, 2., überarb. Aufl. 1981.
- 2 *The Practice and Theory of Bolshevism*, London 1920. Deutsch: *Die Praxis und Theorie des Bolschewismus*, Darmstadt 1987.

*Marci Shore*  
 FAMILIENDRAMA  
 Die Juden und der Kommunismus in Osteuropa<sup>1</sup>

Der Großvater von Amos Oz lebte in Odessa, bevor er schließlich den Weg nach Israel fand, wo sein Enkel geboren wurde. »Der Großvater verabscheute die Kommunisten«, erinnert sich Oz in seinen außergewöhnlichen Memoiren:

»Mir soll keiner was über die Bolschewiken erzählen«, schimpfte er immer, »nu, was, die Bolschewiken habe ich bestens gekannt, ich habe sie gekannt, noch bevor sie hochkamen, noch bevor sie sich in Häuser setzten, die sie anderen weggenommen hatten, noch bevor sie auch nur davon träumten, Apparatschiks, Jewseks, Politruks und Kommissare zu werden. Ich erinnere mich noch an sie, als sie einfach bloß Hooligans waren, die Unterwelt des Odessaer Hafenviertels, Schläger, Taschendiebe, Säufer und Zuhälter. Nu, was, fast alle waren sie Juden, eine gewisse Sorte Juden, was kann man machen. (...) Nu, was, bestimmt fanden sich auch ein paar Gojim, die mitliefen, auch vom Topfboden, vom Hafen, aus dem Dreck, Gesindel war das, nu, was, Gesindel mit stinkenden Socken.«<sup>2</sup>

Isaac Babels populäre Figur Arye Leib stammte ebenfalls aus Odessa, er war mit dem »Gesindel« und seinen stinkenden Socken bestens vertraut. Einem russischen Juden gab er folgenden Rat: »Hören Sie auf, an Ihrem Schreibtisch Skandale zu entfesseln, im Umgang mit Menschen aber zu stottern. Stellen Sie sich vor, Sie würden auf den Märkten Skandal machen und auf dem Papier stottern. Sie sind ein Tiger. Ein Löwe. Eine Katze. Sie können ruhig mit einer Russin schlafen, und die Russin wird an Ihnen Freude haben.«<sup>3</sup>

Arye Leibs Rat inspirierte Yuri Slezkines Buch *The Jewish Century*, ein Werk über die Moderne, die Juden und den Kommunismus, ein Buch über das, was man in Polen »zydokomuna« nennt, ein praktisch unübersetzbarer und ostentativ antisemitischer Ausdruck, der eine jüdisch-kommunistische Verschwörung unterstellt. Das Provozierende an *The Jewish Century* besteht in Slezkines Annahme, die »zydokomuna« sei nicht bloß

ein antisemitischer Mythos, sondern das Verhältnis zwischen den Juden und dem Kommunismus habe tatsächlich etwas Besonderes.<sup>4</sup>

Aber warum sollte man eine solche Beziehung annehmen? Eine gängige Antwort lautet: In einem Zeitalter des aufkommenden Faschismus, des Rassenhasses und virulenten Antisemitismus stand der Kommunismus für Unvoreingenommenheit gegenüber ethnischer Zugehörigkeit und versprach Gleichheit und Gerechtigkeit für alle. Daher übte er auf Minderheiten, insbesondere die Juden, eine starke Anziehungskraft aus. Mag sein, dass Slezkine dies als selbstverständlich voraussetzt. Auf jeden Fall geht er von der wenig schmeichelhaften Vorstellung aus, dass die Juden in der Geschichte unter dem »Nichtvorhandensein einer würdevollen Männlichkeit« gelitten hätten. In diesem Sinne »war das ›jüdische Problem‹ nicht bloß ein Problem, das verschiedene (ehemalige) Christen mit den Juden hatten; es war auch ein Problem, das zahlreiche (ehemalige) Juden mit ihrem Jüdischsein hatten.«<sup>5</sup> Slezkines höchst radikale Antwort auf die Frage nach der Anziehungskraft des Kommunismus für die Juden stammt von Babels Helden aus Odessa: Sich dem Kommunismus anzuschließen stellt für den entmännlichten kleinen Juden eine Möglichkeit dar, ein ganzer Mann zu werden.<sup>6</sup>

In Wahrheit gab es nur wenige Kommunisten unter den Juden. Wenn man sich nicht mit der Weisheit der Rabbis zufriedengeben und sich einer Bewegung anschließen wollte, lockten ebenso die Zionisten in all ihren Schattierungen, die polnischen Sozialisten und nicht zuletzt die Massenbewegung der jüdischen Arbeiter, der Bund, wobei die Liste sich fortsetzen ließe. Umgekehrt gab es allerdings viele Juden unter den Kommunisten, besonders in der Partielite – heute ein unbequemes Erbe, dem sich die Juden beispielsweise in Polen nicht entziehen können. Denn die kleine Schar polnischer Juden, die den Holocaust überlebten und sich entschlossen, trotz antisemitischer Ausschreitungen und des vordringenden Totalitarismus im Lande zu bleiben, ist keineswegs repräsentativ für das, was einstmals die größte jüdische Gemeinde der Welt darstellte. Und viele der Juden, die heute in Polen leben, sind die Kinder und Enkelkinder der »zydokomuna«.

Ein Jahrzehnt nach den Revolutionen von 1989 veranstaltete die zwanzigköpfige Redaktion der polnisch-jüdischen Zeitschrift *Jidele* eine Diskussion unter polnischen Juden ihrer Generation zum Thema »zydokomuna«. Einleitend erklärten die Journalisten: »Wir haben oft zu hören

bekommen, dass ein Jude, der Kommunist wird, aufhört, Jude zu sein. Um eine überflüssige Diskussion über das Judentum der jüdischen Kommunisten zu vermeiden, müssen wir uns eine grundlegende Tatsache vor Augen führen: Ein beträchtlicher, wenn nicht gar der größte Teil von uns, die sich als junge polnische Juden verstehen, hat einen Großvater oder eine Großmutter, die sich einst für den Aufbau des kommunistischen Systems engagierten.«<sup>7</sup> Dann stellte Michal Bilewicz, einer der Redakteure, die beunruhigende Frage. »Wenn wir auf Freud stolz sind, wie sollen wir dann zu Berman stehen?«<sup>8</sup>

Was bedeutet es in diesem Zusammenhang, auf Freud stolz zu sein? Slezkine assoziiert Freud mit dem Liberalismus, freilich mit der Einschränkung, dass Freud dessen Glauben an die Verbesserungsfähigkeit der Gesellschaft nicht teilte. Es gibt hier aber noch einen anderen, vielleicht ironischen Aspekt. Lange Zeit verstand man die Partizipation von Juden wie Jakub Berman an radikaler Politik als Reaktion auf das Scheitern der jüdischen Emanzipation. Warum ist sie gescheitert? Man könnte behaupten, dass das Schicksal der jüdischen Emanzipation bloß ein Symptom war – die eigentliche Frage lautet: Warum hat der Liberalismus versagt? In seiner berühmten Untersuchung zum Wiener *Fin de Siècle* findet Carl Schorske die Antwort bei Freud: Der Liberalismus sei in seinem selbstgerechten Optimismus daran gescheitert, die Bedeutung des Reichs der Instinkte unterschätzt zu haben; er habe bewusst die dunkle Seite der menschlichen Natur ignoriert und stattdessen rationalistisch auf dem Fortschritt beharrt.<sup>9</sup>

Jedenfalls gab der Liberalismus nur ein kurzes Gastspiel in Osteuropa. Bevor er noch Fuß fassen konnte, war er schon wieder von der Bühne verschwunden. Innerhalb kürzester Zeit fegte im Habsburger Reich wie auch im zaristischen Imperium ein Bündnis zwischen Massen und Mob (in Arendts Diktion) liberale Konzepte wie »Fortschritt« und »Bildung« hinweg und ersetzte sie durch postliberale Ansätze von *social engineering*. Es ging nicht mehr darum, den neuen Bürger, sondern den neuen Menschen zu erschaffen. Schorske beschrieb diesen charismatischen Postliberalismus in einer der Musik entlehnten Metapher als »Politik in einer neuen Tonart«, deren höchst geschickte Dirigenten vom Liberalismus abgefallen waren. Keiner war berühmter als der Wiener Journalist und spätere Gründer des modernen Zionismus, Theodor Herzl. Über die kurzlebige Generation der Liberalen, von der Herzl geprägt wurde, schreibt Slezkine: »Säkularisierte

jüdische Väter – streng oder nachsichtig, Bankiers (wie Lukacs' Vater) oder Galanteriewarenhändler (wie jener Kafkas) – gaben ihr Bestes, um freie, kosmopolitische Männer zu erziehen: Männer ohne Väter. Sie waren dabei erstaunlich erfolgreich: Nur wenige Generationen von Patriarchen brachten so viele Vatermörder und Totengräber hervor wie die erste Generation der jüdischen Liberalen. Und keiner verstand dies besser als Sigmund Freud und Karl Marx.«<sup>10</sup> Soviel zu Freud. Wer aber war Berman?

### *Dichtung im Gefängnis*

Jakub Berman zählt zu den berüchtigtsten unter diesen Vatermördern. Der zur Jahrhundertwende Geborene gehörte mit seinen beiden Brüdern und zwei Schwestern der ersten Generation an, die sich völlig an die polnische Kultur assimilierten. Sie waren unter den Pogromen und den Greueln des Ersten Weltkriegs aufgewachsen, und all das Leid und die Ungerechtigkeit ließen in Jakub den starken Wunsch entstehen, die Welt zu verändern. Als er jedoch seinem älteren Bruder Mieczyslaw diesen Wunsch anvertraute, lachte ihn dieser aus: »So, so, du möchtest also Gottes rechte Hand sein.«<sup>11</sup> In gewissem Sinne hatte Mieczyslaw so unrecht nicht.

Die beiden Jahrzehnte nach der Wiedererrichtung Polens waren eine Zeit, in der man Entscheidungen treffen musste. Mieczyslaw wurde Arzt und trat der rechten Poale Zion (jüdische Arbeiterorganisation) bei. Der jüngste Bruder Adolf wurde Mitglied der linken Poale Zion; er promovierte in Sozialpsychologie und wurde Lehrer an einem Warschauer Gymnasium; einer seiner Schüler war der junge jüdische Kommunist Aleksander Masiewicki. Jakub Berman promovierte an der Warschauer Universität in Jura, praktizierte jedoch nie; er hegte die Befürchtung, dass »ein Anwalt immer ein *Advocatus diaboli*« sei.<sup>12</sup>

Jakub Berman war nicht der einzige idealistische, aufopferungsbereite junge jüdische Intellektuelle, der der polnischen kommunistischen Partei (Kommunistischen Arbeiterpartei Polens KPRP, gegründet 1918, 1919 verboten, seit 1925 KPP) beitrug. Die Mitglieder rekrutierten sich häufig aus den Reihen der jungen Zionisten. Sie ließen das Getto hinter sich und lehnten den jüdischen Partikularismus ab. Sie verzichteten auf Gottes Schutz und brachen ihren Eltern das Herz. Sie nahmen Pseudonyme an und unterwarfen sich der Parteidisziplin. Verhaftungen gehörten zu ihrem Alltag. Im Gefängnis lasen sie Marx, rezitierten Gedichte und gingen

in Hungerstreik. Werfen wir ein Streiflicht auf einige Protagonisten.

Kurz vor seinem Tod reflektierte Ignacy Loga Sowinski über seine jüdischen Genossen aus der polnischen kommunistischen Jugendbewegung, an die er sich mit Sympathie erinnerte. Sie kamen aus dem Kleinbürgertum und dem Mittelstand, mitunter auch aus wohlhabenden Familien. Sie waren Kinder von Fabrikbesitzern und Händlern, von großen Rabbinern und Talmudgelehrten. Manche stammten sogar aus dem jüdischen Proletariat. Loga Sowinski schätzte seine jüdischen Kameraden wegen einer Einstellung, die heute oft vergessen wird: Während der polnische Kommunismus »objektiv« antipolnisch war (in seiner Unterwerfung unter Moskau, seiner Ablehnung des polnischen Nationalismus, seiner internationalistischen Indifferenz gegenüber Nationalität als solcher), waren die polnischen Juden, die Kommunisten wurden, »subjektiv« polenfreundlich. Sie sprachen Polnisch, und ihr Dichter war Adam Mickiewicz. Für sie war Polen ihre Heimat.<sup>13</sup> Sie lehnten eine ausgrenzende jüdische Politik ab; ihrer Entscheidung für den Kommunismus lag auch das Bedürfnis zugrunde, ihren nichtjüdischen Nachbarn näher zu kommen und sich mit ihnen zu solidarisieren. Sie gaben den polnischen Arbeitern den Vorzug gegenüber den jüdischen Vätern.

In seiner Freizeit las Michal Mirski Lenin, Trotzki und Bucharin. Als er 1920 seine Heimatstadt Kowel verließ und in die Rote Armee eintrat, war er fünfzehn Jahre alt. Vom Tag, an dem er fortging, bis zu seiner Rückkehr sechs Monate später, weinte seine Mutter. Er war ihr Lieblingssohn. Fern von seiner Heimat, nahe der ukrainischen Stadt Berditschew, begleitete er einmal seine Freunde zur Weihnachtsmette. Es war dies das erste Mal, dass der sechzehnjährige Jude eine Kirche betrat. Er ging dorthin »als Zuhörer«; schließlich, so erklärte er Jahre später, war er »so ausgehungert nach Unterhaltung.«<sup>14</sup>

In seiner frühen Jugend trat Szymon Zachariasz den Arbeiter-Zionisten bei, doch schon bald darauf erkannte er die moralische Überlegenheit des kommunistischen Internationalismus. In der Zwischenkriegszeit wurde er mehr als ein Dutzend Mal verhaftet, sieben Jahre verbrachte er in polnischen Gefängnissen. Seine Frau fiel in Moskau den Säuberungen zum Opfer. Sie wurde 1937 verhaftet, als Zachariasz sich im polnischen Gefangenenlager Bereza Kartuska befand, und verurteilt, so Zachariasz in seiner Parteibiografie, »aufgrund der Anschuldigung, sie hätte Kontakt zu einem Volksfeind – d. h. zu mir.«<sup>15</sup>

In den 1930er Jahren wurde Zachariasz Alfred Lampe zur Arbeit zugeteilt, einem Mitglied des Zentralkomitees der KPP, der aus den Reihen der jungen Zionisten kam.<sup>16</sup> Seit der siebten Klasse verstand Lampe sich als Sozialist; erst der Antisemitismus in seiner Schule ließ in ihm eine »zionistische Gesinnung« aufkommen, die er mit der Zeit überwand (»Überwinden war ein kommunistisches Gebot – und es gab vieles, was überwunden werden musste.«)<sup>17</sup> Wie Zacharias landete er mehrmals im Gefängnis. Im Frühling 1924 verlegten ihn die polnischen Behörden nach Bialystok und beabsichtigten, ihn von dort im Zuge eines Gefangenenaustauschs in die Sowjetunion zu schicken. Lampe lehnte dies höflich ab. Er wollte lieber seine Strafe absitzen, »um auf diese Weise«, wie er in einem Brief an den polnischen Justizminister schrieb, »zum allgemeinen Bewusstsein der Bürger beizutragen und in erster Linie jenem der werktätigen Massen, dass unser Staat ein Polizeiregime ist.«<sup>18</sup>

Auch Grzegorz Smolar verbrachte einen guten Teil der 1930er Jahre im Gefängnis. Für viele polnischen Gefangenen war das ein Ort der proletarischen Dichtung und der revolutionären Lieder.<sup>19</sup> Eines Tages im Jahr 1938 schleppten die Aufseher Smolars Kameraden Piotr Radziuk aus der gemeinsamen Zelle des polnischen Gefängnisses von Grodno. Als der halbnackte Piotr zurückgebracht wurde, war sein Rücken von blauen Flecken gezeichnet, sein Gesicht blutig. Seine Augen jedoch lächelten, mit seiner lyrischen Stimme sang er eine wunderschöne Melodie über die braunen Augen eines gewissen Mädchens. In seinen schwierigsten Momenten erinnerte Grzegorz Smolar sich immer an Piotr Radziuk und sang jenes ukrainische Lied.<sup>20</sup>

1936 verbrachten Michal Mirski und Adolf Berman viele Abende mit Wiktor Alter, dem Führer des Bundes, und der Führerin der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) Wanda Wasilewska – bis Mirski verhaftet und ins polnische Gefangenenlager Bereza Kartuska deportiert wurde. Doch keinem von ihnen erschienen die Jugenderfahrungen im Gefängnis als eine verlorene Zeit. Mirski beschrieb Bereza Kartuska später als einen Ort des Lebens, des Kampfes und Humors, einen Ort, an dem Knochen gebrochen, aber auch Charaktere geformt wurden. Ein Ort, an dem der Geist über das Böse siegte.<sup>21</sup> Nach seiner Freilassung übersetzte Mirski Hegels »Philosophie der Geschichte« ins Jiddische.

Es waren immer noch die Tage der Volksfront, als die Komintern erklärte, die Linke solle sich über ein breites Spektrum gegen den Faschis-

mus verbinden. Doch mit der Volksfront in Europa kam der Terror in der Sowjetunion. Polnische Kommunisten wurden in der Sowjetunion aus der Partei ausgeschlossen und hingerichtet. Vom Zentralkomitee der KPP überlebte einzig Alfred Lampe, und dies nur, weil er sich in einem polnischen Gefängnis befand. 1938 erklärte Stalin, dass die polnische kommunistische Partei von polnischen nationalistischen Spionen und Provokateuren infiltriert sei und daher aufgelöst werden müsse. Grzegorz Smolar musste diese niederschmetternde Nachricht seinen Kameraden im Gefängnis mitteilen. An diesem Tag wurden die Gefangenen zum Duschen geführt und verbargen ihre Tränen unter dem strömenden Wasser. Als sie die Internationale anstimmten, kam dies für Smolar einem Schwur gleich: Sie würden für immer Kommunisten bleiben.<sup>22</sup>

### *Die Stalin-Zeit*

Als der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow 1939 mit seinem deutschen Amtskollegen Joachim von Ribbentrop den Nichtangriffspakt unterzeichnete, waren die polnischen Kommunisten verraten und heimatlos. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 flohen Zachariasz, Smolar und Lampe aus den polnischen Gefängnissen. Wie Jakub Berman und Michal Mirski gingen sie in den Osten.<sup>23</sup> Obwohl sich die Sowjetunion ihnen gegenüber nicht loyal verhalten hatte, würden sie ihr die Treue halten.

In der großen Heimat des Sozialismus arbeiteten sie in Textilfabriken, Schulen, in Verlagen und Rundfunkstationen. Sie betätigten sich als Arbeiter, Inspektoren, Journalisten, Redakteure, in der Verwaltung, als Lehrer; sie engagierten sich für den Wiederaufbau der polnischen kommunistischen Partei. Sie legten große Entfernungen – häufig zu Fuß – zurück: von Rawicz und Warschau nach Bialystok, Lemberg und Minsk, nach Saratow, Ufa und Kuibyschew, und nach Moskau. Zerstreung und Verschleppung waren das Leitmotiv dieser Jahre: »Ganz Russland war unterwegs.«<sup>24</sup> Als Mirski aus Warschau an die sowjetische Grenze floh, blieb seine Familie zurück. Manche seiner Kameraden, die ihre Frauen ebenfalls in Warschau gelassen hatten, fanden bald im Osten Geliebte. Mirski verurteilte dies. Ein solches Betragen war moralisch verwerflich, eines Kommunisten unwürdig.<sup>25</sup>

Sie alle glaubten an eine Niederlage Deutschlands. Und auch, dass sie,

falls sie den Krieg überlebten, in ein kommunistisches Polen heimkehren würden. Auch wenn Lampe in Kuibyschew und später in Moskau gegen das Chaos, die Katastrophe, die Ohnmacht aufbegehrte,<sup>26</sup> hatte er doch die Vision von einem Polen, das nicht mehr unter Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit leiden würde, ein Polen ohne Antisemitismus, frei von Fremdherrschaft, Rückständigkeit und all den anderen Missständen.<sup>27</sup> Im Dezember, knapp ein Jahr nach dem Sieg der Roten Armee über die Deutschen bei Stalingrad, starb Alfred Lampe in seiner Moskauer Wohnung.

Während Jakub Berman aus dem von den Deutschen besetzten Warschau nach Osten floh, landeten seine beiden Brüder im Getto. Mieczyslaw Berman starb im Januar 1943 in den Gaskammern von Treblinka. Adolf Berman gelang es, aus dem Getto zu entkommen. Er verkörperte den Geist der Volksfront: Unbeugsam und unermüdlich kollaborierte er mit Zionisten, Bundisten und Kommunisten im jüdischen Untergrund, und mit polnischen Kommunisten und polnischen Antikommunisten im polnischen Untergrund. So unterstützten die polnischen kommunistischen Partisanen im Frühjahr 1943 die Kämpfer im Warschauer Gettoaufstand.

Etwas mehr als ein Jahr später, im Juli 1944, wurde in Lublin eine provisorische kommunistische Regierung gebildet. Als die Rote Armee im folgenden Januar in Warschau eintraf, lag die polnische Hauptstadt bereits in Schutt und Asche. Als sich das Ende des Krieges abzeichnete, kehrte Jakub Berman aus der Sowjetunion zurück und nahm neben Boleslaw Bierut und Hilary Minc seinen Platz im Führungstriumvirat der 1942 gegründeten Nachfolgerin der KPP, der Polnischen Arbeiterpartei PPR, ein, wo er während der blutigsten Jahre des polnischen Stalinismus für Staatssicherheit, Propaganda und Ideologie zuständig war. Bruder Adolf wurde Vorsitzender des Zentralkomitees der Juden in Polen. Fünf Monate nach der Niederlage der Nazis erhielt er von seinem ehemaligen Schüler Aleksander Masiewicki einen langen Brief. Masiewicki und seine junge Frau waren vor dem Krieg kommunistische Studentenaktivisten gewesen; nach dem Einfall der Roten Armee in Ostpolen im Jahre 1939 waren sie in ein Arbeitslager ins Innere der Sowjetunion deportiert worden, wo sie überlebten und, immer noch Kommunisten, nach Polen zurückkehrten. Masiewicki beklagte, dass es im neuen Polen polnische Juden waren, welche die Führungspositionen besetzten. Denn wenn die Polen ihre eigene »demokratische Intelligentsia« hätten, müsste man nicht auf Menschen

wie ihn und Jakub Berman zurückgreifen. Dass man sie brauchte, war in seinen Augen nur ein Symptom für einen kranken Organismus: »Ich muss hinzufügen: Ich mag die Juden nicht. Vor allem den jüdischen Manierismus finde ich verwerflich, die Art, wie Juden sich betragen, verletzt mich zutiefst. Ich schäme mich häufig für die Juden. Obwohl ich selbst einer bin!«<sup>28</sup>

Im Zentralkomitee der polnischen Juden war die neue polnische kommunistische Partei durch Mirski, Smolar, Zachariasz und Julian Lazebnik vertreten. Unter Lampe und Jakub Berman dienten Mirski, Smolar, Zachariasz und Lazebnik der Partei im Sinne der jüdischen Sache. Sie glaubten sowohl an den kommunistischen Internationalismus als auch an die Wiedergeburt eines authentischen jüdischen Lebens im Nachkriegspolen – und in diesem Sinne engagierten sie sich für etwas, das (ähnlich wie Lenins Nationalitätenpolitik) schon seinem Wesen nach einen gewissen Widerspruch darstellte.<sup>29</sup> In den frühen Tagen des Zentralkomitees der polnischen Juden schien es jedenfalls, als sei die Volksfront wieder aufgestanden – es herrschte ein gewisser ökumenischer Geist antifaschistischer Solidarität, und die Beziehung zwischen Kommunisten und Zionisten war herzlich. Im Mai 1948 wurde der Staat Israel gegründet, der sich – trotz der Sympathien zahlreicher Zionisten für den Marxismus und der Erwartungen Moskaus – nicht ins Lager der Sowjetunion stellte. Stalin eröffnete eine Kampagne gegen die »entwurzelten Kosmopoliten«, d. h. gegen die Juden. Der Zionismus wurde nun als bürgerliche Ideologie angesehen, und Adolf Berman galt nicht mehr als zuverlässiger Marxist. Mirski, Smolar und Zachariasz beschuldigten ihn der Rechtsabweichung und des bürgerlichen Nationalismus. Im April 1949 enthoben sie ihn seines Amtes als Vorsitzender des Zentralkomitees der polnischen Juden. Adolf Berman trat wortlos zurück, und Grzegorz Smolar nahm seine Stelle ein.<sup>30</sup>

Im Januar 1950 sandte Adolf Berman einen wehmütigen Abschiedsbrief an das Zentralkomitee der Partei, die sich inzwischen die Polnische Sozialistische Partei (PPS) einverleibt und in Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) umbenannt hatte, und ging mit Frau und Sohn nach Tel Aviv. Von seinem älteren Bruder, der damals am Höhepunkt seiner Macht stand, hörte Adolf wenig. Der gemeinsame Freund aus der Kindheit, Chaim Finkelstein, der seit dem Ende der 1930er Jahre in New York lebte, zeigte sich wenig beeindruckt: »Ehrlich gesagt«, schrieb er an Adolf in Tel

Aviv, »was für ein Leben mag das sein und welche Bedeutung können diese Ämter besitzen, wenn selbst ein Mann in Jakubs Position nicht das Recht oder den Mut hat, seinem Bruder zu schreiben?«<sup>31</sup>

### *Die eingezogenen Parteiausweise*

Im Februar 1956, drei Jahre nach Stalins Tod, trug Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag seinen »Geheimbericht« über Stalins Verbrechen vor. In jenem Frühling, sechs Jahre nach seinem Abschiedsbrief an die Partei, schrieb Adolf Berman einen Brief aus Tel Aviv an Michal Mirski. Er erinnerte Mirski an die Zeit vor dem Krieg – die Zeit, als sie die Avantgarde der Welt repräsentierten.<sup>32</sup>

Nach seiner Rückkehr vom 20. Parteikongress in Moskau verließ Jakob Berman das Politbüro. Der 1949 wegen »rechts-nationalistischer Abweichung« aus der Partei ausgeschlossene Wladyslaw Gomulka kam im Oktober 1956 wieder an die Macht, und Jakob Berman fiel in Ungnade. Im Jahr darauf, im Mai 1957, wurde er aus der PZPR ausgeschlossen. Drei Jahre später schrieb er einen Brief an Gomulka, in dem er ihn um die Rückgabe seines Parteiausweises bat.<sup>33</sup> Gomulka lehnte ab.

Jakob Berman war keineswegs der letzte, dessen Parteiausweis eingezogen wurde. Im Oktober 1966 hielt der Philosoph Leszek Kolakowski, der seit 1956 als Vordenker des »Revisionismus« galt, an der Warschauer Universität im Rahmen einer vom Verband der sozialistischen Jugend (ZMS) organisierten Diskussion zum Thema »Die polnische Kultur im letzten Jahrzehnt« einen Vortrag, in dem er sich jenes seltenen Gefühls der nationalen Einheit erinnerte, das ein Jahrzehnt zuvor in der Luft lag, als Chruschtschow Stalins »Exzesse« verurteilt hatte und Gomulka an die Macht gelangt war. Diesem vielversprechenden Aufbruch folgten, so Kolakowski, nur Enttäuschungen. Das Gesetz bedeute nicht viel mehr als ein Instrument der Unterdrückung. Polen leide nicht nur unter Armut, Wohnungsnot, miserablen Autos und einer hohen Kindersterblichkeit, sondern auch unter »geistiger Verarmung«. Die Wahl der Parteimitglieder erfolge nach dem Prinzip der »negativen Auswahl«, der zufolge »Katzbuckeln, Feigheit, Mangel an Initiative und die Bereitschaft, andere auszuhorchen« zu den erforderlichen Kriterien gehörten. Wie zu Zeiten des Stalinismus sei Polen ein Land, in dem »das Wort Freiheit an sich schon verdächtig klingt.«<sup>34</sup>

Sechs Tage danach wurde Leszek Kolakowski aus der Partei ausgeschlossen. Auch er ersuchte Gomulka um die Rückgabe des Parteiausweises. »Die verheerenden sozialen Auswirkungen hinterhältiger Machenschaften im kulturellen und politischen Leben werden nicht dadurch beseitigt, dass man jene, die sie aufdecken, unterdrückt«, schrieb Kolakowski.<sup>35</sup>

Kolakowski war nicht der einzige, der gegen seinen Ausschluss protestierte. Nur wenige Tage später erhielt das Politbüro einen von fünfzehn Schriftstellern unterzeichneten Brief, in dem sie die Wiederaufnahme Kolakowskis in die Partei forderten.<sup>36</sup> Unter ihnen befand sich auch der Romancier Julian Strykowski, der in den 1920er Jahren der Partei beigetreten war, nachdem er aus der zionistischen Jugendorganisation *Shomer* ausgeschlossen worden war.<sup>37</sup> Und eine Woche später sandte Michal Mirski einen Brief an das Politbüro, in dem er bemerkte, dass er, nachdem er von dem auf der Sitzung des Schriftstellerverbandes am Tag zuvor unterzeichneten Brief erfahren habe, auch seine eigene Unterschrift darunter setzen wolle. In seinem Brief schrieb Mirski, dass Kolakowskis Rede sich zwar besser für eine interne Parteisitzung geeignet hätte, die Strafe – der Ausschluss aus der Partei – für das Vergehen aber unverhältnismäßig hart sei. Er schreibe, so Mirski, als Parteimitglied, »auf persönlichste Weise eng mit der Partei verbunden durch eine vierzigjährige Probezeit«.<sup>38</sup> Kurz danach, wiederum auf einer Sitzung des Schriftstellerverbandes, brachte Mirski neuerlich die Kolakowski-Affäre aufs Tapet und führte folgendes Argument an: Obwohl Sinowjew, Kamenjew und Trotzki »sich größerer Vergehen« schuldig gemacht hätten, habe Lenin sie nicht aus der Partei verstoßen. Polen besitze nur einen Philosophen von Kolakowskis Format, und der gehöre in die Partei. Natürlich sei in Polen nicht alles so düster, wie Kolakowski behauptete, aber die Schwierigkeiten mit ihm ließen sich damit erklären, dass er kein Politiker, sondern ein Schriftsteller sei. Schließlich, so fügte Mirski hinzu, »hatte Lenin ähnliche Probleme mit Gorki«.<sup>39</sup>

### *Das Ende der Affäre*

Kolakowski bekam seinen Parteiausweis nicht zurück. Und möglicherweise war es nicht nur Zufall, dass Michal Mirskis Intervention den Anfang vom Ende seiner Karriere als Parteimitglied markierte. Im Januar 1968 be-

haupteten die kommunistischen Behörden, zionistische Verschwörer hätten Studentendemonstrationen angezettelt. Die von der Partei initiierte antisemitische Kampagne, die im März 1968 ihren Höhepunkt erreichte, propagierte die These, dass es sich um eine nazistisch-zionistische Verschwörung handle. Mirski, Smolar und Zachariasz hatten die Säuberungen der 1930er Jahre überlebt. Sie hatten den Holocaust und die Zerstörung Warschaws überlebt. Und sie hatten den Stalinismus überlebt – um dann der »antizionistischen« Kampagne zum Opfer zu fallen. Etwa 13 000 polnische Juden verließen im März 1968 ihre Heimat – die letzten Kinder, die von der Revolution gefressen wurden.<sup>40</sup>

Grzegorz Smolar verlor seinen Redakteursposten bei der von ihm mitbegründeten Zeitung *Folks-Sztyme*, dem Presseorgan der PZPR in jiddischer Sprache, und er verlor seinen Parteiausweis. Nun waren es seine Kinder, die im Gefängnis steckten. In seiner Verzweiflung wandte er sich an Gomulka. Beinahe ein halbes Jahrhundert zuvor, so schrieb er Gomulka, als er sich als junger Arbeiter in einer Schuhfabrik in Kiew in großen persönlichen Schwierigkeiten befunden hatte, habe er Lenin geschrieben – und Lenins Sekretär habe ihm geantwortet. Jetzt im hohen Alter, habe er noch einmal beschlossen, sich an einen Parteiführer zu wenden. »Ich schreibe in einem Augenblick«, so Smolar, »in dem die Hoffnungslosigkeit, die mich erfasst hat, in Verzweiflung umschlägt«. Sein ganzes Leben habe er der Sache der Partei gewidmet; er habe in den 1930er Jahren in Polen im Gefängnis gesessen, die Revolution mit der Waffe verteidigt, er habe mitgeholfen, sieben Partisanendivisionen aufzustellen, habe in Weißrussland während der Nazi-Okkupation den bolschewistischen Untergrund organisiert. Zwanzig Jahre lang sei er als Herausgeber der besten jiddischsprachigen kommunistischen Zeitung tätig gewesen, er habe auch das einzige in Jiddisch geschriebene Buch der Nachkriegszeit verfasst, das sich ganz dem Kampf gegen den jüdischen Nationalismus verschrieben habe. Und nun werde er von der Partei, der er sein ganzes Leben gewidmet habe, des Zionismus beschuldigt. Er habe bloß noch seine Kinder, zwei Jungen, die er als ehrliche Bürger und engagierte Kommunisten zu erziehen sich bemüht habe – die nun, gemeinsam mit seiner Schwiegertochter, der Mutter eines dreijährigen Kindes, eine Gefängnisstrafe zu gewärtigen hätten. In seiner Verzweiflung bot er sich im Austausch für seine Kinder an: »Angesichts der gegenwärtigen Lage erkläre ich: Wenn ein Ansuchen um Ausreisegenehmigung meine

inhaftierten Kinder retten kann, werde ich es stellen.«<sup>41</sup> Im Jahr darauf emigrierte Smolar nach Israel.

Im April 1968 verlor Michal Mirski seinen Posten als Redakteur bei der Monatsschrift der Partei *Nowe Drogi* (Neue Wege).<sup>42</sup> Im darauffolgenden Jahr sandte er einen Brief an den Vorstand der Warschauer Sektion des polnischen Schriftstellerverbandes und bat, dass man ihn aus der Mitgliederliste der PZPR streiche; er hatte seine Auswanderung beantragt.<sup>43</sup> Im September 1970 schrieb er aus Dänemark an Adolf Berman: »Es handelt sich eher um eine ideologisch-politische Angelegenheit, um die fundamentale Frage: Wer bin ich wirklich? Welches Land ist meine Heimat? Ich habe dazu eine klare Meinung: Ich bin ein politischer Emigrant, und meine Heimat ist Polen. Wenn Gomulka den Sozialismus und das polnische Volk verraten hat, folgt daraus nicht, dass ich dem Sozialismus den Rücken kehren und mich von Polen abwenden sollte.«<sup>44</sup>

Kurz darauf erhielt Adolf Berman einen weiteren langen Brief. Aleksander Masiewicki, der nun in New York lebte, schrieb, wie er seinen Parteausweis zurückgegeben hatte. Als er am Morgen des 13. März 1968 seine Wohnung verließ und sich auf den Weg zur Sitzung des Parteikomitees machte, herrschte strahlendes Wetter. Angekommen, wandte er sich an den Sekretär des Komitees:

Wortlos hielt ich ihm meinen Parteausweis hin, zusammen mit einer Erklärung folgenden Inhalts, die ich auf einem Stück Papier niedergelegt hatte: »Angesichts der von der Partei eröffneten Kampagne gegen studentische Aktivitäten, einer Kampagne, die der großen Tradition unserer Partei unwürdig und daher abscheulich ist, ersuche ich Sie, meinen Namen von der Mitgliederliste der PZPR zu streichen.« Ich übergab meinen Austritt samt Unterschrift und verließ wortlos den Raum. Danach empfand ich eine unbeschreibliche Erleichterung, der Alptraum, der jahrelang auf mir gelastet hatte, war von mir gewichen. Lange schon hatte ich den Gedanken gehegt, mir das Nessushemd vom Leibe zu reißen, ich lebte in einem ständigen Konflikt mit meinem Gewissen, der mich zu ersticken drohte. Die Entscheidung war mir nicht leichtgefallen, bedeutete sie doch einen Akt der Selbstzerstörung, die Verleugnung meines ganzen Lebens. Jetzt, da ich dies hinter mich gebracht habe, stehe ich den Konsequenzen völlig gelassen gegenüber. Ich konnte nicht anders handeln. Ich rief meine Frau an. Ich sagte zu ihr: »Du darfst mir gratulieren!« Sie fragte nicht warum, sie verstand mich auf der Stelle. Nach einem kurzen Schweigen sagte sie: »Du hast deine Entscheidung getroffen. Jetzt bin ich an der Reihe!«<sup>45</sup>

Vier Monate später schrieb Masiewicki einen weiteren Brief an Berman, in

dem er über sein Schicksal und seinen Entschluss reflektierte: »Die Tragödie meiner Generation besteht darin, dass wir uns einst im besten Glauben und angesichts des Fehlens jedweder moralisch vertretbaren Alternative einer Bewegung angeschlossen haben, die dies nicht im geringsten Maße verdiente.«<sup>46</sup> Adolf Berman bezichtigte Masiewicki daraufhin einer nihilistischen Haltung. Masiewicki antwortete ihm: Das Bild einer idealen, gerechten, glücklichen und freien Gesellschaft sei bloß eine Utopie, eine Kopfgeburt von Träumern des 19. Jahrhunderts und ihren Vorgängern gewesen. »Ich hege keine Illusionen mehr, dass irgendwann einmal das ›Endziel‹ – von dem Generationen von Kämpfern für eine so genannte ›bessere Zukunft‹ geträumt haben – Wirklichkeit werden wird. Denn in Wirklichkeit wird diese ›Zukunft‹ neue Probleme mit sich bringen (wie es auch gar nicht anders sein kann), die ebenso komplex sein werden wie die alten, wenn nicht komplexer, und dem gewöhnlichen Menschen nur Unheil und Enttäuschung bringen. Ich habe meine Zweifel daran, ob ›die Geschichte fortschreitet‹.«<sup>47</sup>

Fast drei Jahrzehnte später sprach Masiewicki, nun ein alter Mann mit Wohnsitz in Brooklyn, über seine Zeit und die seiner Frau Olga im sowjetischen Lager und über ihren Entschluss, nach dem Krieg als Kommunisten nach Polen zurückzukehren. Letztendlich sei dies keine schwierige Entscheidung gewesen. Ja, in den sowjetischen Lagern starben die Menschen, »aber nicht in den Gaskammern«. Und dies war, in jenem Augenblick, kein unwesentlicher Unterschied.<sup>48</sup>

*»Wenn wir stolz auf Freud sind ...«*

Über Karl Marx schrieb Isaiah Berlin einmal: »Ich glaube, dass er sich nicht besonders für Motive interessiert hat – der kosmische Prozess (...) würde gewisse Ziele realisieren und andere verfehlen. Der Prozess wurde uns aufgezwungen und war nicht abwendbar – daher galt dasselbe für unsere Ziele (...). Ziele waren gut oder schlecht, Verhalten war moralisch oder unmoralisch, je nachdem ob sie vom kosmischen Prozess vorangebracht wurden oder nicht.«<sup>49</sup> Dann kam Lenin, der behauptete, man müsse den eisernen Gesetzen der Geschichte ein bisschen nachhelfen, und sei es mit Gewalt. Jakub Berman sah dies ebenso. In einem langen Interview, das Teresa Toranska kurz vor seinem Tod 1984 mit ihm führte, sagte er: »In Polen fand eine Revolution statt, und eine Revolution fordert nun

einmal Opfer, so sind ihre Gesetze, dafür kann ich nichts«. <sup>50</sup> Toranska erinnert sich an die erste Begegnung mit diesem Mann, der, wie sie meinte, ihr und ihrer Generation Antworten auf viele Fragen schuldete: »Berman, von kleiner Statur, schlank, mit einem sehr bleichen Gesicht, er konnte nur mühsam gehen (...) Ein schönes Gesicht, seine Züge wurden durch seine Magerkeit noch markanter – edle dunkle Augen – groß, weise und sanft (sic!), so romantisch (...) Die Begegnung dauerte – ich weiß es nicht mehr genau – eine Stunde, vielleicht auch anderthalb. Berman geleitete mich zur Türe. An diese Szene erinnere ich mich genau. Ich stand bereits beim Eingang, und er sprach noch immer, sagte, es gebe im Leben viele Situationen, die unlösbar scheinen, doch die Zeit würde eine Lösung bringen, ich solle mit größerem Optimismus in die Zukunft blicken, denn der Sozialismus würde siegen, da er das beste System der Welt sei, und plötzlich bemerkte ich, dass er nicht mich ansah, sondern irgendwohin weit in die Ferne blickte, gleichsam auf die andere Seite. Ein überaus schönes Gesicht, mit Augen, die abwesend waren. Er sprach in die Zukunft.« <sup>51</sup>

Das Bild Jakub Bermans ist im polnischen Gedächtnis noch lebendig, er verkörpert heute vor allem die »zydokomuna« und ihre Übel. Alfred Lampe, Michal Mirski, Szymon Zachariasz, Grzegorz Smolar und die meisten ihrer Freunde und Kameraden sind in Vergessenheit geraten. Für sie und für all jene, deren Leben sie beeinflussten, nahm alles ein unglückliches Ende. Sie alle waren mutig und aufopfernd, sie waren höchst gebildet und beherrschten mehrere Sprachen, sie waren zutiefst betroffen über Armut, Ungerechtigkeit und menschliches Leid, sie waren selbstlos und glaubten fanatisch an die ehernen Gesetze der Geschichte. Und sie alle erlagen einem tragischen Irrtum, ihr Leben verfehlte das Ziel, das sie sich gesetzt hatten, und der Kampf für ihre Sache zeitigte katastrophale Folgen. Die »Zydokomuna« sollte weder als antisemitischer Stereotyp noch als Resultat einer soziologisch (über)determinierten Disposition verstanden werden, sondern biografisch, als ein menschliches Drama, und als ein Experiment, dessen Tragweite ebenso groß war wie das Ausmaß seines Scheiterns.

Grzegorz Smolars verzweifelter Brief an Gomulka legt ein Postskriptum nahe. Denn seine Kinder, die im Gefängnis waren, stellten eine neue Generation dar, eine Generation, die alles tun würde, um die Sünden ihrer Väter zu sühnen. In Osteuropa fand eine höchst spektakuläre ödipale Re-

bellion auf einer kollektiven historischen Bühne statt. Denn die postliberale Generation der Totengräber hatte ihrerseits eine neue Generation von Vatermördern großgezogen: »Polen jüdischer Herkunft« waren nicht nur in der Führungsspitze der kommunistischen Partei ihres Landes eindeutig überrepräsentiert, sondern auch in jener der demokratischen Opposition.<sup>52</sup> Auch Yuri Slezkines Moskauer Milieu bestand aus den Kindern jüdischer Kommunisten, die sowjetische Dissidenten wurden. In seinem Buch *Die Akte »Romeo«*, einer Lektüre seiner Stasiakten, schreibt Timothy Garton Ash: »Im Jahr 1968 hatte es in Polen eine schreckliche Kampagne der herrschenden KP gegen Parteimitglieder und Studenten jüdischer Herkunft gegeben – vor allem gegen jene, deren Väter Kommunisten gewesen waren. Jetzt spielten diese Kinder (...) eine außerordentlich bedeutende Rolle in der antikommunistischen Opposition: ein weiteres bemerkenswertes Kapitel in dem großen jüdischen Beitrag zur Geschichte Mitteleuropas.«<sup>53</sup>

*Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller*

#### Anmerkungen

- 1 Mein Dank gilt Timothy Snyder für seine Kommentare zu einer früheren Version dieses Essays.
- 2 Amos Oz, *Eine Geschichte von Liebe und Finsternis*, Frankfurt/Main 2004, S. 158f.
- 3 Isaac Babel, »So wurde es in Odessa gemacht«, in: *Geschichten aus Odessa*, München 1987, S. 61f.
- 4 Yuri Slezkine, *The Jewish Century*, Princeton UP 2004. Deutsch: *Das jüdische Jahrhundert*, Göttingen 2006.
- 5 Slezkine, ebd., S. 73.
- 6 Für eine ausführlichere Diskussion von Slezkines Buch vgl. Marci Shore, »Tevye's Daughters: Jews and European Modernity«, in: *Contemporary European History*, Vol. 16, No. 1 (Winter 2007), S. 121-135.
- 7 Bogna Pawlisz und Michal Bilewicz, »Slowo wstepne«, in: *Jidele: zydowskie pismo otwarte* (Sondernummer über »Die Juden und der Kommunismus«), Frühjahr 2000, Heft 6-7, S. 6.
- 8 Michal Bilewicz et al., »Dyskusja: Wnuki »zydokomuny«, in: *Jidele*, a.a.O., S. 163-174.
- 9 Carl E. Schorske, *Fin-de-siecle Vienna: Politics and Culture*, New York 1981. Deutsch: *Wien – Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle*, München 1982.
- 10 Yuri Slezkine, *The Jewish Century*, S. 63.
- 11 Jakub Berman, *Wspomnienia* (Erinnerungen), 1949-1982, 325/33, Archiwum Akt Nowych, Warschau (im Folgenden AAN). Adolf Berman, der im Zuge des Pro-

- zesses gegen Rudolf Slánský im Jahre 1952 in Prag mit der MAPAM gebrochen hatte, trat später der kommunistischen Partei Israels bei. Eine detailliertere Geschichte der Berman-Brüder findet sich bei Marci Shore, »Children of the Revolution: Communism, Zionism, and the Berman Brothers«, in: *Jewish Social Studies*, Vol. 10, No. 3 (Spring/Summer 2004), S. 23-86.
- 12 Chaim Finkelstein (1899-2001), persönliches Interview, New York City, 17. April 1999; Lucyna Tychowa, persönliches Interview, 25. August 2003, Warschau.
  - 13 Ignacy Loga-Sowinski, *Wspomnienia* (Erinnerungen), 1988, K. 193, Archiwum Dokumentacji Historycznej PRL-u, Warschau (im Folgenden ADH).
  - 14 Michal Mirski, »Tworczość literacka« (Memoiren) tom I, 330/25, Żydowski Instytut Historyczny, Warschau (im Folgenden ZIH).
  - 15 Szymon Zachariasz, »Zyciorys« (Lebenslauf), Warschau, September 1939, Nachlass Szymon Zachariasz, 476/1, AAN.
  - 16 »Lampe Alfred – ps. Alski, Marek, Nowak«, Nachlass Alfred Lampe, 250/1, AAN.
  - 17 Alfred Lampe, »Avtobiografia«, Moskau, 14. Juli 1940, Nachlass Alfred Lampe, 250/1, AAN.
  - 18 Lampe an das polnische Justizministerium, 31. März 1924, Białystok, Sammlung Alfred Lampe, 250/1, AAN.
  - 19 Grzegorz Smolar (»Goniec«), »Za kratami« (Hinter Gittern), 5. April 1967, Personalakte 5344, AAN.
  - 20 Grzegorz Smolar, ebd.
  - 21 Mirskis Erinnerungen an Bereza Kartuska wurden unter dem Titel *Biegiem marsz!* (Im Laufschrift marsch!) 1958 in Warschau publiziert.
  - 22 Grzegorz Smolar, a.a.O. (Anm. 19).
  - 23 Szymon Zachariasz, »Zyciorys« (Lebenslauf), Warschau, September 1939, Nachlass Szymon Zachariasz, 476/1, AAN; »Lampe Alfred - ps. Alski, Marek, Nowak,« Nachlass Alfred Lampe, 250/1, AAN; Alfred Lampe, »Avtobiografia,« Moskau, 14. Juli 1940, Nachlass Lampe, 250/1, AAN.
  - 24 Aleksander Wat, *Mój wiek: pamiętnik mówiony*, Bd. II, Warschau 1998, S. 241. Deutsch: *Jenseits von Lüge und Wahrheit. Mein Jahrhundert. Gesprochene Erinnerungen 1926-1945*, Frankfurt/Main 2001.
  - 25 Michal Mirski, »Tworczość literacka« (Memoiren), tom I, 330/25, ZIH.
  - 26 Alfred Lampe, undatierte Notizen, Nachlass Alfred Lampe, 250/11, AAN.
  - 27 Lampe, »Przyszła Polska« (Das kommende Polen), Nachlass Alfred Lampe, 250/11, AAN.
  - 28 Aleksander Masiewicki an Adolf Berman, Olsztyn, 12. Oktober 1945, P-70/51, Abraham A. Berman Bequest, Diaspora Research Institute, Tel Aviv (im Folgenden AABB).
  - 29 Während die (PPR) niemals eine »jüdische Sektion« gekannt hatte, wie sie in der kommunistischen Partei der Sowjetunion existierte, übernahm das Zentralkomitee der polnischen Juden (CKZP) – und besonders die PPR-Fraktion innerhalb des CKZP – gewissermaßen die Funktion der jüdischen Parteisektion. Grzegorz Smolar, eines der führenden Mitglieder der PPR-Fraktion, war in der Zwischenkriegszeit in der jüdischen Sektion (*Yevseksia*) der kommunistischen Partei der Sowjetunion tätig. Siehe David Engel »The Reconstruction of Jewish Communal

- Institutions in Postwar Poland: The Origins of the Central Committee of Polish Jews, 1944-1945«, in: *East European Politics and Societies*, Vol. 10, No. 1 (Winter 1996), S. 85-107. Zur Beziehung zwischen Smolar, Mirski und Zachariasz und den zionistischen Mitgliedern des CKZP siehe Marci Shore, »Jezyk, Pamiec i Rewolucyjna Awangarda: Kształtowanie Historii Powstania w Getcie Warszawskim, 1944-1950«, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 188, No. 4 (Dezember 1998), S. 44-61.
- 30 CKZP Prezydium Protokół No. 21, 13. April 1949, Sammlung CKZP Prezydium, 303/16, ZIH.
  - 31 Chaim Finkelstein an Adolf Berman, New York, 26. Mai 1954, P-70/58, AABB.
  - 32 Adolf Berman an Michal Mirski, Tel Aviv, 10. Juni 1956, Sammlung Michal Mirski, 330/35, ZIH.
  - 33 Jakub Berman an Wladyslaw Gomulka, Warschau, 9. Mai 1960, in: Jozef Stepień (Hg.), *Listy do Pierwszych Sekretarzy KC PZPR (1944-1970)*, Warschau 1994, S. 208f. Das Original (zwei Fassungen) findet sich in Nachlass Jakub Berman, 325/1, AAN.
  - 34 »Odpis tajne wystapienie profesora U.W. Leszka Kolakowskiego na zebraniu dyskusyjnym zorganizowanym w dniu 21. 10. 1966 w Instytucie Historycznym UW przez Zarzad ZMS Wydzialu Historycznego UW na temat »Kultura polska w ostatnim 10-leciu«, 22. Oktober 1966, Warschau, K. 103, S V/16, ADH.
  - 35 Leszek Kolakowski an das Politbüro der PZPR, 23. November 1966, in: *Listy do Pierwszych Sekretarzy*, 253.
  - 36 »Informacja w sprawie prof. Leszka Kolakowskiego«, K. 103, S V/16, ADH. Siehe auch Michal Mirski an an das Politbüro der PZPR, 24. November 1966, Warschau, K. 103, S V/16, ADH.
  - 37 Nachdem das Politbüro abgelehnt hatte, den Ausschluss Kolakowskis aus der Partei rückgängig zu machen, gab Julian Strykowski am 21. Januar 1967 seinen Partei- ausweis zurück.
  - 38 Michal Mirski an das Politbüro der PZPR, 24. November 1966, Warschau, Sammlung Artur Starewicz, K. 103, S V/16, ADH.
  - 39 »Zapiski z zebrania POP przy oddziale warszawskim ZLP,« 9. Dezember 1966, Sammlung Artur Starewicz, K. 103, S V/16, ADH.
  - 40 Zur »antizionistischen« Kampagne siehe Dariusz Stola, *Kampania antyżydowska 1967-1968*, Warschau 2000.
  - 41 Grzegorz Smolar an Wladyslaw Gomulka, Warschau, 19. Juli 1969, Sammlung des Zentralkomitees der PZPR, XIa/301 (vorher 3015), AAN. Mein Dank gilt Dariusz Stola, der mir eine Kopie dieses Briefes zur Verfügung stellte. Smolar war der Verfasser zahlreicher Bücher und Memoiren. Auf Englisch siehe Hersh (Grzegorz) Smolar, *Minsk Getto: Soviet-Jewish Partisans against the Nazis*, Washington: US Holocaust Library, 1989.
  - 42 »Odpis«, 16. April 1968, Sammlung Michal Mirski, 330/33, ZIH.
  - 43 Michal Mirski an das Egzekutywy POP PZPR przy Oddziale Warszawskim Związku Literatów Polskich, 1969, Sammlung Michal Mirski, 330/33, ZIH.
  - 44 Mirski an Adolf Berman, Roskilde, 16. September 1970, P-70/63, AABB.
  - 45 »S« (Aleksander Masiewicki) an Adolf Berman, New York, 2. Oktober 1970, P-70/63, AABB.

- 46 Masiewicki an Adolf Berman, New York, 31. Januar 1971, P-70/64, AABB.
- 47 Masiewicki an Adolf Berman, New York, 14. März 1971, P-70/64, AABB.
- 48 Vgl. Aleksander Smolar, »Jews as a Polish Problem«, in: *Daedalus*, Vol. 116, No. 2 (Spring 1987), S. 31-73. Vgl. auch ders., »Tabu und Unschuld«, in: *Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart*, Nr. 2 (1987), S. 40-71.
- 49 Isaiah Berlin, *Letters 1928-1946*, ed. Henry Hardy, Cambridge UP 2004, S. 297.
- 50 Teresa Toranska, *Oni*, Warschau 1990. Deutsch: *Die da oben*, hg. und übersetzt von Martin Pollack, Köln 1987, S. 263
- 51 Teresa Toranska, persönliche Korrespondenz mit der Autorin, Warschau, 7. Juni 2002.
- 52 Vgl. dazu z. B. Abel Kainer (Stanislaw Krajewski), »Zydzi a Komunizm«, in: *Krytyka* Nr. 15 (1983), S. 214-247. Englisch: Stanislaw Krajewski, »Jews and Communism«, in: *From the Polish Underground: Selections from Krytyka 1978-1993*, ed. M. Bernard and H. Szlajfer, Pennsylvania State University 1996, S. 353-394.
- 53 Timothy Garton Ash, *Die Akte »Romeo«*. *Persönliche Geschichte*, München 1997, S. 163f.

Christian Heidrich  
Leszek Kolakowski  
Zwischen Skepsis und Mystik

393 Seiten, geb.

ISBN 3-8015-0280-5

Der Autor unternimmt den Versuch, die scheinbar disparaten Positionen und Denkfiguren des Gesamtwerkes des polnischen Philosophen Leszek Kolakowski als Entwurf einer Religionsphilosophie zu entziffern, deren Leitmotiv der »Dienst an der Würde des Menschen« ist. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Neubestimmung des »Mythos«, der Rekurs auf die christliche Tradition sowie die spezifische Konstellation von »Skepsis« und »Mystik«.

Heidrich zeigt mit seiner umfassenden Studie die innere Entwicklungslogik des Kolakowskischen Werkes von den fünfziger Jahren bis heute sowie die politischen, philosophischen und theologischen Implikationen, die das kontroverse Oeuvre des Philosophen zu geben vermag.

»Heidrich hebt hervor, dass Kolakowski ein Skeptiker mit aller Ungewissheit ist, der in letzter Konsequenz schweigt. Gerade in diesem Schweigen begegnet er dem Mystiker in sich, der aus einer letzten Gewissheit lebt und sich darin dem Unaussprechlichen nähert. Insgesamt entwirft der Verfasser ein faszinierendes Bild von einem Denker, der nach manchen Irrungen und Wirrungen nun seinen Weg zwischen Skepsis und Mystik sucht. Es lohnt sich, ihn mit Hilfe dieser Interpretation ein Stück weit zu begleiten.«

Werner Trutwin, Christ in der Gegenwart

Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt am Main

*Anna Politkowskaja*  
 WAS HABE ICH NIEDERTRÄCHTIGE  
 DENN GETAN?

Das alte russische Wort »Kowjornyj« leitet sich von »kowjor« (Teppich) ab und meint fast dasselbe wie das Wort »Clown«. Der »Kowjornyj« trat auf einem Markt oder öffentlichen Platz auf. Seine Aufgabe war es, das Publikum zu unterhalten. Wenn es ihm nicht gelang, die Zuschauer zum Lachen zu bringen, piffen sie ihn aus, und der Schausteller verjagte ihn.

Fast die ganze gegenwärtige Generation der Journalisten Russlands sind »Kowjornyje« – ein ganzer Zirkus von »Kowjornyje«. Auch ihre Aufgabe ist es, das Publikum zu unterhalten, und wenn sie von etwas Ernstem schreiben, dann nur darüber, wie gut die »Machtvertikale« in allen ihren Erscheinungsformen doch ist. Zur Erinnerung: Präsident Putin hat in den letzten fünf Jahren unentwegt an dieser »Machtvertikale« gebaut. Sie folgt dem Prinzip, dass alle Beamten – von oben bis unten, ja die ganze bürokratische Hierarchie – von ihm persönlich ernannt werden. Oder persönlich von jenen, die er ernannt hat. Die »Machtvertikale« ist ein Zustand des Staates, in dem alle von Spitzenposten entfernt wurden, die anders denken könnten als der oberste Chef. Bei uns heißt ein solcher Zustand – nach der Vorgabe der Administration von Präsident Putin, die faktisch das Land regiert – die »UNSEREN«. Die »Unseren«, das sind diejenigen, die für uns sind. Und wer nicht für uns ist – die »nicht Unseren« –, sind unsere Feinde. Die überwältigende Mehrheit der Massenmedien drückt eigentlich genau diesen Dualismus aus: Wie gut die »Unseren« und wie niederträchtig die Feinde sind. Die Reihen der Feinde bilden in der Regel die, die sich »an den Westen verkauft haben« – liberale Politiker, Menschenrechtsaktivisten, »schlechte« Demokraten (im Gegensatz zum »guten Demokraten« Putin). Die Zeitungen und das Fernsehen bringen in ihren Spitzenmeldungen neue Informationen darüber, wer zu den »nicht Unseren« gehört und welche Gelder er für seine Tätigkeit aus dem Westen erhalten habe.

Die Journalisten und die Massenmedien lieben ihre Schmierenkomödie der »Kowjornyje« von ganzem Herzen: Der Kampf um das Recht, unvoreingenommene Informationen zu verbreiten und ihnen – und nicht der Präsidialadministration – zu dienen, ist Vergangenheit. Nun herrscht in dem Berufsmilieu, zu dem auch ich gehöre, geistige und moralische Stagnation. Man muss dazu sagen, dass sich die Kollegen für diese Stagnation, die aus dem Journalismus wieder eine Propaganda zugunsten der Machthaber gemacht hat, nicht besonders schämen. Sie geben offen zu, dass sie die Informationen über die »nicht Unseren« – samt Anweisungen, worüber man schreiben sollte und worüber nicht – direkt von Mitarbeitern der Präsidialadministration bekommen.

Was geschieht nun mit denen, die sich an dieser Schmierenkomödie nicht beteiligen wollen?

Das sind Parias. Das ist kein Witz und keine Übertreibung. Plötzlich ist da ein Vakuum um dich herum. Beamte schneiden dich in der Öffentlichkeit, ohne allerdings die Gelegenheit zu einem geheimen Treffen zu verschmähen. Wieder einmal werden – wie zu Sowjetzeiten (damals galt das allerdings für Gespräche zwischen Vertretern des sowjetischen Establishments und der ausländischen Presse) – Gespräche im Freien, in Parks oder in geschlossenen Häusern, wohin der Journalist und der Beamte auf unterschiedlichen Wegen gelangen, bevorzugt. Wie bei einem konspirativen Treffen von Geheimagenten. Man vermeidet nach Möglichkeit, Journalisten solcher Zeitungen wie der *Nowaja Gaseta* zu Pressekonferenzen oder Versammlungen einzuladen, bei denen auch Vertreter der Präsidialadministration erwartet werden – natürlich aus Angst vor dem Verdacht, man hege Sympathien für solche Zeitungen.

Das sieht von außen betrachtet vielleicht komisch aus. Aber wir sind sehr bedrückt. Mein letzter Auftrag führte mich im August (2006) in den Nordkaukasus – nach Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan. Wissen Sie, wie ich ein Interview mit einem hochgestellten tschetschenischen Beamten arrangiert habe, den ich über die Fortschritte der vom Leiter des FSB verkündeten Amnestie für (tschetschenische) Kämpfer befragen wollte?

Ich habe ihm eine Adresse in Grosny – ein zerstörtes Privathäuschen am Stadtrand mit einem halb zusammengebrochenen Zaun – auf einen Zettel geschrieben. Diesen habe ich ihm diskret, quasi im Vorbeigehen, übergeben, ohne weitere Worte – wir hatten uns ja bereits in Moskau

verabredet, dass ich zu einem Interview kommen werde. Einen Tag später schickte er einen Mann zu der Adresse, der nur sagte: »Man hat mich gebeten auszurichten: ›Alles in Ordnung‹«. Das hieß, dass der Beamte kommen würde. Genauer, er wird zu Fuß kommen, mit einem Einkaufsnetz in der Hand, als wenn er Brot einkaufen wollte.

Und so geschah es. Die Information dieses Beamten war unschätzbar, sie war sensationell. Sie ließ von den offiziellen Darstellungen der Amnestie nichts übrig. Ich erhielt diese Information in einem zwei mal zwei Meter großen Zimmerchen mit einem winzigen, dicht verhängten Fenster. Das Häuschen war früher eine Scheune. Nachdem es im Krieg zerbombt worden war, machte man daraus einen Raum, der als Küche, Schlafzimmer und Badezimmer diente. Die Besitzer ließen mich nicht ohne Angst herein. Es sind alte Freunde, über deren Unglück – die Entführung des Sohnes – ich in den letzten Jahren geschrieben hatte.

Warum haben wir – der Beamte und ich – uns so verhalten? Sind wir vielleicht Verrückte? Oder unterhält uns dieses exotische Spiel? Nichts dergleichen. Ein offenes Treffen eines oppositionellen Informationssammlers wie ich (oder eines anderen Journalisten der *Nowaja Gasetta*) und eines offiziellen, den »Unseren« angehörenden Beamten wäre für beide lebensgefährlich gewesen.

Derselbe hochrangige Beamte brachte übrigens später in das gleiche Zimmerchen Kämpfer mit, die ihre Waffen niederlegen wollten, ohne sich an der offiziellen Schmierkomödie zu beteiligen. Sie erzählten viele interessante Details. Warum wollte sich niemand der offiziellen (tschetschenischen) Führung ergeben? Weil sich diese Führung nur für das eigene Image, nicht aber für die Schicksale der Menschen interessiert.

Die Formulierung, dass sich »niemand ergeben will«, wird bei den Experten auf Unverständnis stoßen. Wie denn! Hatte man nicht im russischen Fernsehen wochenlang Menschen gezeigt, die erklärten, dass sie »unter die Amnestie fallen wollen«, weil sie »Ramsan Kadyrow (dem pro-russischen Präsidenten Tschetscheniens, A.d.Ü.) glauben«?

Zu einem solchen Medienrummel werden zahlreiche journalistische Schmierkomödianten gebracht (ich werde *nie* eingeladen). Die schreiben alles akkurat auf, filmen, leiten es an ihre Redaktionen weiter, und so entsteht ein Bild der Realität, das ein völlig verzerrtes ist, dafür aber angenehm für das Auge derjenigen, die die »Amnestie verkündet« haben.

An das Leben im Untergrund habe ich mich gewöhnt. All die Jahre des

zweiten Tschetschenienkrieges musste ich im Nordkaukasus so arbeiten. Zunächst versteckte ich mich vor den (russischen) Truppen, traf dann aber Einzelne von ihnen, immer im Geheimen – über Vertrauenspersonen, damit meine Kontakte nicht gesehen und bei hochgestellten Generälen denunziert werden. Später, als Putins Plan der Tschetschenisierung des Landes durchgesetzt wurde (die Vernichtung der aus der Sicht des Kremls »schlechten« Tschetschenen durch die »guten«, Kreml-loyalen), weitete sich diese Arbeitsweise auf Treffen mit »guten« tschetschenischen Beamten aus. Ungefähr das Gleiche geschieht auch in Moskau, in Kabardino-Balkarien, in Inguschetien – der Virus verbreitet sich schnell.

Die Schmierenkomödie kann aber nicht lange dauern – eine Führung, welche die Dienste der »Kowjornyje« in Anspruch nimmt, ist ein wurmstichiger Pilz. Die Säuberung der Medienlandschaft dient der von der Bürokratie organisierten Lüge, die nur einen Zweck hat: das »richtige Bild von Putins Russland« zu vermitteln. Sie führt vor unseren Augen zu Tragödien, mit denen die Führung nicht fertig wird und die jeden Flugzeugträger versenken können, wie robust er äußerlich auch aussieht. Ich meine die jüngsten Ereignisse in Kondopoga (eine kleine Stadt in Karelien, im Norden Russlands, an der Grenze zu Finnland), wo es, vom Wodka angeheizt, antikaukasische Pogrome mit tödlichem Ausgang gab.

Die nationalistischen Umzüge und das »patriotische« Verprügeln von »Anderen« sind Folgen der Lügen der Führung und des Fehlens eines Dialogs zwischen Regierung und Volk. Sie sind Folgen der Tatsache, dass die Regierenden ihre Augen vor dem Umstand verschließen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in schrecklicher Armut lebt, dass sich der reale Lebensstandard außerhalb der Hauptstadt signifikant von den offiziell propagierten Zahlen unterscheidet, dass die Korruption unter Putins »Machtvertikale« zuvor undenkbbare Ausmaße angenommen hat und dass eine angesichts ihrer Armut böse und angesichts ihrer schlechten Schulbildung dumme Generation junger Leute herangewachsen ist.

\*

Mir ist die herrschende Ideologie zutiefst zuwider, die zwischen den »Unseren« und den »nicht Unseren« unterscheidet, zwischen »eigen« und »fremd«. »Unser« Journalist erhält Auszeichnungen und genießt Respekt und wird vielleicht in die Duma eingeladen. Eingeladen – nicht gewählt.

Wir haben keine Parlamentswahlen im üblichen Sinne des Wortes, d.h. mit einem Wahlkampf um jede Stimme, mit der Vorstellung von Programmen, mit öffentlichen Debatten. Bei uns ruft man jene in den Kreml, die bis in die Knochen »Unsere« sind, und »erweist ihnen die Ehre«, sie in die Partei »Einheitliches Russland« aufzunehmen – mit allen daraus resultierenden Vergünstigungen.

Einem »nicht Unseren«, »fremden« Journalisten ist dagegen das Dasein eines Parias garantiert. Ein solches Dasein als Delfin, der an Land geworfen wurde, habe ich nie angestrebt. Ich bin überhaupt keine politische Kämpferin.

Was habe ich Niederträchtige denn getan? Ich habe nur über das geschrieben, was ich mit eigenen Augen gesehen habe. Und nicht mehr. Bewusst schreibe ich nicht über die »Reize« des von mir gewählten Weges: Über die Vergiftung (im Flugzeug nach Beslan, A.d.Ü.). Über die Verhaftungen. Über die Drohungen in Briefen und im Internet. Über die Versprechen, mich zu töten... Ich glaube, das alles sind Kleinigkeiten. Das Wichtigste ist, dass ich meine Arbeit machen kann: Das Leben darstellen, täglich in der Redaktion Besucher empfangen, die sich mit ihrem Kummer an niemanden sonst wenden können, weil sie von den Behörden abgewimmelt wurden; das, was mit ihnen geschah, passt nicht zu den ideologischen Vorstellungen des Kremls. Es gibt kaum mehr einen Ort, an dem die Berichte über ihre Nöte erscheinen können. Nur in unserer Zeitung werden sie regelmäßig veröffentlicht – der *Nowaja Gaset*a.

*Aus dem Russischen von Martin Malek  
und Anna Schor-Tschudnowskaja*

Dieser un abgeschlossene Text gehört zu den letzten, die Anna Politkowskaja geschrieben hat; er wurde nach dem Mord in ihrem Computer gefunden und erschien zuerst in einer Sonderausgabe der *Nowaja Gaset*a im Oktober 2006. Wir danken der Zeitung für die Erlaubnis zum Abdruck. (Anm. der Red.)

*Mainat Abdulajewa*  
DER PREIS DER WAHRHEIT

Seit dem Beginn des zweiten russisch-tschetschenischen Krieges (1999) war Anna Politkowskaja die bedeutendste und bemerkenswerteste Journalistin, die mit einer seltenen Hartnäckigkeit gegen die offizielle Propaganda ankämpfte, die in den letzten Jahren die Medienlandschaft in Russland weitgehend beherrscht. Diese Propaganda soll die blutige Realität eines unmenschlichen Krieges, den die Armee Russlands in Tschetschenien führt, verschweigen, beschönigen und rechtfertigen. Die Informationsblockade, die diesen letzten Kolonialkrieg auf europäischem Territorium bis heute begleitet, schien vielen Journalisten in Russland und im Ausland unüberwindlich zu sein. Vielen – aber nicht allen. Unter den wenigen Einzelkämpfern, die jahrelang einer gleichgültigen Welt die Wahrheit über den Preis des Krieges in Tschetschenien (den der Kreml als »Antiterroroperation« bezeichnet) ins Gesicht schleuderten, war auch Anna Politkowskaja.

Ihre Berichte aus Tschetschenien widerlegten die Jubelmeldungen der offiziellen Medien, wonach der Krieg schon längst beendet sei und in der Republik eine Ära des Wiederaufbaus und Wohlstandes herrsche. Die Protagonisten Politkowskajas waren vom Schicksal zerbrochene Menschen, Opfer von Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, behinderte Kinder, in deren Augen für immer der Schrecken des Erlebten stehen wird, wie auch Soldaten, die sich in eine demoralisierte, im Sumpf eines langjährigen Krieges versinkende Armee einberufen sehen, um in diesem Gemetzel zermahlen zu werden. Sie alle zeugten in erster Linie von den Lügen der Führung Russlands über den Krieg, von den ausgefallenen Folter- und Mordmethoden, mit denen sich die Militärs in Tschetschenien vergnügten, von einer hilflosen Justiz, die sich den Methoden der »Antiterroroperation« nicht nur nicht widersetzt, sondern dem Verbrechen Vorschub leistet, indem sie die Schuldigen von jeder Verantwortung freispricht und stattdessen zufällige Opfer aus der Zivilbevölkerung an ihre Stelle rückt.

Die journalistische Arbeit Anna Politkowskajas widmete sich genau dem, was eine sich zunehmend in Selbstzensur ergehende russländische Presse zu verschweigen versucht – der Niederträchtigkeit des Krieges, der Korruption unter hochrangigen Militärs und ihrer Verachtung für das Leben der Zivilbevölkerung, die sie ja eigentlich verteidigen sollten.

Auf Politkowskajas Arbeitstisch in der Redaktion der *Nowaja Gaseta* türmten sich Stapel von Zetteln mit handschriftlichen Notizen, Blocks mit journalistischen Aufzeichnungen und Fotos, Fotos... Von diesen vergilbten, noch vor dem Krieg entstandenen Aufnahmen schauten Gesichter Verschwundener, in den sogenannten Filtrationslagern zu Tode Gefolterter und während »Säuberungsaktionen« Hingerichteter. Die Verwandten der Opfer bewahrten diese Bilder liebevoll auf – als Zeugnisse davon, dass dieser Mensch einmal gelebt hatte, dass er kein Verbrecher war, dass er lächelte, liebte, ein guter Sohn oder Ehemann war. Manchmal stellte ein solches Bild buchstäblich die einzige verbliebene materielle Erinnerung an das Opfer dar, die wie ein Wunder alle Bombardierungen und »Säuberungen« überstanden hatte. Es war eine große Ehre, dass Menschen diese letzten Bilder zu Anna brachten – eine symbolische und bittere Ehre. Sie misstrauten den russländischen Behörden und einer Justiz, die sich mit leeren, ewig gleichen Phrasen vor lästigen Menschen und ihren Forderungen nach Gerechtigkeit schützen wollte, die sie nicht den Schlaf der Gerechten schlafen ließen und stattdessen immer wieder daran erinnerten, dass irgendwo weit weg, in Tschetschenien, jede Nacht – genau wie in den stalinistischen dreißiger Jahren – Strafkommandos in die Häuser von schlafenden Menschen eindringen und ihre Opfer in die Ungewissheit entführen. Wer hat im riesigen russländischen Reich den verzweifelten Angehörigen dieser Entführten zugehört? Wem waren ihre Schicksale nicht gleichgültig? Wer hat darüber geschrieben?

### *Propaganda und Selbstzensur in Russland*

Die Ermordung Politkowskajas kann man meiner Meinung nach nicht losgelöst von der aktuellen Situation in der Medienlandschaft Russlands betrachten.

Der georgische Philosoph Merab Mamardaschwili nannte Russland einmal das »Land der ewigen Schwangerschaft und schlimmen Wiederholungen«. Nach Michail Gorbatschows Perestrojka waren die Massen-

medien endlich frei geworden, so dass sie die Führung offen kritisieren konnten, ohne dafür in die »Bastille« zu kommen (so die treffende Metapher eines bekannten russländischen Journalisten). Dieses Tauwetter erwies sich freilich als kurz; schon bald setzte die Verfolgung der freien Meinungsäußerung wieder ein. Als Vertreter der Geheimdienste unter der Führung Wladimir Putins an die Macht kamen (1999/2000), initiierten sie eine konsequente Jagd auf Andersdenkende und schalteten die Massenmedien u.a. dadurch gleich, dass sie Fernsehsender und Zeitungen gegen Geld für sich arbeiten ließen oder überhaupt zusperrten. Ein erster Höhepunkt der Politik des Hinausdrängens von prinzipientreuen und mutigen Journalisten war die faktische Übernahme von NTW, einem der besten TV-Senders des Landes, durch den Kreml-treuen Gasmonopolisten Gazprom im Jahr 2001. Dieser Prozess führte letztlich dazu, dass viele, die sich noch vor kurzem als unabhängige Journalisten positioniert hatten, nun den Kreml-treuen Medien dienten und dabei Selbstzensur übten. Das heißt, dass man jene Themen und Probleme beiseiteschob, die die Herrschenden irritieren und unzufrieden machen könnten. Viele Journalisten wechselten auch zu den zahlreichen Pressediensten von Wirtschaftskonglomeraten.

Seit dem Jahr 2000 dominierte in der Medienlandschaft zunehmend Propaganda in der »besten« Tradition der Sowjetzeit. Heute befinden sich längst alle landesweit sendenden TV-Kanäle unter der Kontrolle des Staates. Man sieht kaum noch die Gesichter der aus den neunziger Jahren bekannten und geschätzten Journalisten, sondern »Polittechnolog« und »Propagandisten«, die das öffentliche Bewusstsein geschickt manipulieren. Der Einfluss der Kremlführung beschränkt sich (natürlich) nicht auf das Fernsehen. Die qualitativ besten Tageszeitungen *Kommersant*, *Nesawissimaja Gaseta* oder *Iswestija* gelangten in den Besitz von Kreml-nahen Personen und Interessengruppen. Die Zurückdrängung der Freiheit des Wortes seit dem Amtsantritt Putins wird von Kritik an seinem Vorgänger Boris Jelzin (1991-99) für einen damals angeblich überwiegenden »Negativismus« der Medien begleitet. »Mehr Unterhaltungssendungen, mehr Positives!« – diese von den neuen Chefs der meisten Print- und elektronischen Medien übernommene Parole hat die Freiheit des Wortes faktisch liquidiert. Das ganze Potential der Propagandamaschinerie dient der Ablenkung der Bevölkerung von inneren Problemen und der Suche nach Feinden, die man für alle Fehler der Herrschaft des reinkarnierten KGB (d.h. des Föderalen Sicherheitsdienstes/FSB) verantwortlich machen

kann. Zunächst fungierten die Tschetschenen – und zwar wirklich das ganze Volk und nicht einzelne seiner Vertreter – als ein solcher Feind: Vom Kreml kontrollierte Fernsehsender und Zeitungen stellten es als a priori feindselig und »terroristisch« dar. Über viele Jahre hinweg war es in vielen wichtigen Massenmedien Russlands üblich, bei praktisch jedem Verbrechen, und sei es ein banaler Alltagsstreit irgendwo in der Provinz, vor allem aber im Zusammenhang mit Terroranschlägen und Sabotageaktionen zunächst einmal »die Tschetschenen« zu verdächtigen. Später wurden zunehmend auch die Ukraine oder Georgien als äußere Feinde dargestellt: Der friedliche Machtwechsel in diesen Ländern (2003 bzw. 2004/05) und der damit verbundene Wechsel des außenpolitischen Kurses riefen bei den russländischen Machtinhabern offene Wut hervor. Das sich nach der Meinung der politischen Eliten Russlands »von den Knien erhebende Land«, dessen Präsident den Zerfall der Sowjetunion (wörtlich) für die »größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« hält, spricht mit den Nachbarstaaten zunehmend in der Sprache der energiepolitischen Erpressung und droht, bei unzureichender »Loyalität« zum Kreml den Gashahn zuzudrehen. Allerdings kann vor dem aktuellen Hintergrund eines zunehmenden Chauvinismus im ethnisch russischen Teil der Bevölkerung Russlands jedem Menschen die Rolle eines »Feindes des russischen Volkes« zufallen, dessen Haut- oder Haarfarbe sich von denen der Titularnation unterscheiden.

### *Die Nowaja Gaseta*

In dieser Situation war die *Nowaja Gaseta*, für die Anna Politkowskaja schrieb, eine kleine Insel mit wenigen ehrlichen und unnachgiebigen Journalisten, die ihre Prinzipien nicht gegen Loyalität zu den Herrschenden eintauschen wollten. Kreml-nahe Analytiker und viele Propagandisten in den Medien verachteten das »marginale« Blatt, das sich der neuen Wirklichkeit nicht anpassen wollte. Dennoch versammelte die Zeitung, die zeitweise eine Auflage von 500 000 Stück erreichen konnte (was sehr wenig für Russland ist, wo die Mehrheit der Bevölkerung nur die Boulevardpresse konsumiert und ihr politisches Wissen aus der propagandistischen TV-Nachrichtensendung »Vremja« schöpft) unter ihrem Dach viele bemerkenswerte und bekannte Journalisten, die zahlreiche in- und ausländische Preise bekamen.

Seit dem Jahr 2000 verlor die *Nowaja Gaseta* drei talentierte Journalisten: Igor Domnikow wurde im Treppenhaus seines Wohnhauses aus Gründen ermordet, die offenbar mit seiner beruflichen Tätigkeit zusammenhängen. Der stellvertretende Chefredakteur Jurij Schtschekotschichin, einer der besten russländischen Experten auf dem Gebiet des Enthüllungsjournalismus und Abgeordneter der Staatsduma, starb nach einer Vergiftung durch eine unbekannte Substanz. Und schließlich wurde Anna Politkowskaja, die bemerkenswerteste und konsequenteste Kritikerin der gegenwärtigen Machthaber und ihrer Tschetschenienpolitik, am 7. Oktober 2006 im Treppenhaus ihres Wohnhauses erschossen.

Ihre Kollegen und alle, die ihre Berichte ständig verfolgt hatten, glaubten sofort an ein bestimmtes Motiv: Rache für Tschetschenien betreffende Texte. Als mögliche Organisatoren und Auftraggeber des Mordes nannte man frühere Angehörige der in Tschetschenien stationierten russischen Truppen, gegen die aufgrund von Politkowskajas Recherchen Verfahren eingeleitet worden waren, von Politkowskaja kritisierte korrupte Militärführer sowie Vertreter der vom Kreml eingesetzten Führung Tschetscheniens, über deren brutale Herrschaftsmethoden sie regelmäßig berichtet hatte – zum Teil anhand von unter schwierigsten Bedingungen gesammeltem Foto- und Videomaterial, das Folter und Schikanen dokumentiert, mit denen Verhaftete zu Aussagen gezwungen werden sollten. Doch unabhängig davon, wer den Mord nun wirklich initiiert und verübt hat: Es ist klar, dass die Schüsse, die Politkowskaja niederstreckten, aus dem Tschetschenienkrieg kamen, dessen Schrecken und Zynismus sie wie kein anderer Journalist sieben Jahre lang unermüdlich beleuchtet hatte. Und auch die Tatsache, dass der rituelle Mord gerade am Geburtstag Putins stattfand – jenes Staatsmannes, der den Thron unter dem Vorzeichen eines »kleinen, siegreichen Krieges« in Tschetschenien erklommen hatte, der zu einem Blutbad mit Zehntausenden zivilen Opfern ausartete (die Zahl der gefallenen russländischen Soldaten wird bis heute geheim gehalten) –, verleiht diesem Verbrechen eine zusätzliche Dimension des Zynismus und legt gewisse Schlussfolgerungen nahe.

### *Journalisten in den russisch-tschetschenischen Kriegen*

In den beiden russisch-tschetschenischen Kriegen (1994 bis 1996 und seit 1999) kamen in Tschetschenien mehr als 30 in- und ausländische Jour-

nalisten um. Manche von ihnen wurden im Bombenhagel oder während Artilleriebeschusses in der intensiven Anfangsphase beider Kriege getötet, so z.B. die amerikanische Journalistin Cynthia Elbaum (in Grosny am 22. Dezember 1994) oder der tschetschenische Journalist Ramzan Achmadow. Manche starben durch eine von »nicht festzustellenden Militärangehörigen« abgefeuerte Kugel in den Rücken, so etwa der tschetschenische Journalist Ramzan Chadzhiew oder der bekannte russische Menschenrechtler und Journalist Viktor Popkow. Andere, wie z.B. der für Agence France Presse tätige Alwi Astamirow, wurden durch russländische Streit- oder Sicherheitskräfte entführt und verschwanden für immer. Weitere Journalisten, darunter auch der bekannte Kaukasusexperte Andrej Babizkij und einmal auch Anna Politkowskaja, erlebten und überlebten die Inhaftierung in den Filtrationslagern und die Foltergruben der russländischen Streitkräfte (siehe dazu unten).

Unter der Bedingung einer totalen Zensur der Berichterstattung über den blutigen Konflikt im Nordkaukasus entschieden sich nur wenige Mutige, unvoreingenommen über die Ereignisse zu berichten.

Nach dem ersten russisch-tschetschenischen Krieg gewann unter manchen Journalisten die These Popularität, dass in Wahrheit die Massenmedien den Krieg entschieden hätten: Durch ihre ehrliche und selbstlose Arbeit konnte die Welt die Wahrheit über das Geschehen im Kriegsgebiet erfahren. In gewisser Weise ist diese These nicht unbegründet.

Während des ebenso stümperhaften wie blutigen Sturms der russländischen Armee auf Grosny in der Neujahrsnacht 1994/95 berichteten verschiedene Fernsehstationen live aus der brennenden Stadt. Auf den Straßen Tschetscheniens waren Autos mit der Aufschrift »Presse« allgegenwärtig. Sie berichtete ungeachtet aller Gefahren, Risiken und der offenen Feindseligkeit der russländischen Militärs von den Kampfhandlungen, Protestaktionen und »Säuberungen« tschetschenischer Ortschaften.

Im heutigen Tschetschenien kann man sich dagegen ein Auto mit der Aufschrift »Presse« nicht mehr vorstellen. Es ist auch unmöglich, dass in Tschetschenien – wo laut Behauptung der Führung Russlands der Krieg längst beendet ist – ein Journalist offen etwas filmt oder fotografiert, ohne zuvor garantiert zu haben, die offizielle Lesart zu übernehmen. Darin ist natürlich von einem Genozid keine Rede.

Der erste Krieg im weniger als 17 000 Quadratkilometer großen und von weniger als eine Million Menschen bevölkerten Tschetschenien en-

dete 1996 bekanntlich mit einer schändlichen Niederlage der föderalen Armee. Gleich zu Beginn des zweiten russisch-tschetschenischen Krieges führte Moskau eine Zensur der Darstellung der Vorgänge in Tschetschenien mit dem Ziel ein, den »Fehler« der ersten Militärkampagne nicht noch einmal zu begehen. Die Generäle hatten nämlich die Schuld an der Niederlage von 1996 »feindlich gesinnten Journalisten« zugeschoben und wollten nun die Öffentlichkeit vor wahrheitsgetreuen Informationen »schützen«. Freie Journalisten sahen sich vom Zugang in die Konfliktzone praktisch ausgeschlossen. Um irgendwie dorthin zu gelangen, mussten Mitarbeiter von Massenmedien zahlreiche Prüfungen über sich ergehen lassen, um eine entsprechende Akkreditierung zu bekommen. 1999 gab es noch einige wenige Mutige, die auf eigene Faust in das belagerte Grosny eindringen, in der Republik unterwegs waren und unter kaum vorstellbaren Bedingungen ihre Berichte schrieben bzw. drehten, doch nach dem Zwischenfall mit Andrej Babizkij ging ihre Zahl stark zurück.

*»Das hat er sich selbst eingebrockt«*

Babizkij, Mitarbeiter des Radiosenders *Svoboda*, wurde Anfang des Jahres 2000 an der Stadtgrenze des belagerten Grosny vom russländischen Militär verhaftet. Einige Tage zuvor war es ihm gelungen, dem Fernsehsender NTW einige Videomaterialien zu übermitteln, deren Inhalt die offiziellen Erklärungen, wonach es in Grosny keine Gefechte mehr gäbe, widerlegte. Seine Aufnahmen zeigten Millionen Zuschauern zahlreiche Leichen von Soldaten der russländischen Armee und der Zivilbevölkerung, welche die Straßen der tschetschenischen Hauptstadt bedeckten. Daraufhin fiel wohl die Entscheidung, Babizkij zu »neutralisieren«. Dann versuchte man auf ziemlich unverfrorene und plumpe Weise, sein Verschwinden den tschetschenischen Rebellen in die Schuhe zu schieben. Bemerkenswert war die Reaktion des damaligen (nach dem Rücktritt Boris Jelzins am 31. Dezember 1999) erst provisorischen Präsidenten Putin auf Fragen von Journalisten nach dem Schicksal ihres Kollegen: »Was Babizkij getan hat, war gefährlicher als Geschosse aus Maschinengewehren«. Und der Garant der Verfassung Russlands fuhr fort: »Wer hat ihn darum gebeten, sich dort herumzutreiben? Wir haben ihn nicht dazu gezwungen, das hat er sich selbst eingebrockt. Er arbeitete für die Banditen« (gemeint: die tschetschenischen Rebellen). Das ist lange nicht die ganze Liste an Bemerkungen, zu denen

sich der höchste Amtsträger Russlands mit dem ihm eigenen maliziösen Stil herabließ. Diese Worte klangen auch wie eine Botschaft an alle, die noch Illusionen über die Entwicklungsrichtung der Pressefreiheit in Russland hatten. Viele Journalisten haben diese Botschaft richtig dechiffriert und fuhren nicht mehr nach Tschetschenien.

»In diesem Land bin ich ein Paria«

Aber weder diese Botschaft noch ihre eigene Verhaftung durch Militärs (kurz nach dem »Verschwinden« Babizkijs) und die folgenden Tage in einer Foltergrube einer russländischen Militärbasis in Tschetschenien noch die Vergiftung im September 2004 (als sie nach Beslan fliegen wollte, um bei Verhandlungen mit Terroristen zu helfen, die eine Schule besetzt hielten) konnten Anna Politkowskaja von ihrer Arbeit abhalten. Ihr Foto mit der Unterschrift »Volksfeind« prangte einige Monate lang auf einer chauvinistischen Internetseite; der Begleittext verlangte, sie und weitere bekannte Journalisten und Menschenrechtler (wörtlich) zu »vernichten«. Politkowskaja wusste davon – wie auch von der Gefahr, der sie sich bei ihrer Arbeit in Tschetschenien aussetzte, und dem Damoklesschwert, das über ihrem Kopf hing. Kurz vor ihrer Ermordung gestand sie in einem Interview: »Ich wundere mich selbst, dass man mich noch nicht getötet hat«. Einmal fragte ich Anna Stepanowna in einem privaten Gespräch, ob sie sich wirklich nicht fürchte. Sie lächelte und antwortete: »Du kannst Dir nicht einmal vorstellen, wie sehr«.

Aber Kraft und Mut dieser wunderbaren Frau bestanden gerade darin, dass sie die jedem, der wenigstens einmal mit dem Tschetschenienkrieg in Berührung gekommen war, so verständliche Angst überwinden konnte. Jeder in Tschetschenien kannte diese Angst, denn es ist eine Zone, in der keine Gesetze oder Regeln gelten – außer jenen, die in einem Ghetto üblich sind. Ungeachtet ihrer Angst um sich selbst, aber auch um ihre Familienangehörigen, unternahm sie wieder und wieder – jedes Mal wie zum letzten Mal – Reisen dorthin, wo Hunderte von Menschen auf sie warteten und auf die Kraft ihres Wortes hofften. Immer wieder tauchte sie in einen schrecklichen, dunklen, hoffnungslosen Sumpf aus menschlichen Tragödien und gebrochenen Schicksalen ein. Diese riefen nach ihr auch in Gestalt der Bilder von »Verschwundenen« auf dem Schreibtisch in ihrem kleinen Arbeitszimmer in der Redaktion der *Nowaja Gaseta*, vor dessen

Tür nie kleiner werdende Menschenschlangen standen. Oder man erwartete sie in entlegenen tschetschenischen Dörfern, die gerade von »Säuberungen« heimgesucht worden waren. Und selbst die namenlosen Opfer in tschetschenischen Massengräbern schienen auf sie zu warten.

Politkowskajas Stimme richtete sich gegen den Schwall der offiziellen leeren Worte und begeisterten Berichte über angebliche Erfolge der tschetschenischen Landwirtschaft etc., gegen die Lobgesänge und geschraubten Schmeicheleien der staatlichen Massenmedien an die Adresse der Herrschenden sowie gegen den Verrat, den ihre Journalistenkollegen täglich begingen, gegen deren verächtliches Kichern. Sie hielt der Führung Russlands unermüdlich vor, was sie in Tschetschenien anrichtete.

Am Tag der Beerdigung Politkowskajas sagte Putin, dass »der Mord an dieser Journalistin Russland mehr Schaden zugefügt hat als ihre Publikationen«. Sogar ihr Tod konnte ihn nicht bewegen, ihren Namen auszusprechen – für ihn war Politkowskaja stets nur »diese Journalistin« und »sie«. Er fügte hinzu, dass »ihr Einfluss auf das politische Leben im Land unbedeutend« gewesen sei. Dabei konnte er sich wohl kaum vorstellen, wie haarsträubend die Behauptung eines Staatsoberhauptes war, dass eine weltbekannte und wegen ihrer beruflichen Tätigkeit ermordete Journalistin in ihrem Land unbedeutend gewesen sein soll. Die bitteren Worte Politkowskajas – »In diesem Land bin ich ein Paria. Niemand will die Wahrheit über den Krieg hören« – bestätigen noch einmal ihre erstaunliche Kraft, ihre Einsamkeit und ihren Mut, aber auch die Tragödie dieser früh ergrauten Frau.

\*

Anna Politkowskaja ist, wie erwähnt, nicht die einzige Journalistin, die wegen ihrer Arbeit im Tschetschenienkrieg getötet wurde. Aber bei dieser Hinrichtung an der Schwelle der eigenen Wohnung im Zentrum Moskaus handelte es sich um den ersten Schaumord, der der Journalistengemeinschaft zeigen sollte, dass kein Kritiker des Krieges im Nordkaukasus sicher ist. Und weder die Anerkennung unter Kollegen noch zahlreiche Auszeichnungen und internationale Bekanntheit sind Sicherheitsgarantien. Der Leiter des Fonds zur Verteidigung der Glasnost, Alexej Simonow, schrieb kürzlich: »Da Morde an Journalisten in Russland ungestraft bleiben, entwickeln sie sich zu einer profitablen Problemlösungsstrategie.

Indem sie einen Journalisten töten und nicht dafür bestraft werden, geben die Verbrecher gemeinsam mit der politischen Führung allen Journalisten ein Warnsignal und heften ein Tabuschild an jenes Thema, das der Getötete bearbeitet hat. Der Mord an Anna Politkowskaja hatte einen drastischen Rückgang kritischer Publikationen über die Lage in Tschetschenien zur Folge.«

*Aus dem Russischen von Martin Malek  
und Anna Schor-Tschudnowskaja*

*Marie Mendras*

## ANNA ODER DIE ANPRANGERUNG DER GEWALT

Anna Politkowskajas gesamte Arbeit diene dem Ziel, Machtmissbrauch, Gewalt und Leid an den Pranger zu stellen. Sie konnte nicht zulassen, dass im Russland des 21. Jahrhunderts mittelalterliche Bedingungen herrschen – Gleichgültigkeit gegenüber Leid und Tod, Unterwerfung unter die Willkür des Stärkeren. Dies und nichts anderes war ihre tiefste Motivation: Die Wahrheit auszusprechen über Schändlichkeiten, die in den europäischen Demokratien vor der Haustür Russlands niemals toleriert würden. Die Schrecken vor Augen zu halten, die das Regime vergessen machen will oder – schlimmer noch – als für die Sicherheit des Staates »notwendig« erklärt. Widerstand zu leisten gegen den Zynismus der herrschenden Elite, die ganze Teile der Bevölkerung extremer Gewalt ausliefert – die Inhaftierten in den Gefängnissen, die Bevölkerung in Tschetschenien, die Rekruten in der Armee, die Kranken und Behinderten –, während die Elite selbst in Sicherheit lebt.

Als der Kreml 1999 den Krieg gegen Tschetschenien neu eröffnete, war Anna wie allen anderen klar, dass dieser zweite Feldzug noch brutaler und zerstörerischer sein würde als der erste Krieg von 1994 bis 1996. Sie begriff auch sofort, dass mit den Bombardierungen und dem Machtmissbrauch in Tschetschenien die Totenglocke für Freiheit und Recht in ganz Russland läutete. »Putin sponsert den Bürgerkrieg in seinem eigenen Staat«, er fördere rassistische Ressentiments unter den Russen, vor allem spiele er das Spiel der »Anti-Versöhnung«, indem er eine Situation schafft, in der jede Versöhnung unmöglich wird.<sup>1</sup> Auf diese Weise bilde sich unter den Russen eine »dichte dunkle Energie«, »Hass- und Wutgefühle, die sich tief im Innersten festsetzen«.<sup>2</sup>

Die politischen und militärischen Führer konnten sich nur deshalb ein weiteres Mal blindlings und voller Elan in die Vernichtung des tschetschenischen Volkes stürzen, weil sie sich an keinerlei demokratische Regeln mehr gebunden fühlten: Man spürte keine Verantwortung mehr gegenüber dem Parlament, den Gerichten oder dem Verfassungsgericht, hatte keine Skrupel mehr, die wichtigsten Medien zu Lügen über den Krieg

zu zwingen, es fielen die letzten Grenzen, die der Gewaltanwendung des Staates gegen seine eigenen Bürger bisher gesetzt waren.

Erinnern wir uns daran, dass der internationale Terrorismus der Al Qaida 1999 noch nicht bekannt war. Die Attentate von Mitte September 1999 in Moskau wurden möglicherweise organisiert,<sup>3</sup> um die Bevölkerung in Russlands Städten zu terrorisieren, die Gemüter zu erregen und die Russen wie die gesamte Welt davon zu überzeugen, dass die Tschetschenen die Avantgarde des Terrorismus bilden. Anna sah der Realität ins Gesicht, wie all jene, die sich die Zeit nahmen, eigene Untersuchungen anzustellen, etwa Alexander Litwinienko, der im Oktober 2006 in London mit Polonium vergiftet wurde.

Die weiteren Ereignisse sind bekannt. Putin hatte das Riesenglück, dass Bin Laden am 11. September 2001 die Vereinigten Staaten attackierte. Auf diese Weise bekam er von George W. Bush und der unter Schock stehenden internationalen Gemeinschaft Anerkennung für seinen vorgreifenden Kampf gegen den Terrorismus, konnte einen Krieg, der auf der Stelle trat, neu anheizen und die Tschetschenisierung der militärischen Repressionsmacht um den Kadyrow-Clan herum vorantreiben (Kadyrow junior ist heute Präsident Tschetscheniens).

Welches Ziel da angestrebt wurde, hatte Anna Politkowskaja bereits 1999 vorausgesehen: Sollte Tschetschenien erst einmal von den Russen zerstört und anschließend von kriminellen Tschetschenen unterjocht sein, würde der Krieg aus den offiziellen Seiten der Nationalgeschichte gestrichen werden. Dank Wladimir Putin und Ramsan Kadyrow hätte es sich dann nur mehr um einen »interethnischen Konflikt«, einen »Kampf gegen den Terror« und eine »Normalisierung« gehandelt. *Der Tschetschenienkrieg hat nicht stattgefunden*<sup>4</sup> – das ist das letzte Ziel des Kremls, gegen das die im Widerstand befindlichen Tschetschenen, die Verteidiger der Menschenrechte und die wenigen Kriegsreporter wie Anna seit Jahren ankämpfen. Sainap Gaschajewa, eine enge Freundin Annas, widmet ihr Leben dem Schreiben über den Krieg, wobei sie alle verfügbaren Zeugnisse wie Fotos, Filme, Tonaufnahmen, Briefe oder offizielle Dokumente sammelt. Sie ist die Titelheldin des Films *Coca, die Taube aus Tschetschenien* von Eric Bergkraut.<sup>5</sup> Sie schreibt über diesen Krieg, der sehr wohl stattgefunden hat und der bis heute nicht beendet ist, da er weiterhin Menschenleben fordert, das Alltagsleben mit Grausamkeit durchzieht und die Menschen mit einem erschreckenden Zynismus infiziert.

Anna hatte die Sache Tschetscheniens zu ihrer ureigenen Sache gemacht. Wie, so fragte sie wieder und wieder, könnte ich akzeptieren, dass Russland, »mein Land«, das Territorium einer winzigen Bergrepublik verwüstet und deren Bevölkerung umbringt, und dies ohne irgendeinen anderen Grund oder ein anderes Ziel als pure Zerstörung? Sie hatte sich den Respekt dieses Volkes erworben und konnte es sich erlauben, auch die Verantwortlichen unter den tschetschenischen Unabhängigkeitskämpfern zu kritisieren. Eben weil sie deren Vertrauen besaß, konnte sie im Oktober 2002 einen Vermittlungsversuch starten, um jene mehrere hundert Besucher zu retten, die damals im Moskauer »Nord-Ost«-Theater als Geiseln festgehalten wurden. Doch der Kreml hat die Verhandlungen nicht unterstützt. In *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg* erinnert Anna an dieses dunkle Kapitel der Geschichte.<sup>6</sup> Sie hatte auch versucht, nach Beslan in Nordossetien zu gelangen, als dort am 1. September 2004 in einer Schule 1300 Geiseln genommen wurden. Im Flugzeug hatte sie sich plötzlich schlecht gefühlt, offensichtlich hatte man einen Giftanschlag auf sie verübt.

Anna starb nicht, weil sie den vielfältigen Machtmissbrauch Kadyrows und die Absurdität der russischen Kaukasus-Politik kritisierte, sie starb nicht durch einen russischen Offizier, der sich hätte rächen wollen, weil sie ihn in ihren Artikeln kritisiert hatte. Sie starb, weil sie die Gewalt im alltäglichen Leben und die Banalisierung der extremen Gewalt kritisierte, die von Uniformierten oder von Kriminellen im Dunstkreis der Macht ausgeübt wird, ohne dass die Täter zur Rechenschaft gezogen würden. Sie starb, weil sie nie auch nur eine einzige Lüge der Behörden durchgehen ließ, ohne sie zu zerpfücken. Sie war eines der raren Sandkörner, die das Getriebe der Putinisierung der Sitten störten. Mehrfach hatte sie geschrieben, dass die systematische Politik der geistigen Erniedrigung in Russland der Grund sei, weswegen sie Wladimir Putin bekämpfe.

Die alltägliche Gewalt geht in Russland weit über die banalen Überlebensprobleme der Armen und der Ausgegrenzten hinaus. Sie betrifft die verschiedensten Lebensumstände im Leben jedes Einzelnen, von der Wiege bis zur Bahre; sie erinnert daran, dass ein Menschenleben in Russland nicht den gleichen Wert hat wie bei uns, und dass Leiden Privatsache ist: »Jeder hat sein Kreuz zu tragen«, »einige haben mehr Glück als andere, so ist das eben«.

Was soll man tun, wenn alte Menschen aus ärmlichen Verhältnissen ihren Lebensabend im Elend verbringen müssen? Was, wenn die Geburtskli-

niken weder den Müttern noch den Neugeborenen die bestmögliche Versorgung bieten und die Kindersterblichkeit weit über der in Europa liegt? Was tun, wenn ein nahestehender Mensch einsam stirbt, weil die Seinen nicht zu ihm dürfen, weil der Arzt oder die Behörden dies so entscheiden? Mein Freund Viktor Gwosditskij, ein großer russischer Schauspieler, ist am 20. Mai 2007 einsam in einem Moskauer Krankenhaus gestorben. Seine engste Freundin musste sich als Krankenschwester verkleiden, um ihn besuchen zu können. Warum? Weil das Krankenhaus keine Zeugen für eine postoperative Infektion wollte? Oder aus purer, zur Gewohnheit gewordenen Willkür? Wie kann man dieser Willkür und der Unmenschlichkeit entgentreten, wenn man derart schmerzliche Momente durchlebt?

Und die schrecklichen Initiationsriten für die Armeeerkruten? Jährlich sterben mehrere Hundert dabei oder tragen schwere Behinderungen davon. So sei sie nun einmal, die Armee, hart eben, »da werden Männer gemacht«, heißt es... Und AIDS, das offiziell für eingedämmt erklärt wird, während die Zahl der HIV-Positiven steigt und von der Regierung keinerlei Präventivmaßnahmen ergriffen werden?

An wen soll man sich wenden, um gegen diese derart bedrückende und gleichzeitig so banale Realität Widerstand zu leisten? An die Gerichte? Um Klage einzureichen, muss man in den meisten Fällen vorher zur Miliz. Und wenn Sie den Mut haben, diesen Weg zu gehen, heißt es, fest die Daumen drücken. Wenn Sie absolut entschlossen sind, ein anständiges Urteil zu bekommen, sollten Sie besser gleich den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen. Anna wusste das genau, sie, die Russland von West nach Ost und vom Kaukasus bis in den Hohen Norden bereiste. Bei ihren Reportagen bekam sie nichts als Leid und Ungerechtigkeit geschildert, sowohl im Gespräch als auch per Brief. Sie sammelte einzigartige Zeugnisse, die sich gleichzeitig aber auf schreckliche Weise ähnelten. Sie versuchte zu helfen, einen Brief an die Behörden oder Geld an mittellose Opfer weiterzuleiten, in ihren Artikeln Missstände anzuprangern, damit die Dinge aktenkundig würden. Das Schlimmste für Anna war das Schweigen, die *#omertà*. Es galt, um jeden Preis zu sprechen, zu schreiben, zu erzählen, man durfte nicht zulassen, dass die Verbrechen, Übergriffe und Schändlichkeiten unter dieser russischen Erde begraben werden, die für so heilig gehalten wird und sich doch als so ungastlich erweisen kann.

Anna wusste dabei um die extremen Gefahren, die die Suche nach der Wahrheit mit sich bringt. Einige der Tschetschenen, die mit ihr gespro-

chen hatten, um über barbarische Verbrechen Zeugnis abzulegen, haben mit ihrem Leben dafür bezahlt. Sie haben gesprochen, obwohl sie sich des Risikos voll bewusst waren, denn es war ihnen ein absolutes Bedürfnis, ihre Geschichte weiterzugeben, sich nicht in der Erniedrigung von Opfern einzuschließen, für die sich niemand interessiert. Bei ihren letzten Reisen in den Kaukasus hatte Anna versucht, die Anonymität ihrer Zeugen so weit wie möglich zu wahren.

Am Ende hat auch sie mit ihrem Leben bezahlt. Es war jedoch, wie sie mir immer wieder sagte, ihre freie Entscheidung, ihr Leben zu riskieren, während so viele tschetschenische Zivilisten oder junge russische Soldaten überhaupt nicht die Wahl haben, als Opfer oder als Henker zu sterben.

Warum wird das Leben in Russland derart von Gewalt überschattet? Wie ist das möglich, warum wird das akzeptiert? Gibt es einen Fluch, der auf Russland lastet? Oder tolerieren die Herrschenden die Gewalt und das Leiden womöglich absichtlich? Das sind die Fragen, die Anna Poltkowskaja umgetrieben haben. Grundsatzfragen, auf die sie Antworten zu geben versuchte. Möglicherweise wurde sie gerade dieses Scharfblicks wegen getötet.

Ihr erster Erklärungsversuch: Russland und die Russen haben sich verändert. Die Reformen Gorbatschows und das neue Russland der ersten Jahre unter Jelzin hat es tatsächlich gegeben, obwohl das Putin-Regime das Gegenteil glauben machen möchte. Anna, ihr Mann, ihre Journalistenkollegen und ihre Freunde aus der Kindheit sind allesamt »*vosm-desiatniki*«, das heißt Männer und Frauen, die während der 80er Jahre ins Erwachsenenleben eintraten, in jenem Jahrzehnt, in dem das Staatsschiff namens UdSSR sich vom kommunistischen Anker losriss und dem totalitären Erbe abschwor. Wenn Demokratie und Freiheit von den Herrschenden selbst lächerlich gemacht werden, lässt sich leicht behaupten, dass vor der ab 2000 einsetzenden »Rückkehr zur Ordnung« alles nur Chaos und Zerstörung gewesen sei. Die jungen Leute, die die Freiheit in ihrer Seele trugen und nie von einer Karriere als Parteiapparatschik oder beim KGB geträumt hatten, glaubten an ihren Sieg und daran, die sowjetische Mentalität hinter sich lassen zu können. Sie sprachen gerne vom Eintritt Russlands in »die Zivilisation«, der sich so viele Jahrhunderte verzögert hatte. Für sie fiel die Zivilisation natürlich mit der westeuropäischen Welt in eins, mit einer Welt, in der man es verstanden hat, allem

früheren Hass zu Trotz Frieden zu schließen, nach freier Entfaltung des Individuums zu streben und ihm ein Leben in Wohlstand zu ermöglichen. Sie waren keine Ideologen, sie glaubten schlicht und einfach, dass sich Russland aus den Ketten befreien könnte, in die die herrschende Elite die Bevölkerung gelegt hatte.

Nein, die Unterwerfung ist keineswegs natürlich, dachte Anna. Je mehr die Leute sie akzeptieren, desto stärker ist der Druck, der auf ihnen lastet. Mehr als alles andere prangerte Anna die freiwillige Knechtschaft an. Deshalb ist sie gegen das Putin-Regime zu Felde gezogen. Denn Russland war von niemandem mehr bedroht. Im Gegenteil: Die ausländischen Partner beeilten sich, bei der Beschleunigung des wirtschaftlichen und sozialen Übergangs behilflich zu sein. Heute kennt man die schweren Fehler der guten Samariter aus dem Westen, man weiß, wie widersinnig der Rat oft war, den die ausländischen Experten des Wandels gaben. Man weiß auch, dass die Macht Jelzins in den Jahren nach 1993-94 im Niedergang begriffen war. Dennoch und trotz dieser Irrtümer der 90er Jahre hatte Anna recht, wenn sie daran erinnerte, dass die Russen – ebenso wie die Ukrainer und die Tschetschenen, wie die Polen und die Tschechen – damals die Chance hatten sich weiterzuentwickeln, und dass sie die Vorteile begriffen hatten, die eine politische Regierungsform bietet, welche die Freiheiten respektiert statt auf Gewalt zu setzen.

Dass die Russen unter den materiellen Folgen des Zusammenbruchs – Inflation und Arbeitslosigkeit, zunehmende Desorganisation und Korruption – schwer zu leiden hatten, steht außer Zweifel: 1991-92 blinkten sämtliche Warnlichter rot. Dennoch bedurfte es einer doppelten Führungsschicht – sowohl der Oligarchen als auch der politischen Führer –, um die russischen Bürger der keimende Hoffnung zu berauben, die sie für ein Leben nach der UdSSR hegten. Der Titel eines Films, der unter Gorbatschow gedreht wurde, *So kann man nicht mehr leben*, bringt die damalige Geisteshaltung der Sowjetbürger gut auf den Punkt. Man strebte ernsthaft nach einer besseren Alternative. Diesen Anstrengungen, die ewige Last abzuwerfen, die das Heilige Russland niederdrückt, hat Putin dann den Garaus gemacht. Und eben deshalb hat Anna Politkowskaja das Risiko auf sich genommen, die Kalküle der Regierenden mit lauter Stimme anzuprangern – Regierende, die nicht zögern, die Verletzlichkeit ihrer Mitbürger auszunutzen, welche noch unter dem Schock von 1991 stehen und bisher keine Gelegenheit hatten, zu neuen Ufern aufzubrechen.

Gleichzeitig hat Anna immer wieder die Neigung der Russen beklagt, ihr kollektives Schicksal zu akzeptieren, um ihre persönliche Sicherheit oder ihre bescheidenen Errungenschaften nicht zu gefährden. Offensichtlich ist es der Macht und den Regierenden nie schwer gefallen, die Russen davon zu überzeugen, keine Verantwortung zu übernehmen, auf ihren freien Willen zu verzichten und sich mit einer trügerischen Stabilität zu begnügen. »Dieses ganze System (...) kann nur existieren, wenn das Volk demütig schweigt«, schrieb Anna Politkowskaja in ihrem letzten Werk, dem *Russischen Tagebuch*, das wenige Wochen vor ihrem Tod veröffentlicht wurde.<sup>7</sup> Das Verstummen des Volkes sei das wichtigste Phänomen im politischen Leben des heutigen Russlands.

Die zweite Erklärung, die Anna vorschlug, bezog sich auf die besondere Situation der intellektuellen Elite Russlands: ihr Bedürfnis, zum Establishment zu gehören, ihre Faszination durch die Macht, durch die Politik »von oben«; ihre Angst, an den Rand gedrängt, zu Dissidenten zu werden. Selbst wahre Verteidiger der Demokratie in den 90er Jahren wie Grigori Jawlinski oder Boris Nemzow entschieden sich dafür, ihre Kritik an der Gewalt in Tschetschenien und an der Vorenthaltung demokratischer Rechte – wie zum Beispiel echter Parteienpluralismus und freie Wahlen, die diese Bezeichnung verdienen – zu dämpfen, um vom Kreml nicht geächtet zu werden. Sobald man zu einem Feind des Herrn wird, ist es in Moskau in der Tat schwierig, in der Politik zu überleben. Sich den Strategien des Präsidenten zu widersetzen, ist fast schon eine heroische Haltung, wie die Kämpfe Gary Kasparows, Eduard Limonows oder Wladimir Ryjkows beweisen. Anna erinnerte mich daran, dass ihr Telefon nach Beslan drei Tage lang stumm geblieben war. Nur der amerikanische Botschafter hatte sie angerufen. Für ihre Kollegen und Freunde war sie wider Willen zu einer Paria geworden.

Um in den innersten Zirkeln zu bleiben und nicht verstoßen zu werden, muss man also Kompromisse schließen, und um Kompromisse zu schließen, muss man sich Geschichten erzählen, sich einreden, dass Tschetschenien eine abgeschlossene Sache sei, dass Gewalt in der Armee »auch anderswo dazugehört« und »in einem Land ohne demokratische Tradition« polizeiliche Repression »unvermeidlich« sei und »die Leute Ordnung wollen«, dass die Ermordung einer großen Journalistin »eine Sache der Mafia« sei und sie »schließlich das Risiko gekannt« habe... Ja, solche Bemerkungen bekommt man in Russland zu hören, selbst in ge-

hobenen Kreisen, von Politologen und Soziologen, von Journalisten und Schauspielern, von Beamten und Abgeordneten.

Anna Politkowskaja gelang es meisterhaft, sowohl die Denkweisen der einfachen Bürger Russlands zu analysieren als auch die politischen und finanziellen Kalküle jener Männer zu dechiffrieren, die die staatlichen Strukturen, die Finanzen und die großen Unternehmen kontrollieren. Und sie war unbestechlich. Darauf beruhte ihre ganze Kraft, aber auch ihre äußerste Verletzlichkeit gegenüber dem Machtapparat.

Ihr Blick auf die Russen war von Schmerz geprägt, aber nie fatalistisch. Sie war die Stimme derer, die sich an der Gleichgültigkeit und am Zynismus der Macht stießen und sonst kaum irgendwo Gehör fanden, außer bei einer mutigen Journalistin, die sich der Sache der Freiheiten und dem Recht auf ein Leben in Frieden verschrieben hatte. Sie liebte ihr Land, sie wollte es nicht verlassen, obwohl ihre Nächsten darauf drängten. Da sie sich für die Marginalisierung und die Ächtung durch die postsowjetische Nomenklatura entschieden hatte, war sie isoliert und dadurch umso bedrohter. Selbst der Ruf, den sie im Westen besaß, vermochte sie nicht zu schützen. Im Gegenteil. Seit dem niederträchtigen Attentat hat der Kreml Europa und den Vereinigten Staaten mehrmals eine lange Nase gemacht. Keinerlei Skrupel zu empfinden, ist das nicht das auffälligste Zeichen der Macht?

Es wäre unerträglich, wenn es den russischen Behörden gelänge, die Bevölkerung und das Ausland davon zu überzeugen, dass diese große Freiheitskämpferin einem banalen Verbrechen zum Opfer gefallen sei, in Auftrag gegeben von Tschetschenen oder auf Rache sinnenden Militärs. Sie, die alles gegeben hat, um die Wahrheit ans Licht zu bringen, darf nicht als diejenige im offiziellen Gedächtnis Russlands bleiben, die »es herausgefordert hat« und schließlich von kleinen Provinzganoven zur Strecke gebracht wurde, weil sie in schmutzigen Geschichten herumschnüffelte. Wir alle, Russen wie Ausländer, die wir sowohl Annas Andenken als auch die Entfaltung der Freiheiten und Bürgerrechte in Russland verteidigen, dürfen nicht zulassen, dass ein politisches Verbrechen solchen Ausmaßes unter den Teppich gekehrt wird. Wir dürfen uns nicht auf einen gerechten Prozess gegen diejenigen vertrösten lassen, die den Mordbefehl gegeben haben – dieser Prozess wird nie stattfinden. Aber wir können zumindest hartnäckig wiederholen, dass die Gründe für Annas Ermordung im politischen und juristischen Kontext zu suchen sind, in der herrschenden

Straflosigkeit, die in Russland Auftragskiller zu einem sicheren, preiswerten und risikolosen Werkzeug macht, um sich einer »Staatsfeindin« und bemerkenswerten Persönlichkeit zu entledigen.

*Aus dem Französischen von Markus Sedlaczek*

#### Anmerkungen

- 1 Anna Politkovskaja, *Tchéchénie, le déshonneur russe*, ins Französische übersetzt von Galia Ackerman, Paris 2003, S. 153f. (daraus deutsch ein Auszug: »Operation Schatoi«, aus dem Französischen übersetzt von Ulrich Kunzmann, in *Lettre Internationale*, Nr. 62, Berlin 2003, S. 28-34; vgl. auch A.P., *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg*, aus dem Russischen übersetzt von Hannelore Umbreit und Ulrike Zemme, Köln 2003).
- 2 Ebd., S. 184.
- 3 Vgl. zu den Anschlägen auf Wohnhäuser in Moskau und anderen russischen Städten vom September 1999 *Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien*, hg. von Florian Hassel, Frankfurt/Main 2003, S. 54ff. (A.d.Ü.)
- 4 Anspielung auf das 1935 uraufgeführte Theaterstück *La guerre de Troie n'aura pas lieu* (deutsch »Der Trojanische Krieg findet nicht statt«, auch »Kein Krieg in Troja«) des französischen Schriftstellers Jean Giraudoux. (A.d.Ü.)
- 5 *Coca – Die Taube aus Tschetschenien*, Buch und Regie Eric Bergkraut, Dokumentarfilm, Schweiz 2005, 86 Min. (als DVD erhältlich; A.d.Ü.)
- 6 Vgl. Anna Politkovskaja, *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg*, a.a.O., S. 302ff.: »Leben nach »Nord-Ost««. (A.d.Ü.).
- 7 Anna Politkovskaja, *Russisches Tagebuch*, aus dem Russischen übersetzt von Hannelore Umbreit und Alfred Frank, Köln 2007, S. 167.

*Jean-François Bouthors*  
VOM SINN, DEN ANNAS LEBEN HATTE

»Es gibt Wecker, deren Klingeln wie ein Gemetzel klingt«, schrieb ein Dichter. Am Samstag, den 7. Oktober 2006, war es nicht das Klingeln eines Weckers, sondern eines Telefons. Galia Ackerman, die Übersetzerin von *Tchéchénie, le déshonneur russe*<sup>1</sup>, rief mich an. Sie hatte soeben aus Moskau die Nachricht von der Ermordung Anna Politkowskajas erhalten.

Dieses Verbrechen ist nicht nur ein Mord, der schon lange als Drohung über ihr schwebte. Es ist vielmehr die Bestätigung dafür, dass die Hybris, die Russland ergriffen hat, als es in den Tschetschenien-Krieg zog, keine Grenzen mehr kennt.

Mit dem Mord an Anna wurde nicht nur eine integre und mutige Journalistin »liquidiert«, was an sich schon unerträglich ist. Es handelt sich darüber hinaus um den Versuch, Russland, ganz Russland Grabesstille aufzuzwingen.

Ich wurde gefragt, ob ich der Ansicht sei, dass Putin selbst den Befehl gegeben habe, Anna zu beseitigen. Wie kann ich das wissen? Es ist keineswegs absurd, davon auszugehen, dass alles, was Anna Politkowskaja tat, unter permanenter Beobachtung der Geheimdienste stand. Es stand völlig in deren Macht, jegliche Bedrohung von ihr abzuwenden. Man hätte ihr nicht ein Haar krümmen können, wenn die, die sie auf Schritt und Tritt verfolgen ließen, dies nicht zugelassen hätten. Es genügte, schlicht und einfach die Beobachtung zu lockern, um anderen die Gelegenheit zu geben, Rache zu üben oder Putin an seinem Geburtstag dieses schreckliche Geschenk zu machen.

Der Tod ereilte die Journalistin kurz nach Erscheinen ihres jüngsten Buches mit dem Titel *Russisches Tagebuch*<sup>2</sup>, das in gewisser Weise die Kulisse ihrer Ermordung schildert. Er ereilte sie in einer außergewöhnlichen Situation. Das russische Regime war in mehrere Kraftproben verwickelt. Zuallererst in Georgien, und zwar mit äußerst beunruhigenden Metho-

den. Was will Moskau dort? Einen weiteren Konflikt vom Zaun brechen, während die russische Präsidentenwahl ins Haus steht und damit die Nachfolge Putins oder – der Verfassung zum Trotz – seine eigene dritte Kandidatur? Man hat ja gesehen, welche Rolle er bei der Entfesselung des zweiten Tschetschenien-Kriegs im Jahre 2000 spielte... Oder soll, indem man auf Georgien einschlägt, schon die leiseste Anwendung einer »Orangen Revolution« in Russland im Keim erstickt werden? Oder möchte man in einer Region, die für den Transit von Öl und Gas von entscheidender Bedeutung ist, die Oberherrschaft wiedergewinnen?

Öl und Gas bilden die zweite Front, die Moskau eröffnete, wir sahen es im Zusammenhang mit den Untersuchungen gegen ausländische Ölkonzerne, die in die Wege geleitet wurden, um in der Vergangenheit unterzeichnete Verträge rückgängig zu machen... Auch in diesem Fall schreckt man vor Mord nicht zurück. Der Kreml weiß nämlich, dass er noch einige Jahre lang über eine mächtige Waffe namens Energie verfügt, dass diese Zeit jedoch bemessen ist... Daher muss man heute den ganzen Profit einstreichen, damit das auf diese Weise freigesetzte russische Kapital schnell in die strategisch entscheidenden Sektoren der Weltwirtschaft investiert werden kann, wie beim Einstieg in das Kapital von EADS zu beobachten war. Moskau wird in Europa wohl genau dasselbe tun, was China in aller Stille in den Vereinigten Staaten praktiziert hat.

Mit der herannahenden russischen Präsidentenwahl werden die Einsätze und die Spannungen innerhalb der »Machtpartei« zweifellos weiter steigen. Vergessen wir nicht, dass Putin, nachdem er an die Macht gelangt war, erst einmal unter den Oligarchen aufgeräumt hat, die unter der Protektion von Boris Jelzin groß geworden waren. Man kann darauf gespannt sein, welche Rechnungen wohl diesmal vor und nach der Wahl beglichen werden: Der Kuchen, den es aufzuteilen gilt, ist zu wichtig, um Sentimentalitäten nachzugeben... In einem derartigen Kontext sind unabhängige Geister, die den involvierten Interessen in die Quere kommen könnten, unerwünscht.

Anna war definitiv unerwünscht, weil sie nicht nachließ, die schrecklichen Folgen der Begehrlichkeiten der Mächtigen anzuprangern. Seit dem zweiten Tschetschenien-Krieg wiederholte sie unablässig, dass dieser Krieg ihr Land wie ein Krebsgeschwür überziehe, das überall Metastasen bildet. Dass sich in ganz Russland nach und nach eine Gewalt breitmache, für die der Krieg gleichsam das Test- oder Übungsgelände darstellt. War-

lam Schalamow<sup>3</sup> hatte den Gulag seinerzeit ähnlich beschrieben: Er sah in ihm eine Schule des Verbrechens, die ein großer Teil der Bevölkerung durchlief. Auf diese Weise griff die Entmenschlichung um sich, die »Fähigkeit«, einen Mann, eine Frau, ein Kind oder einen Greis nicht mehr als Person anzusehen, sondern als Ungeziefer, das man zerdrückt, wenn man Lust dazu hat, wenn das Eigeninteresse es befiehlt.

Genau dies hat Anna empört, wie sie auch die allgemeine Korruption anekelte, die die einfachen Menschen systematisch zu Verlierern stempelt, oder wie das beinahe völlige Versagen der Justiz sie in Rage brachte.

Es bedurfte nicht unbedingt eines Befehls aus dem Kreml, um Anna sterben zu lassen, es reichte, dass Putin und die Kaste der KGB-Erben, die erneut die Kontrolle über das Land übernommen hat, das Geschwür weiter wachsen ließen. Anna ist nicht nur das Opfer eines Anführers, sondern eines ganzen Machtsystems, das Gewalt, Geld und Zynismus in einem Maße kombiniert, das die raffinierteste sizilianische Mafia vor Neid erblassen ließe, und das seine Netze von der Spitze des Staates bis in die hinterste Provinz gesponnen hat. Die große Erfindung des postkommunistischen Russlands besteht darin, dass in Zeiten von Internet und Mobiltelefon das Gesetz des Dschungels zurückkehrt, dass Marshal McLuhans *Global Village* im Zeitalter von Google und Co. in Barbarei versinkt.

Wenn Anna über Russland schrieb, so war ihr Blick stets auch auf den Westen gerichtet. Dessen Passivität gegenüber Tschetschenien beunruhigte sie. Sie versuchte uns klarzumachen, dass sich das Übel bis zu uns ausbreiten würde, wenn wir nicht wachsam sind, und zwar umso leichter, als es in unseren Ländern, die noch durch eine dünne zivilisatorische Schicht geschützt sind – aber für wie lange? –, bereits bemerkbar macht, wenn auch noch marginal...

Anna sah genau, dass die Gier der Mächtigen in Russland gar nicht der Rückkehr zu einer totalitären Gesellschaft bedurfte. Es war nicht nötig, Breschnew oder gar Stalin noch einmal zu erfinden. Indem man die Kommunikation kontrolliert, Finanzkreisläufe blockiert oder Ventile öffnet und den Bürgern das Reisen erlaubt (soweit ihre Mittel es denn zulassen), indem man das Volk mit der globalen Fernseh-Subkultur mäset, mit all der nötigen Würze – Vulgarität, Sex, Gewalt –, kann man ein Land im Zaum halten, vor allem dann, wenn man weder Skrupel kennt noch die Mühe auf sich nimmt, Vorbereitungen für die Zukunft zu treffen.

Wenn man genauer nachdenkt, ist der Unterschied zwischen Ost und

West vielleicht gar nicht mehr so groß: Es ist eine Frage der Intensität, und keine Frage der Ideologie mehr.

Anna erkannte den Preis für diese Rückkehr zu einer Weltsicht à la Hobbes, in der das ganze Leben unter dem Zeichen der Konfrontation steht und die Kämpfe an der Spitze in Kriegen und Säuberungen an der Basis und der Peripherie entschieden werden. Die Schwachen werden zertreten, Ressourcen verschwendet, die Umwelt wird verwüstet, es fehlt jegliche Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen, und so fort...

Wenn Anna protestierte, dann deshalb, weil sie glaubte, dass diese schreckliche Entwicklung keine schicksalhafte Notwendigkeit ist. Dank ihres Vaters, eines sowjetischen Diplomaten, hatte sie Zugang zu verbotener Literatur gehabt, sie hatte die Dissidenten gelesen, die großen Autoren: Zwetajewa, Mandelstam, Bulgakow, Solschenizyn... Sie war durchdrungen von einer Kultur des Humanismus und der Geistigkeit, einer Kultur, die ihr – nach dem Vorbild eines Tschchow – eine besondere Aufmerksamkeit für alles Menschliche verlieh. Sie hörte zu, sie beobachtete... Ihre Reportagen legen überreich davon Zeugnis ab: Anna war keine Prinzipienreiterin, sie ließ sich von den Personen berühren, von ihrem jeweiligen Wesen, das sie in seiner Komplexität annahm. Sie wurde von einem sicheren Instinkt geleitet, der sie spüren ließ, dass tief im Inneren jener Männer und Frauen, denen sie begegnete – einige Unverbesserliche ausgenommen –, das Potential für ein anderes Leben schlummerte, dessen Wohltaten alle genießen könnten, wenn man dieses Leben sich nur entfalten ließe. Das ist alles, was sie wollte: dass man dem Leben seine Chance läßt, dass man es nicht zertritt, dass man es nicht der Gier nach Profit oder brutaler Lust unterwirft.

Seit Anna Tschetschenien in all seiner Verlassenheit sah, hat sie ihre gesamte Existenz dieser Sehnsucht nach einem anderen Leben gewidmet, einem Leben, das nicht von allgegenwärtiger Gewalt und Lüge beherrscht ist. Ich verwende das Wort »Sehnsucht« mit Absicht. Das war kein Traum, sondern ein inneres Gebot, das tief in ihr verwurzelt war. Das war kein Ideal, sondern die innere Gewissheit, dass dieses Leben nicht nur möglich, sondern bereits Wirklichkeit ist, wenn auch meistens im Verborgenen, beinahe unmerklich.

Diese Überzeugungen waren derart tief in ihr verwurzelt, dass es gar nicht in Frage kam, sich einem Druck zu beugen. Bisweilen konnte es geschehen, dass Anna von Angst gepackt wurde, an der Einsamkeit ver-

zweifelte oder voller Bitterkeit war, doch all dies vermochte sie nicht von dem abzubringen, was tief in ihrem Inneren wohnte. Ich denke da an einen Satz aus dem achten Kapitel des Briefs von Paulus an die Römer: »Was kann uns scheiden von der Liebe Christi? Bedrängnis oder Not oder Verfolgung, Hunger oder Kälte, Gefahr oder Schwert? (...) Doch all das überwinden wir durch den, der uns geliebt hat.«<sup>4</sup> Es soll hier keineswegs darum gehen, Anna für das Christentum zu vereinnahmen. Sie bezeichnete sich als nicht-gläubig und wollte sich gewiss nicht in jenem Bild der Religion wiedererkennen, das gewisse Hierarchen des Moskauer Patriarchats verkörpern. Ich möchte nur festhalten, dass es da bezüglich der inneren Erfahrung eine gewisse Ähnlichkeit gibt, und sagen, dass Annas Tod siegreich war, da nichts sie dazu bringen konnte, auf das zu verzichten, was sie als ihr wahrstes Wesen betrachtete.

Niemand, nicht einmal Putin, konnte ihr das Leben nehmen. Ihr Leben war nicht zu nehmen, es wurde hingegeben.

Dies ist die letzte Lehre, die sie uns erteilt. Unsere Zeit ist eine Zeit der Apokalypse: Die Gewalt nimmt zu und wird weiter zunehmen. Es kommt wenig darauf an, welches Gesicht sie dabei zeigt: Islamismus, Mafia, Terrorismus, Antiterrorkampf, und so fort... Eine apokalyptische Zeit: Keine Zeit des Weltenendes, sondern eine Zeit der Offenbarung. Es ist Aufgabe jedes Einzelnen, seine Bestimmung zu finden, zu bekunden, was er oder sie in ihrem Innersten birgt. Ob man für den Menschen ist oder nicht. Und dies muss sich gegenüber dem Kleinsten, dem Schwächsten bewahrheiten. Es ist keine Zeit mehr für Halbheiten, für Kompromisse. Anna sagt uns, dass ein Leben, das nicht hingegeben wird, damit der Niedrigste leben kann, heute ein verlorenes Leben ist, ein Leben, das der Gewalt, der Ausbeutung und der Erniedrigung das Feld überlässt. Sie sagt uns, dass die Antwort darauf nicht in der Gewalt besteht, sondern darin, die Komplizenschaft zu verweigern, nach der Wahrheit zu suchen, für Gerechtigkeit zu sorgen und den Anderen an- und aufzunehmen. Und dass wir unsere zögernde Unentschlossenheit ablegen müssen. Dass man dazu kein Übermensch sein muss, sondern dass es genügt, wenn jeder nach seinem Maß jener tiefsten inneren Sehnsucht die Treue hält, die der Wunsch nach einem in Fülle geteilten Leben darstellt.

All dies vermag ein Mord nicht auszulöschen, sei er nun vom obersten Kremelherrn in Auftrag gegeben oder nicht. Im Gegenteil: Annas Tod legt letzten Endes die wahre Natur der Putinschen Ordnung bloß. Nur Blinde

sehen das nicht – solche aber gibt es bei uns selbst auf höchster staatlicher Ebene.

*Aus dem Französischen von Markus Sedlaczek*

#### Anmerkungen

- 1 Anna Politkovskaja, *Tchéchénie, le déshonneur russe*, ins Französische übersetzt von Galia Ackerman, Paris 2003 (daraus deutsch ein Auszug: »Operation Schatoi«, übersetzt von Ulrich Kunzmann, in *Lettre International*, Nr. 62, Berlin 2003, S. 28-34; vgl. auch A.P., *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg*, übersetzt von Hannelore Umbreit und Ulrike Zemme, Köln 2003).
- 2 Anna Politkovskaja, *Rossiskije chroniki* (russ. Originalmanuskript), deutsch: *Russisches Tagebuch*, übersetzt von Hannelore Umbreit und Alfred Frank, Köln 2007.
- 3 Siehe z. B. Warlam Schalamow, *Geschichten aus Kolyma*, übersetzt von Annelore Nitschke, Frankfurt/Main 1983; *Schocktherapie. Kolyma-Geschichten*, übersetzt von Thomas Reschke, Berlin 1990. (A.d.Ü.)
- 4 Röm 8, 35-37.

*Anna Schor-Tschudnowskaja*  
 ANNA POLITKOWSKAJA: BERICHTERSTATTUNG  
 ÜBER DAS UNFASSBARE BÖSE

Eine Frage des Stils

*Da Du so viele Leute  
 in ihrem empfindlichen Nervenpunkt,  
 weil in einer Lüge ihres Daseins,  
 getroffen hast, hassen sie Dich.*  
 (Karl Jaspers an Hannah Arendt am 25. Juli 1963)

I

»Rosita wurde bei Morgengrauen in ihrem Haus verhaftet, als alle noch schliefen. So überraschend, dass sie nicht einmal mehr ein paar Sachen einpacken konnte. Dann wurde sie in eine Grube auf dem Lagergelände außerhalb von Chottuni<sup>1</sup> geworfen. Dort sind Truppen des 45. Luftlanderegiments, des 119. Fallschirmjägerregiments, ferner Einheiten des Innenministeriums, des Justizministeriums und des Geheimdienstes FSB stationiert. Sie betreiben ein regelrechtes Konzentrationslager mit kommerziellem Einschlag.

– Hat man dich gestoßen? Getreten?

– Ja, das ist das Übliche.

Rosita verbrachte zwölf Tage in der Grube. Der Soldat, der sie bewachte, hatte eines Nachts Mitleid und warf ihr ein Stück Teppich hinab.

– Ich habe mich darauf gelegt. Der Soldat war also doch ein Mensch.

Die Grube war flach, einen Meter zwanzig tief, und so angelegt, dass ihre Insassin zwar der kalten Winterluft ausgesetzt, aber durch Baumstämme am Aufstehen gehindert war. So verbrachte sie zwölf Tage sitzend oder kauern auf ihrem Teppichrest. (...)

Offiziere, die ihre Söhne hätten sein können, stellten sich ihr als Mitarbeiter des FSB vor. Sie zogen ihr ›Kinderhandschuhe‹ an: Sie legten ihr

ein Stromkabel um die Finger beider Hände. Die Drähte liefen über ihren Nacken.

– Ja, ich habe fürchterlich geschrieen, sagt sie. – Es tat sehr weh, wenn sie den Strom anstellten. Aber sonst habe ich nie geschrieen. Ich hatte Angst, sie zu provozieren. Die Leute vom FSB sagten: ›Du tanzt zu schlecht. Lass’ uns noch ein paar Volt aufdrehen.‹ Sie drehten auf, und Rosita schrie immer lauter.

– Warum haben sie dich gefoltert? Wusstest du, warum?

– Nein. Sie haben mich auch nichts Genaueres gefragt. (...)

Dann ist da der Bericht von Issa aus Selmentausen.<sup>2</sup> Er wurde Anfang Februar in das Lager gebracht. Sie drückten Zigaretten auf seinem Körper aus, rissen seine Fingernägel heraus und schlugen ihm mit wassergefüllten Cola-Flaschen auf die Nieren. Dann warfen sie ihn in eine Grube, die ›Badewanne‹ genannt wird. Sie war voll mit eiskaltem Wasser. Issa überlebte – das war nicht allen beschieden.

Issa teilte sich die Grube mit fünf anderen Männern. Die Unteroffiziere, die sie verhörten, sagten ihnen, sie hätten hübsche Hintern und vergewaltigten sie. Zur Erklärung meinten sie: ›Eure Weiber wollten es nicht mit uns machen.‹

Diese Tschetschenen sagen nun, sie werden den Rest ihres Lebens damit verbringen, sich für die ›hübschen Hintern‹ zu rächen.

– Besser, sie hätten uns erschossen.

Issa hat sich von dem Schock nie ganz erholt. Wie Rosita wurde er gegen Lösegeld freigelassen, das von seinem ganzen Dorf gezahlt wurde.<sup>3</sup>

Anna Politkowskaja wurde einmal als »Stimme der Nerven« bezeichnet, die sehr hart klingt, wenn das Nervengewebe nackt und mit keinen Häuten und Schutzschichten umhüllt ist. Diesen Begriff gebrauchte Georgi Derluguian, Soziologe an der Northwestern University in Chicago. Er versuchte, das Phänomen der »Autorin Politkowskaja« und ihre Art des Schreibens wissenschaftlich zu erfassen, und gab zu, dass es ihm sehr schwer falle; er beließ es bei dem oben erwähnten Begriff.<sup>4</sup>

Glaubt man der überwiegenden Zahl der Äußerungen über Politkowskajas Texte, war es ihr spezifischer Stil, der die breite Ablehnung ihrer Person und ihrer Arbeit provozierte. In der Tat galten ihre Texte im russischsprachigen Publikum als übermäßig emotional. Und ohne Zweifel schrieb sie getrieben von Schrecken und Ekel vor so viel gemeiner Un-

menschlichkeit. Doch bei näherer Betrachtung stellt sich meist heraus, dass man Politkowskajas persönlichen Empfindungen und Gefühlen – dem »Nervengewebe« – in ihren Texten fast nie begegnet. Ihre Worte klingen wie eine Anklage; sie nannte die Taten wie die Täter beim Namen, akribisch genau, nüchtern, konkret, wie in einem Gerichtssaal – und doch versuchte sie nicht, ihr Mitleid mit den Opfern zu verbergen.

## II

Anna Politkowskaja hat erstaunlich viel gearbeitet. In den letzten sechs Jahren ihres Lebens schrieb sie für ihre *Nowaja Gaset*a mehr als 500 Artikel. Darüber hinaus erschienen einige Bücher, sie hielt (vorwiegend im Ausland) Vorträge und reiste Dutzende Male in den Nordkaukasus (vor allem natürlich nach Tschetschenien – und selbst in entlegene Dörfer des bergigen Südens). Obwohl in Moskau wohnhaft, lebte sie in einem engen Verhältnis mit dem Krieg in Tschetschenien und wusste über ihn wie wohl nur wenige andere Bescheid. Sie recherchierte bei Menschenrechtsverletzungen und erreichte in mindestens 50 Fällen eine Einleitung von Verfahren. Sie wurde mit Drohungen konfrontiert, entging Verfolgungen, Verhaftungen und Attentaten, bevor sie am 7. Oktober 2006 in Moskau erschossen wurde.

Sie begab sich in ihrer Arbeit in eine Zone der Grausamkeit, ja des unerträglichen und auch unfassbaren Bösen, wohin ihr viele Leser in Russland nicht folgen wollten. Sie befasste sich ständig mit Folterspuren an Körpern, Vergewaltigungen, Verschleppungen und Erschießungen von Menschen aller Altersstufen und beider Geschlechter, Leichen und dem Handel mit ihnen, »kommerziell betriebenen Konzentrationslagern« (Politkowskaja), Massengräbern und »Stücken menschlichen Fleisches«, die einmal Bewohner eines tschetschenischen Dorfes waren und eine so genannte »Säuberungsaktion« russländischer Truppen nicht überleben durften.<sup>5</sup> Mit diesem Wissen kehrte sie immer wieder nach Moskau zurück, die boomende und in den Luxus verliebte Hauptstadt. In einem Dokumentarfilm sagte sie: »Seit langem schon rede ich mit niemandem darüber, was ich tue, weder mit Freunden noch mit Verwandten.«<sup>6</sup> Während der Krieg in Tschetschenien von Jahr zu Jahr weiter ging und unzählige Opfer forderte, rief die Arbeit von Anna Politkowskaja verschiedene ablehnende Reaktionen – Unverständnis, Empörung, spöttische Verachtung und Wut – hervor.

Ihre Berichte missfielen nicht nur den Machthabern und ihren Unterstützern, sondern mitunter auch Journalistenkollegen und Mitarbeitern verschiedener Menschenrechtsorganisationen. Die häufigste, auf persönlicher Ebene angesiedelte Begründung lautete: Ihre Texte seien zu hart, zu emotional und daher schwer zu lesen und nachzuvollziehen. Die dokumentierten Schicksale, die aufgezeichneten Erfahrungen von Zeugen des Krieges, die Realität des Lebens und noch mehr des Sterbens in Tschetschenien seien schwer zu ertragen. Diese regelmäßig vorgebrachten Argumente klangen wie eine Klage und Bitte um Schonung zugleich. Viele politische Beobachter und Experten welcher Fachrichtung auch immer, die meist nie in Tschetschenien waren und sich auch nicht wirklich fragten, was dort genau passiert, warfen Politkowskaja dagegen vor, ein einseitiges und pessimistisches Bild zu zeichnen. Aber auch diese Reaktion zeugt nur von einem Bewusstsein, das sich vor bestimmten Bildern und Informationen zu schützen versucht. In ihren Artikeln schrieb Anna Politkowskaja gegen das hartnäckige Wegsehen und Nichtwissenwollen an.

Es ist eine Ironie der Geschichte und folgerichtig zugleich, dass einige der zahlreichen Kritiker aus ihren überwiegend negativen Gefühlen gegenüber den Texten Politkowskajas auch und gerade nach ihrer Ermordung kein Hehl machten. So meinte etwa der Chefredakteur der in Russland gut bekannten und renommierten Literaturzeitschrift *Znamja*, Sergej Tschuprinin, in einem Interview: »Ich kannte Anna Politkowskaja nicht persönlich. Aber ich hörte natürlich von ihr: Sie war doch eine bemerkenswerte Persönlichkeit. Das Wichtigste aber ist, ich habe sie gelesen. Einverstanden mit ihr war ich bei weitem nicht immer. Ich habe innerlich mit ihr gestritten, ich war böse und irritiert.«<sup>7</sup> Jewgenij Jasin, wissenschaftlicher Leiter der Hochschule für Ökonomie (Moskau) und eine bekannte Persönlichkeit des wissenschaftlichen und öffentlichen Lebens Russlands, gab ebenfalls zu: »Nicht selten waren wir unzufrieden mit ihr. Wie kann man nur so hart schreiben, wieso hat sie nicht sanfter formuliert.«<sup>8</sup> Die Verwendung des Pronomens »wir« deutet darauf hin, dass Jasins Einstellung in seiner Umgebung geteilt wurde.

Erstaunlich an diesen und vielen anderen ähnlichen Passagen ist, dass die Aufregung über die Autorin die Inhalte ihrer Texte konsequent auspart. Hätten die Berichte Politkowskajas von einem – historisch oder geografisch gesehen – weit entfernten Krieg gehandelt, wäre die Unlust verständlich, gekonnt geschriebene Darstellungen von Verbrechen

und Grausamkeiten zu lesen, die nicht selten die Vorstellungskraft von Menschen sprengen, die in Frieden und (relativer) Sicherheit leben. Doch Politkowskaja schrieb von einem sich über Jahre hinziehenden und bis heute aktuellen Krieg auf russländischem Territorium und von Gewalttaten, die Staatsangehörige Russlands aneinander verüben. Ihre Leser waren Zeitgenossen und Landsleute dieser Opfer und Täter, sie teilten mit ihnen denselben Staat, dieselbe Verfassung und dieselbe politische Führung. Der bekannte Sankt Petersburger Literaturkritiker Samuil Lurje stellte in seinem Artikel »Am neunten Tag« (gemeint: nach der Ermordung Politkowskajas) für die Mehrheit der Bevölkerung mit Bitterkeit fest: »Wir haben, geben wir es ruhig zu, so gelebt, als gäbe es Politkowskaja nicht oder als wäre das, was sie schreibt, reine Fantasie«. <sup>9</sup>

Für eine begabte Journalistin ist dies die höchste Form der Ablehnung und Verachtung. Für die Bürger Russlands ist es ein Alarmsignal. Viel zu wenige empörten sich über die realen Vorgänge, die ihren Veröffentlichungen zugrunde lagen, doch ohne Zweifel lag der Grund der Ablehnung gerade in dem, *worüber* sie schrieb. Offenkundig spielte dabei auch eine Rolle, *wie* sie es tat. Es war dieses Wie, das – in Verbindung mit dem Krieg in Tschetschenien – die starken negativen Reaktionen hervorrief. Die Vorwürfe verblüffen durch einen sich erstaunlich systematisch wiederholenden Gegensatz: Man wirft ihr – auch heute noch – eine »radikale«, »herbe« und »harte« Art zu schreiben vor und tadelt zugleich eine »zu starke Emotionalität« ihrer Ausdrucksweise. Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man beide Vorwürfe zusammenfasst: dann ergibt sich ein »Zuviel«, das die Leser leicht überfordert. So wird ersichtlich, dass sich in den meisten sich scheinbar auf den Stil beziehenden Vorwürfen eine anders motivierte, geradezu klassische Abwehrhaltung manifestiert: Die Vorbehalte gegenüber dem Stil sind nur vorgeschoben; tatsächlich geht es um eine Abwehr der Inhalte und Zielsetzung der Berichte Politkowskajas. Niemand außer ihr schrieb so viel und so genau darüber, was mit Menschen im zweiten Tschetschenienkrieg – unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft – geschieht. <sup>10</sup> Sie war über Jahre hinweg eine der wenigen Stimmen in Russland, die ständig auf die Verbrechen in und um Tschetschenien hinwiesen. In ihrem Stil spiegelte sich nicht nur der spezifische Gegenstand der Berichterstattung, sondern auch eine bewusst gewählte persönliche Strategie des Umgangs mit ihm. Im Folgenden soll dieser Stil und die vordergründig gegen ihn gerichteten Vorwürfe einer

eingehenden Betrachtung unterzogen werden – und zwar anhand eines prominenten Vergleichsfallles.

### III

Die Welle der Ablehnung bis Empörung, die Politkowskaja wegen ihrer Berichte immer wieder erfuhr, erinnert an eine ähnliche Reaktion der Öffentlichkeit in einem viereinhalb Jahrzehnte zurückliegenden Fall, nämlich dem 1963 in den USA (und später in Deutschland) erschienenen Buch *Eichmann in Jerusalem* von Hannah Arendt. Es ist vorrangig die Art der Vorwürfe – Hervorhebung von Fragen des Stils und seiner fast wortgleich angeprangerten »Mängel« – sowie die ihnen zugrunde liegende Abwehrhaltung, die diese im Übrigen sehr unterschiedlichen Fälle einander nahe bringt.

Beide Autorinnen befassten sich mit besonders schrecklichen Grausamkeiten und Gewalttaten von Menschen gegen Menschen und verarbeiteten dabei reiches Quellenmaterial. Sie setzten sich beide mit dem Phänomen des Bösen auseinander, vor dem das Gros der Öffentlichkeit (darunter »Experten«) flüchtete, da es in vielerlei Hinsicht »unfassbar« war. Das Unfassbare des Bösen, d.h. das Ausmaß menschlicher Grausamkeit, die kein strategisches Kriegsziel verfolgt, und noch mehr der alltägliche Charakter der menschlichen Gewalt und der schwache Widerstand gegen sie nähert die Objekte der Berichterstattung Arendts und Politkowskajas einander ebenfalls an.

Angesichts der massiven Kritik sahen sich beide Autorinnen zu einer Rechtfertigung ihrer Texte und ihres Stils veranlasst. Sie mussten ihren sehr persönlichen und engagierten Blick auf das Geschehen verteidigen. Beiden ging es beim Schreiben um das Nachvollziehen des Erlebten von Opfern und Tätern, obwohl beide nur eingeschränkt in das Geschehen involviert waren – und Hannah Arendt noch weniger als Anna Politkowskaja. Die Kritik war auch insofern ähnlich, als den Autorinnen unvollständige Darstellung, voreilige Schlussfolgerungen und mangelnde Detailkenntnis vorgeworfen wurden. Arendt betonte Hans Mommsen zufolge gegenüber ihren Kritikern, dass sie »in erster Linie einen Prozessbericht und nichts anderes vorlegen wollte und eine systematische Schilderung nicht beabsichtigt« habe.<sup>11</sup> Genauso wehrte sich auch die Berichterstatteerin Politkowskaja: Sie bezeichnete ihre Schilderungen einmal als »emotionale Randnotizen« und erklärte, das Beobachtete und Erlebte

»noch nicht analysieren (zu können), aus jener Distanz heraus, die eine Analyse nun einmal erfordert, mit jenem kühlen Blick, der das Ganze in einzelne Komponenten zu zerlegen vermag. Ich lebe nur und schreibe auf, was ich erlebe«. <sup>12</sup>

Das jeweilige Objekt der Berichterstattung war eine persönliche Sache der Autorinnen. Es betraf sie offensichtlich als Menschen so sehr, dass sie sich auf eine intensive Auseinandersetzung damit einließen. Ihre persönliche Betroffenheit, die wohl einen stärkeren Einfluss auf sie ausübte als der Wille zur Analyse, prägte das Ergebnis der in beiden Fällen einzigartigen Recherchen und Überlegungen in einer Art und Weise, welche die Kritiker von Unzuverlässigkeit und Unglaubwürdigkeit sprechen und nach »Objektivität« und »Gründlichkeit« rufen ließ. Absolute Objektivität war jedoch bei dem von Arendt und Politkowskaja dokumentierten Geschehen beim besten Willen nicht möglich; ohnehin hat es sonst niemanden gegeben, der dem Anspruch auf Objektivität besser gerecht geworden wäre als sie. Beim Dokumentieren, Festhalten und Verstehen des »unfassbaren Bösen« waren die Berichte und Reflexionen Arendts und Politkowskajas ihren Zeitgenossen (und Kritikern) weit voraus. <sup>13</sup>

Es liegen bemerkenswerte Bemerkungen von Karl Jaspers zu Arendts stilistischen Eigentümlichkeiten vor – Eigentümlichkeiten, die Zielscheibe heftiger Kritik wurden und sich erstaunlich weit mit denen von Anna Politkowskaja decken: Der deutsche Philosoph meinte, dass diese Stileigenarten dann zustande kommen, »wenn einmal einer schreibt, nicht weil er schreiben will und vielleicht glänzend kann, und nach Material sucht, an dem er diese Begabung zeigen kann, sondern weil er Wahrheit sucht und etwas mitzuteilen hat aus herzerreißender Erfahrung, die nicht von sich redet, sondern sich, wie bei Dir, verbirgt in dem Stil, den die Leute Dir vorwerfen: ironisch, kalt, herzlos, Besserwissen, Menschenverachtung«. <sup>14</sup> Zwar nennt er selbst an einer anderen Stelle die Ausdrucksweise Arendts »herb«, doch bekundet er immer wieder sein großes Erstaunen darüber, dass ihre Kritiker das Wichtigste – »den Ton der Wahrhaftigkeit« <sup>15</sup> – überhören.

Der aufmerksame Leser Jaspers trifft mit dieser Formulierung in der Tat den zentralen Punkt. Den gleichen Ton »überhörte« auch die Öffentlichkeit Russlands in den Berichten Politkowskajas. Doch erhebt sich die Frage, ob es sich in beiden Fällen in der Tat um ein zufälliges »Überhören« der Leser handelte. Worum ging es den beiden Autorinnen genau,

worauf haben sie sich bei der Auseinandersetzung mit dem unfassbaren Bösen konzentriert?

Das Böse lag für Arendt in der Gedankenlosigkeit. Bei dem Versuch, die Todesfabriken des Dritten Reiches zu analysieren und das Verhalten sowie die Motivhintergründe der sie betreibenden Menschen philosophisch zu begreifen, ließ sie sich von einem bestimmten Begriff des Bösen leiten – einer der wichtigsten analytischen Schritte ihrer Eichmann-Studie. Sie konzentrierte sich auf das »Böse«, das »außerhalb des vernünftigen Denkens lag«, so dass es »keinem rationalen Kriegsziel diene«. <sup>16</sup> Wenn sie die Bürokraten der Vernichtung wie Eichmann für »gedankenlos« hielt, meinte sie damit, dass ihnen ihre eigene Person und die Welt nicht wirklich wichtig waren. Sie wurden zu Agenten eines kriminellen Staates und halfen mit, »die Welt zu zerstören, weil sie (ihnen) gleichgültig und fremd geworden ist«. <sup>17</sup>

Enthebt die so aufgefasste Gedankenlosigkeit der Täter diese der Verantwortung für ihre Taten? Genau hier setzt Arendts Protest an: Dem Bösen *Widerstand* zu leisten, heißt auch, die Frage nach der *Verantwortung* zu klären. Dies betrifft sowohl den Fall des zeitgenössischen Bösen als auch die retrospektive Klärung der Frage der Verantwortung nach der Tat. Arendt sah nur diesen einen Weg, die von gedankenlosen Handelnden angerichteten und in ihrer Grausamkeit unfassbaren Verbrechen philosophisch und juristisch zu begreifen, um nicht vor deren Unfassbarkeit kapitulieren zu müssen. Die Gedankenlosigkeit der Täter darf sie nicht von der Verantwortung entbinden, von der sie sich in ihrem Handeln befreit sahen. Als theoretisches Fundament und wichtigste analytische Methode zugleich fungierte für Arendt das Prinzip der »Verantwortung des auf sein Gewissen zurückgeworfenen Individuums«. Arendt bestand auf rückhaltsloser Rechenschaftslegung als Ausgangspunkt verantwortlichen Handelns. <sup>18</sup> Dies war für sie eine philosophische Maxime des menschlichen Denkens als solchem. Sie schien ihr so wichtig, dass sie sogar überzeugt war, dass »nur auf dem Hintergrund des Eingeständnisses der Mitverantwortung an der Katastrophe des europäischen Judentums die Voraussetzung für einen konstruktiven politischen Neuanfang auch des jüdischen Volkes selbst geschaffen werden konnte«. <sup>19</sup>

Auf der anderen Seite sah Arendt es auch als durchaus begründet an, sich selbst als Autorin als einen konkreten »gewöhnlichen Menschen« aufzufassen, d.h. persönlich betroffen zu sein, zu staunen und eigene Be-

stürzung zu bekunden, ohne die rettende Frage nach der Verantwortung aus dem Blick zu verlieren. Auch Anna Politkowskaja waren besondere Reflexivität und Mündigkeit eigen. Sie hielt es für inakzeptabel, *nicht zu wissen*, wollte nicht schweigen und sich den Mächtigen fügen. Nichts konnte sie weniger ausstehen als vor der eigenen Angst zu kapitulieren, der offiziellen Propaganda (d.h. Lügen) Glauben zu schenken und auf kritisches Denken zu verzichten. Sie verfolgte das Ziel, beim Namen zu nennen, was sie wusste, sah, miterlebte. Sie bestand darauf, dass sie dabei lediglich als »normaler Mensch« und nicht unbedingt als Journalistin auftrat: »Und ich bin einfach ein Mensch, bin eine von vielen, von denjenigen, die Sie in Moskau, in Tschetschenien, in Sankt Petersburg oder anderswo in der Menge sehen.«<sup>20</sup> Dieses dem allgemeinen Urteil über Anna Politkowskaja widersprechende Selbstbild ist keine Koketterie, vielleicht jedoch ein Wunschbild, eine Projektion des Bewusstseins, das über Jahre hinweg zu begreifen versuchte, wie und warum Machthaber wie deren Untertanen zu unfassbaren Grausamkeiten und Unmenschlichkeit fähig werden. Doch beinahe noch unerklärlicher waren das Schweigen und die Gleichgültigkeit angesichts ihrer Berichte aus Tschetschenien.

Die unerbittliche Suche nach konkret Handelnden und Verantwortlichen sowie die Bestürzung über die zahlreichen Gewalttaten in Tschetschenien konnte Anna Politkowskaja nur mit wenigen teilen. Auch für ihren stärksten Schmerz – nämlich darüber, dass die meisten Helden ihrer Berichte inzwischen nicht mehr am Leben sind – konnte sie bei der Öffentlichkeit Russlands kaum Verständnis oder Mitgefühl finden.<sup>21</sup> Während des zweiten Tschetschenienkrieges, als Politkowskaja die Kriegsberichterstatterin der *Nowaja Gaseta* war, wandte sich die Bevölkerung Russlands in ihrer Mehrheit vom Kriegsgeschehen, den täglichen Verbrechen und den Leiden der tschetschenischen Zivilbevölkerung wie auch der 18- bis 20-jährigen Wehrpflichtigen in der russländischen Armee ab. Unwissen und Gleichgültigkeit war die eigenverantwortlich gewählte Position der Mehrheit – im besten Falle. Oft aber traf man auf unverhohlene Feindseligkeit gegenüber den Tschetschenen und auf Unterstützung der Kriegsführung des Kremls. Die meisten wollten weder wissen noch glauben, dass in Tschetschenien sogenannte Filtrationslager, eine folternde Soldateska und Leichenhandel zum Alltag gehören. Die gleichgeschalteten Medien bekamen von der Staatsspitze vorgeschrieben, wie die tschetschenischen Widerstandskämpfer zu bezeichnen sind – »ungesetzliche bewaffnete

Formationen«, »Banditen« oder »Terroristen«. Unwissen, Mythen und politische Sprachmanipulationen – und eben nicht Augenzeugenberichte der tschetschenischen Bevölkerung – steckten den Informations- und Wissenshorizont der großen Mehrheit des russländischen Publikums ab. Vor diesem Hintergrund tat Politkowskaja ihre Arbeit.

Die beiden Tschetschenienkriege (1994 bis 1996 und seit 1999) wurden offiziell nie »Krieg« oder »Militäreinsatz« genannt. Stattdessen bemühte man sich um Euphemismen, die immer wieder verändert und den jeweils aktuellen politischen Zielen Moskaus angepasst wurden. So hatten die russländischen Truppen im ersten Krieg noch nicht die Aufgabe, gegen »Terroristen« oder gar den »internationalen Terrorismus« in Tschetschenien zu kämpfen – eine Begrifflichkeit, die erst nach dem 11. September von der Kremlführung in Umlauf gebracht wurde. Der Militäreinsatz mit seinen Flächenbombardements von Grosny und vielen anderen Städten und Dörfern trug offiziell die Bezeichnung »Operation zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung«. Der grausame Feldzug mit Zügen eines Vernichtungskrieges führte allerdings zum genauen Gegenteil, nämlich zur praktischen Aufhebung der von der Verfassung Russlands garantierten Grund- und Freiheitsrechte. Tschetschenien wurde zu einer Zone der Verantwortungslosigkeit. Daran hat sich bis heute, auch unter dem von Moskau eingesetzten diktatorischen Führer Ramsan Kadyrow, nichts geändert. Anna Politkowskaja hielt dieses Territorium der »Barbarei ohne Recht und Gesetz« für ein »Krebsgeschwür«, das mit seinen Metastasen ganz Russland erfasst habe.<sup>22</sup>

Salomon sagt im Buch Kohelet: »Wer Erkenntnis mehrt, mehrt Leiden«. Diese Worte stimmen wohl besonders dann, wenn man von Menschen umgeben ist, mit denen man die eigene Einsicht kaum oder nicht teilen kann. In einigen Interviews wiederholte Politkowskaja, dass »unsere Tragödie darin besteht, dass wir die Wahrheit nicht wissen« und »nie erfahren werden«.<sup>23</sup> Diesen politischen und moralischen Zustand hielt sie für Russlands schlimmste Tragödie. Mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln des Schreibens und ihrer scharfen Urteilskraft kämpfte sie dagegen an.

## IV

Es gab nicht viele Möglichkeiten, über Tschetschenien zu schreiben und den »Ton der Wahrhaftigkeit« (Jaspers) zu bewahren. Man musste wissen wollen, was dort geschieht, Mut haben, es zu erfahren und das Erkundete strikt beim Namen zu nennen. Diese Bedingungen wurden von Politkowskaja konsequent erfüllt. Aber nur wenige Beobachter in Russland erkannten, dass ihr investigativer Journalismus entscheidend von ihrem Mitleid mit den Opfern geprägt war.<sup>24</sup> Es stärkte ihre Willenskraft und schärfte ihre analytische Begabung.

Bei Politkowskaja ist die unmittelbare Betroffenheit viel sichtbarer als bei Arendt.<sup>25</sup> Politkowskaja war viel mehr als nur eine nüchterne Analytikerin und Kriegsberichterstatterin, ihre enge persönliche Verbindung mit dem Geschehen in Tschetschenien bestimmte für viele Jahre ihr Leben. Ihre österreichische Kollegin Susanne Scholl (ORF) bemerkte in diesem Sinne: »Sie war (...) eine Kämpferin für Menschenrechte – in jeder Situation und um jeden Preis. Die, für die sie sich eingesetzt hat, haben sie geliebt – auch wenn sie durchaus ein schwieriger Mensch war.«<sup>26</sup> Der tschetschenische Politologe Ruslan Martagow bestätigt: »Wenn ich sage, dass man sie in Tschetschenien liebte – die ganze Gesellschaft, das ganze Volk (dabei meine ich nicht die Klasse der Bürokraten) liebte sie –, dann ist damit fast noch nichts gesagt. Sie war die Verkörperung unseres Schmerzes, des Schmerzes des ganzen Volkes; sie *war* die Möglichkeit, diesen Schmerz auszudrücken (...). Mir fehlen die Worte um auszudrücken, wie sehr wir sie liebten und wir sehr sie uns nun fehlt.«<sup>27</sup>

Politkowskaja bestritt auch selbst, in erster Linie eine Kriegsreporterin zu sein: Sie schreibe vom Krieg eben nicht, weil sie ihn besonders gut kenne, sondern weil sie »absoluter Zivilist« sei und daher viel besser das Erleben anderer »absoluten Zivilisten« – der Bewohner tschetschenischer Dörfer und Städte – begreifen könne.<sup>28</sup> In Kenntnis dieses Umstandes trugen ihr nicht selten auch Soldaten oder selbst Beamte der Geheimdienste erstaunliches Beweismaterial zu. Daran erinnern sich auch einige ihrer Kollegen, so der schweizerische Filmemacher Eric Bergkraut: »Im Herbst 2004 zeigte mir Anna Politkowskaja ein sogenanntes »Homevideo«, das russische Soldaten im Einsatz in Tschetschenien gemacht hatten. Man sieht Leichen und schwer verletzte Tschetschenen, die von einem Laster (mit dem Emblem des russischen Justizministeriums) in Eisenbahnwagen umgeladen werden – Bilder, die an die Transporte in deutsche Konzen-

trationslager erinnern. Soldaten, die an ihrem schlechten Gewissen litten, hätten ihr das Band geschickt, erzählte sie, selber fast unfähig, auf den Bildschirm zu schauen. Jetzt versuche sie, die Schuldigen zu finden. Keine einzige Fernsehstation habe sich bisher für die Bilder interessiert. Man stelle sich vor, die US-Army wäre involviert gewesen«. <sup>29</sup>

Der Schmerz des tschetschenischen Volkes, dem Anna Politkowskaja einen Ausdruck verlieh, war auch ihr eigener »trommelnder Schmerz der Beunruhigung«. <sup>30</sup> In ihren Texten trommeln Schmerz und Beunruhigung um die Zukunft Russlands. Denn seine Bevölkerung hat sich mehrheitlich als unfähig erwiesen, sich zu fragen, was mit den Menschen auf jenem Teil ihres Territoriums passiert, der Tschetschenien heißt. Die schweigende Mehrheit entzieht sich bis heute dem Prinzip der Verantwortung, sie weigert sich, Täter und Opfer konsequent zu identifizieren. Mitleid mit den Opfern ist eine Ausnahme.

Vor diesem Hintergrund wurde der Krieg in Tschetschenien zum Aufhänger einer groß angelegten politischen Kampagne. Innenpolitisch ging es dabei in erster Linie um das Überleben bestimmter Clans an der Macht, die Umverteilung des Staatseigentums und die Stärkung imperialer Ambitionen Russlands. Außenpolitisch bestand der größte Gewinn darin, dass Russland durch den Anspruch, sich am »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« (in Tschetschenien, versteht sich) aktiv zu beteiligen, eine erhebliche Stärkung seiner internationalen Position verbuchen konnte. Um die einfachen Menschen ging es dabei nicht, und genau das empörte Politkowskaja. »Mit ihrem Mitleid den Tschetschenen gegenüber rettete Anna die Ehre der Russen«, schrieb der Politikwissenschaftler Andrej Piontkowskij. Er verglich sie mit den »Gerechten des Zweiten Weltkrieges«, die »nicht nur die Juden, sondern auch die Seelen ihrer Landsleute retteten«. <sup>31</sup>

Trotz ihres Außenseitertums, der ständig erlebten Ablehnung und trotz ihrer besonders ausgeprägten Reflexivität und Mündigkeit, die den meisten in ihrer Umgebung nicht eigen waren, sprach sie erstaunlich häufig im Namen eines imaginären Wir: »Und dann schreibe ich (...) noch darüber, dass wir, die wir in Russland leben, (...) nicht länger Sklaven sein (wollen), selbst wenn das dem heutigen Westen ganz gut ins Konzept passt. (...) Wir bestehen auf persönlicher Freiheit. Wir fordern sie. Wir lieben sie so sehr, wie Sie (im Westen, Anm. d. Red.) sie lieben«. <sup>32</sup> Angesichts der beruflichen – und von dieser bedingt auch persönlichen – Einsamkeit erscheint die beharrliche Neigung, im Namen des Wir zu sprechen,

seltsam. Dennoch ist sie ein Zeichen der Zugehörigkeit Politkowskajas zur dünnen Schicht der russischen Intelligenzija. Zu deren markantesten Kennzeichen zählte stets ein Denken und Sprechen im Namen eines Wir. Dadurch wird die Übernahme jener Verantwortung für Untaten und Missstände ausgedrückt, welcher sich die Mehrheit eben entzieht. Im Namen eines Kollektivs – eben des Wir – zu sprechen, ist der Versuch, der Abwehrhaltung des Kollektivs, seiner Weigerung, Verantwortung zu übernehmen, der Fahnenflucht des Gewissens etwas entgegenzusetzen und damit die menschliche Würde zu wahren.

Man kann sich vorstellen, wie sehr das Gewissen von Anna Politkowskaja überlastet war; kein einzelner Mensch kann mit seinem Gewissen, mit seinem Urteil und durch sein Handeln den Verbrechen in Tschetschenien und der öffentlichen Gleichgültigkeit ihnen gegenüber gerecht werden. Diese Überforderung schlägt sich in Politkowskajas »harter«, »herber« und »zu emotionaler« Ausdrucksweise nieder. Ihr Stil ist ein Spiegelbild der »Überforderung« der Leser, der Öffentlichkeit Russlands, die nichts davon wissen will, wer für die Verbrechen in Tschetschenien verantwortlich ist. Bis zum Schluss hielt sie – wiewohl mit zunehmender Verzweiflung – an dem Glauben fest, dass das Interesse der Öffentlichkeit die Vorbedingung für den Widerstand gegen das Böse in Tschetschenien ist.

## V

Von grundlegender Bedeutung für ein Verständnis des Stils von Denken und Handeln Anna Politkowskajas ist, dass ihr rückhaltloses Engagement für die Opfer der Tschetschenienkriege nichts mit deren ethnischer Zugehörigkeit zu tun hatte. In ihrem Bestreben, den Grausamkeiten des Krieges im Nordkaukasus mit eigenen Berichten zu widerstehen, ging es ihr um allgemeinmenschliche Prinzipien. Sie erklärte wenige Monate vor ihrer Ermordung in einem Interview: »Und wenn Du alles siehst und dabei begreifst, wie viel Blut bereits vergossen ist und wie viel noch vergossen wird, wenn kein Frieden einkehrt, beginnst Du schrittweise zu begreifen, dass es besser ist, alles zu tun, was von mir abhängt, d.h. Artikel zu schreiben und aufzufordern: Setzt Euch doch endlich an diesen verdammten Verhandlungstisch und beginnt zu besprechen, wie man das Blutvergießen stoppen kann.«<sup>33</sup> Es hätten auch ein anderes Volk und ein anderer Krieg sein können. Es war eher ein Zufall der Zeitgeschichte, dass es sich ausgerechnet um Tschetschenien handelte.

In diesem Punkt begegnen sich die beiden Autorinnen wieder. Auch für Arendt rückte der nationalsozialistische Genozid in eine allgemeinemenschliche Dimension. Es war ihr darum zu tun, deutlich zu machen, dass es sich nicht (nur) um »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, wie es im Gerichtssaal mehrmals formuliert wurde, sondern um Verbrechen gegen die »Menschheit« schlechthin handelte. Es war zwar am jüdischen Volk verübt worden, doch hätte es, so Arendt, auch gegen andere Völker und Gruppen gerichtet sein können.<sup>34</sup> Der französische Ankläger im Eichmann-Prozess, François de Menthon, hatte in diesem Kontext von einem »Verbrechen gegen Rang und Stand des Menschen« gesprochen.<sup>35</sup>

Die Überführung in eine allgemeinemenschliche Dimension war für Arendt wie Politkowskaja das einzig schlagkräftige Instrument, mit dem man sich – philosophisch, politisch und juristisch – mit dem »unfassbaren Bösen« auseinandersetzen kann. Dieser Schritt erfordert nicht nur eine besondere analytische Leistung und Gewissensreife, sondern Mut und eine Freiheit des Denkens, das weder an narzisstischen postimperialen Kränkungen leidet noch sich von Mythen und Propaganda verführen lässt. Das, was Anna Politkowskaja gelungen ist und im Stil ihres Schreibens einen so unverkennbaren Ausdruck gefunden hat, bleibt ihren Kritikern bis heute unzugänglich.

#### Anmerkungen

1 Eine Ortschaft in Tschetschenien.

2 Eine weitere Ortschaft in Tschetschenien.

3 Anna Politkowskaja, »Im Bunker der Folterer«, *Die Zeit*, Nr. 10/2001, S. 5.

4 Vgl. Elena Rykoveva, »Anna Politkovskaja – vsluch« (Anna Politkovskaja – laut) Radio Svoboda / Svobodanews.ru vom 20.3.2007, [www.svobodanews.ru/Transcript/2007/03/20/20070320120019773.html](http://www.svobodanews.ru/Transcript/2007/03/20/20070320120019773.html) (abgerufen 20.3.2007).

5 So Alexander Tscherkassow von der Menschenrechtsorganisation »Memorial« (Moskau), in: Vladimir Baburin, »Pamjati Anny Politkovskoj« (Dem Andenken an Anna Politkovskaja), Radio Svoboda / Svobodanews.ru vom 30.08.2007, [www.svobodanews.ru/Transcript/2007/08/30/20070830200028387.html](http://www.svobodanews.ru/Transcript/2007/08/30/20070830200028387.html) (abgerufen 1.9.2007).

6 In Susanne Scholls Dokumentarfilm »Sterben für die Wahrheit. Russland nach Anna Politkovskaja«, Erstausstrahlung am 8. Dezember 2006, 3sat.

7 Zitiert nach einer Sonderausgabe der *Nowaja Gaseta*, die kurz nach der Ermordung Anna Politkovskajas erschien, <http://politkovskaya.nowayagazeta.ru/pub2/spec/anna-072dpi.pdf> (abgerufen 9.9.2007), S. 5.

8 Zitiert nach ebd.

- 9 Samuil Lur'e, »Na devjatyj den'« (Am neunten Tag), *Delo*, 16.10. 2006, <http://ide-lo.ru/437/7.html> (abgerufen 17.10.2006).
- 10 Vgl. Vladimir Kara-Murza, »Deficit informacii iz Cegni posle gibeli Anny Politkovskoj« [Informationsdefizit aus Tschetschenien nach dem Tod von Anna Politkowskaja], Radio Svoboda/Svobodanews.ru vom 30.8.2007, [www.svobodanews.ru/Transcript/2007/08/30/20070830161036077.html](http://www.svobodanews.ru/Transcript/2007/08/30/20070830161036077.html) (abgerufen 9.9.2007).
- 11 Hans Mommsen, »Hannah Arendt und der Prozess gegen Adolf Eichmann«, in: Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem*, München/Zürich 2006, S. 10.
- 12 Anna Politkowskaja, *In Putins Russland*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 11.
- 13 Manchen wurde erst mit der Zeit ersichtlich, wie hilfreich die lediglich als »Berichte« konzipierten Analysen Arendts wie auch Politkowskajas für das Begreifen des von ihnen analysierten Geschehens sind. So schreibt Mommsen über Arendts Buch, dass es »eine unentbehrlich erscheinende Herausforderung an die Forschung (darstellte), das Binnenklima des NS-System näher zu analysieren und die eigentümliche Diffusität herauszuarbeiten, unter der sich einzigartige Verbrechen wie die ›Endlösung‹ vollziehen konnten, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Dies ist Arendt bei der Schilderung der Mentalität, aus der heraus Eichmann handelte, in bis heute gültiger Weise gelungen. Das rechtfertigt, ihr so umstrittenes Buch ›Eichmann in Jerusalem‹ neu aufzulegen, ganz abgesehen davon, dass ihre grundlegende Analyse des ›Holocaust‹ als Menetekel eines künftigen Völkermords in den zwei Jahrzehnten, die seit der ursprünglichen Veröffentlichung verstrichen sind, an Aktualität gewonnen hat« (Mommsen, a.a.O., S. 15). Ähnlich gestand im Oktober 2006 etwa Eric Bergkraut, Schöpfer des mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilms *Coca – die Taube aus Tschetschenien*, dass ihn die »glasklare und stets differenzierte Analyse« Politkowskajas überzeugt habe (Eric Bergkraut, »Aus einer anderen Zeit. Erinnerung an Anna Politkowskaja«, *Neue Zürcher Zeitung*, 11.10.2006, S. 39).
- 14 Lotte Köhler/Hans Saner (Hg.), *Hannah Arendt, Karl Jaspers. Briefwechsel*, München/Zürich 1985/2001, S. 577. Vgl. den Brief von Scholem an Hannah Arendt vom 23.6.1963, zitiert nach Antonia Grunenberg, »Hannah Arendts Jüdische Schriften«: »Gershom Scholem (...) warf ihr einen ›herzlose(n), ja oft geradezu hämische(n) Ton‹ vor. Sie habe einen ›Stil der Leichtherzigkeit‹ gepflegt. Ihre mangelte es an ›Herzenstakt‹ (...). Sie habe ›kein abgewogenes Urteil, sondern vielmehr ein oft ins Demagogische ausartendes Overstatement.«, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 39/2006, S. 21.
- 15 Ebd., S. 563.
- 16 Elisabeth Young-Bruehl, »Der Begriff des Bösen«, in: *Aufbau*, Nr. 7-8/2006, S. 43.
- 17 Ebd.
- 18 Mommsen, a.a.O., S. 43.
- 19 Politkowskaja, a.a.O. (Anm. 12), S. 11.
- 21 Zitiert nach: Rykovceva, a.a.O.
- 22 Nach: André Glucksmann, »Meine verwundbaren Helden«, *Die Zeit*, Nr. 50/2006, S. 4.
- 23 Zitiert z.B. nach: Vladimir Kara-Murza, *Mogli li iskrennost' i glasnost' rossijskich*

*vlastej posle vzryvov v Moskve i »Nord-osta« predotvratit' tragediju v Beslane?* (Hätten Aufrichtigkeit und Transparenz der russländischen Behörden nach den Explosionen in Moskau und »Nord-Ost« die Tragödie in Beslan verhindern können?) Radio Svoboda / Svobodanews.ru vom 16.5.2006, <http://www.svobodanews.ru/Transcript/2006/05/16/20060516194413710.html> (abgerufen 9.9.2007).

- 24 So z.B. Andrej Piontkovskij, »Anna«, Grani.ru, 16.10.2006, [www.grani.ru/opinion/piontkovsky/p.112910.html](http://www.grani.ru/opinion/piontkovsky/p.112910.html) (abgerufen 4.9.2007).
- 25 Mommsen sieht dies allerdings etwas anders: »Die Unerbittlichkeit, mit der sie in Form eines Rundumschlagens daran ging, liebgewordene Tabus zu zerstören, wurde von vielen Zeitgenossen als destruktiv empfunden. Die Härte und Schonungslosigkeit, mit der sie dies tat, schien der tiefen Tragik des Gegenstandes nicht angemessen zu sein. Die wenigsten nahmen wahr, dass die Schilderung des schlechthin Grauenhaften, wenn sie nicht in moralisierender Wehleidigkeit erstickten oder durch eine abschreckende Aneinanderreihung von Szenen tiefster menschlicher Erniedrigung nur Instinkte des Sichabwehrens auslösen will, notgedrungen zu Ironie und Sarkasmus Zuflucht nehmen muß, hinter denen sich tiefste Betroffenheit verbirgt« (Mommsen, a.a.O., S. 33).
- 26 »Susanne Scholl im Interview: »Frieden ist nicht viel mehr als ein Gerücht, die Menschenrechtslage in Tschetschenien katastrophal«, 3sat online, Dezember 2006, [www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/specials/100865/index.html](http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/specials/100865/index.html) (abgerufen 20.8.2007).
- 27 Zitiert nach: Kara-Murza, a.a.O. (Anm. 10).
- 28 Zitiert nach: Rykovceva a.a.O.
- 29 Bergkraut, a.a.O.
- 30 So der Filmregisseur Alexej German, zitiert nach einer Sonderausgabe der *Nowaja Gaseta* (Anm. 8).
- 31 Piontkovskij, a.a.O.
- 32 Politkowskaja, a.a.O. (Anm. 12), S. 11.
- 33 Zitiert nach: Kara-Murza, a.a.O. (Anm. 23).
- 34 Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem*, Piper, München / Zürich 2006, S. 391.
- 35 Zitiert nach: ebd., S. 378.

*Martin Malek*

## AUF SCHWARZEN LISTEN

Putins Russland, Anna Politkowskaja und ihr *Russisches Tagebuch*

Anna Politkowskajas Bücher wurden in mehrere Sprachen übersetzt. Auf Deutsch erschienen zu ihren Lebzeiten *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg* (2003) und *In Putins Russland* (2005). Posthum kam das *Russische Tagebuch* mit zwischen Dezember 2003 und August 2005 entstandenen Reportagen heraus.<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag stellt einen Versuch dar, das gegenwärtige Russland anhand des *Russischen Tagebuches* mit den Augen Politkowskajas zu analysieren und gleichzeitig einige Hintergründe ihres Lebens und Sterbens aufzuhellen.

Der Band erlaubt gute Einblicke in die Befindlichkeiten seiner Verfasserin. Ihr Ton ist manchmal resignativ-verzweifelt, dann wieder ironisch und beschwörend; oft kommen Ärger angesichts der eigenen Ohnmacht und Zweifel an der Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit zum Vorschein, doch dann schimmert wieder Optimismus durch die Zeilen. Eine Konstante des ganzen Bandes ist freilich Unverständnis angesichts der (echten oder gespielten) Putin-Begeisterung vieler ihrer Landsleute, die kaum zu erschüttern scheint. So schrieb Politkowskaja Ende 2003 anlässlich der Wahlen zur Staatsduma, dass die parlamentarische Demokratie in Russland keineswegs in einer Krise, sondern am Ende sei (*Tagebuch*, S. 30) – und die Bevölkerung sei damit einverstanden: »Niemand hat Widerstand geleistet. Es gab keine Demonstrationen, keine Massenkundgebungen, keine Akte zivilen Ungehorsams. Das Volk hat alles geschluckt und sich willens gezeigt, ohne Demokratie zu leben« (S. 31). Wahlen würden vom Kreml manipuliert, Ergebnisse »produziert« (S. 22). So gab es bei den Dumawahlen 2003 im Kriegsgebiet Tschetschenien 10% mehr abgegebene Stimmen als eingetragene Wähler (S. 16).<sup>2</sup>

*Versagen des »Westens«*

Nicht minder bestürzt zeigte sich Politkowskaja auch und gerade im *Tagebuch* über den »Westen«, der Präsident Wladimir Putin unterstütze und nur an seiner Öl- und Gasversorgung, nicht aber an Demokratie und Menschenrechten in Russland interessiert sei (z.B. S. 162). »Europa (...) ist es müde, vom »schlechten Putin« zu hören – es möchte sich selbst betrügen und hören, dass er ein Guter ist« (S. 327). Putin verhöhne die Demokratie »dreist«, doch »der Westen empört sich nicht« (S. 236).

Selbst wenn man nicht alle Urteile der Autorin teilen mag, so wünscht man sich das *Tagebuch* doch auf den Nachttisch vieler nordamerikanischer und europäischer Politiker (d.h. nicht nur des offenen Putin-Lobbyisten Gerhard Schröder) sowie diverser Kommentatoren in Presse und Hochschulen, die gerne betonen, dass es zur Politik Putins sowie auch und gerade zu seinem Krieg im nordkaukasischen Tschetschenien keine Alternative gebe. Ein wenig Politkowskaja-Lektüre würde die auf Russland projizierten Hoffnungen (z.B. auf eine »gesicherte Gasversorgung«) und Illusionen (z.B. von einer »demokratischen Entwicklung«) möglicherweise aber verfliegen lassen.

Politkowskajas Berichte waren nicht nur dem Kreml höchst unwillkommen, sondern zweifellos auch vielen westlichen »Realpolitikern« und »Pragmatikern« (darunter US-Präsident George W. Bush, Frankreichs Präsident Jacques Chirac und Italiens Premier Silvio Berlusconi), die Putin rote Teppiche ausrollten und regelmäßig vor (ohnedies immer leiseren) Vorwürfen in Schutz nahmen, ein autoritäres Regime aufgebaut zu haben und in Tschetschenien unverhältnismäßige Gewalt anzuwenden. Offenbar wollte niemand die »guten Beziehungen« zum Kreml »nur« wegen Tschetschenien in Frage stellen, auch wenn dort seit 1994 Zehntausende Menschen, die meisten Zivilisten verschiedener Nationalitäten, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit der EU und Nordamerikas umgekommen sind. Die Tätigkeit Politkowskajas machte auf die massiven Widersprüche zwischen Putins Beschwörungen von Menschenrechten, Zivilgesellschaft, Demokratie usw. und der ganz anderen Realität in seinem Land aufmerksam. Bei Erzählungen über die Ermordung von Kleinkindern durch russische »Sicherheits«kräfte in Tschetschenien (S. 319) tun sich Abgründe auf, die aber nicht einmal in der west- und mitteleuropäischen Presse auf nennenswerte Resonanz

stießen, von politischen Konsequenzen für die Beziehungen der EU zu Russland ganz zu schweigen.

### *Politkowskajas medienpolitisches Umfeld*

Aufdeckungsjournalismus gab es in Russland selbst in den »demokratischen« neunziger Jahren, also unter dem heute allgemein verachteten Präsidenten Boris Jelzin, nur in Ansätzen. Unter Putin schaltete der Kreml die meisten überregional bedeutenden Medien – und vor allem natürlich das Fernsehen, das für viele die wichtigste oder einzige Informationsquelle ist – gleich. Sie erfüllen nun wieder jene Mission, die ihnen bereits in der Sowjetzeit zukam – nämlich Erklärung und Rechtfertigung der Politik des Kremls. Von einer möglichst unabhängigen »vierten Gewalt«, welche die drei staatlichen Gewalten demokratisch kontrolliert, kann kaum noch die Rede sein. Es mag kurios oder unglaublich klingen, doch bei Meinungsumfragen spricht sich tatsächlich die Mehrheit für eine Zensur aus.<sup>3</sup> Auch wenn Zensur von der russischen Verfassung explizit verboten ist, existiert sie de facto längst wieder. Das stellt eine eigenartige Manifestation des »Volkswillens« dar, mit dem sich nur relativ wenige in Medien, Politik und Öffentlichkeit nicht abfinden wollen. Diese Leute aber riskieren viel – Posten, materielles Wohlergehen, Ansehen, Gesundheit. Und mitunter sogar das Leben.

Nach einer im April 2006 präsentierten Untersuchung des sogenannten »Zentrums für Extremjournalismus« (Moskau) widmet sich die innenpolitische Berichterstattung der wichtigsten landesweit zu empfangenden TV-Sender, nämlich des »Ersten Kanals«, »Russland« und NTW, zu jeweils etwa 90% der Tätigkeit der Führung, also vor allem des Präsidenten, der Regierung und der de facto herrschenden Partei »Einheitliches Russland«. Parteien wie die »Union der rechten Kräfte« (SPS), »Jabloko« des Wirtschaftsreformers Grigorij Jawlinskij, unabhängige Abgeordnete usw. kommen im Zehntelprozent-Bereich oder gar nicht vor.<sup>4</sup> Somit wird die demokratische Opposition nicht einmal kritisiert: Das Fernsehen erweist ihr schlicht nicht die Ehre einer Erwähnung. Politkowskaja lastete ihm zudem an, »Gehirnwäsche« zu betreiben (S. 21). So hämmere es den Zuschauern täglich ein, dass die liberale Demokratie zu Terrorismus führe, warum eine straffe Führung erforderlich sei (S. 113f). Es kann auch vorkommen, dass man zur besten Sendezeit den Fernseher anstellt und eine

Diskussion über »die Judenfrage« vorgesetzt bekommt – geleitet von Wladimir Posner, einem der bekanntesten Fernsehjournalisten Russlands, und unter engagierter Teilnahme von Abgeordneten der Staatsduma.<sup>5</sup>

Solche Gegebenheiten schlagen sich zwangsläufig in der Bewertung der Pressefreiheit in Russland nieder. Es nahm im von der bekannten NGO »Reporter ohne Grenzen« für 2007 erstellten Worldwide Press Freedom Index unter 167 Staaten die 140. Stelle ein (1. Finnland, Island usw., 11. Deutschland, 17. Österreich, 167. Nordkorea).<sup>6</sup> Ein ganz ähnliches Bild zeichnete die NGO »Freedom House«, auf deren aktueller Liste von 195 Staaten und Territorien Russland auf dem 164. Platz rangiert (1. Finnland, Island, 16. Deutschland, 39. Österreich, 195. Nordkorea).<sup>7</sup>

Politkowskajas *Nowaja Gaseta* gehört zu den wenigen Blättern, die seit Jahren gegen den staatlich orchestrierten Mainstream anschreiben. Die Auflage der zweimal pro Woche erscheinenden Zeitung betrug zum Zeitpunkt der Ermordung Politkowskajas ca. 150 000 Exemplare (wozu noch ca. 500 000 Stück der Regionalausgaben kamen<sup>8</sup>) – allerdings in einem 17 Mio. Quadratkilometer großen und sich über elf Zeitzonen erstreckenden Land mit 143 Mio. Einwohnern. Sie ist selbst in Großstädten wie Moskau und Sankt Petersburg nicht überall erhältlich, von der Provinz ganz abgesehen. Vor allem aber schweben ihre Mitarbeiter in ständiger Gefahr für Leib und Leben: 2000 wurden Igor Domnikow und Swetlana Orljuk ermordet, 2001 Viktor Popkow. 2003 starb der stellvertretende Chefredakteur (und Abgeordnete der Staatsduma) Jurij Schtschekotschichin unter rätselhaften Umständen; die Redaktion ist sich längst sicher, dass es sich um einen Giftanschlag handelte. Und 2006 verlor sie mit Anna Politkowskaja ihre profilierteste Redakteurin. Sie alle wurden Opfer genau jener Umstände, die sie in ihren Artikeln beschrieben und angeprangert hatten und mit denen sie sich nicht einfach abzufinden gedachten.

Allerdings wurden auch andere bekannte Journalisten umgebracht, so 1994 der Mitarbeiter der Boulevardzeitung *Moskowskij Komsomolez*, Dmitrij Cholodow (der Korruption im russischen Militär aufdecken wollte), 1995 der populäre Fernsehjournalist Wlad Listjew und 2004 Paul Chlebnikow, Herausgeber der russischen Ausgabe von *Forbes*. Nach Angaben des New Yorker Committee to Protect Journalists starben zwischen Anfang 1992 und Mitte 2007 in Russland 47 Journalisten einen gewaltsamen Tod. Mehr waren es nur noch im Irak (109) und in Algerien (60), die beide mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu tun hatten bzw.

haben.<sup>9</sup> Und es ist auffällig, dass nationalistisch gesonnene Journalisten und Agitatoren kaum jemals Gewaltakten zum Opfer fallen. Niemand, der mit der politischen Realität in Russland auch nur oberflächlich vertraut ist, wird an einen Zufall glauben.

Um die Aufklärung der entsprechenden Fälle steht es – wenig überraschend – insgesamt schlecht, da die Behörden meist niemanden finden (wollen) und/oder mehr als zweifelhafte Schlussfolgerungen ziehen. Das betraf etwa einen der spektakulärsten jüngsten Todesfälle unter Journalisten: Am 2. Mai 2007 stürzte Oberst a.D. Iwan Safronow, Militärkorrespondent der Qualitäts-Tageszeitung *Kommersant*, aus einem Fenster seines Moskauer Wohnhauses – »gerade rechtzeitig«, um Recherchen zu russischen Waffenexporten in den Iran, die zwecks Tarnung über Belarus abgewickelt werden sollten, nicht mehr abschließen zu können. Im September 2007 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren mit dem Ergebnis ein, dass Safronow Selbstmord begangen habe. Dafür hatte es freilich keinerlei Anhaltspunkte oder Motive gegeben.

### *Balancieren auf der tschetschenischen Klinge*

Am 7. Oktober 2006 wurde Anna Politkowskaja im Lift ihres Wohnhauses mit vier Schüssen aus einer Makarow-Pistole, die am Tatort zurückblieb, getötet. Nicht wenige Beobachter zeigten sich von diesem offenkundig politisch motivierten Auftragsmord weit weniger überrascht als von dem Umstand, dass Politkowskaja überhaupt »so lange« am Leben geblieben war. Ihr Platz wird leer bleiben. Sie ist nicht zu ersetzen. Nicht im Russland Putins. Sie hatte seinem System einen Spiegel vorgehalten. Da zu oft eine Fratze zu sehen war, entschied irgend jemand, nicht etwa die Verhältnisse zu ändern, sondern den Spiegel zu zerschlagen. Allerdings hätten auch 100 Reporter vom Schlage Politkowskajas den Kreml nicht um einen Millimeter von seinem Kurs abzubringen vermocht.

Die spätere Starjournalistin war als Tochter sowjetukrainischer Diplomaten 1958 in New York zur Welt gekommen. 1980 absolvierte sie die Fakultät für Journalismus der Lomonosow-Universität in Moskau. 1982 bis 1993 arbeitete sie für verschiedene Medien, darunter die bekannte (und heute längst auf Kreml-Kurs gebrachte) Zeitung *Iswestija*. 1994 bis 1999 leitete sie die Abteilung »Außerordentliche Vorfälle« der *Obschtschaja Gaseta*, eines der damaligen Flaggschiffe der demokratischen russischen

Presse. Seit 1999 war sie für die *Nowaja Gaseta* tätig, wo sie besonders die im gleichen Jahr angelaufene (nach 1994 zweite) russische Militärintervention in Tschetschenien behandelte. Sie beließ es aber nicht bei bloßer Berichterstattung, sondern setzte sich aktiv – auch in Gerichtsverfahren – für die Familien gefallener russischer Soldaten und die tschetschenische Zivilbevölkerung ein. So organisierte sie im Dezember 1999 die Evakuierung von 89 Bewohnern eines Altersheims aus der von der russischen Armee belagerten tschetschenischen Hauptstadt Grosny. Sie half auch mittellosen tschetschenischen Flüchtlingen in Lagern in Inguschetien, der westlichen Nachbarrepublik Tschetscheniens. Was ihr in den meisten Ländern der Welt größte Achtung eingebracht hätte, ist im heutigen Russland ein Programm für eine kleine Minderheit, die zudem ständig dem Verdacht ausgesetzt ist, »tschetschenischen Terroristen« zuzuarbeiten. Sie bestand darauf, eine neutrale Position zwischen der russischen Armee und den tschetschenischen Rebellen einzunehmen und nur der leidenden Zivilbevölkerung beizustehen. Das hinderte sie freilich nicht an eindeutigen Aussagen zu den Aktivitäten der russischen Streitkräfte in und um Tschetschenien. So zitierte sie aus einem Brief von Igor Onischtschenko, Mitarbeiter des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), an den russischen Generalstaatsanwaltschaft Wladimir Ustinow, in dem der FSB-Chef von Inguschetien, Sergej Korjakow, als »niederträchtiges Subjekt« bezeichnet wird, das »Menschen einfach nur deshalb vernichtet, weil sie Inguschetien oder Tschetschenen sind« (S. 174). Der Brief blieb (natürlich) folgenlos.

Politkowskaja blieb in ihrer Heimat durchaus nicht ohne Anerkennung: Sie konnte sich auf einen treuen Kreis von Lesern und Anhängern aus dem Lager der – zunehmend kleineren – demokratisch gesinnten Öffentlichkeit stützen und wurde mit Preisen des russischen Journalistenverbandes geehrt. Auch und gerade im Ausland erregte ihrer Tätigkeit große Aufmerksamkeit: Der deutsche PEN Club, die OSZE, Amnesty International, die International Women's Media Foundation, die Kulturzeitschrift *Lettre International*, der National Press Club in Washington, D.C. (posthum) usw. erkannten ihr Preise zu. Auch Putin wurde im Ausland mit Auszeichnungen bedacht. So ernannte ihn das Committee to Protect Journalists schon 2001, als der Kreml viel weniger Medien kontrollierte als heute, zu einem der zehn »Feinde der Presse« unter den Staatsmännern der Welt. 2007 zeichnete die deutsche Journalistenvereinigung »Netzwerk Recherche« den russischen Präsidenten mit der »Verschlossenen Auster«

als »Informationsblockierer des Jahres« aus. Der Innenpolitik-Chef der »Süddeutschen Zeitung«, Heribert Prantl, sagte in seiner Laudatio auf den – zum allgemeinen Bedauern abwesenden – Preisträger: »Die Meinungsfreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben – die meisten Russen machen davon Gebrauch«. Die Pressefreiheit sei die Freiheit, »so zu schreiben, wie Putin es mag – die meisten Medien machen davon Gebrauch«. Das »Netzwerk« wies eigens darauf hin, dass die Ermordung Politkowskajas die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Unterdrückung der Pressefreiheit in Russland gelenkt habe.<sup>10</sup>

Mehrmals bot man Politkowskaja für die Verbreitung von (aus der Sicht des Kremls) »guten Nachrichten« über Tschetschenien und die dortige russische Kriegführung Geld an. Als dies nicht fruchtete, setzten Drohungen ein. Mehrere Attentatsversuche, deren Hintergründe stets unklar blieben, folgten. So konnte sie Anfang September 2004 nicht in die nordkaukasische Republik Nordossetien reisen, um eine von protschetschenischen Geiselnern besetzte Schule in Beslan zu besuchen und Verhandlungen zu führen, weil man ihr im Flugzeug Gift in den Tee schüttete; sie kam aber mit einem Krankenhausaufenthalt davon. Politkowskaja hat somit natürlich um die Gefährdung ihres Lebens gewusst. In einem ihrer letzten, zu Lebzeiten nicht mehr erschienenen Texte bezog sie sich direkt auf bei ihr eingegangene »Versprechen, mich zu töten«.<sup>11</sup> Der bekannten russischen Journalistin Jewgenija Albaz erklärte Politkowskaja im August 2006, dass sie »nicht in ihrem Bett sterben« werde.<sup>12</sup> Auch im *Russischen Tagebuch* verriet sie Illusionslosigkeit: Wer im heutigen Russland »nicht mitspielt, wird einfach ersetzt. Wer sich nicht ersetzen lassen will, muss gut auf sich aufpassen« (S. 29f). Mitunter schien sie sich aber selbst Mut zuzusprechen. So hielt sie zeitweise ihre Bekanntheit im Ausland für eine »Lebensversicherung«,<sup>13</sup> und in einem ihrer letzten Interviews meinte sie: »Dass der Westen so hinter mir steht, das ist wie eine kugelsichere Weste«.<sup>14</sup>

### *Mögliche Täter und Motive*

Dem Kreml nahe stehende Politiker, Medien und »Politechnologen« (wie man in Russland die Spin Doctors nennt) brachten sofort in Umlauf, dass der Mord an Politkowskaja von Putin-Gegnern (konkret genannt wurde der in London lebende Ex-Oligarch Boris Beresowskij) initiiert worden

sein könnte, um »den Staat« und »die Führung« anzuschwärzen. Das war vom Inhalt her ebenso bizarr wie in der Methode charakteristisch: Die erste Sorge galt wieder Putin und dem zunehmend mit ihm und seiner Tätigkeit identifizierten »Staat«. Der Kreml und seine Propagandisten hatten also nichts Besseres zu tun, als sich wegen eines angeblichen Imageverlustes selbst zu bemitleiden. Der Zustand von Presse und Meinungsfreiheit, ja der elementaren Sicherheit von kritischen Journalisten nicht etwa im Kriegsgebiet Tschetschenien, sondern in der Hauptstadt Moskau spielte demgegenüber keine Rolle. Diese Argumentationsrichtung hatte Putin selbst vorgegeben, als er – nach tagelangem Schweigen – bei einem Besuch in Deutschland ausrichtete, dass der Mord an Politkowskaja »Russland mehr Schaden zugefügt (habe) als ihre Publikationen«. Der bekannte Moskauer Philosoph Michail Ryklin kommentierte, dass Putin eigentlich verstehen müsste, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, seinen Patriotismus zu beweisen. »Politkowskaja hat sich in ihren Artikeln von patriotischen Gefühlen gegenüber Russland leiten lassen. Diese sind aber anders geartet als bei Putin«. <sup>15</sup> Tatsächlich gibt es keinen Zweifel, dass die Hauptsorge Politkowskajas ihrem Heimatland galt – was immer ihre nationalistischen Kritiker auch meinten, die sie vom »Westen«, von »(tschetschenischen) Terroristen« oder von beiden zugleich finanziert und unterstützt wähten.

Anlässlich von Aufsehen erregenden Unfällen, Katastrophen oder eben Mordfällen wird in Russland oft verlautbart, dass dieser oder jener hochgestellte Funktionär, Minister oder sogar Putin selbst die Nachforschungen »unter seine persönliche Kontrolle nimmt«. Im Falle Politkowskajas fiel diese Rolle Generalstaatsanwalt Jurij Tschaika zu, was offenbar gegenüber dem Ausland den Eindruck einer Wichtigkeit der Angelegenheit erwecken sollte. In der Vergangenheit war die Involvierung hoher und höchster Kreise in Untersuchungen politischer Mordfälle allerdings stets eine Garantie dafür, dass die Auftraggeber unerkannt blieben. Es war und ist alles andere als sicher, dass die zuständigen staatlichen Organe sie wirklich suchen. Politkowskajas Recherchen zu Korruptionsaffären insbesondere in den Ministerien für Inneres und Verteidigung hatten ihr dort naturgemäß keine Freunde verschafft. Der stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration Putins und sein wichtigster Ideologe, Wladislaw Surkow, mache es sich besonders einfach: »Jeder, der uns nicht unterstützt, ist unser Feind«. <sup>16</sup> Und Politkowskaja galt naturgemäß nirgendwo als Unter-

stützerin des Kremls und seiner Politik. Sie sagte dem französischen Philosophen und Publizisten André Glucksmann: »Wenn ich getötet werde, braucht ihr nicht lange zu suchen, der Auftraggeber sitzt im Kreml.«<sup>17</sup> Aber selbst wenn dieser nicht unmittelbar in ihre Ermordung verwickelt sein sollte, so hat er doch ein gesellschaftliches und politisches Klima geschaffen, in dem solche Vorkommnisse möglich wurden. Die ständige Suche von Putins Geheimdiensten, um die ein echter – von Politkowskaja beklagter – Kult (S. 53) betrieben wird, und staatlich kontrollierter Medien nach »Spionen« und »Feinden« stößt in einer zunehmend xenophoben slawischen Mehrheitsbevölkerung auf erhebliche Zustimmung. Auch von Politkowskaja angesprochenen Meinungsumfragen zufolge erfreut sich die Parole »Russland den Russen!« zunehmender Popularität (S. 310) – und das in einem Vielvölkerstaat mit Dutzenden Ethnien. Am 21. August 2006 verübten rechtsextreme Terroristen auf den bevorzugt von Asiaten frequentierten Moskauer Tscherkisowskij-Markt einen Bombenanschlag, der 13 Menschen tötete, Dutzende verletzte und im Westen dennoch weitgehend unbeachtet blieb.

Politkowskaja zitiert den Anführer der chauvinistischen »Bewegung gegen illegale Immigration«, Alexander Below, der verlangte, »die Tschetschenen« systematisch auszugrenzen und in Reservate einzuweisen, und fügte hinzu: »Die Mehrheit denkt tatsächlich so. Unsere Gesellschaft entwickelt sich in Richtung Faschismus« (S. 113). Kritik am russischen Nationalismus und dem daraus resultierenden Beharren auf einem »russischen Sonderweg« reichte alleine aus, um Politkowskaja bei vielen unbeliebt, ja verhasst zu machen. Aus dieser weltanschaulichen Ecke ertönten regelmäßig Rufe nach »Abrechnung mit Feinden des russischen Volkes«. Politkowskaja erwähnte selbst eine entsprechende Liste, die eine »Nationale Großmachtpartei« ins Internet gestellt hatte und in der sie (natürlich) aufschien (S. 186f). Sie stand auch auf von radikalen Gruppierungen wie »Wille Russlands« publizierten »schwarzen Listen« von zu beseitigenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Rechtsradikale Abgeordnete der Staatsduma mit einem gewissen Nikolaj Kurjanowitsch an der Spitze brachten im März 2006 eine Liste der »Feinde Russlands« im Umlauf, die (wenig überraschend) auch nicht ohne Politkowskaja auskam.<sup>18</sup>

Natürlich könnte die Staatsmacht solchen und ähnlichen Vorgängen einen Riegel vorschieben, doch dies geschieht aus mehreren Gründen nicht. So glauben bestimmte hohe Stellen offenkundig, politische Punkte sammeln

zu können, wenn sie radikale Nationalisten gewähren lassen. Und diesen stehen nicht wenige Vertreter des Kreml-Establishments wie auch der Sicherheitsorgane ideologisch alles andere als fern. Politkowskaja hätte ohne gute Gründe wohl kaum die Behauptung in die Welt gesetzt, dass die »Bewegung gegen illegale Immigration« von der Armee, dem FSB und der Miliz (Polizei) ins Leben gerufen worden sei und mit ihnen kooperiere (S. 112f).

Eine ganz andere Erfahrung als die Aufwind verspürenden Nationalisten machen russische Menschen- und Bürgerrechtsgruppen: Sie stehen ständig unter Rechtfertigungsdruck und sehen sich dem Generalverdacht ausgesetzt, zu »spionieren« (u.a. für »ausländische Geheimdienste«), »Feinden« zuzuarbeiten, von ausländischen NGOs Geld anzunehmen, einen Umsturz vorzubereiten usw. Ihre Aktivisten sind ständig mit Drohungen, Behinderungen und Schikanen konfrontiert. Die Staatsmacht versucht, ihnen die angestammte Arbeit so weit wie möglich zu verleiden. All das geschieht in Russland, einem »freundlich gesinnten europäischen Land« (so Putin am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag<sup>19</sup>), natürlich nicht zufällig oder gar gegen den Willen des Kremls. Es ist auch keine Verkettung unglücklicher Umstände, sondern geht auf Entscheidungen an der Spitze der politischen Hierarchie Russlands zurück.

Politkowskaja hatte sich sehr kritisch über das Regime des Statthalters Tschetscheniens von Putins Gnaden, Ramsan Kadyrow, geäußert. Bei einem persönlichen Treffen mit Kadyrow in dessen Zentrale in dem tschetschenischen Dorf Zentoroi ließ er es nicht an Deutlichkeit fehlen: »Du wirst dich für alles verantworten müssen, was du getan hast.«<sup>20</sup> Politkowskaja schrieb denn auch ganz offen über die Mordabsichten Kadyrows.<sup>21</sup> Verschiedene russische und ausländische Medien, darunter die Londoner *Times*, spekulierten über ein Videoband im Besitz Politkowskajas, das die Involvierung Kadyrows in Folterungen beweisen soll.<sup>22</sup> Dieser hätte allerdings als Putins Mann selbst dann von der russischen Justiz nichts zu befürchten, wenn er auf frischer Tat ertappt worden wäre. Inzwischen wurden der russischen und ausländischen Öffentlichkeit verschiedene »Verdächtige« präsentiert, doch ist das angesichts von Justizorganen, die vor dem Hintergrund einer autoritären Realverfassung und nach politischen Vorgaben agieren, wenig aussagekräftig. Die Nutznießer des Mordes sind klar zu identifizieren – Putins Kreml, das russische Militär (insbesondere in Tschetschenien) und Kadyrow. Sie alle können nun noch ungestörter schalten und walten als zuvor.

Die Umstände des Mordes verdienen nähere Betrachtung, da sie eindeutige »Botschaften« enthalten. So handelte es sich geradezu um eine demonstrative »Hinrichtung« im Zentrum der Hauptstadt – obwohl es natürlich möglich gewesen wäre, Politkowskaja bei einer ihrer mehr als 50 Reisen nach Tschetschenien durch eine »verirrte Kugel« zu töten, »verschwinden« zu lassen oder einen Autounfall zu »organisieren«. In diesen Fällen hätten aber Zweifel an den Umständen ihres Todes zurückbleiben können, und solche wollte man offenbar gar nicht erst aufkommen lassen. Der Mord vermittelt zudem eine mehr als eindeutige Warnung an andere aktive und potentielle Kritiker von Putins Kurs nicht nur in den letzten unabhängigen Medien: Sie sollen nicht die gleichen »Fehler« wie Politkowskaja begehen. Dem verwegenen Häuflein an demokratischen Politikern, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten sollte vor Augen geführt werden, dass – wenn man sogar eine so bekannte Reporterin beseitigen konnte – kein angeblicher oder tatsächlicher Gegner oder Kritiker Putins sicher ist. Das war allerdings bereits vorher klar gewesen. So hatte Politkowskaja keine Zweifel, dass der ehemalige (separatistische) Präsident Tschetscheniens, Selimchan Jandarbijew, 2004 in Qatar von russischen Geheimdiensten ermordet wurde (S. 131). Und nur wenige Wochen nach Politkowskaja starb der frühere FSB-Mann und Putin-Kritiker Alexander Litwinenko in London an einer Vergiftung mit Polonium-210, für die Großbritannien offiziell den früheren KGB-Mann Andrej Lugowoj verantwortlich machte.<sup>23</sup>

Kadyrow wurde am 5. Oktober 2006 30 Jahre alt, womit er der vom Kreml 2003 oktroyierten Verfassung Tschetscheniens zufolge auch offiziell Präsident der Republik werden und damit den bisherigen Strohhalm Alu Alchanow ablösen konnte.<sup>24</sup> Verschiedene Stimmen brachten den Mord an Politkowskaja mit diesem Umstand in Verbindung und vermuteten, dass man Kadyrow aus Anlass seines Geburtstages den Kopf seiner schärfsten Kritikerin auf einem Silbertablett servieren wollte. Das klingt nur in westeuropäischen Ohren nach einer kuriosen Verschwörungstheorie, nicht aber für Kenner der Realität im heutigen Russland und der Symbolkraft bestimmter Tage und Ereignisse. So unternahmen russische Truppen gerade in der Neujahrsnacht 1994/95 einen Großangriff auf Grosny, weil man dem damaligen Verteidigungsminister General Pawel Gratschow, der am 1. Januar Geburtstag hat, eine eroberte tschetschenische Hauptstadt präsentieren wollte. Der Sturm scheiterte allerdings

kläglich an der ebenso geschickten wie entschlossenen Verteidigung der Tschetschenen, und etwa 1000 russische Soldaten – darunter 18jährige Wehrpflichtige, die bis dahin keine Waffe gesehen hatten – kamen um. Geburtstagskind Gratschow blieb somit ohne Geschenk. Jewgenij Kiseljow, einer der bekanntesten und bestinformierten Journalisten Russlands, hielt es für durchaus möglich, dass es im Kreis jener, die Politkowskaja gehasst hatten, »Speichellecker« gab, für die »ein Menschenleben eine Kopeke wert ist und die leicht anlässlich eines Feiertages oder Geburtstages (...) ihren Patronen ein solches blutiges Geschenk machen« könnten.<sup>25</sup>

Übrigens feierte genau am Tag der Ermordung Politkowskajas ein besonders prominenter Politiker Geburtstag: Wladimir Putin.

#### Anmerkungen

- 1 Anna Politkovskaja, *Russisches Tagebuch*, Köln 2007.
- 2 Allerdings dürften sich die Kommunisten (KPRF) gewundert haben, von Politkowskaja anlässlich des Ausgangs dieser Wahlen (die Kreml-Partei »Einheitliches Russland« siegte überlegen) als »moderateste, rationalste Kraft« und »Hoffnung aller Demokraten Russlands« bezeichnet zu werden (ebd., S. 22).
- 3 Bol'sinstvo rossijan »za« censuru na televidenii. Vserossijskij centr izucenija obščestvennogo mnenija, 1.9.2006, [http://wciom.ru/arkhiv/tematicheskii-arkhiv/item/single/3157.html?no\\_cache=1&cHash=0796633f5a&print=1](http://wciom.ru/arkhiv/tematicheskii-arkhiv/item/single/3157.html?no_cache=1&cHash=0796633f5a&print=1) (abgerufen 14.9.2007).
- 4 Viktor Chamraev, Rossijskuju vlast' izmerili v sekundach. Na ekranach federal'nych telekanalov. Kommersant', 28.4.2006, S. 3; 90% efira informacionnych teleprogramm posvjasceno pozitivnoj dejatel'nosti vlasti. NEWSru.com, 27.4.2006, [www.newsru.com/russia/27apr2006/doklad\\_print.html](http://www.newsru.com/russia/27apr2006/doklad_print.html) (abgerufen 16.9.2007).
- 5 Vgl. Martin Malek, Vom »Brief der 500« zum »Brief der 5000«. Ein Schlaglicht auf den Antisemitismus in Russland, [www.henryk-broder.de/fremde\\_federn/malek.html](http://www.henryk-broder.de/fremde_federn/malek.html) (abgerufen 13.9.2007).
- 6 Reporters Without Borders: Worldwide Press Freedom Index 2007, [www.rsf.org/article.php3?id\\_article=11715](http://www.rsf.org/article.php3?id_article=11715) (abgerufen 22.10.2007).
- 7 Global Press Freedom 2007, Freedom House 2007, S. 8ff, [www.freedomhouse.org/uploads/fop/2007/pfscharts.pdf](http://www.freedomhouse.org/uploads/fop/2007/pfscharts.pdf) (abgerufen 22.10.2007).
- 8 Angaben von Chefredakteur Dmitrij Muratow; nach: »Politkovskaya and Novaya Gazeta – An Interview«, 9.10.2006, <http://halldor2.wordpress.com/2006/10/09/politkovskaya-and-novaya-gazeta-an-interview/> (abgerufen 13.9.2007). Andere Zahlen liegen teilweise nicht unerheblich darunter.
- 9 Committee to Protect Journalists: Journalists killed: Statistics and background, [www.cpj.org/killed/killed\\_archives/stats.html](http://www.cpj.org/killed/killed_archives/stats.html) (abgerufen 12.9.2007).
- 10 Zitiert nach: Presseinformation der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche, 16.6.2007: Verschlossene Auster für Wladimir Putin, [www.netzwerkrecherche.de/](http://www.netzwerkrecherche.de/)

- dokumente2007/070616\_pm\_nr\_auster.pdf (abgerufen 22.10.2007).
- 11 Anna Politkovskaja, »Tak cto ze ja, podlaja, takogo delala?« In: Sonderausgabe der *Nowaja Gaseta*, die kurz nach ihrer Ermordung erschien, <http://politkovskaya.novayagazeta.ru/pub2/spec/anna-072dpi.pdf> (abgerufen 9.9.2007), S. 9.
  - 12 Zitiert nach: *Johannes Voswinkel*, »Man rät mir ab, in Restaurants zu essen« (Interview), *Die Zeit*, 7.12.2006, S. 73.
  - 13 Eric Bergkraut, »Aus einer anderen Zeit. Erinnerungen an Anna Politkowskaja«, *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe), 11.10.2006, S. 25.
  - 14 Anna Politkowskaja. Die russische Journalistin im Gespräch. ORF, <http://oe1.orf.at/highlights/67044.html> (abgerufen 12.9.2007).
  - 15 Ryklin, zitiert nach: »Moskva perestala prislusivatsja k mneniju Zapada«. Centr ekstremal'noj zurnalistiki sojuza zurnalistov Rossii, 20.10.2006, [www.cjes.ru/lenta/view\\_news.php?id=25902&year=2006&lang=rus](http://www.cjes.ru/lenta/view_news.php?id=25902&year=2006&lang=rus) (abgerufen 12.9.2007).
  - 16 Zitiert nach: Anna Politkovskaja: »Her Own Death, Foretold«, *Washington Post*, 15.10.2006, [www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/10/14/AR2006101400805\\_pf.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/10/14/AR2006101400805_pf.html) (abgerufen 12.9.2007).
  - 17 Zitiert nach: André Glucksmann, »Meine verwundbare Heldin«, *Die Zeit*, 7.6.2006, S. 4.
  - 18 »Spisok vragov russkogo naroda« ot nacional-patriotov, 3.4.2006, [www.demos-center.ru/news/10443.html?mode=print](http://www.demos-center.ru/news/10443.html?mode=print) 8 (abgerufen 10.10.2006).
  - 19 Staatsgäste: Rede von Wladimir Putin, Wortprotokoll der Rede am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag, [www.bundestag.de/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort.html](http://www.bundestag.de/geschichte/gastredner/putin/putin_wort.html) (abgerufen 12.9.2007).
  - 20 Zitiert nach: Anna Politkowskaja, »Termin mit dem Tod«, *Die Zeit*, 12.10.2006, S. 2.
  - 21 Vgl. Politkovskaja (Anm. 16).
  - 22 The Times: video pochiscenija s ucastiem prem'era Cecni Kadyrova moglo stat' pricinoy gibeli Politkovskoj. NEWSru.com, 16.10.2006, [www.newsru.com/russia/16oct2006/times\\_print.html](http://www.newsru.com/russia/16oct2006/times_print.html) (abgerufen 17.10.2006).
  - 23 Er kandidiert auf der Liste von Wladimir Schirinowskijs ultranationalistischer »Liberal-demokratischer Partei Russlands« (LDPR) für die Dumawahlen im Dezember 2007.
  - 24 Das geschah dann auch im Mai 2007.
  - 24 Vladimir Kara-Murza, »Segodnja strana i mir prostilis' s Anej Politkovskoj«, [www.svobodanews.ru](http://www.svobodanews.ru), 10.10.2006, [www.svobodanews.ru/Transcript/2006/10/10/20061010211541557.html](http://www.svobodanews.ru/Transcript/2006/10/10/20061010211541557.html) (abgerufen 16.9.2007).

*Nina Khrushcheva*  
 DAS JAHR DER ANGST  
 Russland nach Politkowskaja

Am 1. Oktober 2007 erklärte Präsident Putin, er werde für das Amt des russischen Ministerpräsidenten kandidieren. Sein Plan, von seiner Spitzenposition im Kreml zu der im Weißen Haus, dem Russischen Parlament, zu wechseln, machte endgültig klar, dass er nicht an Rückzug denkt und Russland nun auch offiziell eine Autokratie ist. Eine Autokratie, ausgerufen im 21. Jahrhundert, in dem die zivilisierte Welt diese Form der Regierung längst verurteilt und verabschiedet hat.

In dem einen Jahr, das seit Anna Politkowskajas Tod vergangen ist, sucht die Angst vor der Willkürherrschaft Russland neuerlich heim. Nachdem Nikita Chruschtschow in seiner »Geheimrede« von 1956 die Folgen von Josef Stalins Personenkult angeprangert hatte, konnte sich das Land langsam von der omnipräsenten Angst befreien – von der Furcht, etwas Falsches zu sagen, von der Furcht, den falschen Eindruck zu erwecken, von der Furcht, das falsche Buch zu schreiben...

Natürlich war das keine kontinuierliche Entwicklung. Breschnews autokratische Ära der 70er Jahre, die Zeit der »Stagnation«, war ebenfalls von Angst geprägt. Doch der allgemeine Trend in der russischen Gesellschaft war da: weg von der Autokratie, hin zur Demokratie – zu Offenheit, Freiheit und Liberalismus. Nach den 60er Jahren blieb die Überzeugung lebendig (und sei es auch nur in der Küche und geflüstert), dass wir eines Tages ein Land würden, in dem nicht alles von den Entscheidungen *eines* Mannes abhängt, sondern in dem der Rechtsstaat herrscht und anerkannt wird. Wir hofften, den Alptraum der Angst endgültig gegen den Traum einer freien und offenen Gesellschaft eintauschen zu können. Und wir kamen diesem Traum sehr nahe. Zuerst mit Michail Gorbatschows Perestroika der 80er Jahre, und dann, 1991, mit dem von Boris Jelzin besiegelten Zusammenbruch des Kommunismus.

Wie unvollkommen die Demokratisierungsversuche der beiden Reformen auch immer waren, sie haben die tiefsitzende Angst vor dem Staat ge-

nommen. Diese alte Angst wurde allerdings ersetzt durch eine neue: durch die Furcht, individuelle Entscheidungen zu treffen und die Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen. Doch waren diesmal die Erfolge und Niederlagen dem Einzelnen und nicht dem Staat zuzuschreiben.

Diese Freiheit vom Staat konnten wir bis zum Jahre 2000 genießen. Dann kam Putin an die Macht. Doch trotz all seiner Gegenreformen, vor allem der Beschneidung elementarer Freiheiten – der Pressefreiheit, der Unabhängigkeit richterlicher Gewalt und anderer Institutionen der Demokratie und Bürgergesellschaft – glaubten wir bis 2006 immer noch, frei zu sein.

Denn wenn, so dachten wir, Anna Politkowskaja offen schreiben konnte, was sie schrieb, mutig und rüchhaltlos – über den Krieg in Tschetschenien, über Korruption, über Auftragsmorde –, dann *müssen* wir immer noch frei sein... Doch der Mord an ihr hat gezeigt, dass Russland im Begriff ist, in Zustände zurückzufallen, wie sie vor 1956 herrschten, in einen absolutistischen Staat, der der Laune eines Mannes gehorcht.

Gewiss, es wäre unangemessen zu sagen, Putins Ära sei bedrohlicher als die Breschnews oder gar Stalins, aber es ist die, wie es scheint unaufhaltsame, Rückwärtsbewegung, die Angst macht. Nachdem wir den Kommunismus und den Gulag hinter uns gelassen haben, nachdem unserer Grenzen weitgehend offen sind und der Handel leidlich frei ist, wie konnte es geschehen, dass wir zum Ausgangspunkt zurückkehren? Dass wir wieder unter der Alleinherrschaft eines Mannes leben und wieder Repressionen befürchten müssen, wenn wir Kritik äußern oder seinem neuen Personenkult nicht frönen wollen?

Seit dem Tod von Anna Politkowskaja weiß jeder, der weiterhin öffentlich Kritik an Putin und seiner Politik äußert, dass er mit Rügen, Drohungen oder mit dem Tod zu rechnen hat. Fünfzig Jahre nach der Entstalinisierung hat die Angst Russland zurückerobert.

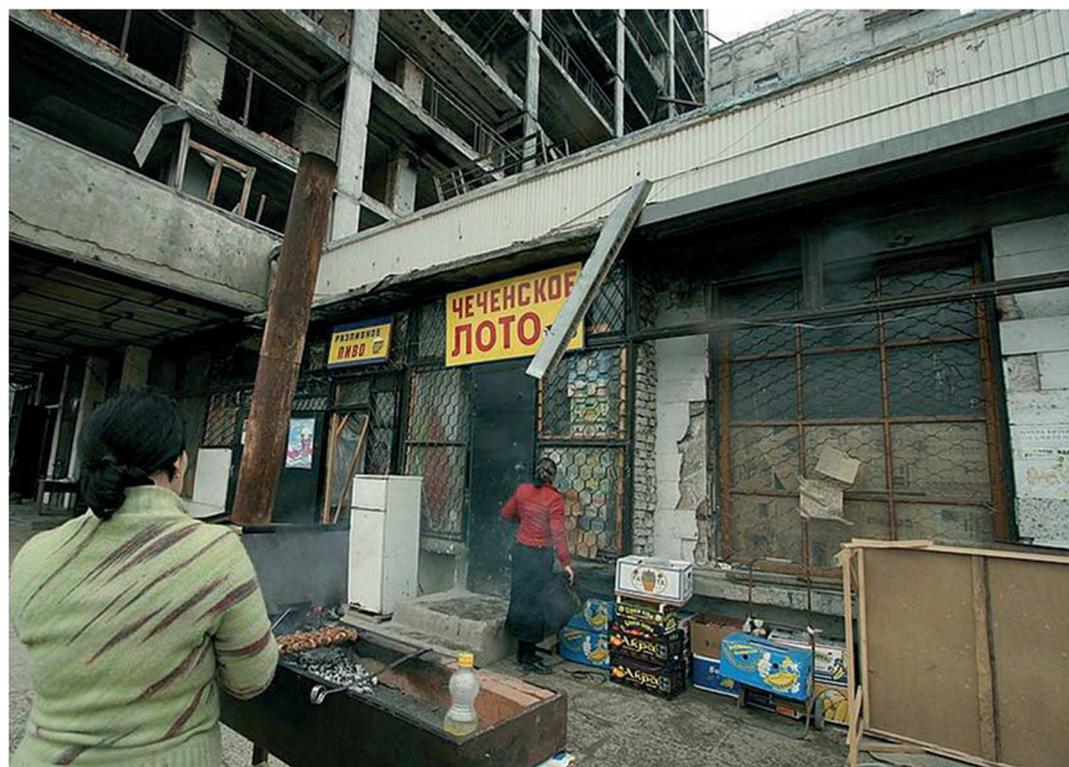
*Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller*



TSCHETSCHENIEN 2007



YULIA VISHNEVETSKAYA















*Joschka Fischer*  
EUROPA UND DER NAHE OSTEN\*

*Europa nach 1989 – eine verleugnete Erfolgsgeschichte*

Lassen Sie mich mit einigen Überlegungen zu Europa beginnen, bevor wir zum Nahen Osten kommen. Es ist merkwürdig: Wenn man sich Europa heute anschaut, hat man den Eindruck, je besser es den Europäern geht, je mehr es uns gelingt, die Herausforderungen der Zeit zu bewältigen, aber auch die Dämonen unserer Geschichte zu überwinden, desto weniger populär wird dieses Europa – vor allem in der jüngeren Generation. Im französischen Referendum hat die Mehrheit der Jungen mit »Nein« gestimmt, obwohl es doch um ihre Zukunft geht, obwohl doch gerade für sie dieses Europa eine ungebrochene Attraktivität haben sollte.

Gewiss, es gibt populistische Argumente gegen Europa. Aber gerade eben, auf dem Weg hierher, sagte mir Krzysztof Michalski: »Der bürokratische Wasserkopf in Brüssel ist gerade einmal die Hälfte dessen, was es an Verwaltung hier in Wien gibt.« Bei aller Kritik – und nichts in einer Demokratie, keine Institution und keine Person, stehen jenseits der Kritik – müsste ein Blick in die Geschichtsbücher (und nicht nur in die fernere, sondern auch in die nähere Geschichte) uns doch eigentlich lehren, was die Alternativen zu Europa sind. Dennoch: Euroskeptizismus allenthalben – Europa stößt heute in den alten wie in den neuen Mitgliedsstaaten auf Ablehnung. Und deswegen lassen Sie mich mit diesem Europa beginnen.

Welche Bedeutung hat die europäische Erweiterung – und wie wenig populär ist sie! Erinnern wir uns nur an das Jahr 1989 – oder gehen wir noch weiter zurück: Ich möchte meine Generation daran erinnern, dass die Welt, in die wir nach dem Krieg oder gegen Kriegsende hineingeboren wurden, eine geteilte Welt war. Europa war geteilt, Berlin war geteilt. Die Österreicher hatten das große Glück einer weisen politischen Führung,

\* Dem Beitrag liegt die Jan Patočka-Gedächtnisvorlesung zugrunde, die der Autor 2006 auf Einladung des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen in Wien gehalten hat.

die in den fünfziger Jahren mit dem Staatsvertrag eine dauerhafte Teilung Österreichs abwehren konnte.

Aber nicht weit von Wien, Richtung Pressburg oder Richtung Norden, war die Welt zu Ende. Ich lebte damals in Frankfurt. Hundert Kilometer östlich von Frankfurt endete meine Welt, und es begann eine völlig andere. Die Menschen jenseits von Mauer und Stacheldraht lebten unter der kommunistischen Diktatur. Das war die zweigeteilte Welt des Kalten Krieges. Österreich war neutral, aber wenn es tatsächlich zu einem heißen Krieg gekommen wäre in diesem kalten Krieg, dann hätte es sich nicht heraushalten können. Dazu sind die räumlichen Zusammenhänge hier viel zu eng. In jener Zeit hatten wir die größte Anhäufung von Militär in Ost und West, von Nuklearwaffen, von konventionellen Waffen. Die Militärbudgets stiegen mit jedem Jahr. Wir lebten auf einem waffenstarrten Kontinent und mit dem Risiko einer Eskalation in einen heißen Krieg.

Diese Realität ist 1989, sozusagen über Nacht, verschwunden. Europa hat damit eine unglaubliche Chance erhalten, nämlich die Chance, ein Kontinent des Friedens zu werden – wenn es denn gelingt die Interessen aller seiner Nationen zusammenzuführen. Was keine einfache Aufgabe ist. Glauben Sie mir, wenn ich bei den endlosen Verhandlungen in Brüssel saß, habe ich mir mehr als einmal gesagt: »Das hältst Du nicht mehr aus!« Aber wenn man dann sieht, dass Nachbarn zusammensitzen, die für die zu verhandelnden Fragen in der Vergangenheit gegeneinander auf die Schlachtfelder gezogen sind, dann begreift man erst den großen Fortschritt, den dieser friedliche Interessenausgleich mit sich bringt. Und gerade wir in der Mitte Europas hatten alles andere als eine glückliche Geschichte. Das mag für Großbritannien, für Skandinavien anders gewesen sein. Aber hier in der Mitte Europas bedeutet die Frage des Friedens sehr, sehr viel – um nicht zu sagen: fast alles.

Die Idee, in Europa nicht mehr auf ein System der »balance of power«, sondern auf Integration zu setzen, heißt keineswegs, die Nationen und die Nationalitäten zu überwinden! Wer dieses wollte, würde in Europa scheitern, und ich meine, zu Recht. Wir haben unsere unterschiedlichen Sprachen, Geschichten, Kulturen – all das ist Teil von Europa, und solange diese Vielfalt nicht zu Nationalismus führt, ist es ein sehr konstruktiver, sehr wichtiger, sehr positiver Teil. Wenn man Europa so sieht, dann ist die Chance groß, auf dem Weg des Interessenausgleichs mittels gemeinsamer

Institutionen den Integrationsprozess fortzusetzen, ohne einen europäischen Superstaat zu schaffen.

Wenn Sie die heutige Situation sehen, nach dem Ende des Kalten Krieges, wenn Sie sich Europa von außen anschauen, wenn Sie gleichzeitig die internationale Entwicklung analysieren, dann kann man sich nur wundern, dass es in Europa gegenwärtig so populär ist, gegen Europa zu sein. Ist es nicht befremdlich, mit welchem Erfolg es in den jeweiligen Innenpolitiken – und ich nehme da kein Land aus – möglich ist, mit antieuropäischen Stimmungen Wahlen zu gewinnen und Europa damit zu blockieren? Als wenn man damit etwas Gutes täte, als wenn man damit nicht seinen eigenen Interessen schaden würde!

Das macht ein Blick in unsere Nachbarschaft sofort klar, und nicht nur im Hinblick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Alle hier im Saal werden sich noch an das auseinanderbrechende Jugoslawien Anfang der neunziger Jahre erinnern. Das haben wir alle, die wir hier sitzen, miterlebt, miterlitten – es gehört zu unserem Erfahrungshorizont. Als Mauer und Stacheldraht gefallen waren, wurden Dinge wieder virulent, die lange durch den Kalten Krieg unterdrückt waren. Alles hatte in Titos Jugoslawien bereits existiert und bot in der Folge kaum eine Überraschung. Die nationalen bzw. nationalistischen Widersprüche, all das gab es schon vorher, aber sie konnten in den Zeiten des Kalten Krieges nicht ausgetragen werden, weil eine Veränderung der Position Jugoslawiens damals einen Vorteil für eines der beiden großen Lager gebracht haben würde oder hätte bringen können und daher nicht zugelassen wurde.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Verschwinden der Sowjetunion kehrte der Krieg auf den Balkan zurück. Er hat uns einmal mehr gelehrt zu begreifen, dass Nationalismus nichts ist, was der europäischen Wesensart fremd ist. Wir werden ihn überall finden. Er ist, wenn Sie so wollen, die Nachtseite der europäischen Identität, wie sie sich individuell ausgeprägt hat bei den verschiedenen Völkern. Wir mussten nach dem Zerfall Jugoslawiens erleben, dass in Europa plötzlich wieder Grenzen mit Blut gezogen wurden, dass Massenvertreibung, Massenvergewaltigung, Massenmord wieder an der Tagesordnung waren. Österreich hat damals sehr viele Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien, vor allem aus Bosnien aufgenommen; in Deutschland waren es zweihundertfünfzigtausend.

Ich habe selbst als Außenminister erlebt, wie wichtig es war, dass diesem blutigen Nationalismus Einhalt geboten wurde. Dabei habe ich mich

unendlich schwergetan mit meiner Meinung, denn ich war, wie die meisten Grünen, in Anbetracht unserer Nationalgeschichte der Gewaltfreiheit verpflichtet. Aber nach Srebrenica, dem größten Massenmord nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, war für mich klar, dass das Prinzip der Gewaltfreiheit nicht rechtfertigen kann zuzuschauen, wenn so großes Unrecht geschieht. Es war ein schmerzhafter Prozess für mich – das will ich gar nicht verhehlen –, aber es musste eingeschritten werden. Allerdings hat das Einschreiten allein nicht genutzt. Vielmehr musste den betroffenen Nationen zugleich die europäische Perspektive eröffnet werden. Und dieser Anreiz wird heute oft unterschätzt.

Viele Länder, die für einen EU-Beitritt kandidierten oder kandidieren, haben immer wieder hören müssen: »Ja, ihr seid Europa, aber ihr gehört eigentlich nicht dazu, bleibt draußen.« Gegen den Beitritt Rumäniens und Bulgariens, Albaniens oder Mazedoniens gibt es starke Reserven. Ich will das gerade hier in Wien noch einmal unterstreichen, wo es so enge historische Beziehungen zu dieser Region gibt. Wir werden eine Lektion neu zu lernen haben, die in den neunziger Jahren bereits einmal gelernt wurde: Es kann kein Europa der Integration geben und daneben ein »Zwischeneuropa«, das hin und her schwankt zwischen den Frustrationen, den Enttäuschungen über Brüssel und den gebrochenen Worten der Europäer auf der einen Seite und nationalistischen Verführungen auf der anderen.

Das ist doch die Konsequenz, die wir aus den neunziger Jahren lernen müssen: Wir können nicht unter zwei Prinzipien leben, wenn wir in Frieden leben wollen. Wir werden also diesen wichtigen, mühseligen Weg der Integration auch dieser Region – selbst wenn es lange dauert – im eigenen Interesse weitergehen müssen. Und wer meint, das wäre zu teuer, der scheint die Rechnung nicht wirklich zu kennen, der scheint nicht zu wissen, was das Auseinanderbrechen Jugoslawiens moralisch, an Menschenleben, aber auch an Zerstörung von Eigentum und den sich daraus ergebenden Kosten – auch für Ihr Land, für Österreich – tatsächlich bedeutet hat. Der moralische Preis allein wäre schon Grund genug, dass man diese Lektion beherzigt.

Wir Europäer müssen lernen – und offensichtlich ist das sehr schwer –, dass wir als Deutsche, als Österreicher, als Polen, als Franzosen neben unseren je eigenen Traditionen und Interessen zunehmend gemeinsame Interessen haben. Und diese gemeinsamen Interessen müssen sich artikulieren

können. Sie müssen auf dem Wege des Kompromisses zusammenfinden und sich dann in einer gemeinsamen europäischen Politik umsetzen.

### *Europas schwierige Nachbarschaft*

Wir haben es ja selbst erlebt: Unsere Nachbarschaft war schon immer schwierig. In Zeiten des Kalten Krieges war es die große Sowjetunion, vor der alle Angst hatten, zu Recht. In der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges war es der Balkan, mit all seinen Konflikten, die eingefroren waren und dann aufbrachen, und wo Europa zu spät und am Anfang falsch reagiert hat – ich nehme mich da gar nicht aus. Unsere Nachbarschaft wird unser Problem bleiben. Europa ist keine Insel. Im Folgenden möchte ich Sie, als europäische Bürgerinnen und Bürger, mitnehmen in eine Analyse der Herausforderungen, die sich aus dieser Situation heute ergeben, ob es uns gefällt oder nicht. Welche Entscheidungen wir treffen, wird über die Kosten, wird über die Konsequenzen entscheiden. Aber entscheiden werden wir müssen.

Inwiefern ist unsere Nachbarschaft eine Herausforderung? Im Norden ist die Grenze Europas relativ einfach zu definieren: es ist der Nordatlantik. Im Westen ist es der Atlantik, im Süden das Mittelmeer, das uns kaum von einem großen Nachbarn trennt, der Afrika heißt. Im Namen der historisch-moralischen Verantwortung der Europäer, vor allem aber im Namen unserer gemeinsamen Interessen dürfen wir diesen Kontinent nicht vergessen. Andere mögen ihn vergessen, wir aber können uns das gar nicht erlauben, denn unsere geopolitische Lage wird sich nicht ändern. Wenn das große Afrika anfängt, seine Konflikte zu exportieren – und Sie sehen Beispiele dafür ja bereits regelmäßig im Fernsehen – dann wird das Mittelmeer nicht tief und breit genug und werden die Mauern, nach denen dann gerufen wird, nicht hoch genug sein, um diese Probleme zu lösen.

Im Osten war Europa, seit sich dieser Begriff in der Antike entwickelte, nie definiert. Dort war die Zugehörigkeit immer Sache einer politischen, einer kulturelle Entscheidung. Wir stehen ja noch unter dem Eindruck des Kalten Krieges und der Bedeutung, die Russland für die europäische Sicherheit – im Guten wie im Schlechten – hat. Russland ist ein europäischer Nachbar, Russland hat europäische Wurzeln, aber Russland ist zu groß, es hat keine europäische Dimension, es stellt eine Dimension für sich dar.

Doch zwischen Russland und uns liegen Weißrussland, die Ukraine, Moldawien. Die Orange Revolution in Kiew hat gezeigt, worum es geht: zuerst und vor allem um die Demokratie, um die Frage, ob dem Selbstbestimmungsrecht in freien und geheimen Wahlen Geltung verschafft werden kann oder ob sich in Europa wieder das Prinzip der Einflusszonen durchsetzt. So wichtig ein gutes Verhältnis zu Russland für uns ist und bleibt, das neue Europa, das Europa der Integration, darf nicht zulassen, dass wir zurückfallen in Einflusszonen.

Darin liegt auch das Geheimnis der Osterweiterung: Nicht nur uns, sondern auch unserem großen Nachbarn Russland klarzumachen, dass die Balten, die Polen, die Slowaken, die Ungarn, dass sie alle zu Europa gehören. Das müsst ihr akzeptieren, daran werdet ihr euch gewöhnen müssen! Diese klare Grenzziehung ist meines Erachtens von entscheidender Bedeutung. Aber das heißt auch in der Konsequenz – und mir ist klar, das ist nicht sehr populär –: Wir dürfen die Tür für die Ukraine nicht verschließen, auch nicht für Weißrussland und Moldawien. Nicht dass ich der Meinung wäre, wir sollten ein Angebot machen. Aber das Selbstbestimmungsrecht frei ausüben zu können und sich entscheiden zu können, darum geht es.

Damit wird klar, welche politische, auch außenpolitische Bedeutung die Erweiterungspolitik in Europa immer schon hatte. Erweiterung ist heute vielleicht das Unpopulärste, was es in der Europäischen Union gibt – und zugleich das Wichtigste. Und wenn das, was ich in meiner Analyse vorgetragen habe, stimmt, dann wird das Thema Erweiterung noch für eine ganze Weile das Wichtigste bleiben. Unser Verhältnis zu Russland müssen wir bestimmen auf der klaren Grundlage, dass wir feste strategische Beziehungen brauchen, dass wir aber auf der anderen Seite nicht zu einer Politik der Einflusszonen und zu imperialem Denken zurückkehren können und dürfen. Es mag weit weg für Sie klingen, aber wenn der Fall einträte, dass sich dieses Denken wieder durchsetzt an den europäischen Grenzen, dann würde sich unsere Sicherheitssituation ganz fundamental verändern. Und das sollte eine kluge Politik vermeiden.

### *Der Nabe Osten und die Modernisierungsblockade*

Nun komme ich zu unserer Nachbarschaft jenseits des Balkans, jenseits des Mittelmeers, und hier vor allen Dingen zum Nahen und Mittleren

Osten. Ich will es hier offen sagen: Es ist der Raum, dessen Entwicklung mir unter europäischer Perspektive die größten Sorgen macht. Angesichts der Entwicklung dort möchte man fast die Hände ringen über die Tatsache, dass Europa in seinem Integrationsprozess nicht weiter gekommen ist. Wenn man sich die europäische Geschichte anschaut, dann weiß man, welche Bedeutung der Nahe Osten für die europäische Sicherheit hat – gerade hier in Wien, in Österreich mit seiner Geschichte. Wir können den Kopf in den Sand stecken und sagen: »Dieses will ich nicht, jenes will ich nicht, die Türkei gehört nicht zu uns«, und so weiter, und wir können auch entsprechend entscheiden. Aber den Konsequenzen werden wir nicht entgehen können. Darüber möchte ich heute zu Ihnen sprechen.

Erinnern wir uns zunächst daran, dass wir eine starke Zuwanderung aus dem Nahem Osten hatten. In Deutschland waren es in den sechziger Jahren christdemokratisch geführte Regierungen, die die Grenzen öffneten, und in den siebziger Jahren dann sozialliberale Regierungen, und zwar aus Gründen, die mit dem Arbeitsmarkt zusammenhingen. Ich möchte das hier nur feststellen, nicht kritisieren.

Heute, in einer Zeit der Globalisierung, können wir uns als unmittelbare geopolitische Nachbarn nicht mehr vom Nahen und Mittleren Osten abgrenzen – eine Region, die sich durch alte regionale Konflikte auszeichnet. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist nur einer davon. Was sonst kennzeichnet diese Region? Geringes Wachstum, geringe Investitionstätigkeit, ein schwach entwickelter Handel, hohes Bevölkerungswachstum, ein nahezu völliges Fehlen von Strukturen kollektiver Sicherheit, ein hohes Maß an Anfälligkeit für Radikalismus und Terrorismus, und vor allen Dingen Staaten und Grenzen – mit der Ausnahme des Irans und Ägyptens –, die alle jüngeren Datums sind, die meisten erst nach 1918 gezogen. Ein weiteres Merkmal sind die unterschiedlichen religiöse Strömungen mit ihrem Konfliktpotential – wir erleben das gerade zwischen Schiiten und den Sunniten im Irak. (Uns Europäern sind solche Differenzen und auch deren politische Aufladung ja keineswegs fremd. Wir brauchen nur in unsere eigene Geschichte zu schauen, in die Geschichte des christlichen Abendlandes, um zu sehen, wieviel Gewalt zwischen den verschiedenen Religionen, zwischen den Kirchen des Christentums freigesetzt wurde.) Darüber hinaus zeichnet sich die Region des Nahen Ostens durch ethnische Konfrontationen aus. Auch hier muss man den Irak nennen: Die Kurden sind Sunniten, aber sie sind keine Araber.

Und all das ist eingebettet in eine Situation mit geringem Wachstum und einer sehr jungen Bevölkerung – die Hälfte ist unter achtzehn Jahre alt.

Spätestens seit dem 11. September 2001 müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Globalisierung zwei Seiten hat. Als ich 1998 ins Amt kam, war Afghanistan etwas für die Experten und für die humanitären Hilfsorganisationen und -referate in den Außenministerien, beim internationalen Komitee des Roten Kreuzes, bei den Vereinten Nationen. Jeden Winter hat der Tod dort eine blutige Ernte gehalten, vor allen Dingen unter den Schwächsten, den Alten und den Neugeborenen. Aber es war nichts zu machen. Die Taliban-Regierung interessierte nicht, wie viele starben; ökonomischer Druck wirkte bei ihr nicht; niemand war bereit, militärisch einzugreifen. Die Tragödie in Afghanistan hat ihren Ursprung in der Zeit des Kalten Krieges, in den siebziger Jahren, als die kommunistische Partei die Macht übernahm, und dann Ende der siebziger Jahre, Anfang der achtziger Jahre die Sowjetunion dort intervenierte und das Kräfteverhältnis zwischen dem Westen und dem Osten durch militärische Besetzung verschob. Dann begann ein Befreiungskrieg, islamistisch gestützt und unterstützt vom Westen, den USA. Als die Sowjetunion abgezogen und der Kalte Krieg zu Ende war, verloren die großen Mächte – auch Europa, das selber nie direkt aktiv engagiert war – ihr Interesse. Es begann ein furchtbarer Bürgerkrieg. Dieser Bürgerkrieg schien über viele Jahre eine Angelegenheit der Afghanen und der regionalen Mächte zu sein.

Und damit komme ich zur Globalisierung. Goethe sagte noch: »Wenn hinten, weit, in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen...« »Weit hinten« – das gibt es heute, in unserer globalisierten Welt, nicht mehr. Was wir feststellen mussten, ist, dass Afghanistan die Basis für einen islamistischen Terrorismus wurde, der in seiner Menschenverachtung dann in aller Brutalität am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, in New York und in Washington, zugeschlagen hat. Das ist die neue Herausforderung vor der wir stehen. Ich darf Sie auch an den 11. März 2004 erinnern – und ich nehme an, Ihnen hier in Österreich ist es nicht anders ergangen als mir damals –, als die Bomben in Madrid explodierten und die erste Frage war: War es die Eta oder waren es die Islamisten? Und es war klar: Wenn es die Islamisten sind, dann sind wir als Europäer alle gemeint. Das sollten wir nicht vergessen.

Wir haben also erfahren müssen, dass Globalisierung auch bedeutet, dass neue Sicherheitsrisiken entstehen, und dass Sicherheit auch bedeu-

tet, dass man sich um seine Nachbarschaft wird kümmern müssen. Und zwar am besten nicht militärisch, sondern indem Entwicklungschancen gegeben werden. Ich halte nichts von der Gleichung Armut gleich Terror. Die Terroristen des 11. September gehörten zur Mittelschicht oder zur Oberschicht, das waren keine armen Leute; sie kannten den Westen sehr gut und lebten unter uns. Das Problem geht sehr viel tiefer. Aus meiner Sicht bedeutet Sicherheit im 21. Jahrhundert, in einer Welt der Globalisierung, zu begreifen, dass wir investieren müssen, und zwar gar nicht so sehr ökonomisch (natürlich auch ökonomisch dort, wo es notwendig ist), sondern in Entwicklung, in Entwicklungsbereitschaft, um Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen. Das gilt vor allem in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, wo das Risiko besteht, dass wir zu den Hauptbetroffenen gehören.

So ist, meine ich, die Lage im Nahen und Mittleren Osten aus europäischer Sicht zu analysieren. Meine These ist, dass die Ursache der hier skizzierten Entwicklungen – die sehr differenziert sind, Terrorismus ist nur ein Element – letztendlich eine Modernisierungsblockade ist. Und zwar nicht nur eine ökonomische Modernisierungsblockade, sondern auch eine kulturelle, eine Blockade der gesellschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Eine Modernisierungsblockade, die auch bedeutet, dass man an Entwicklungsprozessen nicht teilhat, sondern dass man sie – ob zu Recht oder nicht – als etwas von außen Aufgestülptes wahrnimmt. Eine Blockade auch, die verhindert, Gemeinsamkeiten so zu entwickeln, dass Konflikte überwunden werden können. Wenn aber die Modernisierungsblockade die entscheidende Herausforderung ist, dann wird es nicht reichen, dass man abwartet oder militärische Mittel einsetzt. Man wird vielmehr beizeiten versuchen müssen, die Verknotungen so aufzulösen, dass es nach Möglichkeit zu keiner militärischen Aktion kommt.

### *Irak und Iran*

Ich habe Ihnen vorhin am Beispiel des Balkans illustriert, was ich zu lernen hatte, nämlich dass militärische Maßnahmen als letztes Mittel nicht auszuschließen sind. Meine Biografie ist ja bekannt, man bezeichnet mich zu Recht als 68er. Es gab damals die linksradikale Überzeugung, man könne mit dem Einsatz von Gewalt Gutes tun. Ein großer Irrtum! Ich hätte ich nicht gedacht, dass die wichtigste Macht nach dem Ende des Kalten

Krieges, die Vereinigten Staaten von Amerika, im Nahen Osten, im Irak, genau eine solche Politik einsetzen würde. Denn der eigentliche Kern des Irakkrieges war ja der Glaube daran, dass durch den Sturz von Saddam Hussein eine positive Kettenreaktion im Nahen und Mittleren Osten initiiert würde, die zur Demokratisierung führt und zum Aufbrechen der Modernisierungsblockade.

Wir haben uns von Anfang an gegen diese Politik gewandt – nicht, weil wir ein Wahlkampfthema suchten, das ist sie erst später geworden. Der entscheidende Grund war etwas anderes. Wir haben mit unseren amerikanischen Freunden damals diskutiert, ob denn die amerikanische Bevölkerung tatsächlich weiß, was der Kern dieser Politik ist, und ob sie auch bereit ist, den Preis dafür zu entrichten – die Langfristigkeit, aber auch die Härte der Intervention. Wir waren der Meinung, dass die Mehrheit der Amerikaner nicht dazu bereit sein würde. Wir haben unsere Freunde gefragt, wie man verhindern will, dass man mit guten Absichten ein Vakuum schafft, im Zentrum des Nahen Ostens? Ein solches Vakuum würde unvermeidlich die Interessen der Regionalmächte hereinziehen und zu einer entsprechenden Freisetzung von Konflikten und Gewalt führen. Wir fragten sie, wie man verhindern will, dass in diesem Vakuum eine Regionalmacht namens Iran massiv gestärkt wird, ja am Ende als der eigentliche Gewinner dieses Konfliktes dasteht? Auf alle diese Fragen haben wir keine befriedigende Antwort erhalten.

Mir geht es nicht darum, recht behalten zu haben. Sie können mir glauben, ich wollte, wir hätten uns geirrt. Es geht auch nicht um diplomatische Finten, denn egal aus welchen Gründen der Irakkrieg geführt wurde, die Konsequenzen werden alle zu tragen haben, und vor allem die Europäer, da wir uns nun einmal in unmittelbarer geopolitischer Nachbarschaft befinden.

Wenn wir heute auf den Nahen und Mittleren Osten schauen und auf die Sicherheitsrisiken, denen wir gegenüberstehen, so ist für mich der Irak eine der ganz großen Herausforderungen. Was wird aus dem Irak? Wird er definitiv in den Bürgerkrieg abrutschen? Wird er zerfallen? Werden die USA gehen und ein Vakuum hinterlassen, das andere auffüllen? All das sind Fragen, die zur Stunde nicht entschieden sind. Wenn ich mir die Entwicklung der vergangenen Jahre anschau – und ich sage es nochmals: nie, nie habe ich mir so sehr gewünscht widerlegt zu werden –, dann allerdings ist zu großer Sorge Anlass.

Wir werden uns geopolitisch aus dieser Region, unserer Nachbarregion, nicht verabschieden können. Sie wird unsere Nachbarregion bleiben. Eine der unmittelbaren Wirkungen des Irakkrieges – ich selbst habe das im Amt erlebt –, ist natürlich, dass der Iran sich massiv gestärkt fühlt. Hier entsteht eine neue Herausforderung. Denn der Iran sieht sich heute in einer Rolle, die es ihm erlaubt, mit seinem Nuklearprogramm Ernst machen zu können. Nun werden Sie sagen: Warum soll der Iran nicht, wie andere auch, über Nuklearwaffen verfügen?

Vielleicht erinnern Sie sich an den Terroranschlag gegen das indische Unionsparlament im Dezember 2001. Das war, abgesehen von den zu beklagenden Toten und Verletzten, ein unglaublicher Angriff auf das Land, eine gezielte Demütigung. Uns wurde damals klar – mit »wir« meine ich die Außenminister der wichtigsten westlichen Mächte –, wie nahe plötzlich eine militärische Eskalation war, wie rapide religiöser Hass, nationale Rivalität und Feindschaft in Verbindung mit Terror und dem Besitz von Kernwaffen die nukleare Einsatzschwelle in den Köpfen der Akteure senken kann.

Wenn nun eine weitere Macht im Nahen Osten nach dem Besitz von Kernwaffen strebt, so muss das vor dem Hintergrund gesehen werden, dass in der gesamten Region nicht *ein* Konflikt gelöst ist. Dort herrscht nicht die Logik der Supermächte, dort gibt es nichts dem erkalteten Frontverlauf von 1945 Vergleichbares, es gibt keine eindeutigen Herrschaftsgebiete. Auch angesichts der Metzeleien unter den Aufständischen in Budapest 1956 war es völlig klar, dass die Westmächte nicht eingreifen würden. Das war das Gesetz des Kalten Krieges. Diese Rationalität der Abschreckung – die ich nicht teile, die aber eine Rationalität war –, werden Sie im Nahen und Mittleren Osten, unserer Nachbarregion, nicht finden. Was Sie dort finden, sind all die ungelösten Probleme. Iran als Nuklearmacht würde einen nuklearen Rüstungswettlauf auslösen. Was werden die Türken, die direkten Nachbarn des Iran, machen? Was Saudi-Arabien? Was Ägypten? Jetzt werden Sie fragen: Was geht uns das an? Da kann ich Ihnen nur sagen: Ein nuklearer Rüstungswettlauf im Nahen und Mittleren Osten wird ganz unmittelbar unsere Sicherheit tangieren und uns in einem Maße herausfordern, wie sich das die meisten heute noch gar nicht vorstellen können.

Irans nukleare Ambitionen und die Situation im Irak – und zwischen beidem besteht eine enge Verbindung –, das sind die größten Herausfor-

derungen, mit der es die internationale Politik gegenwärtig zu tun hat. Ob die USA durchhalten? Ich weiß es nicht. Sie sind inzwischen in einer Lage, in der es schwierig ist, etwas richtig zu machen. Beides, Bleiben oder Gehen, hat negative Konsequenzen. Das weiß man in Teheran, und deswegen wird jetzt so hoch gepokert.

### *Europas Schwäche*

Lassen Sie mich zu Europa zurückkommen. Eigentlich wäre dies die Stunde, in der Europa seine ganze »soft power« ausspielen müsste. Eigentlich wäre dies die Stunde, wo wir nicht länger über polnische, österreichische, deutsche oder welche partikularen Interessen auch immer reden, weil wir alle gemeinsam und im gleichen Maße betroffen sind. Es ist eine europäische Herausforderung, vor der wir stehen.

Nur, in welchem Zustand befindet sich dieses Europa? Das »Nein« zum Verfassungsentwurf, das französische »Nein« und im Anschluss daran das niederländische, die Umfragen in den Mitgliedsstaaten, die eine Abkehr von Brüssel zeigen, die Angst vieler Politiker in den nationalen Regierungen, ihre Wahlerfolge durch eine zu positive EU-Haltung zu gefährden – all das führt zu einem Europa der Schwäche. Wir reden hier aber über essentielle Interessen aller europäischen Bürgerinnen und Bürger. Und denken Sie nicht, ich sei hierher gekommen, um Sie in die Geisterbahn des Nahen Ostens mitzunehmen und ihnen Angst zu machen, damit Sie endlich ordentliche Europäerinnen und Europäer werden. Meine Sorge ist vielmehr, dass es schon zu spät ist, wenn die Menschen in Europa endlich die gegenwärtige Herausforderung verstehen.

Das gilt umso mehr, als das weitere Engagement der USA in der Region weitgehend offen ist. Welche Alternativen werden die Präsidentschaftswahlen 2008 eröffnen? Die Amerikaner haben die Option des Rückzugs, die Option nicht einer völligen, aber doch erheblichen Reduzierung des Engagements. Wenn Sie meinen, dass uns das beruhigen sollte, dann möchte ich Sie vor einer solchen Illusion warnen. Denn die USA sehen sich gleichzeitig vor einer zweiten großen internationalen Herausforderung: vor dem Aufstieg von Megaökonomien wie Indien und China – eine Größenordnung, die die Weltwirtschaft bisher noch nicht kannte. Durch diese Entwicklung werden die USA mehr und mehr in den pazifischen Raum gezogen. Und wenn sie dann noch, aufgrund der

negativen Erfahrungen, die sie im Irak gemacht haben, ihr Engagement lockern, dann steht Europa plötzlich allein da und muss selbst für seine Sicherheit sorgen.

Und wie? Ist Europa darauf vorbereitet? Europa verfügt über eine Menge positiver Erfahrungen und Fähigkeiten: Wir wissen, wie man Nationen baut, wie man Konflikte überwindet, wie man Institutionen schafft, die Interessen ausgleichen können, wie man Sicherheit auf Kooperation gründet. Aber sind wir auch in der Lage, dieses reiche Repertoire für die Schaffung einer gemeinsamen Außenpolitik zu nutzen? Haben wir dazu die Instrumente und Institutionen? Sind wir auch stark genug, dass wir all diejenigen, die böswillige Absichten haben, so beeindrucken, dass sie ihre Absichten nach Möglichkeit erst gar nicht verfolgen? Das sind die entscheidenden Fragen, die Sie als Bürgerinnen und Bürger – gleich, in welchem Mitgliedsstaat – alle betreffen werden.

Als Putin mit den Gaslieferungen spielte, waren wir alle – quer durch Europa – sofort alarmiert, und der Ruf nach einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik wurde laut. Es war Winter, wir alle wissen, dass unser Gas aus Russland kommt. Doch angesichts der Mischung aus Regionalkonflikten, wegrutschenden Staaten, Nuklearpolitik des Iran und Terrorismus meinen viele, wir könnten uns den Luxus erlauben, gegen Europa zu sein, ein schwaches Europa zu haben.

### *Die Türkei*

Ich habe gesagt, der Kern der Problematik im Nahen Osten sei eine Modernisierungskrise. Ich war im März 2006 auf einer Konferenz in Washington mit Europäern, Amerikanern und Wissenschaftlern aus dem Nahen Osten, aus den arabischen Ländern und dem Iran. Alle waren sich dort einig, wie wichtig es sei, dass es der Türkei gelingt, Modernisierung mit einer demokratischen islamischen Politik zu verbinden. Auch hier kann ich Ihnen nicht ersparen, etwas zu sagen, das vielleicht noch unpopulärer ist als manche meiner vorhergehenden Bemerkungen. Stellen Sie sich vor, wir hätten die Tür für die Verhandlungen mit der Türkei – und ich nehme an, sie werden eher zwanzig als zehn Jahre dauern – im Oktober 2005 zugeschlagen. Ob die Türkei es am Ende schafft, weiß ich nicht, niemand kann das heute wissen. Als Befürworter dieses Prozesses sage ich Ihnen, am Ende wird eine echte Entscheidung stehen müssen, in Europa, aber

auch in der Türkei. Stellen Sie sich also vor, wir hätten im Oktober den Türken abgesagt, nach 42 Jahren.

Unter Walter Hallstein, dem ersten EU-Kommissar haben Griechenland und die Türkei parallel die Assoziationsverträge abgeschlossen, innerhalb weniger Monate. Hallstein gehörte nicht den Grünen an, sondern der CDU, er war unter Adenauer Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Bonn, ein überzeugter Europäer, der erste Kommissionspräsident. Hallstein hat 1963 in Ankara eine Rede gehalten, in der er die Vollmitgliedschaft versprochen hat, und zwar aus Gründen, die im Kalten Krieg lagen, das will ich Ihnen nicht verhehlen. Warum wurde die Türkei denn in die NATO geholt? Warum in den Europarat? Weil man sie brauchte. Weil die Türkei die Südflanke der NATO gegen die Sowjetunion absicherte. Damals lag die Türkei am Rande. Wenn meine Analyse richtig ist, dann wird sie in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts für die europäische Sicherheit allerdings im Zentrum stehen.

Schauen wir uns die heutige Lage doch an: Im Iran wurde ein radikaler Präsident gewählt, im Irak haben die Wahlen die ethnisch-religiösen Differenzen eher verstärkt, in Palästina hat die Hamas einen Erdrutschsieg davongetragen, in Ägypten – bei nicht freien Wahlen, bei sozusagen »regulierten« Wahlen – haben die Kandidaten der Muslimbrüder erstaunlich gut abgeschnitten – nein, eigentlich nicht erstaunlich gut, sondern sehr gut, denn erstaunt hat es niemanden. Und auch die freien und geheimen Wahlen in verschiedenen anderen arabischen Ländern zeigen, dass sich der Trend zu den Radikalen und Radikalreligiösen durch die gesamte Region zieht.

Wenn wir angesichts dieser Situation der Türkei gesagt hätten: »Wir verhandeln nicht mit euch« – nach 42 Jahren Versprechungen und nach dieser inneren (freilich noch nicht abgeschlossenen) Entwicklung, wenn wir ihnen da die Tür zugeschlagen hätten – wo wären wir dann heute? Wir hätten eine tief enttäuschte Türkei, die nicht weiß, wohin sie gehört; wir hätten ein Russland und einen Iran, die die Lage sorgfältig analysieren.

Natürlich können wir, die Politiker, sagen: »Das ist unseren Bürgern nicht zu vermitteln!« Diese Haltung ist gegenwärtig ja auch der Trend bei allen Regierungen in der EU, ich nehme keine aus, und das hat auch nichts mit Parteipolitik zu tun. Und natürlich können Sie, das Volk, sagen: »Einen Beitritt der Türkei wollen wir nicht!« Aber dann müssen Sie sich

auch über die Konsequenzen im Klaren sein. Den Kopf in den Sand zu stecken, wird nichts nützen. Sie müssen wissen, was dieses »Nein« heißen würde für unsere Sicherheit. Wenn meine Analyse richtig ist, dass im Nahen Osten die Modernisierung das entscheidende Problem ist, dann ist es für Europas Sicherheit eine zentrale Frage – wichtiger noch als jeder militärische Beitrag –, dass ein großes muslimisches Land wie die Türkei erfolgreich darin ist, für freie Marktwirtschaft, eine unabhängige Justiz und eine unabhängige Öffentlichkeit, für die Achtung der Menschenrechte, die Achtung der Minderheiten und Minderheitenrechte zu sorgen.

Ich habe gesagt »wenn meine Analyse richtig ist«. Gestatten Sie mir einen kleinen Ausflug in die Innenpolitik. In der Tat wird meine Analyse nicht von unseren Christdemokraten in Frage gestellt, sie meinen nur, dass nach 42 Jahren der Zeitpunkt gekommen sei zu sagen: »Wir waren nicht ganz ehrlich zu euch.« Ich kann aber nur davor warnen, das jetzt zu tun, und bin froh, dass die Europäische Union, der Europäische Rat, anders entschieden haben – wohl wissend, wie unpopulär ihre Entscheidung ist.

### *Kooperation oder Konfrontation?*

Wenn ich die Herausforderungen unserer Zeit sehe: den Balkan, Russland und die Nationen zwischen Russland und uns – an erster Stelle die Ukraine –, die Nachbarschaft des großen Kontinents Afrika, und schließlich den Nahen und Mittleren Osten, der in den kommenden Jahrzehnten unsere Sicherheit entscheidend definieren wird, dann, so glaube ich, sind wir gut beraten zu begreifen, dass unsere Sicherheit europäisch verstanden werden muss.

Dabei darf es keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Mitgliedsstaaten geben. Natürlich sind die Beiträge der einzelnen Staaten unterschiedlich, aber die politische Verantwortung, die politische Strategiebildung, der Entscheidungsprozess, all dies muss darauf gründen, dass in der Union alle gleich sind. Der Grundsatz muss sein: Alle Mitgliedsstaaten sind gleich, und deshalb müssen wir die Verantwortung gemeinsam schultern. Daher meine ich, wir sollten es erst gar nicht so weit kommen lassen, dass die Krise des Nahen und Mittleren Ostens die Europäer schließlich dazu zwingt, in ihrer Mehrheit zu begreifen, was ihre Verpflichtung ist. Es geht darum, dass wir jetzt schon verstehen, dass wir Geschichte gestalten können!

Das gilt auch für die ökonomische Dimension. Wir leben von unserem Wettbewerbsvorteil, von unserem technologischen Vorsprung, unserer hohen Produktivität, und wir leben sehr gut davon – Österreich zum Beispiel liegt da ganz vorn. Das soll auch in Zukunft so bleiben, trotz all der Probleme, die wir haben. Allerdings bilden sich ganz neue Herausforderungen heraus, eine neue Weltwirtschaft ist im Entstehen. Nehmen wir die Frage der Energie- und Rohstoffressourcen. In den letzten drei Jahren, in denen ich Außenminister war, bin ich überall – in Südamerika, im hintersten Winkel Afrikas, in den entlegensten Gegenden Asiens – auf chinesische und indische Delegationen gestoßen – früher eher eine Ausnahme. Die Rohstoffnachfrage dieser Megaökonomien ist gewaltig, und dasselbe gilt für ihre Emissionen. Das wird uns vor riesige Herausforderungen stellen. Wird die gemeinsame Umwelt das aushalten? Wird es einen Kampf um Ressourcen geben? Die Vorstellung eines Konflikts um Energie, um Ressourcen fände ich absurd. Ein Teil der Welt hätte Zugang dazu, der andere nicht? In einer integrierten Weltwirtschaft nützt das niemandem.

Das sind die Fragen, die jenseits des Horizonts auf uns zukommen. Angesichts der Dimension dieser Fragen haben selbst die größten und mächtigsten Mitgliedsstaaten der EU – die beiden ständigen Sicherheitsratsmitglieder Frankreich und Großbritannien sowie der größte, bevölkerungsreichste und wirtschaftlich größte Mitgliedsstaat Deutschland – allein keine Chance. Wir sind viel zu klein, wenn wir nicht zusammenfinden. Und wieder muss ich Ihnen sagen: Wenn wir warten, bis alle es begriffen haben, wird es schon zu spät sein.

Die regionalen und globalen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sprechen dafür, dass wir die Stärke Europas nutzen. Dazu brauchen wir Institutionen, die handlungsfähig und effizient sind. Dazu brauchen wir eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik und Außenpolitik. Dazu brauchen wir ein Europa, das in der Lage ist, seine schon erwähnten Stärken auszuspielen: die Kraft, Konflikte in Friedensstrukturen zu transformieren, die Kraft, die in gemeinsamen Institutionen liegt, im Interessenausgleich, der Wachstum ermöglicht, in der Fähigkeit zur Kooperation. Wenn es uns nicht gelingt, diese Kräfte gemeinsam zu nutzen, werden wir einen hohen Preis bezahlen müssen. Die Entscheidung werden Sie, die Bürger, zu treffen haben.

In der Zeit des Kalten Krieges war die zentrale Frage: Was wird aus Berlin? Berlin war sozusagen das Fieberthermometer der internationalen

Politik. Im Westen ließ es sich gut leben, die im Osten bezahlten die Rechnung für die zweigeteilte Welt, für das, was Stabilität hieß. In unserer Welt der Globalisierung aber, mit sieben, acht Milliarden Menschen, da wird die alte Formel, die wir Grünen vom Club of Rome übernommen und gerne in unseren Wahlkämpfen eingesetzt haben, nicht mehr gelten, nämlich dass 20 Prozent die Segnungen haben und 80 Prozent nicht, dass 20 Prozent 80 Prozent der Emissionen verursachen. Bald werden es 30, 40, vielleicht 50 und mehr Prozent sein, die an der Wirtschaft teilhaben. Und das geht nur noch kooperativ.

Eben darin liegt ein großer Vorteil für Europa, denn wir sind in Kooperation die Erfahrensten. Hier können wir unsere Stärken ausspielen. Zugleich dürfen wir nicht vergessen, unsere Kräfte so zu formieren, dass diejenigen, die Böses beabsichtigen, unsere Kooperationswilligkeit nicht missverstehen – das heißt, wir müssen auch entsprechend beeindrucken können.

Kooperation oder Konfrontation – so stellt sich heute die Sicherheitsfrage. Ob der Mittelmeerraum ein Raum der Kooperation oder der Konfrontation wird, das ist im 21. Jahrhundert so wichtig wie damals die Freiheit West-Berlins. Dazu brauchen wir ein handlungsfähiges Europa, das es nicht geben wird, ohne dass Sie sich als Europäerinnen und Europäer wirklich engagieren. – Ich danke Ihnen.

*Martin Hala*  
 VON DER WANDZEITUNG ZUM BLOG  
 Meinungs- und Gedankenfreiheit in China heute\*

Das exponentielle, wahrlich phänomenale Wachstum des Internet in China seit Mitte der 90er Jahre hat im Ausland viel Aufsehen erregt. Nach sehr verhaltenen Anfängen hat China das Internet mit Macht für sich entdeckt. Seit 1996 sind kommerzielle Internetdienste verfügbar. Von geschätzten 630 000 Nutzern 1997 wuchs die Online-Bevölkerung auf 137 Millionen, von denen 90,7 Millionen einen Breitbandanschluss haben.<sup>1</sup> Heute kann sich China mit der zweitgrößten Nutzergemeinde der Welt brüsten und wird nur noch von den USA übertroffen. Einer von zehn Internetnutzern weltweit ist Chinese. Auf die Bevölkerungszahl bezogen sind die Zahlen natürlich weniger beeindruckend, ist doch die Marktdurchdringung des Internet in China mit nur 9,9 Prozent weit geringer als in westlichen Industrieländern und sogar bei einigen Nachbarn wie Südkorea und Taiwan. Freilich lässt diese niedrige Rate auch auf künftiges Wachstumspotential hoffen.

Abgesehen von Nachrichtenlektüre und Informationssuche erfreuen sich in China Mailboxnetze, Onlineforen und Blogs einer unvergleichlichen Popularität. Verfügbare Umfragen lassen vermuten, dass die Hälfte der chinesischen Internetnutzer in verschiedenen Online-Foren aktiv ist und etwa ein Drittel in Blogs.<sup>2</sup> Bei beidem haben die Nutzer die Möglichkeit, ohne viel technisches Wissen ihre Ansichten online zu äußern. Mailboxnetze und Foren bieten größere Anonymität, während sich Autoren mit Blogs in stärkerem Maße einen Namen machen können – üblicherweise unter Fantasienamen. Ihre Identität ist aber, wie wir noch sehen werden, zumeist wohlbekannt. Bloggerdienste wurden erstmals 2002

\* Dieser Artikel geht auf einen Beitrag zu der Konferenz »From Samizdat to Tamizdat: Dissident media crossing borders before and after 1989« zurück, die am 12.-15. September 2006 am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien stattfand. Sie wurde von Friederike Kind-Kovács (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam), Jessie Labov (Stanford University) und Camelia Craciun (CEU – Central European University, Budapest) organisiert; die Ergebnisse, darunter auch der vorliegende Text, werden 2008 in englischer Sprache erscheinen.

in China eingeführt, blieben jedoch einige Jahre im Schatten der Mailboxnetze und Foren. Den Grund für den steilen Anstieg des Bloggens in China nach 2005 sieht man für gewöhnlich darin, dass in diesem Jahr die meisten Foren, die eine Plattform für freie Meinungsäußerungen boten, geschlossen wurden, was viele Nutzer zu den Blogs trieb.<sup>3</sup>

Spielt das Internet, insbesondere Mailboxnetze, Foren und Blogs, möglicherweise die gleiche Rolle wie früher die ohne Druckgenehmigung im Selbstverlag publizierten Schriften in anderen kommunistischen Gesellschaften, der sogenannte Samisdat? Die Antwort, oder auch nur das Interesse, diese Frage aufzuwerfen, hängt wohl zuallererst damit zusammen, welche Rolle und Wirkung man dem Samisdat beimisst. Eine einfache Antwort scheint es darauf nicht zu geben. Es gibt indes mindestens zwei Hinsichten, in denen sich sinnvolle Vergleiche zwischen den beiden Methoden der Selbstpublikation ziehen lassen, indem man, erstens, Samisdat und Online-Publikation als Formen der Meinungsäußerung betrachtet und, zweitens, als Katalysatoren eines alternativen öffentlichen Raumes.

Selbst mit dieser Einengung wird jeder Vergleich notwendigerweise ein wenig spekulativ bleiben. Aufgrund der Launen der Geschichte können wir nur Hypothesen darüber anstellen, was aus dem Samisdat im Zeitalter der vernetzten Computer geworden wäre. Die ersten Laptops und Desktops wurden in Mittel- und Osteuropa tatsächlich in der späten Samisdat-Produktion benutzt, aber nur für Grafikdesign und Druck, nicht für den Vertrieb. Ihr Einsatz war in jedem Fall zu marginal und geschah zu kurz vor dem Zusammenbruch des Kommunismus, um daraus irgendeine Schlussfolgerung zu ziehen. Die Internetrevolution kam zu spät, um dem europäischen Samisdat zugute zu kommen.

Tatsächlich wäre allein die Idee des Internet eine Antithese zum Samisdat gewesen, in dem Sinne, dass die Verfügbarkeit eines so durchschlagenden Werkzeugs zur Mitteilung und Verbreitung von Informationen über Grenzen hinweg in jener Art von geschlossenen Gesellschaften, in denen die illegale Selbstpublikation blühte, undenkbar gewesen wäre. Mit anderen Worten, die kommunistischen Regime in Osteuropa hätten das Internet in ihren kleinen Lehnsgeländen niemals zugelassen; falls doch, hätten sie sich in vollständig andere Systeme verwandeln müssen. Und dies ist genau das, was in etwa während des letzten Jahrzehnts in China geschehen ist: Das vernetzte China von heute ist so verschieden vom alten Sowjetblock wie von seiner eigenen maoistischen Vergangenheit. Das

Land hat eine gründliche Transformation durchlaufen, welche Vergleiche mit traditionellen kommunistischen Gesellschaften fragwürdig erscheinen lässt. In gleicher Weise hat das Internet alle traditionellen Formen des Samisdat abgelöst, so wie das gegenwärtige chinesische Regime an die Stelle des konventionellen Kommunismus getreten ist.

Unter diesem Vorbehalt lässt sich nun aber trotzdem ein kleiner Vergleich anstellen, der nützlich sein könnte, um einige verbreitete Missverständnisse über die potentiellen sozialen und politischen Auswirkungen des Internet sowie das Wesen der Internetzensur und der Selbstzensur in China zu auszuräumen. Wir brauchen uns dabei nicht auf einen Vergleich mit dem osteuropäischen Samisdat zu beschränken. China kann sich schließlich seiner eigenen Tradition von Untergrundpublikationen und inoffizieller Presse rühmen. Wir sollten daher mit einem kurzen Überblick dieses traditionellen Samisdat im kommunistischen China vor den Zeiten des Internet beginnen.

*Gedruckte, geklebte und vervielfältigte Zeitungen: inoffizielle  
Publikationen in China vor den 90er Jahren*

Im kommunistischen China gab es zumindest bis zur Kulturrevolution im Inneren wenig offenen Dissens. Die meisten erklärten Antikommunisten hatten im Gefolge des Bürgerkriegs (1946-49) das Festland verlassen, der Rest wurde – zusammen mit vielen Menschen, die gegenüber dem kommunistischen Regime vollkommen loyal waren – Opfer der gewalttätigen Kampagnen Anfang der 50er Jahre. Tatsächlich gab es so wenig offenen Widerspruch, dass die Behörden ihn 1956 mit einer weiteren Kampagne unter der Parole »Lasst hundert Blumen blühen!« erst bürokratisch fabrizieren mussten, was ihnen letztlich einen kaum erforderlichen Vorwand für eine weitere brutale Repressionswelle lieferte.

Das monströse Scheitern von Maos Wirtschaftsexperiment, bekannt als der »Große Sprung nach vorn« (1958-59), das in den »Drei Jahren der Bitterkeit« (1959-62) schätzungsweise 20 bis 43 Millionen Hungertote kostete, erzeugte schließlich einige Kritik in den Reihen der Partei selbst. Diese Kritik wurde, teilweise kaum verhohlen, in den offiziellen Medien und über reguläre innerparteiliche Kanäle geäußert. Sie schuf Spannungen innerhalb der politischen Elite, die schließlich in der Parteiführung zu offenen Konflikten ausbrachen und während der Kulturrevolution (1966-69,

oder, je nachdem, wie man rechnet, 1966-76) beinahe zum Zusammenbruch des gesamten Systems führten.

Es war diese Periode des Aufruhrs, die schließlich inoffiziellen, nicht- genehmigten Meinungsäußerungen die Schleusen öffnete, häufig in Formen, die als Samisdat bezeichnet werden könnten. Der Konflikt innerhalb der Führungsspitze brachte einen Zusammenbruch der Autorität mit sich, wodurch ein latenter Konflikt in der Gesellschaft insgesamt ausbrach, der sich in den vorangehenden 17 Jahren kommunistischer Herrschaft aufgebaut hatte. Das Regime, das nach 1949 an die Macht kam, hatte der im Übrigen sehr homogenen Gesellschaft eine Art »Klassenapartheid« übergestülpt. Alle Bürger wurden nach der »Klassenlinie« (*jieji luxian*) in klar definierte Gruppen (»Klassen«) geteilt, die nichts mit ihrer eigenen sozialen Stellung oder politischen Orientierung zu tun hatten, vielmehr mit der ihrer Familien zur Zeit der Revolution 1949. Diese statische Klassifizierung bestimmte dann die soziale Mobilität eines jeden, selbst wenn er oder sie erst nach 1949 in eine völlig verwandelte Gesellschaft geboren worden waren. Die »Klassenlinie«, die von ihren Gegnern während der Kulturrevolution »Blutlinie« (*xuetonglun*) genannt wurde, schuf letztlich eine erbliche Hierarchie, welche die Gesellschaft in weitgehend antagonistische Lager spaltete.

Als aufgrund des Zwistes in der Führung die staatliche Autorität zusammenbrach, kam es zum Ausbruch gewaltsamer Konflikte, bei denen sich die unterprivilegierten Verlierer dieses Systems mit den privilegierten Gewinnern einen erbitterten Kampf lieferten, der schließlich an einen ausgewachsenen Bürgerkrieg grenzte. Trotz ihrer antagonistischen Interessen nahmen beide Seiten für sich in Anspruch, die wahren Anhänger des Vorsitzenden Mao zu sein und boten beide eine aus Maos häufig obskuren oder nichtssagenden Zitaten und seinen kryptischen »letzten Anweisungen« abgeleitete Rhetorik auf. Sie vermieden es, ihre Interessen klar zu formulieren, und nahmen stattdessen zu bizarrer Verbalakrobatik Zuflucht, die das allgemeine Chaos und die Verwirrung nur noch steigerte.

Anfänglich wurden Argumente oder, häufiger noch, schlicht Denunziationen und persönliche Angriffe in Form handgeschriebener Wandzeitungen oder *dazibao* an die Wände geklebt. Schließlich wurden die Argumente etwas ausgefeilter, und die meisten Polemiken bedienten sich halb- oder inoffizieller Zeitungen, die von verschiedenen Fraktionen der Roten Garden auf jeder Seite der »Klassenlinie« (oder »Blutlinie«) veröf-

fentlicht wurden. Diese »kleinen Zeitungen« (*xiao bao*) wurden mit einfacher Technik in relativ kleinen Auflagen und unzensiert gedruckt. Die meisten von ihnen gelangten nie über eine primitive, mit hölzerner Rhetorik gespickte Ideologie hinaus, doch Einzelnen, und nach einer Weile auch ganzen Gruppen, gelang es, die besagten Linien zu überschreiten und unabhängige Meinungen zu entwickeln, die nicht mehr unmittelbar irgendeinem der politischen Dogmen der Zeit dienstbar waren.<sup>4</sup>

Diese freien Meinungsäußerungen unterlagen keiner vorherigen Zensur, dennoch bestand natürlich das Risiko, dass sie im Nachhinein verfolgt wurden. Einer der ersten Märtyrer der Bewegung, ein 19-jähriger Student namens Yu Loke, ist im heutigen China als Pionier der Meinungsfreiheit noch in Erinnerung. Er wurde 1966 hingerichtet, weil er ein Büchlein geschrieben und veröffentlicht hatte, in dem er die »Blutlinientheorie« als feudalen Atavismus anprangerte. Ironischerweise wurden viele seiner Ansichten kurz darauf unter den offiziell sanktionierten »Rebellen«-Fraktionen der Roten Garden vorherrschend. Einige dieser Fraktionen formulierten später ihr eigenes Verständnis dessen, was in China vor sich ging, und veröffentlichten es in Form politischer Manifeste oder theoretischer und polemischer Artikel. Diese widerspenstigen Gruppen sollten am härtesten bestraft werden, als Mao Zedong schließlich die Ausmerzungen aller unkontrollierbaren Fraktionen der Roten Garden autorisierte. Die meisten ihrer Exponenten wurden einer Umerziehung durch harte Arbeit in armen, entlegenen Gebieten auf dem Lande unterworfen, wo viele ein ganzes Jahrzehnt ausharren mussten.

Einige ehemalige Rotgardisten tauchten nichtsdestoweniger beim ersten wirklichen Samisdat-Aufschwung, der »Demokratischen Bewegung« (1978–79) nach Mao Zedongs Tod 1976 und Deng Xiaopings schließlich erreichtem Triumph über die verbliebenen Satrapen Maos wieder auf. Gewappnet mit ihrer bitteren Enttäuschung aus der Kulturrevolution und Jahren in der Wildnis ebenso wie mit praktischen Fähigkeiten der Vielfältigkeit und anderer Drucktechniken, die sie sich bei den Zeitungen der Roten Garden zehn Jahre zuvor angeeignet hatten, stürzten sie sich in den Publikationswirbel, den Deng Xiaopings Ruf nach einer »Befreiung der Gedanken« (*jiefang sixiang*) und der »Wahrheitssuche auf Grundlage von Fakten« (*shishi qiu shi*) entfesselte. Nach der Flut handschriftlicher *dazibaos*, die in Xidan, dem Zentrum von Peking, an die Wand geklebt wurden, erschienen die ersten Magazine im Selbstverlag mit Namen wie

»Pekinger Frühling« (*Beijing zhi chun*), »Heute« (*Jintian*) etc. Einige von ihnen widmeten sich eher der Politik, andere der inoffiziellen Literatur.<sup>5</sup>

Die bemerkenswerteste Persönlichkeit, die aus dieser Bewegung hervorging, war der ehemalige Rotgardist Wei Jingsheng. Wei verfasste die seinerzeit am besten bekannte Schrift mit dem Titel »Die fünfte Modernisierung« und gab auch ein Magazin im Selbstverlag mit dem Titel »Erkundungen« (*Tansuo*) heraus. Mit der Klarheit seiner Vision und dem Mut, das Unaussprechliche auszusprechen, ließ er den vorherrschenden, immer noch stark an der kommunistischen Rhetorik klebenden Diskurs seiner Zeit hinter sich. Wo andere noch der offiziellen Politik der »vierten Modernisierung« Lippenbekenntnisse zollten, erklärte er unumwunden, dass ohne eine fünfte Modernisierung, nämlich die Demokratisierung, den anderen der Zweck fehle. Wo andere Deng Xiaoping als Befreier feierten, nannte er ihn durchgängig einen »neuen Diktator«.

Der neuen Führung um Deng Xiaoping ging dies schließlich zu weit. Sie hatten mittlerweile ihre neu erworbene Macht konsolidiert und verspürten in ihrem Kampf mit den Überresten der maoistischen Kräfte kein Bedürfnis mehr nach dem Ausdruck populärer Unterstützung. Im März 1979 befahl Deng persönlich die Verhaftung Wei Jingshings, und binnen eines Jahres war die ganze Bewegung zusammen mit ihren Magazinen zerstreut. Wei wurde in einem Schauprozess zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, die *Samisdat*-Magazine aufgelöst. Einige von ihnen, wie die erwähnten Magazine »Pekinger Frühling« und »Heute«, erschienen später als Auslandspublikationen (*Tamisdat*) im Westen.

Diese Repression setzte dem, was man in China als *Samisdat*-Publikation bezeichnen könnte, im Wesentlichen ein Ende. Die nächste große populäre Erhebung, die Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens, wurde nicht in nennenswertem Umfang von inoffiziellen Publikationen begleitet. In dieser Zeit arbeiteten die offiziellen Medien weitgehend ohne Zensur, und es bestand wenig Bedarf für eine alternative Presse. Der blutigen Niederschlagung am 4. Juni folgte eine Periode brutaler Repression, die jeden Versuch der Selbstpublikation nahezu unmöglich machte. Chinesische Studenten im Ausland versuchten eine Weile, mit Faxgeräten regierungskritisches Material zurück nach China zu schicken, doch diese neue Technik erwies sich als weitgehend ineffizient.

Als China Mitte der 90er Jahre schließlich wieder aus dem Schatten des Tiananmen-Platzes auftauchte, war es eine andere Gesellschaft. Der neue

marktwirtschaftliche Schub, den Deng Xiaoping mit seiner legendären »Inspektionsreise in den Süden« in Gang setzte, hat die Wirtschaft und einen Großteil der Gesellschaft tiefgreifend verwandelt. Tatsächlich hat China damit die notwendige Transformation durchgemacht, die Voraussetzung dafür war, dass dieses nominell kommunistische Land nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur in den beschleunigten Prozess der Globalisierung eintreten, sondern zu einer seiner zentralen Triebkräfte werden konnte. Dieser Wandel machte das Land auch für die sich entfaltende Internetrevolution bereit, obgleich man ihr zunächst mit großem Zögern begegnete. Und es ist diese wirtschaftliche und soziale Transformation, die das chinesische Internet heute so anders macht als die früheren Samisdat-Publikationen in China und Mittel- und Osteuropa. Die Gesellschaft hat sich verändert, und damit ihre Formen der Meinungsäußerung.

*Halbvolles oder halbleeres Glas: Freie Meinungsäußerung und Zensur im chinesischen Internet*

Dengs Südchinareise 1992 hat für die Chinesen tatsächlich das Blatt gewendet. Nach den lauen Versuchen der 80er Jahre öffnete man sich schließlich rückhaltlos dem Kapitalismus. Das chinesische Volk konnte nun sein lange schlummerndes wirtschaftliches Potential entfesseln und danach streben, seine materiellen Lebensumstände zu verbessern. Reich zu werden war nicht länger tabu – es war plötzlich »glorreich« geworden. Mehr noch, die Menschen konnten nun die Früchte ihrer (und anderer Leute) Arbeit ohne große Einmischung des Staates genießen – sie können im Privatleben beinahe tun und lassen, was ihnen beliebt, solange sie nicht die Torheit besitzen, das Machtmonopol der Partei herauszufordern. Sie müssen nicht einmal mehr die Partei lieben – aber bitte: nicht in der Öffentlichkeit fluchen.

Dieser ideologische Coup war ein riesiger Erfolg. Die Lebenszeit der Kommunistischen Partei, eine der letzten überlebenden, wurde noch einmal verlängert, und die »Massen« haben einen neuen Lebenszweck gefunden. China hat einen frischen Energieschub erhalten und sich auf den langen Marsch in den Wohlstand begeben. Die Prioritäten haben sich ebenso gewandelt wie die Konflikte. Die Fronten von Freund und Feind begannen, sich von Politik und Ideologie zur Wirtschaft zu verlagern.

Für viele Durchschnittschinesen war bald weniger die Drangsalierung durch die Partei Anlass zur Sorge, als die von anderen Staaten verhängten Visa- und Importbeschränkungen. Der Kopfsprung in die Globalisierung führte auch zu einer neuen Weltsicht. Länder, die man zuvor als Modelle zum Nacheifern gesehen hat, sind nun Konkurrenten, die versuchen, Chinas Aufstieg »einzudämmen«.

Der wirtschaftliche und geopolitische Aufstieg Chinas nützt nicht jedem, dennoch macht er einen Großteil der Bevölkerung stolz auf die Errungenschaften des Landes. Viele Chinesen mögen sich zynisch über die Kommunistische Partei äußern, aber die Stellung ihres Landes in der Welt ist ihnen sehr wichtig. Sie haben etwas erreicht und möchten, dass die Außenwelt das auch anerkennt.

Dieser neue Stolz und die politische Ambivalenz – häufig auch Gleichgültigkeit – ähneln überhaupt nicht den vorherrschenden Haltungen in Osteuropa vor 1989. Gleiches gilt für die neuen Freiheiten, die im traditionellen Kommunismus unerhört gewesen wären. Die Chinesen reisen und schließen internationale Geschäfte ab, schicken ihre Kinder auf amerikanische, japanische, australische und europäische Universitäten und kaufen Luxusgüter, an die im Ancien Régime nur Topkader herangekommen wären.

Auch der Zugang zu Informationen hat sich geändert. Die chinesischen Medien sind vielen Beschränkungen unterworfen, aber nicht der allumfassenden Zensur, die in den kommunistischen Ländern einst über alles Gedruckte und Gesendete herrschte. Staatliche Zuschüsse für Zeitungen und Magazine wurden gekürzt oder gleich ganz abgeschafft, und die meisten Verleger müssen nun auf dem Markt bestehen oder untergehen. Viele Zeitungen tragen mit populären wöchentlichen Sonderbeilagen oder Tabloidformaten mit marktgängigen Inhalten dem Geschmack des breiten Publikums Rechnung. Ihre Herausgeber navigieren vorsichtig zwischen zwei Seiten, die Druck auf sie ausüben, dem Propagandaministerium auf der einen und den Lesern auf der anderen Seite. Genau Grenzen des Erlaubten sind nicht immer klar, und viele Journalisten testen unentwegt die Grenzen aus. Ab und zu gerät ein Journalist in Schwierigkeiten, weil er zu weit gegangen ist, aber anders als in den alten sowjetischen oder maoistischen Zeiten verschwinden diese Personen nicht – sie tauchen häufig in einer anderen Zeitung am anderen Ende Chinas wieder auf, mit einer durch die vorangehende Kontroverse gestärkten Position und Reputation.

Eine Reihe von Journalisten sind Meister dieses Spiels und können sich fast alles erlauben.

Nur in diesem Klima und wegen dieses Klimas konnte das chinesische Internet überhaupt erst eingeführt werden und dann so schnell wachsen. Die alten kommunistischen Regime hätten kaum mit dem Internet fertig werden können und es aller Wahrscheinlichkeit nach gar nicht erst zugelassen. Das gegenwärtige chinesische System kann mit ihm leben, obwohl die Koexistenz nicht immer leicht ist. Trotz vieler gegenteiliger Vorhersagen<sup>6</sup> hat das Internet keinen abrupten politischen Wandel gebracht und wird dies in naher Zukunft auch kaum tun. Seine Bedeutung und Auswirkungen für die chinesische Gesellschaft liegen woanders.

Das heißt nicht, das chinesische Internet besäße kein subversives Potential. Die Regierung ist sich dessen sehr wohl bewusst und hat ihr Bestes getan, seiner Entfaltung zuvorzukommen. Sie hat mithilfe vieler bekannter internationaler IT-Unternehmen ein raffiniertes Blockade- und Filtersystem eingeführt, das in China als »Goldener Schild« (*Jin Dun*) bekannt ist<sup>7</sup> und andernorts gewöhnlich als der Große Chinesische Firewall bezeichnet wird. Das System wurde in mehreren Studien umfassend beschrieben.<sup>8</sup> Diese elektronische Mauer wirkt auf verschiedenen Ebenen. Auf dem Niveau der allgemeinen Infrastruktur filtert sie unerwünschte Inhalte heraus und blockiert automatisch verbotene Web-Adressen durch Suchworte an den Backbones des Internet und bei individuellen Internetanbietern. Auf der zweiten Ebene delegiert es die Zensur an die Anbieter von Internetinhalten, von denen, ganz ähnlich wie von den traditionellen Medien, unter Androhung des Lizenzzugs erwartet wird, dass sie Selbstzensur üben. Schließlich ist das Internet einer direkten Durchsuchung auf anstößige Inhalte durch die zuständigen Abteilungen des Büros für Öffentliche Sicherheit unterworfen. Wie in den meisten Ländern haben die Strafverfolgungsbehörden das Recht, Computer auf Hinweise strafbarer Handlungen zu durchsuchen, wobei von den chinesischen Behörden häufig kriminalisiert wird, was andernorts unter die politische Meinungsfreiheit fallen würde. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass eine Berufung auf die verfassungsmäßig verbürgte Meinungsfreiheit hier kaum Aussichten auf Erfolg hat.

Es ist viel über die Komplizenschaft ausländischer Internetunternehmen mit der Zensur in China gesagt worden. Abgesehen von der passiven Beteiligung von Unternehmen wie Cisco, das Router mit der Fähigkeit

liefert, Inhalte herauszufiltern, kooperierten Internetgiganten wie Yahoo, Microsoft und Google aktiv mit der chinesischen Regierung. Zweierlei ist in dieser Hinsicht bedenkenswert. Erstens müssen Internetunternehmen natürlich bei ihrer Tätigkeit in China, wie jedes andere Unternehmen im Land, die chinesischen Gesetze einhalten. Angesichts der Besonderheiten der chinesischen Strafverfolgung von gewaltlosen politischen Äußerungen sollten internationale Anbieter von Internetdiensten und -inhalten jedoch sehr vorsichtig sein, welche Dienste sie in China bereitstellen. Human Rights Watch hat mindestens vier Fälle dokumentiert, in denen chinesische Regierungskritiker auf Grundlage von Beweisen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden (Shi Tao, Li Zhi, Jiang Lijun und Wang Xiaoning), die aus ihren von Yahoo bereitgestellten (und offengelegten) E-Mailkonten in China gewonnen wurden.<sup>9</sup> Google hat sich aus eben diesem Grund entschieden, keine chinesische Version seines populären E-Maildienstes Gmail anzubieten.

Zweitens ist es nicht immer chinesisches Recht, dem diese Unternehmen folgen. Google bietet zum Beispiel sein Hauptprodukt, die Suchmaschine, in China an (Google.cn). Die Suchergebnisse von Google.cn sind gefiltert, und man könnte argumentieren, dass dies weniger schädlich sei, als Menschen ins Gefängnis zu schicken. Diese Politik scheint aber keinerlei Grundlage im chinesischen Recht zu haben, denn selbstverständlich verbietet kein chinesisches Gesetz Wörter wie »Demokratie« oder »Tiananmen«. Google.cn räumt dies auch ein, indem es bei Ergebnissen von sensiblen Suchbegriffen den Hinweis anzeigt, dass »in Übereinstimmung mit den chinesischen Gesetzen *und der chinesischen Politik*« Resultate ausgelassen wurden. Damit wird die Idee der Gesetzeskonformität offenbar auf das Feld der Politik ausgedehnt. Eine Sache ist es, das chinesische Gesetz, eine ganz andere jedoch, ausdrücklich die höchst umstrittene chinesische Zensurpolitik zu akzeptieren, die man als Verstoß gegen Chinas eigene Verfassung betrachten kann.

So erscheint das übliche Argument, dass ausländische Internetunternehmen wie jedes andere Unternehmen bei ihrer Tätigkeit in China lediglich die Landesgesetze befolgen, mindestens in zweierlei Hinsicht problematisch: Erstens können die chinesischen Gesetze in direktem Widerspruch zur etablierten internationalen Praxis und zu internationalen Rechtsnormen stehen, welche die Meinungsfreiheit garantieren. Zweitens kann es zuweilen sein, dass ausländische Unternehmen nicht den chinesischen

Gesetzen, sondern vielmehr der Regierungspolitik folgen, die möglicherweise die chinesische Verfassung verletzen, und sie unterstützen auf diese Weise den gegenwärtigen Zustand mangelnder Rechtsstaatlichkeit.

Die Internetzensur kann in den meisten Fällen durch die Verwendung von Proxy-Servern, SSL-Verbindungen und anderen Mitteln umgangen werden. Es gibt eigene Dienste, die chinesischen Nutzern helfen, die Große Mauer zu überwinden. Aber kümmert das den durchschnittlichen chinesischen Internetnutzer? Zunächst einmal ist die Umgehung der Internetzensur eine ständige Anstrengung. Proxy-Server und Dienste zur Ausschaltung der Zensur werden gewöhnlich nach einiger Zeit blockiert und müssen häufig ihre Internet-Adresse und ihre reale Adresse ändern. Jeder, der es einmal mit einem Proxy-Server versucht hat, weiß, dass dies eine frustrierende Erfahrung sein kann. Er verlangsamt die Verbindung beträchtlich, und nicht jeder hat die Geduld, sein oder ihr Leben mit der Suche nach funktionierenden Proxy-Servern zu verbringen und darauf zu warten, dass die verbotenen Seiten im Schneckentempo geladen werden. Man muss wirklich motiviert sein, sich um einer Information willen diese Mühe zu machen.

Im wirklichen Leben scheinen nur wenige Leute daran interessiert zu sein. Laut verfügbaren Umfragen benutzt die überwältigende Mehrheit (über 70 Prozent) der chinesischen Internetnutzer niemals Proxy-Server; nur 2,5 Prozent geben an, sie häufig zu nutzen.<sup>10</sup> Diese Umfragen sind natürlich mit Vorsicht zu genießen, doch auch anekdotische Belege stützen weitgehend ihre Ergebnisse. Eine scharfsinnige Beobachterin der chinesischen Medien mit dem Pseudonym Ann Condi stellte kürzlich einen interessanten Beitrag auf Danwei.org. Condi hatte einige junge Chinesen, darunter ehemalige Schüler von ihr, auf eine Website zur Umgehung der Zensur hingewiesen, und berichtet, wie sie darauf reagierten.<sup>11</sup> Ihr Tip förderte eine Reihe vorrangig negativer Reaktionen zutage, die Condi unter die folgenden Einstellungen kategorisiert: Ignoranz, Apathie, Leugnung, Paranoia, Herunterspielen, Nationalismus und mildes Interesse. Ihr Beitrag regte eine lebhafte Diskussion in der Blogosphäre der Auslandschinesen an, wobei die meisten Wortmeldungen die Beobachtungen der Autorin bestätigten.

Offensichtlich haben viele Internetnutzer in China andere Ansichten über Zensur als ihre westlichen Pendanten. Dies illustriert am besten der gefeierte Hoax eines der bekanntesten chinesischen Blogger, der sich

»Massagemilch« (*Anmo nai*) nennt. Hinter diesem kuriosen Namen verbirgt sich die schillernde Persönlichkeit des Journalisten Wang Xiaofeng, der tagsüber für *Shenghuo zhoukan* schreibt, eines der interessantesten Magazine für das breite Publikum. Einer seiner anderen Pseudonyme ist »Drei Uhren tragen«, *Dai sange biao*, ein Wortspiel auf Jiang Zemin's »Theorie« der drei Repräsentationsfunktionen der Kommunistischen Partei Chinas.<sup>12</sup> Offenkundig schreckt Wang nicht davor zurück, mit seiner beißenden Ironie die chinesische Regierung lächerlich zu machen; gleichzeitig zögert er nicht, seinen Witz gegen westliche Medien und ihre Kritik der Internetsensur in China zu richten.

Am 8. März 2006 (dem internationalen Frauentag, der in China noch immer begangen wird), schloss er seinen Blog mit der Mitteilung, er sei »aus offensichtlichen Gründen« außer Betrieb. Die reflexhafte Reaktion westlicher Beobachter war, dass er von den Behörden geschlossen worden war wie so viele vor und nach ihm. Die Nachricht fand rasch ihren Weg in große westliche Medien, einschließlich der BBC.<sup>13</sup> Dann tauchte Wang triumphierend wieder auf und erklärte, dass es nur ein gezielter Witz gewesen sei, der die Vorurteile und den Konformismus der westlichen Medien bloßstellen sollte, die immer bereit seien, über China voreilige Schlüsse zu ziehen. Diese Kritik wurde dann mit großer Selbstzufriedenheit in der offiziellen chinesischen Presse verbreitet.

So ganz Unrecht hatte Wang natürlich nicht: Westliche Medien zogen tatsächlich voreilige Schlüsse, ohne zuvor die Fakten zu prüfen. Andererseits erklärt sich die Bereitschaft der westlichen Medien, in China überall gleich Zensur zu wittern, aus der Erfahrung, dass sie dort tatsächlich reichlich geübt wird. So werden die Websites der BBC in China blockiert und die Rundfunksendungen gestört. Auch eine Reihe von Wangs Kollegen in der chinesischen Blogosphäre war über seinen Scherz nicht allzu glücklich und wandte ein, dass er die künftige Solidarität mit verbotenen Websites mindern werde. So argumentierte auch die Organisation *Reporter ohne Grenzen*: In dieser Weise falschen Alarm zu schlagen, werde es nur noch schwieriger machen, Wangs weniger glückliche Kollegen zu verteidigen, deren Sites tatsächlich »aus offensichtlichen Gründen« geschlossen würden. Ein anderer Blogger wies auf den Fall des Journalisten Shi Tao hin, der wegen einer E-Mail, die er an eine ausländische Website geschickt hatte, ins Gefängnis kam, und kommentierte ironisch: »Und noch mehr gute Nachrichten: Der Journalist Shi Tao hat zugegeben, dass die Geschichte

über seine Gefängnisstrafe von acht Jahren wegen Verrats von Staatsheimnissen ebenfalls ein Aprilscherz war!«<sup>14</sup>

Diese Geschichte verrät uns wahrscheinlich mehr über chinesische Blogger und Internetnutzer als über die westlichen Medien. Es hat sich unter chinesischen Netzbürgern, die sicher nicht glücklich über die offizielle Zensur sind, aber noch gereizter auf die westliche Kritik daran reagieren, eine gewisse Haltung herausgebildet: Die westliche Konzentration auf die Zensur scheint nach ihrem Gefühl die Erfolge ihrer mühseligen Anstrengungen zu verkleinern, ihre Ausdrucksfreiheit im chinesischen Netz, häufig auch unter einigem persönlichen Risiko, zu erweitern.

Als typisch in dieser Hinsicht könnte man die Position des Journalisten Zhao Jing nehmen, der unter dem Pseudonym Michael Anti einen Blog schreibt und dessen Site im Dezember 2005 vom Microsoft-Dienst MSN geschlossen wurde, was in den USA zu einem Aufschrei führte und schließlich zu Kongressanhörungen über die Komplizenschaft amerikanischer Unternehmen mit der chinesischen Zensur. Unbeeindruckt von den Anhörungen gab Michael Anti in seinem Blog einen grimmigen Kommentar ab mit dem Titel »Die Freiheit der chinesischen Netzbürger liegt nicht bei den Amerikanern«. Ironischerweise musste seine wütende Verteidigung der chinesischen Souveränität auf den Seiten eines ausländischen Blogdienstes veröffentlicht werden (blog-city.com),<sup>15</sup> der für die meisten User in China blockiert ist. Der Eintrag ist mittlerweile verschwunden, daher kann ich ihn nur aus Roland Soongs Übersetzung zitieren:

Ich melde mich zu Wort, weil ich glaube, dass dies nichts mit uns zu tun hat. Dies ist eine rein amerikanische Angelegenheit. Wenn wir freiheitsliebenden Chinesen die Meinungsfreiheit zu fördern versuchen, sind wir nicht der Ansicht, dass das Recht der Meinungsfreiheit vom US-Kongress geschützt werden sollte. Jeder einfache Blogeintrag von mir war auf Chinesisch verfasst und jeder Satz für meine Landsleute geschrieben. Ich habe kein Interesse daran, die Vorlieben ausländischer Leser zu befriedigen (...). Dies ist unser Land. Dies ist unser Fleck Erde. Wir müssen dieser Generation Gelegenheit geben, Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand nach China zu bringen. (...) Wenn Ausländer wiederholt das Wort »totalitär« benutzen, um China zu beschreiben, ist dies eine große Schande für mich als Chinesen. Diese Schande kann nie vergessen werden. Diese Art von Gefühlen können Ausländer nicht verstehen.<sup>16</sup>

Rebecca McKinnon nennt den Unterschied in der Haltung zur Zensur einen klassischen Fall von »halbleerem oder halbvollem Glas«.<sup>17</sup> Mit anderen Worten, es läuft auf die Frage hinaus: Was ist wichtiger, die Errun-

genschaften der chinesischen Blogger oder ihre Misere? Zu viel Aufmerksamkeit für ihre Misere, besonders von Ausländern, verträgt sich nicht mit dem Stolz der chinesischen Blogger.

Und sehr häufig ist es auch professioneller Stolz. Millionen von Chinesen schreiben Blogs, aber die wenigen einflussreichen Blogs, die viel von der Aufmerksamkeit und vom Internetverkehr auf sich ziehen, werden stets von professionellen Journalisten geschrieben, die tagsüber für die offiziellen Medien arbeiten. »In China«, so bemerkt Roland Soong in einer seiner ausgezeichneten Analysen, »wird (bei aktuellen Nachrichten und Kommentaren) der nicht dem Mainstream zugehörige Sektor tatsächlich von Beschäftigten der Mainstream-Medien beherrscht, die sich ihm außerhalb ihrer Arbeit in ihrer Freizeit widmen. (... Er) wird von der Medienelite dominiert, die nach Art amerikanischer und Hongkonger Mainstream-Kolumnisten weiter an ihrem Ansehen und ihrem Ruf arbeitet.«<sup>18</sup> Alle bisher erwähnten chinesischen Blogger fallen in diese Kategorie. Sie schreiben unter witzigen Pseudonymen, aber wir haben gesehen, dass ihre Identität für ihre Leser kein Geheimnis ist. Ihre Blogs dienen dazu, ihr Ansehen als führende Journalisten zu stärken und ihnen gleichzeitig zu helfen, eine der größten Behinderungen ihrer Arbeit zu umschiffen: die durchgehende Selbstzensur verantwortlicher Redakteure in den offiziellen Medien. Wenn eine Story von einem übervorsichtigen Redakteur unterdrückt wird, landet sie häufig in einem Blog. Manchmal stellen Journalisten eine Information gleich ins Netz, ohne auch nur zu versuchen, sie zur offiziellen Veröffentlichung vorzulegen. Insofern kann man sagen, dass Blogging in China zumeist eine Erweiterung der offiziellen Presse ist, weniger eine Alternative dazu. Blogging verschiebt die Grenze des Publizierbaren, es geht vielen Bloggern gerade nicht darum, den Mainstream zu verlassen und in den »Untergrund« zu gehen.

Dies ist vielleicht der deutlichste Unterschied zwischen dem Internet und dem illegalen Selbstverlag oder Samisdat in China. Die Autoren traditioneller Selbstpublikationen in China und anderswo taten einen mehr oder weniger bewussten Schritt aus dem System heraus. Die chinesischen Blogger von heute bleiben Teil des Systems, wenn auch als dessen Avantgarde. Betrachtet man es von der anderen Seite, könnte man auch sagen, dass das Bloggen im zeitgenössischen China ein Zeugnis der Fähigkeit des gegenwärtigen chinesischen Systems ist, potentielle Kritiker und Gegner einzubinden. So, wie es die Marktökonomie und später das Internet in

sich aufgenommen hat, ist es dem bemerkenswert flexiblen chinesischen System nun auch gelungen, sich das Bloggen einzuverleiben.<sup>19</sup> Es kann mit der Art von Kritik und dem Spott leben, die Blogger regelmäßig über es ausschütten, und die Blogger können mit dem System und seiner Zensur leben, selbst wenn die Beziehung häufig angespannt und unbehaglich ist. Wir haben es hier mit einem Kommunismus neuen Typs zu tun – ein Kommunismus, in dem die Partei das Internet und das Internet die Parteizensur toleriert.

*Das Medium ist die Botschaft: Gedanken- vor Redefreiheit*

Wir können also nicht erwarten, dass das Internet in China eine Plattform radikaler Agitation oder regierungsfeindlicher Aktivitäten wird. Dies heißt jedoch nicht, dass es keinen bedeutsamen Wandel eingeläutet hätte. Der Einfluss von Mailboxnetzen und Blogs auf die chinesische Politik mag gering sein, aber sie verändern die chinesische Gesellschaft. Sie haben völlig neue Arten der Meinungsäußerung und der sozialen Interaktion eingeführt, die nach und nach die Gesellschaft von innen heraus transformieren. Kehren wir zu unserer ursprünglichen Frage nach den Parallelen zwischen dem Internet und dem Samisdat in China zurück, so sind Mailboxnetze, Foren und Blogs zu neuen Formen der Meinungsäußerung geworden, die vielleicht weniger radikal, aber sicherlich verbreiteter als die traditionellen Selbstpublikationen sind. Sie haben einen neuen öffentlichen Raum geschaffen, der wiederum weniger politisiert, aber größer und zugänglicher ist als der Samisdat von gestern.

Während der hitzigen Kongressdebatte über die Komplizenschaft amerikanischer Firmen mit der chinesischen Online-Zensur war das heiße Thema in der chinesischen Blogosphäre nicht die politische Freiheit oder ihr Mangel, sondern die Online-Parodie eines bis dato unbekanntes Scherzbildes namens Hu Ge auf den berühmten Regisseur Chen Kaige. Hu Ge hatte eine neue Fassung eines der weniger gelungenen Filme Chens als 20-minütige Videoparodie geschnitten und ins Netz gestellt. Chen verklagte ihn wegen Verletzung des Urheberrechts und wurde zum Gespött des ganzen chinesischen Internet.<sup>20</sup> Es könnte so scheinen, bemerkt Rebecca McKinnon, dass die Chinesen stärker an schlechten Filmen als an schlechter Politik interessiert sind, aber die Moral der Geschichte reicht tiefer. Die chinesischen Apparatschiks mögen die Politik noch immer fest

im Griff halten, aber sie haben ihre Kontrolle über das Kulturleben verloren. Das Internet kann vielleicht nicht die Regierung stürzen, aber es kann den Ruf eines berühmten Regisseurs ruinieren. Jeder, der den Niedergang des Kommunismus in Osteuropa erlebt hat, wird zu würdigen wissen, was der Verlust der Macht über die kulturelle Sphäre für die Zukunft eines Einparteiensystems bedeutet.

Und es ist nicht nur die Kultur, sondern der Lebensstil im Allgemeinen, der sich peu à peu durch das Online-Geschehen wandelt. Es verdient Beachtung, dass vielleicht diejenige Person, der man das größte Verdienst für den Popularitätszuwachs des Bloggens in China anrechnen kann, nicht ein ambitionierter politischer Reformist ist, sondern eine Journalistin namens Li Li, die unter dem Pseudonym Muzi Mei schreibt. Ihr Blog<sup>21</sup> wurde 2003 berühmt, weil er ihre erotischen Abenteuer mit verschiedenen Männern mit »post-Siebziger«-Einstellung zum Sex beschreibt. Die Propagandaabteilung der Partei war nicht amüsiert, und Li verlor ihren Job bei der Zeitung, wurde aber stante pede vom größten Blogportal Bokee.com eingestellt. Ein Buch mit Auszügen aus ihrem Online-Tagebuch wurde aus den chinesischen Buchläden zurückgerufen, verkaufte sich in Hongkong und Taiwan aber gut. Übersetzungen ins Deutsche und Französische folgten.<sup>22</sup>

Bald darauf tauchte in Gestalt von Tang Jiali eine weitere Berühmtheit auf, eine ehemalige Tänzerin des Staatsballetts, die unter [www.tangjiali.com](http://www.tangjiali.com) ihre Nacktfotos ausstellte. Einige davon wurden sogar mit schmeichelhaften Kommentaren auf der Website des offiziellen Sprachrohrs der Kommunistischen Partei Chinas »Tageszeitung des Volkes« (*Renmin ribao*)<sup>23</sup> wiederabgedruckt, und der einzige Konflikt, in den sie damit geriet, war der mit ihrem Fotografen, der sie auf Namensnennung und Tantiemen verklagte.<sup>24</sup> Die Regierung mag gegenüber dem Internet immer noch fest auftreten, aber allenthalben stürzen alte Tabus und fallen Schranken. Die meisten Menschen mögen vorsichtig sein, was sie online sagen, aber es gibt immer irgendwo jemanden, der die Grenzen austestet. Ob auf dem Gebiet des Films, der Sexualmoral oder alternativer Musik: Die alten Orthodoxien erodieren schnell.

Isaac Mao ([www.isaacmao.com](http://www.isaacmao.com)), einer der Pioniere und einflussreichsten Persönlichkeiten der chinesischen Blogosphäre und 2002 Mitgründer des ersten chinesischen Blogdienstes CNblog.org, hat eine interessante Überlegung angestellt.<sup>25</sup> Mit Blick auf die Neigung zur Selbstzensur in China zieht er den Schluss, dass freie Rede schwierig, wenn nicht

unmöglich sei, wo freies Denken fehle. Die Gedanken der Menschen von mentalen Tabus, Propagandasedimenten und anderen Beschränkungen zu befreien, müsse daher jedem ernsthaften Versuch vorausgehen, die Meinungsfreiheit einzuführen. Und genau für diese Befreiung ebnet Internet und insbesondere Blogs in China den Weg. Zwar gibt es online noch keine volle Meinungsfreiheit, aber mit den Äußerungen im Netz emanzipiert sich das Denken von der offiziellen Ideologie, die noch immer von einem Großteil der Print- und Rundfunkmedien propagiert wird. Das Internet wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer politischen Revolution führen, zumindest nicht direkt, aber es bewirkt einen langsamen und tiefgreifenden Wandel in der Art und Weise, wie die Menschen denken und sich austauschen. Eben diese Transformation ist es, die dazu beiträgt, einen künftigen politischen Wandel möglich zu machen und den Wunsch danach zu erzeugen. Politische Freiheiten sind nur sinnvoll für Menschen, die im freien Denken geübt sind.

Einige chinesische Beobachter haben die Kakophonie der Stimmen im chinesischen Internet und insbesondere den Blogs mit dem chaotischen Spektakel der Wandzeitungen oder *dazibao* zu Beginn der Kulturrevolution verglichen. Der berühmte Schriftsteller Yu Hua (geboren 1960), im Westen bekannt vor allem für seinen Roman *Leben! (Huozhe)*, den Zhang Yimou verfilmte und dafür für den Golden Globe nominierte wurde, erinnert sich, wie fasziniert er als Kind von den Wandzeitungen war, die in Abwesenheit echter Bücher die erste literarische Erziehung boten:

Ich glaube, meine erste literarische Leseerfahrung begann mit meiner Lektüre der Wandzeitungen während der Kulturrevolution. Die Wandzeitungen steckten voller Lügen, Anklagen, Denunziationen und Angriffe. Die Kulturrevolution brachte das volle Potential der chinesischen Vorstellungskraft ans Licht. Die Menschen erfanden Verbrechen, die sie anderen anhängten ohne die geringste Grundlage. Die Missetaten bestanden gewöhnlich aus einer Reihe von Geschichten. Ich erinnere mich, wie ich mit meinem Schulranzen auf dem Nachhauseweg war und im Gehen jede der Wandzeitungen las. Mich interessierten nicht die revolutionären Sprüche. Mich interessierten die Geschichten.<sup>26</sup>

In einem Interview mit der *New York Times* brachte Yu Hua diese Erfahrung auf den Punkt. Bei der Lektüre der *dazibao* sei ihm die Macht der Sprache klar geworden: »Man konnte in ihnen über fast alles lesen, sogar Sex. Sie waren wie die Blogs von heute.«<sup>27</sup>

Das Internet bietet den Menschen genau wie die *dazibao* eine Chance,

sich frei von Vorab-Zensur auszudrücken. Wenn sie ihre Köpfe aber nicht von der langwährenden Wirkung unerbittlicher offizieller Rhetorik und Propaganda befreien, übersetzt sich diese Freiheit nicht automatisch in Meinungsfreiheit, sondern häufig eher in eine Karikatur davon. Dies war besonders in der Frühphase der Kulturrevolution zu beobachten, als die Menschen immer noch im Griff der Ideologie waren und ihre neue Freiheit nur nutzten, um sich gegenseitig zu denunzieren. Doch ist es gerade der Gebrauch der freien Rede, der zur Selbstkultivierung führt. Das Medium ist die Botschaft. Indem sie das Mittel des freien Ausdrucks benutzen, lernen die Menschen, ihren Geist zu befreien. So geschah es im weiteren Verlauf der Kulturrevolution, und es gilt umso mehr für das chinesischen Internet von heute.

An diesem Punkt können wir einen direkten Vergleich zwischen Samisdat, den illegalen Selbstpublikationen im Kommunismus, und dem Internet ziehen. Mit keinem von beiden Medien konnte man die bestehende Macht herausfordern, und wohl kaum jemand dürfte auch nur im Traum einen solchen Ehrgeiz gehegt haben. Viele der unautorisierten Veröffentlichungen im Samisdat ebenso wie im Internet scherten sich nicht einmal um Politik. Sie waren und sind bis heute eher Ausdruck eines Lebensstils. Die Beschäftigung damit verändert das Leben der Menschen. Sie treten aus dem offiziell sanktionierten Diskurs heraus in einen neuen öffentlichen Raum jenseits der (vollen) Kontrolle des Staates. Sie befreien sich selbst und möglicherweise andere.

Das Internet hat eine viel größere Reichweite als der Samisdat je hatte, da es nicht wirklich im Untergrund operiert. Die Sicherheit und Anonymität, die das Internet bietet, liegt nicht in Geheimhaltung und Verschwörung, vielmehr im Gegenteil, in der schieren Zahl von Beteiligten. Gerade die Sichtbarkeit der Online-Aktivität macht sie auch anfällig für zumindest partielle Selbstzensur, daher äußern sich Meinungen hier womöglich weniger direkt und radikal als im Samisdat (zumindest bezogen auf den osteuropäischen Samisdat; viele der chinesischen Selbstpublikationen standen, wie gesehen, immer noch unter dem Bann der offiziellen Propaganda). Aber die soziale Wirkung ist, bis zu einem gewissen Grad, ähnlich. Beide Ausdrucksformen führen, ungeachtet dessen, was tatsächlich geäußert wird, zur Emanzipation der Produzenten und, in geringerem Maße, auch der Konsumenten. Beide schaffen einen alternativen öffentlichen Raum jenseits der unmittelbaren Reichweite des Staates.

Beide Formen der unabhängigen Meinungsäußerung erreichen dies auf ihre je eigentümliche Weise. Samisdat mag unverblümter und direkter gewesen sein, aber er war in seiner Reichweite beschränkt und durch eine scharfe Grenze zwischen Produzenten und Konsumenten gekennzeichnet. Das Internet ist verletzbarer gegenüber Zensur und Selbstzensur, aber es hat eine viel größere Reichweite und ist ein wahrhaft partizipatorisches Medium mit einer diffusen Trennlinie zwischen Autoren und Lesern. Beide verändern die Art, wie Menschen leben und denken. Ich möchte behaupten, dass langfristig Zensur und Selbstzensur keine große Rolle mehr spielen, so ärgerlich ihre täglichen Manifestationen auch sein mögen. Was wirklich zählt, ist der Wandel der Haltungen und Einstellungen, der durch die Erfahrung bewirkt wird, die eigenen Gedanken und Ansichten in einer virtuellen Gemeinschaft von Gleichen, die nicht durch soziale und politische Hierarchien oder einen reglementierten Diskurs gebunden sind, frei zu äußern.

*Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos*

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. [www.cnnic.net.cn/en/index/00/02/index.htm](http://www.cnnic.net.cn/en/index/00/02/index.htm)
- 2 Vgl. die Studie über die Internetnutzung in fünf Großstädten der Markle Foundation und der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften: [www.markle.org/downloadable\\_assets/china\\_final\\_11\\_2005.pdf](http://www.markle.org/downloadable_assets/china_final_11_2005.pdf)
- 3 Vgl. Rebecca MacKinnon, »The China Situation. Q & A with Isaac Mao«, Global Vices Online, 21. März 2005: <http://cyber.law.harvard.edu/globalvoices/?p=75>
- 4 Hier stütze ich mich auf die umfangreiche Sammlung von Veröffentlichungen der Roten Garden im Prager Institut für fernöstliche Studien.
- 5 Eine detaillierte Studie dieser Magazine findet sich bei Chen Ruoxi, »Democracy Wall and the Unofficial Journals«, *Studies in Chinese Terminology*, Nr. 20, Berkeley 1982.
- 6 Eine der in China am besten bekannten und heftig verurteilten Vorhersagen machte Nicholas D. Kristof, »Death by a Thousand Blogs«, in: *The New York Times*, 24. Mai 2005.
- 7 Vgl. [www.china.org.cn/chinese/zhuanti/283732.htm](http://www.china.org.cn/chinese/zhuanti/283732.htm)
- 8 Vgl. z.B. [www.hrw.org/reports/2006/china0806/](http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/) oder [www.opennetinitiative.net/studies/china/](http://www.opennetinitiative.net/studies/china/)
- 9 S. [www.hrw.org/reports/2006/china0806/5.htm](http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/5.htm)
- 10 Vgl. Markle Foundation und Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften, a.a.O. (Anm. 2).
- 11 S. [www.danwei.org/media\\_regulation/glimpses\\_inside\\_the\\_chinese\\_me.php](http://www.danwei.org/media_regulation/glimpses_inside_the_chinese_me.php)

- 12 Nämlich die Repräsentation 1. der »Entwicklungsansprüche der fortgeschrittenen chinesischen Produktionskräfte«; 2. des »Entwicklungstrends der fortgeschrittenen Kultur« sowie 3. der »grundlegenden Interessen der überwältigenden Mehrheit der chinesischen Bevölkerung«. Vgl. <http://news.xinhuanet.com/english/20010625/422678.htm> (A.d.Ü.)
- 13 S. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4787302.stm>
- 14 S. <http://blog.bcchinese.net/bingfeng/archive/2006/03/12/59423.aspx>
- 15 S. <http://anti.blog-city.com/1634657.htm>
- 16 [www.zonaeuropa.com/20060217\\_1.htm](http://www.zonaeuropa.com/20060217_1.htm)
- 17 Rebecca McKinnon, persönliche Mitteilung.
- 18 Roland Soong, »Chinese Bloggers, Podcasters and Webmasters«, East West South North Blog.
- 19 Man könnte argumentieren, dass es nun versucht, sich sogar den Begriff der Demokratie anzuverwandeln, indem es ihn umdefiniert, so dass er seinen Bedürfnissen entspricht. Vgl. Joseph Kahn, »Among China's Elite, Talk of ›Democracy‹«, *International Herald Tribune*, 20. April 2007.
- 20 S. [www.zonaeuropa.com/culture/c20060108\\_1.htm](http://www.zonaeuropa.com/culture/c20060108_1.htm)
- 21 [www.wenxue.com/T3?q=blog/353](http://www.wenxue.com/T3?q=blog/353). Der Blog ist offenbar eingestellt, aber es gibt englische Übersetzungen unter <http://www.onpointradio.org/shows/2005/12/20051219aextra.asp>
- 22 Vgl. [www.aufbau-verlag.de/index.php4?page=28&show=16550&avsess=a2680aa70e293d098083eebcf0e1407c](http://www.aufbau-verlag.de/index.php4?page=28&show=16550&avsess=a2680aa70e293d098083eebcf0e1407c)
- 23 S. [www.people.com.cn/GB/wenyu/69/20021226/896098.html](http://www.people.com.cn/GB/wenyu/69/20021226/896098.html)
- 24 S. <http://bjyouth.y.net.com/article.jsp?oid=3264667>
- 25 S. <http://ethanzuckerman.com/blog/?p=266>
- 26 Michael Standaert, »Interview with Yu Hua at Ohia State University«: <http://mclc.osu.edu/rc/pubs/yuhua.htm>
- 27 David Barboza, »China's Hit Novel. Tremendous or Trash?«, in: *The New York Times*, 3. September 2006: [www.iht.com/articles/2006/09/03/news/yu.php](http://www.iht.com/articles/2006/09/03/news/yu.php)

*Zu den Autorinnen und Autoren*

*Mainat Abdulajewa*, geboren in Grosny (Tschetschenien), studierte an der Fakultät für Journalistik der dortigen staatlichen Universität. Sie war Korrespondentin der Moskauer Zeitung *Nowaja Gaseta* und von *Radio Liberty* und arbeitet als freie Mitarbeiterin bei verschiedenen deutschsprachigen und europäischen Medien. Zu ihren Themen gehören Tschetschenien, insbesondere die dortigen Kriegsergebnisse, sowie die Lage der Pressefreiheit in Russland. Sie lebt als Elsbeth-Wolffheim-Stipendiatin in Darmstadt und ist derzeit Mitarbeiterin von Entwicklungshilfeprojekten in Tschetschenien.

*Jean-François Bouthors* ist Programmleiter im Verlag Buchet-Chastel, Paris, wo er die Bücher von Anna Politkowskaja herausgegeben hat, darunter ihr letztes Werk, das Tagebuch *Douloureuse Russie. Journal d'une femme en colère*, Paris 2006. Vorher arbeitete Bouthors bei der Zeitschrift *La Croix*, wo er für Osteuropa und Russland zuständig war. 1993 erschienen seine *Carnets sibériens*.

*Joschka Fischer* war von 1998 bis 2005 deutscher Außenminister und Vizekanzler. 2006 übernahm er eine Gastprofessur für internationale Wirtschaftspolitik an der Woodrow Wilson School, Princeton University. 2007 hat er die *Joschka Fischer Consulting* gegründet. Er ist Gründungsmitglied und Vorstand des *European Council on Foreign Relations* sowie Mitglied des IWM-Kuratoriums. Im Mai 2005 wurde Fischer in seiner Funktion als Außenminister mit dem vom Zentralrat der Juden in Deutschland vergebenen Leo Baeck-Preis für seine Verdienste im Nahost-Konflikt ausgezeichnet. Am 20. Mai 2006 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Tel Aviv verliehen. 2007 erschien in Köln *Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September*.

*John Gray*, Professor emeritus an der University of London, war von 1998 bis 2007 Professor of European Thought an der London School of Economics. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. 2007 erschien in London *Black Mass. Apocalyptic Religion and the Death of Utopia*.

*Martin Hala* ist Sinologe und lebt in Prag. Er hat für verschiedene Medienentwicklungsprojekte im ostasiatischen Raum gearbeitet. 2007 war er Milena Jesná Fellow am IWM.

*Tony Judt* lehrt Geschichte an der New York University, wo er das Remarque Institute leitet. Zuletzt erschien *Postwar. A History of Europe since 1945*, London

2005; deutsch: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2006. Judt ist Non-resident Permanent Fellow des IWM.

*Nina Khrushcheva* unterrichtet International Relations an der New School University, New York, und leitet das *Russia Project* am dortigen World Policy Institute. Im Herbst 2007 war die Enkelin des ehemaligen sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow Fellow am IWM in Wien, wo sie an einer Untersuchung über *Stalinism as a state of mind* arbeitete. Ihr Buch *Imagining Nabokov: Russia Between Art and Politics* erscheint in Kürze bei Yale University Press.

*Leszek Kolakowski* wurde 1958 auf den Lehrstuhl für Geschichte der Philosophie an der Universität Warschau berufen. 1966 wurde er aus der Kommunistischen Partei Polens ausgeschlossen, verlor 1968 seinen Lehrstuhl und reiste nach Kanada aus. Von 1970 lehrte er bis zu seiner Emeritierung am All Souls College in Oxford. 1977 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, 1983 den Erasmuspreis für Verdienste um die europäische Kultur und 1991 den Ernst-Bloch-Preis. Zu seinen wichtigsten Werken gehören *Die Hauptströmungen des Marxismus* (s. dazu die Beiträge von Judt und Gray in diesem Band). Kolakowski ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM.

*Martin Malek*, Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Seine Schwerpunkte sind Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Theorien von »failed states«. Zur Thematik des vorliegenden Heftes erschienen u.a. folgende Aufsätze: »Russlands Kriege in Tschetschenien. ›Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, ›Antiterror-Operation‹ oder Völkermord?«; »Tschetschenien – Ein vergessener Krieg« (beide 2004).

*Marie Mendras* ist Politologin am CNRS und Russland-Expertin am Centre d'études et de recherches internationales (CERI), wo sie das Observatoire de la Russie leitet. Sie lehrt am Pariser Institut für Politische Wissenschaften (Sciences-Po). Mendras ist Herausgeberin der *Cahiers Russie* sowie u.a. der Sondernummer *La Russie de Poutine* der Zeitschrift *Pouvoirs* (2005) und des Buches *Comment fonctionne la Russie? Le politique, le bureaucrate et l'oligarque*, Paris 2004.

*Krzysztof Michalski* ist Rektor des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen in Wien und lehrt Philosophie an der Boston University und an der Universität Warschau. Zuletzt erschienen *Die Flamme der Ewigkeit. Essays zum Denken Friedrich Nietzsches*, Krakau 2007, und *Woran glaubt Europa?* (Hg.), Wien 2007.

*Anna Politkowskaja* war eine russische Journalistin. International bekannt wurde sie mit ihren Tschetschenien-Reportagen, die sie seit 1999 für die regierungskri-

tische Moskauer Zeitung *Nowaja Gaseta* schrieb. Anna Polikowskaja wurde am 7. Oktober 2006 in Moskau ermordet. 2003 erhielt sie den Lettre Ulysses Award und 2007 postum den Geschwister Scholl-Preis. *Russisches Tagebuch*, 2007; *In Putins Russland*, 2005; *Tschetschenien – Die Wahrheit über den Krieg*, 2003, alle in Köln.

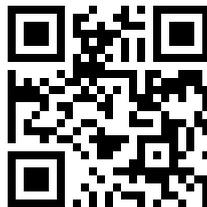
*Anna Schor-Tschudnowskaja*, Psychologin und Soziologin, ist Projektleiterin Osteuropa am Lehrstuhl für Vergleichende Vermögenskultur der Sigmund Freud PrivatUniversität in Wien sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/Main. Sie forscht und publiziert über die gesellschaftliche Transformation in Russland. Derzeit arbeitet sie an einer umfassenden Studie zum Thema »Die russischen Denkmuster ›eigen‹, ›unser‹ und ›fremd‹«.

*Marci Shore* ist Jacob and Hilda Blaustein Visiting Assistant Professor of Judaic Studies and History an der Yale University mit Schwerpunkt auf ostmitteleuropäischer Ideengeschichte (gegenwärtiges Projekt: »Zwischeneuropa: The Search for Modernity between Paris and Petersburg, 1910-1930«). 2006 erschien in der Yale University Press *Caviar and Ashes: A Warsaw Generation's Life and Death in Marxism, 1918-1968*.

*Yulia Vishnevetskaya* studierte Germanistik und arbeitet seit 2002 als Korrespondentin, Fotografin und Redakteurin für verschiedene russische Medien. Seit 2006 ist sie Sonderkorrespondentin von *Russkij Reporter*. Ihr besonderes Interesse als Fotografin gilt dem Nahen Osten und dem Kaukasus. Die Bilder im vorliegenden Heft entstanden während einer Reise durch Tschetschenien, die von einer Flüchtlingshilfeorganisation durchgeführt wurde, um sich ein Bild von der Situation der Schulen in entlegenen Bergdörfern zu machen. Die Dörfer waren während des Krieges oft verlassen worden und füllen sich nun langsam wieder. Julia Vishnevetskayas Reportage, die sie über diese Reise für *Russkij Reporter* geschrieben hat, ist englisch hier nachzulesen: [www.tlaxcala.es/pp.asp?reference=2964&lg=en](http://www.tlaxcala.es/pp.asp?reference=2964&lg=en).



Besuchen Sie uns im Netz  
[www.iwm.at/transit](http://www.iwm.at/transit)





YULIA VISHNEVETSKAYA